Der Polizeibeamte

seine Rechte und Pflichten

in populär-staatsrechtlicher Darstellung.

Von

R. Beyendorff.

Berlin 1900.

Ernst Siegfried Mittler und Sohn

Königliche Hofbuchhandlung

Kochstraße 68—71.

Alle Rechte aus dem Gesetze vom 11. Juni 1870
sowie das Uebersetzungsrecht sind vorbehalten.

Vorwort, zugleich Einleitung.

Zahlreiche Uebergriffe, vielleicht besser gesagt Fehlgriffe, unterer Exekutivpolizeiorgane haben vor nicht langer Zeit Anlaß zu berechtigten Klagen gegeben; sie zwingen mit gebieterischer Nothwendigkeit zu einer Untersuchung, wie derartige Vorkommnisse überhaupt möglich waren, ob und wie sie in Zukunft zu vermeiden sind.

Allgemeine Erlasse der Oberbehörden werden an der Sache ebenso wenig ändern, wie lange Klagereden heißsporniger Parlamentarier oder wie Ausfälle hetzerischer Preßorgane gegen die Organisation unseres an sich zweifellos bewährten Exekutivkorps.

Will man helfen, dann gehe man der Sache auf den Grund und heile das Uebel an seiner Wurzel. Meines Erachtens ist in den meisten Fällen die mangelhafte Dienstkenntniß der Beamten die Ursache ihrer Fehltritte gewesen. Es erscheint kaum glaublich, und doch sind dem Verfasser Fälle bekannt, daß man Polizeibeamte so, wie sie vom Militär kamen, auf die Polizeiwache steckte, ihnen einige Polizeiverordnungen zu lesen gab, die sie naturgemäß nicht verstanden, und sie so „vorbereitet“ auf die Straße stellte, wo sie ein paar Tage in Gemeinschaft mit einem älteren, in der Regel auch nicht besser informirten Kollegen ihren Dienst verrichteten, um schließlich selbständig thätig zu sein und eintretendenfalls nun auch ihrerseits Neueingestellte „anzulernen“.

Ein tüchtiger Unteroffizier ist noch lange kein auch nur mittelmäßiger Polizeibeamter, ebenso wie umgekehrt der tüchtigste Polizeibeamte nicht nothwendigerweise auch ein brauchbarer Unteroffizier sein muß. Daß das oben geschilderte Verfahren also völlig verkehrt ist, wird hiernach jeder auch nur halbwegs verständige Mensch einsehen.

Die Schwierigkeiten, neu eintretende Polizeibeamte genügend auszubilden, lassen sich zwar nicht verkennen, namentlich nicht für mittlere und kleinere Städte: der Polizeikommissar ist meist sehr beansprucht,

wird auch selten in der Lage sein, den Neulingen eine gründliche Dienstkenntniß zu vermitteln, und da ein geeignetes Lehrbuch bisher gänzlich fehlte, so kommt man nothgedrungen zu dem Ende, den bisherigen Unteroffizier ohne große Bedenken zu verwenden, wie es gerade geht. Dies mag meinetwegen das gerügte Verfahren entschuldigen, zu rechtfertigen vermag es diese Praxis unter keinen Umständen. Will man ehrlich sein, dann wird man gestehen müssen: Durch ein solches Verfahren wird der Beamte weder ausgebildet, noch auch dazu angehalten, sich selbst diejenigen Dienstkenntnisse zu erwerben, die für gehörige Ausübung seines Berufes unbedingt erforderlich sind. Der Beamte lebt in den Tag hinein, verrichtet mechanisch seinen Straßendienst, ohne sich auch nur jemals klar zu werden, wozu er eigentlich da ist, was er auf der Straße eigentlich soll, ohne sich des innigen Zusammenhanges der Polizeithätigkeit mit der Staatsthätigkeit überhaupt bewußt zu werden. Der patrouillirende Beamte mag auf der Straße „spazieren“ gehen, daß er „Dienst“ verrichtet, wird Niemand behaupten wollen; er ist dazu absolut nicht in der Lage, denn er ist weder über seine Rechte, noch über seine Pflichten unterrichtet, noch weniger natürlich darüber, weshalb er gerade diese Befugnisse, weshalb er gerade diese Pflichten hat. Daß man unter solchen Verhältnissen ordnungsmäßige Ausübung des Dienstes von den Beamten erwarten könne, muß billigerweise bezweifelt werden.

Demgegenüber wird an dieser Stelle nachdrücklichst die Auffassung vertreten, daß, wie jeder andere Beruf, auch der Polizeiberuf eine besondere Ausbildung erfordert, daß man, wenn man selbst von einem Hufschmied den Nachweis seiner Befähigung verlangt, logischerweise nicht einen Polizeibeamten auf die Straße stellen sollte, ohne ihn mit seinen Berufspflichten genau vertraut gemacht zu haben; zumal es sich hier um einen Beamten handelt, den das Gesetz mit einer außerordentlichen Autorität dem Publikum gegenüber ausstattet, einen Beamten, der in weitgehendster Weise zu Eingriffen in Freiheit und Eigenthum der Staatsunterthanen befugt ist. Soll der Beamte wirklich als solcher, d. h. als Beauftragter des Staates, thätig sein, dann ist in erster Linie erforderlich, daß er erfährt, welche Dienste er dem Staate eigentlich leisten soll, wozu ihn der Staat angestellt und vor Allem, mit welchen Zwangsrechten er ihn ausgestattet hat.

Die vom Verfasser für nothwendig erachtete Ausbildung des Beamten darf sich auch nicht auf die bloße Polizeithätigkeit beschränken;

der Beamte muß unter allen Umständen auch das Wesen des Staates im Allgemeinen, die vom Staate verfolgten Endzwecke und, daraus abgeleitet, die Aufgabe kennen lernen, die der Staat der Polizei überweist, damit auch sie zur Erreichung seiner Endziele nach Kräften beitrage. Nur so unterrichtet, kann der Beamte fruchtbringend thätig sein, nur so fühlt er sich als winziges Glied eines ungeheuren Ganzen, des Behördenapparates, das zu nichts Anderem berufen ist, als des Staates Befehle so auszuführen, wie der Staat selbst es in seinen Gesetzen vorschreibt. Der Beamte darf nun freilich nicht als Maschine arbeiten, er soll denken; er muß daher nicht allein wissen, daß ein Lebensverhältniß in der und der Art vom Staate geregelt ist, sondern warum der Gesetzgeber gerade so und nicht anders vorgegangen ist, und wie gerade dieser einzelne Befehl sich harmonisch an das Ganze angliedert.

Demgemäß erörtere ich zunächst das Wesen und die Thätigkeit des Staates, alsdann die Polizeithätigkeit im Allgemeinen sowie die persönliche Stellung des Exekutivbeamten und endlich die Einzelgebiete polizeilicher Zuständigkeit; letztere juristisch zwar nicht erschöpfend, wohl aber derart, daß ich Alles das darbiete, was der Exekutivbeamte wissen muß, darüber hinaus aber die Weiterbehandlung der einzelnen Sache sowie deren Zusammenhang mit dem Wesen des Ganzen in Umrissen andeute, so daß dem Beamten überall die innige Verbindung der polizeilichen mit der allgemeinen Staatsthätigkeit zum Bewußtsein kommt. In einem dritten und vierten Theile wird kurz der Schriftverkehr besprochen. Zahlreiche, zum Theil sehr wichtige Anmerkungen sind in kleinerem Drucke dem Texte eingefügt.

Das Buch verfolgt einen dreifachen Zweck: 1. Es ist zunächst für untere Exekutivpolizeiorgane (Polizeisergeanten, Schutzleute, Gendarmen, Polizeiwachtmeister ꝛc.) berechnet, sowie für diejenigen Personen, die sich auf diesen Beruf vorbereiten wollen, und daher in gemeinverständlicher Sprache geschrieben, unbeschadet natürlich seines wissenschaftlichen Inhaltes. 2. Auch den Bureaubeamten der Polizeiverwaltungen sowie den oberen Exekutivbeamten, namentlich insoweit sie aus der Klasse der Unterbeamten hervorgegangen sind, und den Ehrenbeamten der Selbstverwaltung, soweit Letztere nicht juristisch vorgebildet, wird ein Studium dieses Buches nur vortheilhaft sein. Vielleicht trägt es dazu bei, auch in diesen Kreisen eine — durchaus erforderliche — bessere Kenntniß der Grenzen polizeilicher Zuständigkeit zu verbreiten. 3. Schließlich soll es auch anderen Personen, die sich kurz über das Wesen des Staates

und die Befugnisse der Polizei unterrichten wollen, einen zusammenhängenden Ueberblick gewähren.

Zwar konnten nur speziell die preußischen Verhältnisse berücksichtigt werden; da jedoch gerade auf polizeilichem Gebiete die Reichsgesetzgebung eine rege Thätigkeit entfaltet hat, so wird das Buch auch für nichtpreußische Beamte Verwendung finden können.

Das Werk macht keinen Anspruch auf Vollkommenheit, die billigerweise von ihm, als von dem ersten dieser Art, auch nicht wird verlangt werden können. Erst die Praxis hat zu zeigen, ob die den Verfasser leitenden Gedanken den Bedürfnissen des praktischen Lebens entsprechen. Deshalb wird höflichst gebeten, Wünsche über Aenderung (Ausdehnung und Einschränkung) des behandelten Stoffes, dem Verfasser durch Vermittelung der Verlagsbuchhandlung freundlichst mitzutheilen, damit im Laufe der Zeit wenigstens annähernd Vollkommenes geleistet werden kann.

Das unverkennbare Interesse, das alle Behörden und Beamten der Polizei an dem Vorhandensein eines Buches dieser Art haben, läßt mich für meine Schrift eine nicht ungünstige Aufnahme erhoffen. —

Endlich ergreife ich gern die Gelegenheit, dem Leutnant und Adjutanten in der Königlichen Schutzmannschaft zu Berlin, Herrn Grantzow, für die mir gewährte Unterstützung auch an dieser Stelle meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Berlin, im Sommer 1900.

Beyendorff.

Inhaltsverzeichniß.

I. Allgemeine Vorkenntniſſe.

§ 1. Der Staat. Seite

A. Begriff des Staates 1
B. Entſtehung des Staates 3
C. Darſtellung des Staates 4
D. Aufgaben des Staates 4
E. Arten der Staatsthätigkeit 7
1. Geſetzgebung 7
2. Vollziehung 7
F. Staatsorganiſation 8
1. Geſetzgebung 8
2. Vollziehung 9

§ 2. Preußiſcher Staat. Deutſches Reich.

A. Der preußiſche Staat 9
B. Das Deutſche Reich 11

§ 3. Verwaltungsorganiſation Preußens.

A. Die Verwaltungsbehörden 12
B. Selbſtverwaltung 13
C. Form und Schranken der Verwaltung 16

§ 4. Die Polizei.

A. Begriff der Polizei 16
B. Zuſtändigkeit der Polizei 18
C. Die Formen der polizeilichen Thätigkeit 20
1. Polizeiverordnungen 20
2. Polizeiverfügungen 20
D. Polizeibehörden 23
E. Staatsanwaltſchaftspolizei 24

§ 5. Exekutivpolizei.

A. Weſen und Aufgabe 25
B. Organiſation 26

§ 6. Der Exekutivpolizeibeamte.

A. Allgemeines 28
B. Anforderungen an die Perſon 29
C. Rechtsſtellung 29
1. Erwerb der Beamteneigenſchaft 29
2. Dienſteid 30

Seite

3. Die Dienstpflichten 31
4. Gehalt und Pension 32
5. Besonderer Rechtsschutz 34
   a) Konfliktserhebung 34
   b) Strafrechtsschutz 35
      1. Widerstand 35
      2. Nöthigung zu Amtshandlungen 38
      3. Beamtenbeleidigung 39
6. Zwangsbefugnisse 39
   a) Polizeiliche Verwahrung 40
   b) Polizeiliches Eindringen in die Wohnung 41
   c) Vorläufige Festnahme 43
   d) Durchsuchung und Beschlagnahme 47
   e) Waffengebrauch 50
7. Verhalten gegen Vorgesetzte 52
   a) Gehorsamspflicht 52
   b) Beschwerderecht 53
   c) Ehrenbezeugungen 54
   d) Urlaub, Erkrankungen 54
8. Disziplinarstrafen 55
9. Verbrechen und Vergehen im Amte 57
   a) Unterlassung der Strafverfolgung 57
   b) Begünstigung oder Benachtheiligung des Angeschuldigten . . 58
   c) Falsche Beurkundung 58
   d) Nöthigung 59
   e) Bestechung 59
   f) Anderweitige Verbrechen und Vergehen im Amte 59
10. Uniform und Bewaffnung 60
11. Ende des Beamtenverhältnisses 61

§ 7. Der Exekutivdienst im Allgemeinen.

A. Einzelzweige des Exekutivdienstes 61
   1. Revierdienst 61
   2. Straßendienst 64
   3. Wachtdienst 65
   4. Bahndienst 66
   5. Gerichtsdienst 66
   6. Theaterdienst 66
   7. Transporte 67
B. Benehmen gegen das Publikum und gegen das Militär 67

§ 8. Rückblick und Ueberleitung zu Theil II. 68

II. Die Einzelgebiete polizeilicher Thätigkeit.

§ 9. Staatssicherheitspolizei.

A. Strafrechtsschutz 70
   1. Hochverrath und Landesverrath 70
   2. Beleidigung des Landesherrn 71
   3. Widerstand gegen die Staatsgewalt (Aufruhr, Auflauf, Gefangenenbefreiung) 71
B. Vorbeugende Maßregeln 71
   1. Vereins- und Versammlungswesen 71
   2. Preßpolizei 76

Seite

§ 10. Einzelsicherheitspolizei.

A. Strafrechtlicher Schutz 80
I. Allgemeine Lehren 80
1. Rechtswidrige Handlung (Amt, Nothwehr, Nothstand) . . . 80
2. Vorsatz — Fahrlässigkeit 81
3. Vollendung — Versuch 81
4. Theilnahme 82
5. Strafe 83
6. Zusammentreffen mehrerer Strafthaten 84
7. Strafausschließung 85
8. Verjährung 86
9. Verbrechen, Vergehen, Uebertretung 86
II. Die einzelnen Strafthaten 87
1. Verletzung der öffentlichen Interessen 87
a) der öffentlichen Ordnung (Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Kanzelmißbrauch, Zweikampf 2c.) 87
b) der Sicherheit des Geschäftslebens (Münzverbrechen, Urkundenfälschung 2c.) 88
c) der Sicherheit des Rechtslebens (Meineid, falsche Anschuldigung 2c.) 92
d) des religiösen Empfindens (Gotteslästerung, Grabschändung 2c.) 94
e) der Sicherheit des Personenstandes und der Familienordnung (Doppelehe, Ehebruch, Kindesunterschiebung 2c.) . 95
f) der Sittlichkeit (Blutschande, Kuppelei 2c.) 96
g) der gemeinen Sicherheit (gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen 2c.) 101
2. Verletzung der persönlichen Rechtsgüter 101
a) Schutz des Lebens (Mord, Todtschlag, Aussetzung) . . . 101
b) Schutz der Gesundheit (Körperverletzung 2c.) 103
c) Schutz der Ehre (Beleidigung) 104
d) Schutz der Freiheit (Menschenraub, Freiheitsberaubung, Entführung, Nöthigung, Bedrohung) 104
e) Schutz des Eigenthums (Diebstahl, Raub, Betrug, Erpressung, strafbarer Eigennutz 2c.) 106
III. Die Verhängung der Strafe (Strafprozeß) 110
B. Vorbeugende Maßnahmen 114
1. Die Korrektionshaft 114
2. Die Polizeiaufsicht 114

§ 11. Unfallpolizei.

A. Verletzung durch Thiere 115
B. Aufbewahren von Schießpulver, Giften 2c. 115
C. Tragen von Waffen 116
D. Werfen mit Steinen 2c. 116
E. Unverdeckte Brunnen 2c. 116

§ 12. Ordnungspolizei.

A. Personenstandswesen 116
B. Melde- und Paßwesen 117
C. Gesinde- und Miethspolizei 118
D. Sonntagsheiligung 119
E. Lustbarkeiten und Polizeistunde 119
F. Lotterien, Sammlungen 120
G. Fundsachen 120

Seite

H. Thierquälerei 121
J. Straßenpolizei 121

§ 13. Bau- und Feuerpolizei 123

§ 14. Gesundheitspolizei.

A. Impfwesen 126
B. Sittenkontrolle 126
C. Arzneihandel 127
D. Lebensmittelpolizei 127
E. Ansteckende Krankheiten 128

§ 15. Veterinärpolizei 128

§ 16. Armenpolizei 129

§ 17. Gewerbepolizei.

A. Gewerbebetrieb im Umherziehen 132
B. Der stehende Gewerbebetrieb 135
1. Der Beginn des stehenden Gewerbes 138
2. Die Ausübung des stehenden Gewerbes 139
3. Gewerbliches Hülfspersonal 140
4. Die Sonntagsruhe 143

§ 18. Versicherungspolizei 146

§ 19. Marktpolizei 147

§ 20. Maß- und Gewichtspolizei 148

§ 21. Landwirthschaftspolizei 149

§ 22. Jagd- und Fischereipolizei 150

§ 23. Wegepolizei 150

§ 24. Rückblick und Schlußbetrachtung 151

III. Schriftverkehr.

§ 25. Meldungen, Berichte ꝛc. 155

IV. Anlagen.

Muster ꝛc. 156

Abkürzungen.

A. L. R. = Allgemeines Landrecht.
B. G. B. = Bürgerliches Gesetzbuch.
H. G. B. = Handelsgesetzbuch.
R. G. O. = Reichsgewerbeordnung.
St. G. B. = Strafgesetzbuch.
St. P. O. = Strafprozeßordnung.

Litteratur.

Berner, Deutsches Strafrecht.
Bornhak, Preußisches Staatsrecht.
Heilfron, Deutsche Rechtsgeschichte.
Lasson, Rechtsphilosophie.
v. Rönne, Preußisches Staatsrecht.

I. Allgemeine Vorkenntnisse.

§ 1. Der Staat.

A. Begriff des Staates. Ueberall, wo eine größere Anzahl Menschen beisammen wohnt, entwickelt sich zwischen diesen eine gewisse Interessengemeinschaft, die hervorgeht aus bestimmten Bedürfnissen, die Alle in gleicher Weise empfinden; so strebt vor Allem ein Jeder danach, sich seinen Besitz zu sichern, sich vor Angriffen Anderer zu schützen ꝛc. Dieses gemeinsame Verlangen führt die Leute ganz naturgemäß näher zusammen, sie vereinigen sich und schützen sich nun gegenseitig in ihren Rechten. Indem diese Leute sich aber zusammenschließen, bekunden sie, daß sie eine Gemeinschaft bilden wollen, daß Einer für den Anderen einstehen wird, und daß jeder Einzelne sein persönliches Interesse künftighin dem des großen Ganzen unterzuordnen bereit ist. Eine solche Gemeinschaft unter zahlreichen Menschen, die ein bestimmt abgegrenztes Gebiet bewohnen, nennen wir „Staat“, dessen Aufgabe also darin besteht, die Interessen der Gesammtheit seiner Glieder zu vertreten. Das kann der Staat aber nur, wenn er bei diesen Gliedern Macht und Ansehen besitzt, wenn diese sich unbedingt seinem Willen unterwerfen oder doch, sofern sie sich weigern, von ihm zum Gehorsam gezwungen werden können.

Sonach übt der Staat eine unabhängige Herrschaft über ein bestimmtes Land und dessen Bewohner aus und zwar derart, daß in diesem Lande ohne Zustimmung des Staates kein Anderer etwas zu sagen hat und daß die gesammten Bewohner dem Staate unterthan und gehorsamspflichtig sind, aber nicht nur solange sie in seinem Gebiete wohnen, sondern ganz unabhängig von dem jeweiligen Aufenthalte; denn das Verhältniß des Staates zu den Leuten, über die er einmal seine unbeschränkte Herrschaft begründet hat, ist ein höchst persönliches: sie bleiben seine Unterthanen, in welchem Lande sie sich auch aufhalten mögen. Daher ist der Staat nicht nur berechtigt, die Auswanderung zu regeln, die heute meist nur aus militärischen Gründen beschränkt ist, sondern er kann auch seine Unterthanen nach ihrer Rückkehr für Strafthaten zur Verantwortung ziehen, die sie im fremden Lande begangen haben. (Vergl. § 4 St. G. B.) Diesen Rechten des Staates stehen Pflichten gegenüber: vor Allem schützt er seine Unterthanen auch im Auslande

gegen Uebergriffe und ungerechte Behandlung seitens fremder Behörden durch seine Konsulate und event. mit seiner Kriegsmacht. —

1) Ueber Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit trifft jeder Staat seine besonderen Bestimmungen. Bei uns wird die Staatsangehörigkeit erworben: 1. durch Abstammung, d. h. das Kind erhält die Staatsangehörigkeit des Vaters, uneheliche die der Mutter; nur wenn diese die preußische Staatsangehörigkeit besitzen, wird also das Kind preußischer Unterthan. 2. Durch Legitimation, d. i. Anerkennung eines unehelichen Kindes durch den Vater; so erhält ein uneheliches Kind, wenn es nach 1 nicht schon von der Mutter her preußischer Unterthan war, durch Anerkennung seitens eines preußischen Vaters die preußische Staatsangehörigkeit (Adoption hat auf die Staatsangehörigkeit keinen Einfluß). 3. Durch Verheirathung; eine Ausländerin, die einen Preußen heirathet, wird also preußische Unterthanin. 4. Durch besondere Verleihung durch den Regierungspräsidenten, die „Aufnahme" heißt, wenn ein Deutscher, der bisher einem anderen Bundesstaate z. B. Bayern angehörte, die preußische Staatsangehörigkeit erwirbt, die man „Naturalisation" nennt, wenn ein Außerdeutscher aufgenommen wird.

Sie geht verloren: 1. durch Legitimation, wenn ein Nichtpreuße ein uneheliches Kind preußischer Staatsangehörigkeit anerkennt; 2. durch Verheirathung einer Preußin mit einem Nichtpreußen; 3. durch Entlassung, die durch eine Entlassungsurkunde vom Regierungspräsidenten ertheilt wird und nur aus ganz bestimmten Gründen zu versagen ist (s. Anm. 2); 4. durch ununterbrochenen Aufenthalt im Auslande während der Dauer von 10 Jahren, sofern der Betreffende sich nicht bei einem Konsulat eintragen läßt. R. Ges. 1. VI. 70.

2) Die Polizei ist berechtigt, folgende Auswanderungslustige am Verlassen des Reichsgebiets zu verhindern: 1. Wehrpflichtige von 17 bis 25 Jahren, die keine Entlassungsurkunde oder Zeugniß der Ersatzkommission beigebracht haben, daß ihrer Auswanderung aus dem Grunde der Wehrpflicht kein Hinderniß entgegensteht; 2. Personen, deren Verhaftung oder Festnahme von einem Gericht oder einer Polizeibehörde angeordnet ist; 3. Reichsangehörige, für welche von fremden Regierungen oder von Kolonisationsgesellschaften oder ähnlichen Unternehmungen der Beförderungspreis ganz oder theilweise gezahlt wird oder Vorschüsse geleistet werden. R. Ges. 9. VI. 97.

Innerhalb des Staates finden wir zahlreiche staatsähnliche Gebilde: Gemeinschaften von Menschen, die sich freiwillig oder auf Veranlassung des Staates zusammengeschlossen haben, um bestimmte Ziele gemeinsam zu verfolgen, und die sich hierzu eines einheitlichen Organes bedienen, das alle Betheiligten vertritt, zugleich aber über allen Einzelnen steht und gewisse Zwangsbefugnisse besitzt. Außer den wirthschaftlichen Vereinen (Innungen, Wirthschaftsgenossenschaften, Handelskammern 2c.), ist hier in erster Linie an die Stadtgemeinden zu denken. Die Stellung dieser Gebilde, insonderheit ihres Vorstandes (bei Städten Magistrat), den Mitgliedern (bei Städten Bürger) gegenüber ist zwar eine staatsähnliche, sie „herrschen" auch; aber es ist daran festzuhalten, daß der „Staat" seine unabhängige Herrschaft aus sich selbst heraus besitzt, während alle anderen Gemeinwesen im Staate nur mit dessen Zustimmung entstanden sind und bestehen, ihre Herrschaftsrechte erst von diesem herleiten und nur insoweit ausüben, als und weil der Staat es gestattet. Entbehren kann der Staat solche Einrichtungen nicht: er bedarf ihrer (z. B. Innungen, Gemeinden 2c.) zur Erledigung seiner Staatsaufgaben und er benutzt sie dazu, indem er ihnen die selb-

ständige Besorgung bestimmter Staatsaufgaben überträgt und sich selbst nur ein Aufsichtsrecht über die Ausführung seiner Befehle sichert. (Vergl. S. 13, § 3. B.)

B. Entstehung des Staates. Die ersten Anfänge einer solchen unbeschränkten Herrschaft, die wir heute „Staat" nennen, liegen natürlich weit zurück in der Vergangenheit, sie finden sich zweifellos in der Familie: die natürliche Hülflosigkeit der Kinder, ein Achtungsgefühl gegen die Eltern, besonders gegen den Vater, gaben diesem eine völlig selbständige und uneingeschränkte Herrscherstellung innerhalb der Familie, deren Glieder, da kein höheres Wesen über der Familie existirte, vollständig seiner Willkür preisgegeben waren, deren Leben und Tod in seiner Hand lag. Wuchs die Familie, wuchs naturgemäß auch die Macht des jeweiligen Familienoberhauptes: neben seinen Kindern hatte er jetzt seine Enkel und auch noch deren Kinder zu beherrschen; er war das Haupt der ganzen Familie, ein Gebieter von unbeschränkter Machtvollkommenheit, dem oft eine stattliche Anzahl anderer Menschen unterworfen war und häufig völlig rechtlos gegenüberstand.

Das ungleiche Wachsen der verschiedenen, nebeneinander bestehenden Familien führte bald dazu, daß die weniger zahlreiche und daher weniger starke sich zu ihrem Schutze mit der größeren und mächtigeren verband. Weitere Vereinigungen fanden aus den verschiedensten Gründen statt: besiegte Feinde wurden dem alten Verbande eingegliedert, gemeinsame Unternehmungen führten zu dauerndem Zusammenhalt ꝛc. ꝛc.; kurz und gut, wir finden bald eine Verschmelzung früher selbständiger Familien, die sich nun gegenseitig unterstützen und gewisse Rechte nur noch gemeinsam ausüben, übrigens aber unabhängig bleiben. Zu dieser gemeinsamen Ausübung bilden anfangs die Häupter aller Familien, später wieder nur noch von einzelnen einen „Rath", der nun über diese gemeinsamen Dinge zu beschließen hat und dem alle anderen untergeordnet sind. In diesem Rathe gewinnt der Mächtigste und Tüchtigste bald einen besonderen Einfluß, die Anderen erkennen seine Ueberlegenheit und lassen sich wohl oder übel von ihm leiten, bis er im Laufe der Zeit zu solchem Ansehen gelangt, daß er es eigentlich ist, der die Geschäfte der Gesammtheit führt, während die anderen Mitglieder des Rathes von ihm abhängig werden und ihm schließlich nur noch berathend zur Seite stehen. So entsteht allmählich das Königthum.

Bei dem fortgesetzten Inverbindungtreten ursprünglich selbständiger Familien und dem Zunehmen der gemeinsamen Interessen wächst die Bedeutung dieses „Rathes"; es wird immer deutlicher, daß wir jetzt nicht mehr allein die Einzelfamilien vor uns haben, sondern daß diese eng miteinander verknüpft sind, daß sie, alle zusammengefaßt, eine dauernde Lebensgemeinschaft bilden, daß über allen diesen Einzelfamilien gleichsam eine neue Einrichtung besteht, und diese neue Einrichtung, das

ist der „Staat" — ein Gebilde, das existirt, aber dem Auge des Menschen als solches nicht sichtbar ist, eine unabhängige Herrschaft über ein gewisses Land und über eine Anzahl Personen.

C. Darstellung des Staates. Dieses neue Gebilde, der „Staat", hat nun bestimmte Aufgaben zu erfüllen und bedarf daher besonderer Organe, die berufen sind, das unsichtbare Wesen „Staat" den Menschenaugen sichtbar darzustellen, die unabhängige Herrschaft über Land und Leute nun auch thatsächlich zum Ausdruck zu bringen, sie wirklich auszuüben. Dieses Organ kann eine einzelne Person sein, dann haben wir eine „Monarchie" und zwar eine „absolute", wenn diese einzelne Person als völlig selbständiger Herrscher erscheint, der in seinen Maßnahmen in keiner Weise an die Gesammtheit der Unterthanen gebunden ist (Preußen bis 1848; Rußland), oder eine „konstitutionelle oder verfassungsmäßige", wenn der einzelne Herrscher in der Vertretung des unsichtbaren Staates beschränkt ist, wenn er in gewissen Fällen die Zustimmung der Unterthanen des Staates einzuholen hat, die diese Zustimmung in der Regel durch „Abgeordnete" erklären (so die meisten heutigen Staaten). Geht die Vertretungsbefugniß des Staates von der Person, die sie einmal inne hat, auf deren Nachkommen ohne Weiteres über, dann handelt es sich um eine „Erbmonarchie" (Preußen); ist jedoch die Vertretungsbefugniß im Todesfalle des derzeitigen Inhabers durch freie Wahl der Unterthanen auf einen Anderen zu übertragen, dann liegt eine „Wahlmonarchie" vor.

Wird die Herrschaft aber im Namen der Gesammtheit, des Volkes, von mehreren Personen ausgeübt, die zusammen einen „Rath", „Senat" oder dergl. bilden, dann liegt die eigentliche Staatsgewalt beim Volke und ist von diesem auf die Senatoren lediglich übertragen worden, und wir haben dann eine Republik. Zur äußeren Vertretung derselben wird ein Präsident auf bestimmte Zeit gewählt, der nun Vertreter des Staates „von des Volkes Gnaden" ist, im Gegensatze zum König, der aus eigenem Rechte, „von Gottes Gnaden", zur Regierung berufen ist.

D. Aufgaben des Staates. Die wichtigste aller Staatsaufgaben ist die Aufrechterhaltung des Friedens nach außen und im Innern: Jeder Staat, der sich gegen Angriffe fremder Völker sichern will, muß sich jederzeit bereit halten, etwaige Einfälle anderer Völkerschaften in sein Gebiet mit dem Schwerte abschlagen zu können, und bedarf daher eines schlagfertigen Heeres. Damit im eigenen Lande Ruhe und Frieden herrscht und die Leute sich nicht gegenseitig angreifen, entscheidet der Staat selbst etwaige Streitigkeiten, die unter seinen Unterthanen entstehen: er bildet zu diesem Zwecke eine bestimmte Rechtsprechung aus, bestraft aber dann, da er selbst hinreichenden Rechts-

schutz gewährt, Jeden, der sich, unter Umgehung der Staatsgerichte, sein Recht mit Gewalt zu verschaffen sucht.

Während nun früher die Staatsthätigkeit wesentlich in der Friedenserhaltung nach außen und innen gipfelte, erstreckt sie sich heute viel weiter: sie berührt gegenwärtig fast alle Verhältnisse menschlichen Lebens. Der moderne Staat beschränkt sich nicht mehr auf die Rechtspflege und die einseitige Verwaltung seines Gebietes und läßt alles Andere gehen, wie es gerade kommt, sondern er greift tief in das wirthschaftliche Leben ein, indem er den wirthschaftlich Schwächeren gegen Ausbeutung seitens des Mächtigeren schützt (Arbeiterschutz) und durch Maßnahmen der verschiedensten Art die Interessen der heimischen Landwirthschaft und Industrie sowie des in- und ausländischen Handels nach Kräften zu fördern sucht, dabei aber doch dem Einzelnen genügend Spielraum überlassend, daß er seine wirthschaftlichen Kräfte nach eigenem Belieben entfalten und verwerthen kann: mit einem Worte, nicht allein Rechtspflege, sondern auch Wohlfahrtspflege wird in hervorragendem Maße vom Staate getrieben.

3) Auf dieser Ausdehnung der Staatszwecke beruht unsere sogen. „sozialpolitische" Gesetzgebung, die hier kurz skizzirt sein mag: wirthschaftlich unselbständige Personen, als Arbeiter, Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge, Betriebsbeamte unter gewissen Voraussetzungen 2c., sind gegen die Gefahren und Nachtheile zu schützen, die sie mit Rücksicht auf die geringe Höhe ihres Arbeitsverdienstes durch Krankheit, Alter oder Erwerbsunfähigkeit sowie durch Betriebsunfälle aller Art erleiden können.

Die Grundsätze, von denen unsere staatliche Gesetzgebung sich bei Verfolgung dieses Zieles leiten läßt, sind in schönen Worten niedergelegt in der Allerhöchsten Botschaft vom 17. XI. 81, in der der Hochselige Kaiser Wilhelm der Große seinem Volke verkündete: „Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von Neuem ans Herz zu legen, und Wir würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hülfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteistellung. In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Berathung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch Diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesammtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu Theil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber

auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. . . ." Dieser Schutz wird gewährt durch Versicherungen, die der Staat als „Zwangsversicherung" anordnet, und deren genaue Durchführung er scharf kontrollirt.

1. Die Unfallversicherung gewährt während der Dauer einer durch einen Betriebsunfall verursachten Erwerbsunfähigkeit eine Rente sowie freie ärztliche Behandlung 2c., jedoch erst von der 13. Woche ab, bis dahin hat die Krankenversicherung (2.) einzutreten. Für den Todesfall gewährt sie Beerdigungskosten und den Hinterbliebenen eine Rente. Die Mittel werden von den Unternehmern allein aufgebracht; diese werden für einen bestimmten Bezirk und für ein bestimmtes Gewerbe zu „Berufsgenossenschaften" vereinigt, die nun die Renten auszahlen und die erforderlichen Beträge gleichmäßig auf ihre Mitglieder vertheilen. R. Ges. 6. VII. 84.

2. Die Krankenversicherung schützt den Kranken und dessen Familie vor Noth, gewährt deshalb während der Dauer der Erwerbsunfähigkeit ein bestimmtes Krankengeld, außerdem aber freie ärztliche Behandlung, freie Medizin, event. Beerdigungskosten 2c. Die Mittel werden aufgebracht durch Beiträge, die der Arbeiter zu $^2/_3$, der Arbeitgeber zu $^1/_3$ zu leisten hat, und die durch besondere „Krankenkassen" verwaltet werden. R. Ges. 15. VI. 83 bezw. 10. IV. 92.

3. Die Alters- und Invaliditätsversicherung schützt die Versicherten gegen Noth, welche die verminderte Erwerbsfähigkeit des Alters mit sich bringt (vom 70. Jahre ab), oder die durch Erwerbsunfähigkeit verursacht wird, die nicht durch Betriebsunfälle (s. Nr. 1), sondern durch andere Ursachen (Gebrechlichkeit 2c.) veranlaßt ist. Dieser Schutz gegen die sonst unvermeidlich eintretende Noth wird durch Zahlung von Alters- bezw. Invalidenrenten gewährt, die eine verschiedene Höhe haben, je nach der Höhe der geleisteten Beiträge und der Zahl der Beitragsjahre. Die Mittel werden aufgebracht durch Zuschüsse des Reichs zu jeder Rente und durch Beiträge, deren Höhe sich nach dem Arbeitsverdienst richtet, die von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Theilen zu tragen und durch Klebung von je einer Versicherungsmarke für jede Woche bei der jedesmaligen Lohnzahlung zu entrichten sind. — Diese Geschäfte sind von den für jede Provinz gebildeten „Versicherungsanstalten" zu führen. R. Ges. 22. VI. 89. bezw. 13. VII. 99.

Im Falle 1 und 3 zahlt die Post die Renten an die Berechtigten vorschußweise aus und empfängt ihre Auslagen später von den betreffenden Versicherungsanstalten bezw. Berufsgenossenschaften zurück. Auf den Quittungen der Rentenempfänger ist von der Behörde die Unterschrift zu beglaubigen, sowie zu bescheinigen, daß die Berechtigten sich an dem Ersten des betreffenden Monats noch am Leben befunden haben.

4) Zur Förderung der Wohlfahrt übernimmt der Staat auch häufig Aufgaben, die zwar an sich (wie die Beförderung von Briefen) Privatangelegenheiten sind, deren Erfüllung jedoch im Interesse der Gesammtheit liegt und häufig von dem Einzelnen überhaupt nicht besorgt werden könnte: Einrichtungen wie Post, Eisenbahn 2c. dienen in erster Linie der öffentlichen Wohlfahrt und werden aus diesem Grunde vom Staate betrieben. Gleichzeitig zieht der Staat daraus aber Einnahmen; solche sind für ihn unbedingt erforderlich, wenn er seine Aufgaben durchführen will. Preußen erhält seine Einnahmen: 1. aus Grundbesitz (Domänen, Forsten), 2. aus Gewerbebetrieb (Bergwerke, Königliche Porzellanmanufaktur, Eisenbahnen 2c.) — aus diesen beiden Erwerbsquellen wird der Hauptbedarf gedeckt —, 3. aus Zuwendungen des Deutschen Reichs, das seinerseits die indirekten Steuern (Zölle und Verbrauchsabgaben von Tabak, Bier, Branntwein, Salz und Zucker) für sich genommen hat, 4. aus Steuern seiner Unterthanen: die beiden Hauptsteuern sind gegenwärtig die Einkommen- und die Ergänzungssteuer; erstere wird vom Jahreseinkommen erhoben in bestimmt steigenden Sätzen je nach dessen Höhe und beginnt bei 900 Mark; letztere trifft das Kapital (das Vermögen), dessen Steuerpflicht bei 6000 Mark beginnt.

E. Arten der Staatsthätigkeit. Indem der Staat nun in dieser Weise thätig ist, „regiert" er. Diese „Regierung" wiederum geschieht entweder:

1. durch **Gesetzgebung**, d. h. für eine unbegrenzte Vielheit menschlicher Verhältnisse werden im voraus ganz allgemeine Regeln aufgestellt, die nun auf alle vorkommenden Fälle dieser Art Anwendung finden, das sind „Gesetze", oder

2. durch **Vollziehung**, d. h. diese allgemeinen Rechtsregeln werden nun ausgeführt und zwar entweder in der Form

a) der Rechtsprechung (Gerichte), oder

b) der Verwaltung (Verwaltungsbehörden), die Beide nun für den einzelnen, thatsächlich vorliegenden Fall den im Gesetze allgemein niedergelegten Willen zum Ausdruck bringen.

Offenbar müssen sowohl Gesetzgebung wie Verwaltung Mittel haben, ihre Anordnungen event. zu erzwingen: Die Gesetze drohen für Nichtbefolgung

a) entweder Strafe an, z. B. „einen Anderen zu tödten, ist verboten; wer das doch thut, wird mit dem Tode bestraft" (Strafgesetz),

b) oder sie ermöglichen den Betheiligten die Anrufung der Staatsbehörden, die nach Prüfung der Angelegenheit dann den Willen der Gesetze verwirklichen, z. B. „wenn zwischen zwei Personen ein Kaufvertrag abgeschlossen ist, muß der Eine die Waare liefern, der Andere den Preis zahlen; Einer kann den Anderen hierzu zwingen mit Hülfe der Gerichte" (Civilgesetz).

Diese Androhungen der Gesetze nun auch thatsächlich im einzelnen Falle zu verwirklichen, ist, nach oben 2, die Aufgabe der Verwaltung bezw. der Rechtsprechung; das geschieht durch „Verfügungen", die man, wenn sie von einem Gericht ausgehen, „Urtheil" nennt. Das Gericht „verfügt" im Falle a: „Du, X., hast, wie festgestellt ist, den Y. ermordet und wirst nun mit dem Tode bestraft", und im Falle b: „Du, Kaufmann X., hast dich, wie erwiesen ist, verpflichtet, dem Polizeisergeanten Y. einen Wäscheschrank zu liefern und wirst nun angewiesen, das binnen 14 Tagen zu thun." Natürlich würden derartige „Verfügungen" der Verwaltungsbehörde bezw. des Gerichtes das reine Kinderspiel sein, wenn nicht auch sie wieder Zwangsmittel hätten, mit deren Hülfe sie ihre Anordnungen auch thatsächlich ausführen könnten; daher wird im Falle a: der Verurtheilte nun auch thatsächlich enthauptet, im Falle b: eine Geldstrafe, z. B. von 50 Mark angedroht für den Fall, daß der Wäscheschrank nicht geliefert wird, und diese Geldstrafe dann event. festgesetzt und thatsächlich von dem X. eingezogen.

Mit dieser Ausführung der Gesetze ist im Gegensatze zu den Gerichten die Thätigkeit der eigentlichen Verwaltung noch nicht erschöpft; ihr liegt ferner ob, zahlreiche Verhältnisse zu regeln, die durch ein Gesetz nicht geordnet werden können, sei es nun wegen ihres vereinzelten oder nur vorübergehenden Auftretens, sei

es, daß ein Gesetz viel zu spät kommen würde, um eine etwa bestehende Gefahr zu vermeiden oder zu beseitigen. In allen diesen Fällen greift die Verwaltung selbständig ein und findet für ihre Thätigkeit nur eine Schranke in der Gesetzgebung: so verfügt sie z. B. die Räumung eines Hauses, wenn dessen Einsturz droht, ohne erst zu warten, bis ein Gesetz erlassen wird, das dem betreffenden Bewohner die Benutzung des gefährdeten Hauses untersagt. Auch diese Verfügung wäre wirkungslos, wenn der Behörde nicht Zwangsmittel zur Verfügung ständen: eine derartige „Verfügung" wird deshalb gleich von der Androhung begleitet, daß im Falle der Weigerung eine Geldstrafe von z. B. 60 Mark oder eine entsprechende Haftstrafe festgesetzt und vollstreckt, oder auch, daß die zwangsweise Räumung vorgenommen werden würde.

Jedoch sind, wie bereits angedeutet, nicht alle Behörden in dieser über das Gesetz hinausgehenden Weise thätig: dazu sind nur die eigentlichen Verwaltungsbehörden verpflichtet, die wir heute allein „Verwaltungen" zu nennen pflegen (bei uns z. B. Minister, Regierungspräsidenten, Magistrate, Polizeiverwaltungen ꝛc.); dagegen beschäftigen sich andere Behörden, die heute „Gerichte" heißen, nur mit der Ausführung der Gesetze — eine Thätigkeit, die man als „Rechtsprechung" bezeichnet, im Gegensatz zur Thätigkeit der übrigen Behörden, der „Verwaltung". Die „rechtsprechenden" Behörden, also die Gerichte, sind zudem nur infolge einer äußeren Anregung thätig, nur nachdem ihre Vermittlung angerufen ist durch eine „Klage", die in Fällen öffentlichen Interesses (so bei den meisten Strafthaten) vom Staatsanwalt ausgeht (öffentliche Klage) oder, wenn es sich um Privatsachen handelt, von den Betheiligten angebracht wird (Privatklage: bei Strafrechtsfällen [Beleidigung]; sonst: Civilklage). Bei „Verwaltungs"behörden bedarf es dagegen keiner besonderen Anregung; sie entwickeln ohne Weiteres ihre Wirksamkeit.

F. Die Staatsorganisation entspricht den beiden Formen, in denen der Staat allein thätig ist: Gesetzgebung und Vollziehung.

1. Die **Gesetzgebung** wird ausgeübt: im absoluten Staate (Rußland) vom Herrscher allein, im konstitutionellen oder Verfassungsstaate (Preußen): vom Herrscher in Gemeinschaft mit einer Vertretung des Volkes. Diese Vertretung besteht meist aus zwei Kammern (in Preußen: Herrenhaus und Abgeordnetenhaus), und nur durch Willensübereinstimmung dieser drei Faktoren (des Herrschers und der beiden Kammern) kommt ein Gesetz zu Stande, das dann in bestimmter Weise bekannt gegeben wird und damit Rechtsverbindlichkeit den Unterthanen gegenüber erlangt. Diese Bekanntmachung allein genügt, um die Unterthanen zum Gehorsam zu verpflichten: eine Prüfung, ob das bekannt gegebene Gesetz auch unter Uebereinstimmung der drei Gesetzgebungsfaktoren zu Stande gekommen sei, steht dem einzelnen Unterthanen nicht zu.

5) Erwähnt sei an dieser Stelle, daß das Staatsoberhaupt (der Herrscher) stets unverantwortlich ist, daß daher *jeder* Akt der Regierung der Gegenzeichnung eines Ministers bedarf, der damit die Verantwortung übernimmt. Erst durch diese Gegenzeichnung wird der vom Herrscher ausgehende Befehl ein Befehl des *Staates*.

6) Die preußischen Gesetze werden in der „*Gesetzsammlung*", die Reichsgesetze im „*Reichs-Gesetzblatt*" veröffentlicht; sie erlangen Gültigkeit, sofern sie nicht selbst ausdrücklich einen anderen Zeitpunkt bestimmten, 14 Tage nach Ausgabe der betreffenden Nummer in Berlin. — Die Verordnungen des Ministers des Innern (Polizeiminister) werden im „*Ministerialblatt*", die des Regierungspräsidenten im „*Amtsblatt*" gesammelt.

2. Die **Vollziehung**, d. h. die Durchführung der Gesetze wird, wie schon hervorgehoben, besorgt:

a) durch *Gerichte*, sofern es sich lediglich um Ausführung von Gesetzen, um *Rechtsprechung*, handelt,

b) durch *Verwaltungsbehörden*, insoweit *neben* der Ausführung der Gesetze noch freier Spielraum für Thätigkeit nach *eigenem* Ermessen gegeben ist. —

Innerhalb dieser beiden Gattungen von Behörden besteht wiederum eine bestimmte Organisation (*Instanzenzug*), die Mittel gewährt, eine ungerechtfertigte Entscheidung der einen Behörde durch Anrufung der nächst höheren zu beseitigen. Solches Anrufen höherer Behörden heißt im Falle a, also bei den Gerichten: Beschwerde, Berufung oder Revision; im Falle b, also bei den Verwaltungsbehörden: Beschwerde oder Verwaltungsklage.

Um solche Rechtsmittel gegen Entscheidungen zu ermöglichen, sind jedem Gerichte wieder mehrere andere übergeordnet, an deren Weisungen das untere gebunden ist (bei uns: Amtsgericht, Landgericht, Oberlandesgericht, Kammergericht, Reichsgericht), und jeder Verwaltungsbehörde wieder andere vorgesetzt, deren Befehle von der unteren auszuführen sind (bei uns z. B.: Polizeiverwaltung, Landrath, Regierungspräsident, Oberpräsident, Minister). Für die Verwaltung ist noch zu beachten, daß neben diesen gewöhnlichen Aufsichtsbehörden noch sogenannte „*Verwaltungsgerichte*" und „*Verwaltungsbeschlußbehörden*" gebildet sind, die in gewissen Fällen an Stelle der eigentlichen Vorgesetzten zu entscheiden haben. (Vergl. S. 14, § 3, Anm. 3.)

§ 2. Preußischer Staat. Deutsches Reich.

Wenden wir uns nun den besonderen preußischen und deutschen Verhältnissen zu.

A. Der preußische Staat. Das heutige Preußen ist bekanntlich entstanden aus der Mark Brandenburg, die 1415 an die Hohenzollern kam und mit der dann im Laufe der Jahrhunderte das Herzogthum Preußen (die heutige Provinz Preußen) und die übrigen

Länder vereinigt wurden, die heute das Königreich Preußen bilden. Die ersten Markgrafen richteten ihre Herrschaft im Kampf gegen den widerspenstigen Adel (Quitzow, Köckeritz, Lüderitz ꝛc.) und die Städte auf und waren nach deren Niederwerfung unumschränkte Herren in ihrem Gebiete, lediglich dem Deutschen Kaiser unterstellt. Allmählich lockerte sich die Verbindung mit diesem; wie die anderen deutschen Fürsten, wurden auch die brandenburgischen Kurfürsten nach oben unabhängig, mußten jedoch nach und nach ihren Landesunterthanen, besonders den sogenannten „Ständen" (d. h. Vertretungen des Adels, der Städte und des flachen Landes), eine gewisse Betheiligung an der Regierung, vor Allem bei der Steuerbewilligung, zugestehen. Dieses auch in Brandenburg nach und nach üblich gewordene Mitregiment der Stände wurde zum Theil schon vom Großen Kurfürsten (1640 bis 1688) beseitigt, weiter aufgehoben aber von dessen Sohn, König Friedrich I., und gänzlich unterdrückt durch Friedrich Wilhelm I. Unter diesem und seinen Nachfolgern war Preußen ein absolutes Königthum: Der König war der alleinige Herrscher, den Unterthanen stand keinerlei Betheiligung an der Staatsregierung zu. Darauf abzielende Bestrebungen des Volkes zeigen sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts, besonders nach den Befreiungskriegen, führten jedoch erst 1848 zum Erfolge: am 5. Dezember 1848 erließ Friedrich Wilhelm IV. zwar infolge der Aufstände, an sich aber doch aus eigenem Antriebe eine Verfassung.*) Diese Verfassung wurde nun mit einer Versammlung von Volksvertretern, die auf Grund eines vom Könige erlassenen Wahlgesetzes berufen wurden, berathen, zum Theil abgeändert und sodann endgültig als „Verfassungsurkunde für den preußischen Staat" am 31. Januar 1850 publizirt. In dieser Verfassung wurde für gewisse Akte der Regierung die Betheiligung des Volkes durch Abgeordnete garantirt.

Die Rechtslage ist heute folgende: Inhaber der Herrschaft ist allein der König, nicht etwa das gesammte Volk, und zwar nach wie vor völlig unabhängig; nur für gewisse, in der Verfassungsurkunde namentlich aufgezählte Fälle, die allerdings recht zahlreich sind, ist er an die Zustimmung des Landtages gebunden, so daß in diesen Fragen weder der König allein, noch auch der Landtag allein etwas unternehmen können. Willensübereinstimmung Beider ist erforderlich, wenn in solchen Fällen eine Aeußerung der Staatsgewalt vorliegen soll. Diese Uebereinstimmung wird stets erfordert bei Gesetzen, Anleihen ꝛc.; in allen anderen, in der Verfassungsurkunde nicht erwähnten Fällen, besonders dem Militär gegenüber, ist der König der freie Herrscher geblieben.

---

*) Nur in dieser Form konnte ohne Rechtsbruch ein derartiger Akt überhaupt vor sich gehen: Da der König der alleinige Herrscher war, konnte eine gültige Erklärung der Staatsgewalt auch nur von ihm ausgehen. Das Volk selbst würde nicht in der Lage gewesen sein, sich eine gültige Verfassung zu geben.

1) Der Landtag ist Vertreter des Volkes; er besteht aus dem Herrenhause und dem Abgeordnetenhause. Nur die Mitglieder des letzteren gehen aus allgemeinen und zwar indirekten Wahlen hervor, d. h. das Volk wählt nur Wahlmänner, und diese wählen dann erst die eigentlichen Abgeordneten; die Mitgliedschaft zum Herrenhause ist entweder erblich oder wird durch besondere königliche Berufung erworben. Mitglied des Abgeordnetenhauses kann jeder Preuße werden, der dreißig Jahre alt, seit einem Jahre preußischer Unterthan ist und sich im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. Diese Abgeordneten werden gewählt von den Wahlmännern, diese wiederum von denjenigen preußischen Unterthanen, die 24 Jahre alt sind, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen, keine Armenunterstützung bekommen, zur Zeit nicht bei der Fahne dienen und ihren gegenwärtigen Wohnsitz zur Zeit der Aufstellung der Listen bereits sechs Monate inne haben. Die Wahl erfolgt in drei Klassen, deren jede eine gleiche Anzahl von Wahlmännern wählt und nach Maßgabe der von den Wählern gezahlten Steuern gebildet wird. Die Stimmen werden mündlich zu Protokoll abgegeben. — Im Uebrigen stehen sich Herrenhaus und Abgeordnetenhaus gleichberechtigt gegenüber.

Preußen ist sonach eine konstitutionelle Monarchie und zwar eine Erbmonarchie.

B. Das Deutsche Reich. Ueber dem Königreich Preußen steht heute das 1871 von unserem Heldenkaiser und seinen großen Paladinen Bismarck, Moltke und Roon im Verein mit den ihm verbündeten deutschen Fürsten und freien Städten gegründete neue Deutsche Reich; dieses hat bestimmte Gebiete seiner Gesetzgebung und Verwaltung vorbehalten, seine Anordnungen gehen denen der Einzelstaaten stets vor.

Die Herrschergewalt für das Deutsche Reich liegt bei der Gesammtheit der deutschen Fürsten, die ihre Rechte ausüben durch besondere Vertreter, die zusammen den „Bundesrath" bilden. Dieser Bundesrath ist der Hauptfaktor der Reichsregierung, er ist der Herrscher des Reiches; der Kaiser ist im Wesentlichen nur ausführendes Organ und hat, abgesehen vom militärischen Gebiet und einigen anderen Fällen, dem Bundesrath gegenüber keinerlei Selbständigkeit.

2) Dennoch hat der Kaiser in der Wirklichkeit einen gewaltigen Einfluß auf die Reichsregierung, aber nicht in seiner Eigenschaft als Kaiser, sondern als König von Preußen; als solcher ist er, wie jeder andere Fürst (z. B. der von Reuß) Mitträger der Reichsherrschaft, der gleich den Anderen seine Vertreter, und zwar erheblich mehr, wie diese (17, während z. B. Reuß nur einen entsendet) in den „Bundesrath" schickt, die hier natürlich nach seinen Anweisungen zu stimmen haben.

Der Bundesrath übt die ihm zustehende Herrschergewalt jedoch nicht absolut aus, sondern ist, ähnlich wie in Preußen der König, in gewissen Fällen an die Zustimmung der Abgeordneten des deutschen Volkes, des „Reichstages" gebunden.

3) Die Mitglieder des Reichstages werden in allgemeinen und direkten Wahlen gewählt (d. h. die Abgeordneten selbst werden gleich gewählt), und zwar in gleicher und geheimer Wahl, d. h. es findet keine Klasseneintheilung der Wähler statt, jeder wählt gleich dem Andern und zwar durch Abgabe von verschlossenen Stimmzetteln. Wählen kann jeder Deutsche, der 25 Jahre alt ist, mit Ausnahme der aktiven Militärpersonen; wählbar zum Abgeordneten ist er dagegen nur, wenn er bereits seit einem Jahre Unterthan eines Bundesstaates ist. (Vergl. oben Anm. 1.)

Bei Vergleichung der Parlamentsverhältnisse Preußens und des Deutschen Reiches finden wir, daß — natürlich nur annähernd — die Rechte, die in Preußen der König hat, im Reiche vom Bundesrath (nicht etwa vom Kaiser) ausgeübt werden, und daß diese Beiden in Ausübung ihrer Rechte beschränkt sind: in Preußen der König durch den Landtag (Herrenhaus — Abgeordnetenhaus); im Reiche der Bundesrath durch den Reichstag.

4) Für die Besorgung der dem Reiche obliegenden Geschäfte, sind besondere Reichsbehörden gebildet: Der Reichskanzler hat die Kaiserlichen Erlasse gegenzuzeichnen und im Namen des Kaisers die Ausführung der Reichsgesetze zu überwachen; sodann bestehen für die einzelnen Geschäftszweige: das „Auswärtige Amt", Reichsamt des Innern, Reichs-Marine-Amt, Reichs-Justizamt, Reichs-Schatzamt, Reichs-Post-Amt, an deren Spitze je ein „Staatssekretär" steht, und für mehrere Geschäfte besonderer Art eine Anzahl Spezialbehörden: so das Bundesamt für das Heimathwesen als oberste Instanz in gewissen Armenunterstützungs-Angelegenheiten, das Statistische Amt 2c.

§ 3. Verwaltungsorganisation Preußens.

A. Die Verwaltungsbehörden. Je größer der Staat, desto umfangreicher ist natürlich seine Thätigkeit und desto mehr Organe sind nöthig zur Regierung. In Preußen finden wir daher einen weit verzweigten Behördenorganismus.

Unmöglich kann der König alle Aufgaben, die dem Staate obliegen, allein ausführen; er bedarf dazu anderer Personen, die nach seinen Anordnungen und nach seinem Willen, in seinem Namen die Staatsaufgaben durchführen, wie er sie entweder allein oder nach Befragung des Landtages festgestellt hat. Diese Hülfspersonen sind seine Beamten, die den Anweisungen, die er ihnen — bei schriftlicher Form unter Gegenzeichnung des zuständigen Ministers — giebt, unbedingt Folge zu leisten haben.

Da sind zunächst die Minister,*) die unmittelbar mit dem Könige verkehren und von ihm direkt Anweisungen erhalten; zu deren Unterstützung sind wieder weitere Organe erforderlich, die ebenfalls Beamte des Königs sind, ihm Treue und Gehorsam schulden, aber daneben und zwar zunächst den Anordnungen der Minister nachzukommen haben,

*) Gegenwärtig haben wir neun Ministerien: für Finanzen; geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten; Handel und Gewerbe; Inneres; Justiz; Krieg; Landwirthschaft, Domänen und Forsten; öffentliche Arbeiten; auswärtige Angelegenheiten; letzteres verbunden mit dem „Auswärtigen Amt" des Deutschen Reichs. Jeder Minister ist zuständig in den Sachen, die der Name seines Ministeriums bezeichnet. Angelegenheiten, die nicht einem besonderen Ministerium überwiesen sind, gehören dem Minister des Innern, so vor Allem die Polizei, jedoch auch nur insoweit, als ihre Einzelzweige nicht unter die Zuständigkeit eines besonderen Ministeriums fallen: nicht also z. B. die Landwirthschaftspolizei. — Alle Minister zusammen bilden das Staatsministerium, an dessen Spitze ein Ministerpräsident steht. Versammeln sich die Minister unter Vorsitz des Königs, dann spricht man von einem „Kronrath".

natürlich sich jederzeit, z. B. beschwerdeführend, an den König wenden können. Solche Beamte sind die Regierungspräsidenten, die aber bei ihrer großen Zahl und der weiten Entfernung von Berlin nicht vom Minister allein in allen Geschäften einheitlich geleitet werden können. Deshalb werden wieder mehrere Regierungsbezirke (meist drei) zu Provinzen (zwölf) vereinigt unter je einem Oberpräsidenten, der nun gewisse Aufsichtsrechte über die Regierungspräsidenten, aber auch eine eigene Thätigkeit unter Aufsicht des Ministers ausübt. Die Regierungsbezirke sind wieder in mehrere Kreise getheilt, an deren Spitze ein Landrath steht, und die Kreise setzen sich ihrerseits aus den einzelnen Ortschaften zusammen mit den Ortsbeamten, die nunmehr die unterste Instanz bilden und unter Aufsicht aller über ihnen stehenden Beamten, zuletzt des Königs Herrschaftsthätigkeit in gewissem Umfange verrichten. Diese Beamten sind natürlich nicht in ihrer Person zur Herrschaft berufen, sondern nur als jeweilige Inhaber eines Amtes; sie stellen nur die Behörde dar, sind aber nicht selbst die Behörde, diese bleibt bestehen, auch wenn der einzelne Beamte stirbt. (Vergl. S. 4, § 1. C.).

Die Zuständigkeit der einzelnen Behörden ist allgemein durch Gesetz geregelt, damit sie nicht gegenseitig in Konflikt gerathen.

1) Sollte dennoch dieser Fall eintreten (sog. „Kompetenzkonflikt"), dann wird der Streit, wenn ein gemeinsamer Vorgesetzter vorhanden ist, von diesem, wenn dieser fehlt (z. B. zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden), von einem besonderen „Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte" entschieden. — Nicht zu verwechseln ist hiermit die sog. Konfliktserhebung bei gerichtlichen Klagen gegen Verwaltungsbeamte. (Vergl. S. 34, § 6. C. 5.)

B. Selbstverwaltung. Mit diesem Behördenapparat könnte nun der Staat zweifellos seine gesammten Aufgaben erfüllen, aber er thut das aus verschiedenen Gründen nicht: er regiert nicht nur durch Berufsbeamte, sondern zieht auch die Laien (das sind nicht berufsmäßig für Staatsgeschäfte ausgebildete Leute) in umfassendster Weise zur Regierung heran. Wie an höchster Stelle bei der Gesetzgebung Laien mitwirken (vergl. S. 8, § 1. F und S. 9, § 2), so werden auch in kleineren Verhältnissen diese in verschiedenster Weise verwendet. Die Rechtsprechung erfolgt zum großen Theile unter Betheiligung von Laien (Schöffen-, Schwur-, Verwaltungsgericht); dann bildet der Staat kleinere, event. auch größere Gemeinschaften innerhalb seines Gebietes, überträgt diesen gewisse Staatsaufgaben zur selbständigen Erledigung und auf ihre Kosten und behält sich selbst lediglich ein Aufsichtsrecht über diese Verwaltung vor. (Vergl. S. 1, § 1. A.) Solche Organe, die Staatsangelegenheiten selbst verwalten, ohne daß in jedem einzelnen Falle der Staat einschritte, heißen „Selbstverwaltungskörper".

2) Die Gründe für diese Einrichtung liegen einmal in der Erwägung, daß die Unterthanen ein weit größeres Interesse am Staate haben, wenn sie an seiner Regierung betheiligt sind, und daß solch erhöhtes Interesse für den Staat nur

vortheilhaft sein kann; sodann will der Staat die Erfahrungen, die seine Unterthanen im praktischen Leben, z. B. als Kaufleute 2c., sammeln, auch seiner eigenen Verwaltung zu gute kommen lassen; und endlich spart der Staat nicht unerheblich, wenn er an Stelle der besoldeten Berufsbeamten Personen für sich verwendet, die aus anderer, ihrer Hauptbeschäftigung, Gewinn erzielen und daher von ihm nicht bezahlt zu werden brauchen. — Daß der Staat genügend solche Leute findet, erreicht er dadurch, daß er die Annahme derartiger Aemter zur Pflicht macht.

3) Die Aufsicht über die Selbstverwaltung führt in allen Fällen der Staat durch seine unmittelbaren Organe: Landrath, Regierungspräsident, Oberpräsident, Minister, in höchster Instanz König. Um aber auch hier wieder Laien heranzuziehen, um deren Erfahrung auch bei der Beaufsichtigung zu verwenden und besonders, um die Entscheidung oft wichtiger Fragen nicht in die Hand eines einzigen Menschen zu legen, sondern der eingehenden Prüfung mehrerer mit den wirklichen Lebensverhältnissen genau Vertrauter zu unterstellen, hat man die Einrichtung getroffen, daß bei Ausübung dieser Beaufsichtigung in gewissen Fällen der Landrath an den Kreisausschuß, der Regierungspräsident an einen für den Regierungsbezirk gebildeten Bezirksausschuß und der Oberpräsident an einen für die Provinz bestehenden Provinzialrath gebunden ist. Diese Behörden nennt man Beschlußbehörden; Kreisausschuß und Bezirksausschuß sind gleichzeitig als Verwaltungsgerichte thätig. (Vergl. S. 8, § 1. F.)

Die Verwaltungsgeschäfte werden in Preußen sonach in drei Formen besorgt:

1. im gewöhnlichen Verwaltungsverfahren, d. h. die Entscheidung über die zu erledigende Sache trifft der einzelne Vorsteher der jeweilig zuständigen Behörde bezw. dessen Stellvertreter. Dieses Verfahren hat den Vorzug der Einfachheit und Kürze, erhält zudem in dem betreffenden Beamten das Gefühl seiner Verantwortlichkeit rege und ist daher gegenwärtig in den meisten Fällen im Gebrauch, bietet andererseits aber die Gefahr einseitiger und willkürlicher Anordnungen.

   Organe, insbesondere auf polizeilichem Gebiete: Amtsvorsteher, Bürgermeister, Landrath, Polizeidirektor (-Präsident), Regierungspräsident, Oberpräsident, Minister des Innern.

2. im Beschlußverfahren, d. h. mehrere Personen bilden ein Kollegium und beschließen nach Stimmenmehrheit, welche Verfügung im gegebenen Falle zu treffen sei. Abgesehen von den oben erörterten Vorzügen, wird durch dieses Verfahren eine besonders gründliche Besprechung der Sachlage und demgemäß eine besonders sorgfältige Entscheidung verbürgt, auf der anderen Seite aber wird der Geschäftsgang verlangsamt und in dem einzelnen Mitgliede des Kollegiums das Gefühl persönlicher Verantwortlichkeit abgeschwächt.

   Organe: Kreis-(Stadt-)Ausschuß, Bezirks-Ausschuß, Provinzialrath, } genannt „Verwaltungsbeschlußbehörden".

3. im Verwaltungsstreitverfahren, das in besonders wichtigen Fällen, unter Beobachtung gerichtlicher Formen (formelle Klage und Klagebeantwortung und gerichtsmäßiges Urtheil) zur Anwendung gelangt, namentlich wenn Rechte einzelner Unterthanen oder Korporationen in Frage stehen.

   Organe: Kreis-(Stadt-)Ausschuß, Bezirks-Ausschuß, Oberverwaltungsgericht, } genannt „Verwaltungsgerichte".

(Maßgebend sind das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. VII. 83 und das Zuständigkeitsgesetz vom 1. VIII. 83.)

Dieser Grundsatz der Selbstverwaltung ist vor Allem in den Stadtverwaltungen zur Geltung gelangt: eine größere Anzahl Bürger, die von der Gesammtheit gewählt wird, beschließt als „Stadtverordneten-Versammlung" über die Erledigung der

betreffenden Angelegenheiten, eine weniger zahlreiche Vereinigung, die von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt wird, führt als „Magistrat" diese Beschlüsse aus und stellt zu diesem Zweck eine Anzahl Beamter auf Kosten der Gemeinde an, die dann zunächst Beamte des Magistrats, durch diesen aber wiederum dem Staate, dem Könige unterstellt sind (mittelbare Staatsbeamte); solche Beamte sind Bürgermeister, Gemeindesekretäre, Gemeindepolizeibeamte 2c.

Diese Selbstverwaltungskörper sind nun frei thätig, lediglich beschränkt durch die Gesetzgebung, die ihnen aber stets so viel Spielraum läßt, daß sie alle Verhältnisse so regeln können, wie es gerade für den betreffenden Ort am zweckmäßigsten ist: das ist die „Selbstverwaltung".

Hat der Staat nun einmal solche Selbstverwaltungsbehörden eingerichtet, dann liegt es für ihn sehr nahe, sich derselben auch zur Erledigung von Geschäften zu bedienen, die er an und für sich nicht einer Gemeinde zur freien Besorgung übergeben will, sondern bei denen er es für zweckmäßig hält, daß genau nach seinen Anweisungen verfahren wird, ohne daß erst eine Stadtverordnetenversammlung durch Abstimmung zu beschließen hätte, ob überhaupt und vor Allem wie, in welcher Art und Weise vorzugehen sei. Das geschieht vor Allem, wenn die gleichmäßige Behandlung eines Verwaltungszweiges im ganzen Staatsgebiete gesichert werden soll, wie z. B. die einheitliche Führung der Personenstandsregister, der Steuerlisten, einheitliche Handhabung der Polizei 2c. In solchen Dingen ist dann genau nach der Anweisung der Staatsbehörde zu verfahren; in der Regel wird daher nicht die Gemeinde als solche oder der Magistrat, denn diese hätten immer noch die Art der Besorgung durch Mehrheitsbeschlüsse festzustellen, sondern der Vorsteher des Magistrats, der Bürgermeister, persönlich beauftragt, der nun ausschließlich nach den Befehlen der anweisenden Staatsbehörde zu handeln hat. Nur durch diese Einrichtung ist die gleichmäßige Besorgung eines Geschäfts im ganzen Staate zu erreichen. In dieser Weise führt der Staat in Preußen mit Ausnahme der Gerichte, der Post 2c. die gesammten örtlichen Staatsgeschäfte; er benutzt zu diesen in der erörterten Weise fast ausschließlich die Organe der Selbstverwaltung und besitzt daher für die innere Verwaltung keine eigenen „königlichen" Ortsbehörden. Ein äußerer Unterschied, wann der Bürgermeister nun als Organ der Selbstverwaltung, wann er als Beauftragter der Staatsbehörde thätig ist, fällt nicht in die Augen; gleichwohl ist aber an der Unterscheidung dieser beiden Arten der Verwaltung festzuhalten: wir nennen die eine Selbstverwaltung, die andere allgemeine Staatsverwaltung. Zu letzterer gehört stets die Polizei, die also ein örtliches Staatsgeschäft ist, das nach den Anweisungen der vorgesetzten Staatsbehörden (Landrath, Regierungspräsident 2c.) — in der Regel von Beamten der Selbstverwaltungsbehörde (Bürgermeister) — ausgeübt wird

und zwar in allen Fällen **Im Namen des Königs**; Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung haben also auf die Handhabung der Polizei keinerlei direkten Einfluß,*) wenn sie auch, da sie die für Polizeizwecke erforderlichen Gelder zu bewilligen haben, in gewissem Sinne eine Einwirkung sich zu sichern vermögen.

4) In ähnlicher Weise wie für die Städte sind auch für größere Bezirke „Selbstverwaltungskörper" gebildet: für den **Kreis** und für die **Provinz**. Der Stadtverordnetenversammlung entspricht im Wesentlichen im Kreise der **Kreistag**, in der Provinz der **Provinziallandtag**; dem Magistrat: für den Kreis der **Kreisausschuß**, für die Provinz der **Provinzialausschuß**; dem Bürgermeister: im Kreise der **Vorsitzende des Kreisausschusses**, in der Provinz der **Landeshauptmann** oder **Landesdirektor**. — Vorsitzender des Kreisausschusses ist stets der **Landrath**; nur in der **Person** des Landraths liegt für den Kreis eine Verbindung der Selbstverwaltung mit der allgemeinen Staatsverwaltung, die für die Provinz jedoch gänzlich fehlt. (Natürlich besteht, wie überall, auch hier eine Staatsaufsicht, die vom Oberpräsidenten ausgeübt wird.) — Für die Regierungsbezirke sind keine Selbstverwaltungsbehörden gebildet; über das Wesen des Bezirksausschusses vergl. S. 14, Anm. 3.

C. Form und Schranken der Verwaltung. (Vergl. S. 7, § 1. E.) Wie der **Staat** allgemein wiederkehrende Verhältnisse durch **allgemeine Befehle** regelt (**Gesetz**), so äußert sich in solchen Fällen auch die Thätigkeit der Verwaltung in **allgemeinen** Anordnungen („**Verordnungen**"), die gleich den Gesetzen die Androhung einer Strafe enthalten, welche dann gegen den Ungehorsamen festgesetzt wird, sei es nun durch eine Verwaltungsbehörde oder durch ein Gericht. (Vergl. S. 20, § 4. C.) Ferner kann **jede** Verwaltung innerhalb ihrer Zuständigkeit einen Verwaltungsbefehl für einen **einzelnen** Fall („**Verfügung**") erlassen und darin eine sog. **Exekutivstrafe** androhen.

Beschränkt wird die Verwaltung nur durch die Gesetzgebung: Anordnungen, die sich im Widerspruch mit einem Gesetze befinden, sind ungültig und werden von der vorgesetzten Behörde aufgehoben. —

Eingehendere Erörterungen würden zu weit führen; es kam lediglich darauf an, Begriff und Wesen des Staates, Art und Form seiner Thätigkeit klarzulegen und auf diese Gesichtspunkte hin die besonderen preußischen und deutschen Verhältnisse zu betrachten.

§ 4. Die Polizei.

A. Begriff der Polizei. Unter „Polizei" verstand man früher die **gesammte** Staatsthätigkeit außer Gesetzgebung und Rechtsprechung, also unsere ganze heutige „Verwaltung". Das hat sich jedoch wesentlich geändert: man bezeichnet heute die Maßregeln, die der Staat unternimmt zur Förderung der Wohlfahrt, des wirthschaftlichen Wohlstandes, nicht mit „Polizei", sondern mit „**Wohlfahrtspflege**". Der

*) Ueber das Zustimmungsrecht des Magistrats zum Erlaß von Polizeiverordnungen vergl. S. 20, § 4. C.

Polizei liegt nur noch ob, Störungen dieser Wohlfahrtspflege, Gefahren für dieselbe abzuwehren, ihr den Weg zu ebnen und zwar in erster Linie dadurch, daß sie durch vorbeugende Maßnahmen Störungen überhaupt vermeidet (Präventivpolizei), und falls dennoch solche vorgekommen sein sollten, sie beseitigt und die Verursacher zur Rechenschaft zieht (Repressivpolizei): also Vorausſehen und Vorbeugen — wo das nicht geholfen hat: Zurückdrängen und Bestrafen.

Die Polizei ist nicht Selbstzweck sie besteht nicht um ihrer selbst willen, wir haben keine Polizeibeamten, um Tausenden von Männern Amt und damit Brot zu geben; sie ist einzig und allein Mittel zum Zweck, sie soll Bahn schaffen für die Wohlfahrt, sie soll Ordnung und Sicherheit herstellen und erhalten, damit sich Jeder seiner Rechte erfreuen kann und vor Ueberfällen und Belästigungen der Nachbarn sicher ist. Diesen Zustand hat die Polizei anzustreben und aus diesen Gesichtspunkten heraus all ihre Maßnahmen zu treffen; um Letzteres aber zu können, müssen sich die Polizeibeamten des Wesens und des Zweckes der Polizei bewußt werden, sie müssen die Polizei betrachten lernen als einen Theil und zwar als einen wesentlichen Theil einer unendlich weit verzweigten Staatsthätigkeit, die in ihren letzten Zielen nichts Anderes anstrebt, als Ruhe und Frieden, Glück und Zufriedenheit unter den Menschen herzustellen und zu erhalten. Nur wer dieser innigen und unlösbaren Verknüpfung der Polizei mit der gesammten Staatsthätigkeit und der eigentlichen Zwecke und Ziele der letzteren sich bewußt ist, nur wer dieses wahre Wesen der Polizei und der Staatsthätigkeit überhaupt erkannt hat und seine gesammten Amtshandlungen aus diesem Gesichtspunkte ausführt, nur der ist in der Lage, ein tüchtiger Polizeibeamter zu sein, nur der handelt seinem Diensteide gemäß, nur der ist überhaupt fähig, als Beamter verwendet zu werden. Heiligste Pflicht jedes Beamten, insonderheit des Polizeibeamten, ist es, sich hinreichende Kenntnisse zu verschaffen, um in solcher Weise zweckentsprechend thätig sein zu können, um auch zu seinem Theile dazu beizutragen, daß Friede und Wohlgefallen auf Erden herrschen. Nur wo alle Theile eines großen Ganzen, wie es ein Behördenapparat ist, sich des Zieles voll bewußt sind und nach dem gleichen Ziele streben, kann dieses erreicht werden; auch der unterste Beamte ist hierbei nicht zu entbehren.

1) Für den Polizeibeamten ist eine gründliche Dienstkenntniß ganz besonders erforderlich: Die Bedeutung des Polizeidienstes für die gesammte Verwaltung, die Machtbefugnisse, welche die Polizeibeamten über die Freiheit anderer Menschen haben, kurz: das ganze Wesen des Polizeidienstes verlangt die genaueste Kenntniß und die scharfe Beachtung aller einschlägigen Bestimmungen, wenn anders die Polizei ihr Ziel nicht verfehlen will; sie soll keine Plage, sondern eine Wohlthat für die Menschen sein.

Die Vorgesetzten haben daher unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen, daß die Exekutivbeamten schon während ihrer Probedienstzeit sich diejenigen Kenntnisse erwerben, die für eine ersprießliche Thätigkeit im Polizeidienst nothwendig sind. Als Maßstab wird bei Beurtheilung dieser Frage im Allgemeinen

der Inhalt dieses Buch zu Grunde gelegt werden können, womit jedoch keineswegs gesagt ist, daß der Polizeibeamte nun alle hier gegebenen Einzelheiten im Gedächtniß haben soll; aber den Zusammenhang aller Dinge, sowie eine genauere Kenntniß seiner speziellen Zuständigkeit muß man auch von einem Polizeisergeanten verlangen können. Es empfiehlt sich, am Schluß der Probedienstzeit eine Prüfung abzuhalten und von deren Ausfall die definitive Anstellung abhängig zu machen; nur so können unfähige Elemente vom Polizeidienst ausgeschlossen werden. An der rechtlichen Zulässigkeit einer Prüfung ist nicht zu zweifeln; nur dürfen nicht zu hohe Anforderungen gestellt werden: wer nicht besteht, erweist sich eben als „dienstlich unbrauchbar" — Vorgesetzte, welche die Dienstkenntniß ihrer Untergebenen nicht kontrolliren, schneiden sich übrigens ins eigene Fleisch: derjenige Vorgesetzte, der durch vorschriftsmäßige Aufmerksamkeit die Amtsvergehungen seiner Untergebenen hätte verhindern können, haftet für denjenigen Schaden, der aus Vernachlässigung dieser Aufsichtspflicht entstanden ist, neben dem Untergebenen. (A. L. R. II. 10. § 90.)

Nach diesen Erwägungen nimmt die Polizei eine hervorragende Stellung in der ganzen Staatsthätigkeit ein: sie schafft die Voraussetzungen — Ordnung und Sicherheit — auf denen die übrige Verwaltung, die „Wohlfahrtspflege", dann aufbaut.

B. Zuständigkeit der Polizei. In diesem Sinne bestimmt auch das A. L. R. II. 17. § 10: „Die nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publiko oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei." Also abwehren und erhalten soll die Polizei; darüber hinaus thätig zu sein, irgend etwas noch zu fördern, ist sie nicht berechtigt

Dieser Paragraph des A. L. R. ist die Grundlage der gesammten Polizeiverwaltung; das Polizeiverwaltungsgesetz vom 11. März 1850 ist nur eine weitere Ausführung desselben, nur eine besondere Anwendung der weitergreifenden Bestimmung des A. L. R.

Für die Begriffe der Ruhe, Ordnung, Sicherheit und der Gefahr ist zu beachten:

Oeffentliche Ruhe ist derjenige Zustand, der als der an öffentlichen Orten regelmäßig herrschende anzusehen ist; die öffentliche Ruhe wird daher noch nicht durch einfache Geräusche gestört, die durch erlaubte Handlungen verursacht werden, z. B. Poltern von Lastwagen, Schlittengeläut, genehmigte Aufzüge mit Musikbegleitung 2c. Das Publikum vor Belästigungen dieser Art zu bewahren, ist die Polizei daher nicht berechtigt. Aus ihrer Pflicht zur Erhaltung der „öffentlichen Ruhe" folgt lediglich ihr Recht, von den Unterthanen eine solche Haltung zu verlangen, die den über die Sicherheit und Ordnung erlassenen Gesetzen oder Verordnungen entspricht, die überhaupt mit den herrschenden Gepflogenheiten des täglichen Verkehrs an den fraglichen Orten im Einklang steht, z. B. ruhiges Verhalten zur Nachtzeit 2c.

Oeffentliche Ordnung ermöglicht erst eine ungehinderte Entfaltung des öffentlichen Lebens, namentlich soweit es sich im Straßenverkehre äußert, ist aber nicht gleichbedeutend mit öffentlichem Wohl;

nur die Einrichtung und Erhaltung von Verhältnissen, die im Interesse eines geregelten und gesicherten öffentlichen Lebens, besonders des Verkehrs liegen, ist Sache der Polizei.

Oeffentliche Sicherheit gewährt vor Allem Schutz gegen Gefährdungen jeder Art, namentlich des Lebens, aber auch aller anderen Güter.

Gefahr erfordert mehr als Nachtheil oder Belästigung; nur wo Leib, Leben, Gesundheit oder Vermögen durch rechtswidrige Eingriffe oder durch Naturereignisse bedroht sind, liegt eine „Gefahr" vor, die polizeiliches Einschreiten rechtfertigen würde.*)

Unter Aufrechterhaltung dieser Begriffsbestimmungen sind die Bezeichnungen „öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung" im weitesten Sinne zu nehmen; sie sind zwar an sich auseinander zu halten, ergänzen sich gleichwohl gegenseitig, und da alle Fragen und Verhältnisse des öffentlichen Lebens in irgend einer Beziehung zu diesen Begriffen, sei es nun zur öffentlichen Ruhe, sei es zur öffentlichen Sicherheit oder sei es zur öffentlichen Ordnung, stehen müssen, so ist thatsächlich die Zuständigkeit der Polizei auf allen nur denkbaren Gebieten begründet, soweit es sich eben um öffentliche Fragen handelt. Nur ist, wie gesagt, daran festzuhalten, daß die Polizei nicht fördernd einzugreifen hat, sondern auf Vermeidung und Beseitigung von Störungen dieser öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit beschränkt ist. Immer aber ist zu betonen, daß die Polizei nur auf öffentliche Verhältnisse zu achten hat, rein private Angelegenheiten gehen sie absolut nichts an.

Ueber diesen Rahmen hinaus kann die Polizei nur durch ein besonderes Gesetz zum Handeln ermächtigt werden — eine Anordnung des Staates, die dieser natürlich jederzeit erlassen kann. Stets jedoch ist darauf zu achten, daß die Zuständigkeit der Polizei in jedem einzelnen Falle einer gesetzlichen Grundlage bedarf, die sie überhaupt zum Vorgehen berechtigt: sei es nun der bereits besprochene Paragraph des A. L. R. und in dessen Weiterführung das Gesetz vom 11. März 1850 oder ein für eine besondere Gelegenheit ergangenes Gesetz.

Namentlich für den Exekutivbeamten sind diese Betrachtungen von größter Wichtigkeit. Er wird zwar in zahlreichen Fällen nur den Befehl seiner Oberen auszuführen haben und hat diesen gegenüber, wie in § 6. C. 7 (S. 52) näher zu erörtern sein wird, nicht zu prüfen, ob sich sein Auftrag auch in den Grenzen polizeilicher Zuständigkeit hält. Andererseits wird jedoch in weit häufigeren Fällen der Beamte sich zu selbständigem Handeln entschließen müssen, besonders wohl auf Posten und Patrouille; zudem hat auch der auf Befehl handelnde Beamte weniger den Wortlaut, als den Sinn seines Auftrages auszuführen, den richtig zu erfassen er daher befähigt sein muß.

---

*) Koch, Allgemeines Landrecht.

Er vergegenwärtige sich stets, daß er unter allen Umständen einzuschreiten hat, sofern die Oeffentlichkeit irgendwie berührt und zwar ihr gewöhnlicher, ordnungsmäßiger Bestand in irgend einer Weise bedroht oder gefährdet ist, und daß Anordnungen, die er in dieser Richtung trifft, sich stets werden rechtfertigen lassen. Scharf achte er jedoch in allen Lagen darauf, daß er sich in Privatsachen nicht einzumischen hat.

Wann die Oeffentlichkeit berührt wird, wird im einzelnen Falle festzustellen sein; der Beamte prüfe in aller Ruhe nach dem, was oben über die Polizei gesagt ist: er wird dann das Rechte treffen. Zur Richtschnur mag dienen, daß die „Oeffentlichkeit" nicht schon durch ein Ereigniß oder durch ein Verhältniß berührt wird, das mehrere Personen angeht (z. B. mag die halbe Stadt von einem bankerotten Kaufmann etwas zu fordern haben, die Oeffentlichkeit und damit auch die Polizei berührt das nicht im Mindesten, sofern nicht betrügerischer Bankerott vorliegt), daß andererseits in vielen Fällen schon das Betroffenwerden nur einer Person genügt, um die „Oeffentlichkeit" zu interessiren und polizeiliches Einschreiten zu erfordern (z. B. wenn Einer bestohlen, wenn Einer bedroht wird, dann liegt darin auch für alle anderen Menschen eine Gefahr: wer Einen bestiehlt oder bedroht, der wird nicht anstehen, bei passender Gelegenheit einem Anderen den gleichen „Liebesdienst" zu erweisen).

C. Form der polizeilichen Thätigkeit. Die Verwaltungsthätigkeit der Polizei äußert sich in dem Erlaß von:

1. **Polizeiverordnungen,** d. s. wie die Gesetze des Staates allgemein erlassene und öffentlich bekannt gegebene Regeln für eine Vielheit von Fällen,

2) Allgemeine Erlasse der Polizeibehörden sind auch die Bekanntmachungen, d. s. Mittheilungen der Behörden an das Publikum, die nicht wie die Polizeiverordnungen Recht setzen und daher auch keine Strafe androhen, sondern nur eine Benachrichtigung, eine Belehrung u. dergl. enthalten, z. B. Bekanntmachung über Fundsachen, gesundheitsschädliche Nahrungsmittel 2c.

2. **Polizeiverfügungen,** d. s. Anordnungen, die in einem einzelnen Falle an eine ganz bestimmte Person ergehen, um einen bestimmten Zustand herbeizuführen.

In diesen beiden Formen, der Polizeiverordnung und der Polizeiverfügung, geht die ganze polizeiliche Verwaltungsthätigkeit vor sich; der Inhalt der Verordnung sowohl als auch der Verfügung wird beschränkt durch die polizeiliche Zuständigkeit überhaupt. Die Rechtmäßigkeit von Verordnung und Verfügung ist daher an das Vorhandensein einer die Polizei für den gegebenen Fall zum Handeln ermächtigenden Gesetzesbestimmung geknüpft, mag sie nun im A. L. R., im Polizeiverwaltungsgesetze vom 11. März 1850 oder in einem besonderen Gesetze begründet sein. Innerhalb solcher Schranken ist jede

polizeiliche Thätigkeit gestattet und die Polizeibehörde mit einer Zwangsgewalt ausgerüstet.

Das Polizeiverordnungsrecht ist erschöpfend behandelt in dem schon mehrfach erwähnten Gesetze über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, das als Gegenstände von Polizeiverordnungen bezeichnet:

a) den Schutz der Personen und des Eigenthums;
b) Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, Brücken, Ufern und Gewässern;
c) den Marktverkehr und das öffentliche Feilhalten von Nahrungsmitteln;
d) Ordnung und Gesetzlichkeit bei dem öffentlichen Zusammensein einer größeren Anzahl von Personen;
e) das öffentliche Interesse in Bezug auf die Aufnahme und Beherbergung von Fremden; die Wein-, Bier- und Cafewirthschaften und sonstige Einrichtungen zur Verabreichung von Speisen und Getränken;
f) Sorge für Leben und Gesundheit;
g) Fürsorge gegen Feuersgefahr bei Bauausführungen, sowie gegen gemeinschädliche und gemeingefährliche Handlungen, Unternehmungen und Ereignisse überhaupt;
h) Schutz der Felder, Wiesen, Wälder, Weiden, Baumpflanzungen, Weinberge ꝛc.;
i) alles Andere, was im Interesse der Gemeinden und ihrer Angehörigen polizeilich geregelt werden muß,

und sonach, wie man sieht, im Wesentlichen eine Fortführung, und zwar eine Einengung der bereits im A. L. R. II. 17. § 10 begründeten Zuständigkeit der Polizei zur Aufrechterhaltung der „öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit" bedeutet. Auf die unter a bis i aufgezählten Gebiete ist nun der Erlaß von Polizeiverordnungen beschränkt, während die Polizeiverfügung lediglich ihre rechtliche Grundlage aus dem A. L. R. II. 17. § 10 schöpft, also eine viel allgemeiner gehaltene Quelle besitzt und daher auch in unzählig vielseitigerer Weise zur Anwendung gebracht werden kann als die Polizeiverordnung.

Die Zwangsbefugniß bei Polizeiverordnungen (oben: Ziffer 1) ist dahin geregelt, daß innerhalb ihrer Zuständigkeit polizeiliche Vorschriften erlassen können, unter Strafandrohung: die Minister für den ganzen Staat bis zu 100 Mark, die Ober- und Regierungspräsidenten unter Zustimmung des Provinzialrathes bezw. des Bezirksausschusses für ihre Bezirke bis zu 60 Mark, der Landrath für seinen Kreis unter Zustimmung des Kreisausschusses bis zu 30 Mark, die Ortspolizeibehörden unter Zustimmung des Magistrats ebenfalls bis 30 Mark in Stadtkreisen, sonst bis 9 Mark und nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten im einzelnen Falle bis zu 30 Mark.

Diese Polizeiverordnungen sind in bestimmter Form öffentlich bekannt zu machen und erlangen damit Rechtsgültigkeit, die nur vom

Richter event. zu prüfen ist. Der Polizeibeamte hat jede Polizeiverordnung auszuführen, mag er sie für rechtsgültig halten oder nicht; ein derartiges Prüfungsrecht steht ihm der Polizeiverordnung gegenüber ebenso wenig zu, wie gegenüber irgend einem besonderen Befehle seiner Vorgesetzten. (Vergl. S. 18, § 4. B.)

Die thatsächliche Festsetzung dieser Strafen gegen den Ungehorsamen würde an und für sich, wie die Zuwiderhandlung gegen jedes andere Gesetz, durch die Gerichte zu erfolgen haben. (Vergl. S. 7, § 1 E.) Mit Rücksicht auf die Ueberlastung derselben hat jedoch das Reich die Einzelstaaten ermächtigt, ihre Polizeibehörden mit der Straffestsetzung zu beauftragen, jedoch so, daß der Bestrafte die Berufung auf den ordentlichen Rechtsweg d. h. vor das Schöffengericht hat. (§§ 453 ff. St. P. O.) Auf dieser Grundlage ist das preußische Gesetz vom 23. April 1883 ergangen; nach diesem setzt die Polizeibehörde die verwirkte Strafe fest, die in diesem Falle auf höchstens 30 Mark bezw. drei Tage Haft bemessen werden darf, außerdem auch nur wegen Handlungen, die eine „Uebertretung" (vergl. S. 86, § 10. A. I. 9), sei es nun einer Polizeiverordnung oder anderer Strafgesetze, darstellen. (St. G. B. §§ 360 bis 370 u. a.) Die Polizei kann also Polizeiverordnungen erlassen unter Strafandrohung von 100 Mark (nämlich der Minister des Innern), diese angedrohten Strafen aber festsetzen nur bis zur Höhe von 30 Mark event. drei Tagen Haft; glaubt sie hiermit eine Uebertretung nicht genügend gesühnt, dann muß sie eben von vornherein eine gerichtliche Bestrafung herbeiführen durch Ablieferung der Sache an den Amtsanwalt.

Gegen solche Polizeistrafen kann der Betroffene binnen einer Woche nach Zustellung der Strafverfügung den Antrag auf richterliche Entscheidung stellen. —

Zur zwangsweisen Durchführung einer Polizeiverfügung (oben: Ziffer 2) hat die Polizei das Recht:

1. Die angeordnete Handlung von einem Anderen ausführen zu lassen und die hierdurch entstehenden Kosten zuvor von demjenigen einzuziehen, der den polizeiwidrigen Zustand verursacht hat.

2. Wenn das nicht geht, d. h. wenn die Handlung nicht durch einen Dritten ausgeführt werden kann (z. B. Einreichung von Mitgliederverzeichnissen politischer Vereine), oder wenn der Verpflichtete nicht in der Lage ist, die Kosten zu zahlen, die durch solche Ausführung seitens eines Dritten entstehen würden, oder endlich, wenn es sich um eine Unterlassung handelt, die erzwungen werden soll (z. B. Verbot ferneren Bewohnens eines baufälligen Hauses), gegen denjenigen, von dem sie die betreffende Handlung oder Unterlassung erreichen will, die Festsetzung einer Geld- event. Haftstrafe anzudrohen und diese Festsetzung dann thatsächlich auszuführen und zu vollstrecken, falls nach der Androhung dem polizeilichen Verlangen nicht schon genügt wird („Exekutivstrafe").

3. Unmittelbaren Zwang gegen den Widerspenstigen anzuwenden, wenn ohne solchen die Durchführung der polizeilichen Verfügung nicht möglich ist (z. B. zwangsweise Entfernung der Bewohner eines durch Einsturz gefährdeten Hauses).

Solche Exekutivstrafen (2) können androhen und festsetzen die Gemeindevorsteher bis zu 5 Mark event. 1 Tag Haft, die Orts- und Stadtpolizeibehörden bis zu 60 Mark event. einer Woche Haft, wenn die Stadt aber einen eigenen Stadtkreis bildet (meist bei 25 000 Einwohnern) bis zu 150 Mark event. zwei Wochen Haft und die Regierungspräsidenten bis zu 300 Mark event. vier Wochen Haft. Diese Strafgewalt reicht also viel weiter als die des Polizeiverordnungsrechtes, da es darauf ankommt, im einzelnen Falle die Durchführung einer bestimmten polizeilichen Anordnung unter allen Umständen zu erreichen und der Widerspenstige natürlich durch eine Strafe von 300 Mark eher zum Gehorsam zu bringen ist, als dies durch eine Strafe von 60 Mark möglich wäre. (§§ 132, 133 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883.)

Gegen Androhung und Festsetzung solcher Exekutivstrafen hat der Betroffene natürlich Rechtsmittel, meist die Wahl zwischen der Beschwerde an den nächsten Vorgesetzten und der Klage im Verwaltungsstreitverfahren. (Vergl. S. 9, § 1. F. 2.)

3) So wird ein Kaufmann, dessen Firmenschild entgegen der Polizeivorschrift so groß ist, daß es den Straßenverkehr hindert, unter einer der Ziffer 1 entsprechenden Androhung zur Beseitigung aufgefordert. Befolgt er diese Verfügung, dann ist die Sache erledigt; wenn nicht, werden die voraussichtlich entstehenden Kosten (z. B. 5 Mark) von ihm eingezogen, und das Schild wird dann von einem Schlosser im Beisein eines Polizeibeamten entfernt. — Ebenso wird dem Vorsitzenden eines Vereins bei Vermeidung einer Exekutivstrafe von 60 Mark event. einer Woche Haft die Einreichung eines Mitgliederverzeichnisses aufgegeben. Erhält die Behörde dasselbe, ist die Angelegenheit aus der Welt geschafft; im anderen Falle werden von dem Betreffenden die 60 Mark eingezogen event. er selbst für eine Woche eingesperrt. Dieses Verfahren wird so lange wiederholt, bis die Polizei das Verzeichniß bekommt.

4) Die in diesem Abschnitt C erörterten Zwangsmittel der Exekutivstrafe und der Straffestsetzung stehen nur dem Polizeiverwalter, d. i. Amtsvorsteher, Bürgermeister, Polizeidirektor (-präsident) 2c. zu, nicht etwa jedem einzelnen Polizeibeamten. Die Zwangsmittel, die dieser hat — Waffengebrauch, Festnahme, unter gewissen Voraussetzungen auch Durchsuchung, Beschlagnahme —, sind in einem späteren Paragraphen zu betrachten. (Vergl. S. 39, § 6. C. 6.)

D. Die Polizeibehörden theilt man ein in Landespolizeibehörden und Ortspolizeibehörden: zu ersteren gehören die Minister, in erster Linie der Minister des Innern (S. 14), die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten (für Berlin der Polizeipräsident) und in gewissem Sinne auch die Landräthe; zu letzteren die Polizeipräsidenten, die Bürgermeister, die Amtsvorsteher und für Hannover noch der Landrath (S. 24).

Jeder dieser Beamten ist nur für seinen Bezirk, aber für alle polizeilichen Angelegenheiten innerhalb desselben, zuständig; die Minister zwar für die ganze Monarchie, aber nur insoweit die einzelne Angelegenheit von dem betreffenden Ministerium zu bearbeiten ist. (Vergl. S. 12, § 3. Fußnote.)

Die örtliche Polizei wird im Namen des Königs geführt und zwar: in den Städten vom Bürgermeister, vereinzelt auch von besonderen königlichen Behörden, die als „Königliches Polizeipräsidium" oder als „Königliche Polizeidirektion" bezeichnet werden;*) auf dem Lande vom Amtsvorsteher, unter dessen Verwaltung mehrere zu einem Amtsbezirk vereinigte Dorfgemeinden stehen. Da aber auch in jedem einzelnen Dorfe irgendwelche Ereignisse sofortiges polizeiliches Einschreiten nothwendig machen können, so sind die Vorsteher der einzelnen, zum Amtsbezirk vereinigten Gemeinden, in denen der Amtsvorsteher seinen Amtssitz nicht hat, berechtigt und verpflichtet, in dringenden Fällen an Stelle des eigentlichen Polizeiverwalters, des Amtsvorstehers, die erforderlichen polizeilichen Maßnahmen zu treffen. In Hannover tritt an die Stelle des Amtsvorstehers der Landrath, jedoch hat hier der Gemeindevorsteher eine weit größere Zuständigkeit als in den alten Provinzen, in Westfalen der Amtmann, in der Rheinprovinz der Landbürgermeister, in der Provinz Posen der Königliche Distriktskommissar. (Vergl. S. 13, § 3. B.)

5) Der Grund für die Einrichtung besonderer Königlicher Polizeibehörden liegt darin, daß in gewissen Städten, namentlich in den größeren, ein event. Aufstand besonders großen Umfang annehmen kann und daher nur mit einem größeren Exekutivkorps niedergeschlagen werden könnte, das seinerseits aber wieder scharf disciplinirt werden muß, daß ferner in größeren Städten auch in ruhigen Zeiten eine bestimmte und vor Allem unparteiische Handhabung der Polizei durchaus nöthig ist — alles Anforderungen, denen eine städtische, unter Einfluß der Bürger, insbesondere der wohlhabenden Klassen stehende Verwaltung nicht ohne Weiteres gerecht zu werden vermag. Namentlich gilt das für die Gebiete der Ordnungs- und Sicherheitspolizei; diese sind daher häufig auch allein der Gemeinde entzogen, während ihr andere Zweige polizeilicher Zuständigkeit z. B. die Baupolizei, vielfach verblieben sind. So erlebt man das seltsame Schauspiel, daß die polizeiliche Zuständigkeit in ihrer Gesammtheit auf zwei Behörden übertragen ist, daß in einer Stadt neben einer Königlichen noch eine städtische Polizeiverwaltung besteht.

E. Staatsanwaltschaftspolizei kann man die Thätigkeit der Polizeibehörden bei der Rechtsprechung in Strafsachen oder wenigstens bei den vorbereitenden Handlungen zu derselben nennen. Die Rechtsprechung selbst wird zwar besorgt von unabhängigen Gerichten; die einzelnen Fälle von Rechtsverletzungen aber, die nunmehr gesühnt

*) Königliche Polizeiverwaltungen und zwar Königliche Polizeipräsidien sind in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Königsberg, Königliche Polizeidirektionen in Aachen, Cassel, Charlottenburg, Danzig, Fulda, Hanau, Hannover, Kiel, Koblenz, Köln, Magdeburg, Posen, Potsdam, Rixdorf, Schöneberg, Stettin und Wiesbaden.

werden sollen, werden von besonderen Behörden untersucht, klargelegt und möglichst so weit vorbereitet, daß das Gericht sich darauf beschränken kann, das vorgebrachte Material zu prüfen und je nach dem Ausfall den Angeklagten freizusprechen oder ihn zu verurtheilen. Diese besonderen Behörden sind die Staatsanwaltschaften, bei den Schöffengerichten Amtsanwaltschaften. Zur Untersuchung von Strafthaten benutzen sie die Polizeibehörden, deren Zuständigkeit schon aus B. hervorgeht, außerdem aber durch das Gerichtsverfassungsgesetz (§ 153) und die Strafprozeß-Ordnung (§ 156 ff.) noch besonders ausgesprochen ist. Näheres siehe S. 79 ff., § 10.

§ 5. Exekutivpolizei.

A. Wesen und Aufgabe. Exekutiren heißt ausführen, vollstrecken; Exekutivpolizei ist also diejenige Thätigkeit, welche die Ausführung der der Polizei obliegenden Aufgaben zu besorgen hat. Das hat aber auch die „Polizeiverwaltung" schlechthin, die wir hier „Verwaltungspolizei" im Gegensatz zur „Exekutivpolizei" nennen wollen. Wodurch unterscheiden sich nun Verwaltungspolizei und Exekutivpolizei? Zunächst sind beide Zweige der „Polizei", d. h. für beide ist erforderlich, daß jeder Akt der Thätigkeit seine Grundlage in einer gesetzlichen Bestimmung hat, entweder, wie S. 16, § 4. B erörtert, im A. L. R. oder in einem Spezialgesetz. Die Exekutivpolizei ist sodann berufen:

1. Anordnungen der Verwaltungspolizei für den Einzelfall, also Polizeiverfügungen, auszuführen, sie nöthigenfalls mit Gewalt zu vollstrecken.

2. Auf Befolgung der allgemein gegebenen Anordnungen des Staates, also der Gesetze, und der Polizeibehörden, also der Polizeiverordnungen, zu achten, Zuwiderhandelnde zur Strafanzeige zu bringen, sie event. festzunehmen, sowie erforderlichenfalls deren Wohnung und Person zu durchsuchen und dabei vorgefundene Sachen zu beschlagnahmen. (Vergl. S. 39, § 6. C. 6.)

3. — und das ist ihre Hauptaufgabe: Die Augen offen zu halten und allen Störungen, die die öffentliche Ruhe, Ordnung oder Sicherheit gefährden könnten, ehe es soweit kommt, vorzubeugen; überhaupt durch ihr bloßes Vorhandensein dahin zu wirken, daß Störungen erwähnter Art gänzlich unterbleiben. Hierauf hat der Polizeibeamte sein ganzes Streben zu richten, Tag und Nacht muß er in dieser Richtung thätig sein; für ihn giebt es keine Dienststunden, er ist immer im Dienst: wo er etwas Ordnungswidriges sieht, ist er zum Einschreiten verpflichtet —, natürlich nur innerhalb des Bezirks der Gemeinde, deren Beamter er ist. Außer dieser allgemeinen Verpflichtung jedes einzelnen Beamten werden zu gleichem Zweck noch besondere Einrichtungen von der Exekutivpolizei getroffen: Straßenposten werden aus-

gesetzt, regelmäßige Patrouillengänge unterhalten, bei großen Menschenansammlungen Absperrungen vorgenommen, Revierdienst eingerichtet ꝛc.

Personen, die dem Exekutivbeamten in diesen Fällen Widerstand leisten, die seinen Aufforderungen nicht nachkommen, ist er unter gewissen Voraussetzungen in polizeiliche Verwahrung zu nehmen berechtigt (vergl. S. 39, § 6. C. 6); in allen anderen Fällen, wo seinen Anordnungen nicht Folge geleistet wird, hat er schleunigst der Verwaltung Anzeige zu erstatten, damit diese mit ihren Zwangsmitteln eingreift (vergl. S. 20, § 4. C): z. B. wenn er nicht erreichen kann, daß an einem Hause ein nöthiger Abputz vorgenommen wird. —

Die Exekutivpolizei geht also theils selbständig, theils in Gemeinschaft mit der Verwaltungspolizei vor: wie diese oft die Anregung für exekutivpolizeiliches Einschreiten geben wird (1), so wird umgekehrt auch ein Vorgehen der Exekutive in zahlreichen Fällen eine Thätigkeit der Verwaltung im Gefolge haben, besonders für die Weiterbearbeitung der von der Exekutive aufgenommenen Sachen (2 und 3). Jedenfalls ist daran festzuhalten, daß zwischen beiden der engste Zusammenhang besteht: Die Exekutive ist ein Theil der „Polizei", ebenso wie die „Verwaltung"; beide zusammen bilden erst das Ganze, die „Polizeiverwaltung", beide werden in letzter Linie von demselben Beamten geleitet, von dem Amtsvorsteher, Bürgermeister oder Polizeidirektor (=präsidenten).

B. Organisation. Die Einheit der gesammten Polizei für den einzelnen Polizeibezirk stellt sich in der Person des Polizeiverwalters (Amtsvorstehers, Bürgermeisters, Polizeidirektors, [=präsidenten]) dar; dieser ist Chef aller Polizei. In größeren Verhältnissen hat er zu seiner Unterstützung für verwaltungspolizeiliche Geschäfte: Polizeiräthe, Polizeiassessoren, Polizeisekretäre ꝛc.; für die Exekutive: einen Polizeiinspektor, bei mehreren einen Oberpolizeiinspektor oder Polizeioberinspektor (in Berlin Polizei-Oberst und an Stelle der Inspektoren Hauptleute), in dem sich der gesammte Exekutivdienst vereinigt, der jedoch, namentlich in kleineren Städten, meist auch verwaltungspolizeiliche Geschäfte zu besorgen hat und dann auch der Vorgesetzte der Polizeisekretäre ist. Den Polizeiinspektoren (in Berlin Polizei-Hauptleuten) ist wieder eine Anzahl Polizeikommissare (in Berlin Polizei-Leutnants) unterstellt, die ihrerseits wiederum einen oder mehrere Polizeiwachtmeister (bei Königlichen Polizeiverwaltungen in den Provinzen Schutzmannswachtmeister; in Berlin giebt es außerdem noch Abtheilungswachtmeister, die zur Verfügung des Bezirkshauptmanns stehen und ähnlich den Feldwebeln bei der Truppe die Ausfertigung der Dienstbefehle und ähnliche Funktionen zu besorgen haben) und eine größere Anzahl Schutzleute oder Polizeisergeanten (auch Polizeidiener) zur Verfügung haben.

Die Gesammtheit dieser Exekutivbeamten bildet das Exekutivkorps, das also besteht aus

1. Polizeioffizieren: Oberpolizeiinspektor (in Berlin: Polizei-Oberst), Polizeiinspektor (in Berlin: Polizei-Hauptmann), Polizeikommissar (in Berlin: Polizei-Leutnant).
2. Unterbeamten: Wachtmeister, Schutzleute, Polizeisergeanten, Polizeidiener.

Je nach ihrer inneren Organisation theilt man die Exekutivkorps ein in:

1. Gendarmerie, in die Unteroffiziere nach mindestens zurückgelegter neunjähriger aktiver Dienstzeit eintreten können, zunächst auf sechs Monate zur Probe; alsdann erfolgt definitive Uebernahme; nach weiterer dreijähriger Dienstzeit erhalten Gendarmen den Civilversorgungsschein.

2. Schutzmannschaften, d. s. die Exekutivkorps der Königlichen Polizeiverwaltungen, die unter denselben Bedingungen und mit denselben Aussichten einstellen, wie die Gendarmerie; jedoch ist zur Zeit nur eine sechsjährige aktive Dienstzeit erforderlich.

3. Gemeindepolizeikorps, in die in erster Linie civilversorgungsberechtigte Militäranwärter, bei deren Fehlen andere gediente Militärpersonen eintreten. (Vergl. S. 28, § 6. A.)

Diese Exekutivkorps sind nicht eigentlich militärisch organisirt, so daß sie den Militärgesetzen unterworfen wären — mit Ausnahme der Gendarmerie — werden jedoch thatsächlich nach militärischem Muster geleitet und disziplinirt. Ein Exekutivkorps ist nur dann zur Erfüllung seiner Aufgaben befähigt, wenn unter seinen Gliedern scharfe militärische Disziplin herrscht, für deren Vorhandensein die Vorgesetzten aller Grade verantwortlich sind.

Die Gendarmerie ist namentlich für das platte Land eingerichtet, sie untersteht in polizeilicher Hinsicht dem Landrath, in dienstlicher besonderen Gendarmerieoffizieren; ihre Mitglieder sind aktive Militärpersonen.

In besonderen Fällen, wo diese Exekutivmannschaften nicht ausreichen (z. B. bei größerem Aufruhr) wird das Militär zur Unterstützung herangezogen, das dann natürlich nach dem Ermessen seiner Befehlshaber handelt.

In Fällen schweren Aufruhrs oder großer Noth (Krieg) wird der sogenannte Belagerungszustand verhängt: Der militärische Befehlshaber ist die oberste Behörde, gewisse Strafthaten werden von Standgerichten abgeurtheilt, die Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit werden wesentlich beschränkt 2c.

Ueber die Unterstützung der Beamten durch Militär und Publikum vergl. S. 68, § 7.

§ 6. Der Exekutivpolizeibeamte.

A. Allgemeines. Wie bereits erörtert, trennt sich das Exekutivkorps in Offiziere und Unterbeamte.

Als Polizeioffiziere stellen Berlin und Hamburg schon seit langen Jahren grundsätzlich nur solche Herren an, die auch der Armee als Offiziere des Beurlaubtenstandes angehören oder mit Ehren verabschiedet sind; neuerdings wird dies theilweise auch in anderen größeren Städten gewünscht. Im Großen und Ganzen jedoch werden civilversorgungsberechtigte Unteroffiziere, welche die nöthige Vorbildung nachweisen, zu diesen Stellen verwendet, obschon dieselben den Militäranwärtern nicht vorbehalten sind. Auch ein Uebergang von Unterbeamten in Kommissarstellen ist bisher nicht selten gewesen und wird wohl auch in der Zukunft nicht ausgeschlossen sein.

Die Unterbeamtenstellen müssen mit Militäranwärtern besetzt werden und können nur, wenn sich solche nicht melden oder wenn die civilversorgungsberechtigten Bewerber ungeeignet sind, anderen Personen übertragen werden, die aber unter allen Umständen gedient, wenn irgend möglich auch den Unteroffizierdienstgrad erreicht haben müssen. (Vergl. S. 27, § 5. B.)

Die Anstellung, die der Genehmigung des Regierungspräsidenten bedarf, erfolgt in beiden Fällen durch den Magistrat nach Anhörung der Stadtverordnetenversammlung, bezw. durch den Polizeipräsidenten. Die definitive Anstellung wird jedoch erst nach einer Probedienstleistung von meist sechs Monaten, die indeß mit Genehmigung des Regierungspräsidenten verlängert werden kann, erlangt und zwar nur, wenn der „Probist“ sich nicht in irgend einer Beziehung, körperlich, dienstlich oder moralisch als untauglich für den Exekutivdienst erwiesen hat.

1) Die vom Regierungspräsidenten mit dem Genehmigungsvermerk versehene Anstellungsurkunde, die der Polizeibeamte bei definitiver Anstellung erhält, gilt zugleich als eine Aufnahmeurkunde im Sinne des § 1. Anm. 1. S. 2.

Ohne Weiteres erwirbt der Beamte durch eine derartige Anstellungsurkunde die preußische Staatsangehörigkeit.

Dem definitiv angestellten Beamten kann seitens der Behörde seine Stellung nicht gekündigt werden,*) wohl aber kann er selbst seine Entlassung jederzeit, natürlich unter Beobachtung der bei der Anstellung vereinbarten Kündigungsfrist, verlangen, verliert dann natürlich seine Pensionsansprüche. Uebrigens kann ihm die Entlassung „wegen erheblicher Nachtheile für das gemeine Beste“, z. B. wenn nicht gleich Ersatz beschafft werden kann, versagt werden. Nur die Unterbeamten der Berliner und Charlottenburger Schutzmannschaft können auch ohne besonderes Disciplinarverfahren entlassen werden, da hier ein gegenseitiges

*) Eine Entlassung wider Willen des Beamten ist nur im förmlichen Disziplinarverfahren möglich. (Vergl. S. 55, § 6. C. 8. b und S. 61, § 6. C. 11.)

Kündigungsrecht — für die Behörde und für den Beamten — besteht. Die Kündigungsfrist beträgt hier vier Wochen.

2) Eine Versetzung von einer Stadt in die andere ist natürlich nur bei den Beamten der Königlichen Polizeiverwaltungen möglich und geschieht auch dort nur ausnahmsweise.

B. Die Anforderungen an die Person entsprechen den eigenartigen Verhältnissen des Exekutivdienstes: sicheres und ruhiges, aber entschiedenes Auftreten, körperliche Kraft und Gesundheit, Schneid, persönlicher Muth, Gehorsam, kameradschaftlicher Sinn, Diensteifer, Unbestechlichkeit, Königstreue und dergl. Eigenschaften müssen bei dem Exekutivbeamten vorausgesetzt werden. Ferner müssen seine geistigen Fähigkeiten ihn in den Stand setzen, den Sinn eines ihm ertheilten Befehls richtig zu erfassen, sowie überhaupt sich die erforderlichen Dienstkenntnisse zu verschaffen; er muß mit den Elementarfächern, die in der Volksschule gelehrt werden, vertraut sein und eine leserliche und von groben Rechtschreibungsfehlern freie Handschrift haben.

C. Rechtsstellung. Alle Unterthanen sind zum Gehorsam gegen staatliche Anordnungen, zur Steuerzahlung, zur unentgeltlichen Uebernahme von Aemtern verpflichtet und werden andererseits vom Staat in ihren Rechten gegen jeden Dritten geschützt: genau so der Polizeibeamte. Durch die dauernde Dienststellung tritt derselbe aber in ein ganz besonderes Verhältniß zum Staate: er leistet ihm in hervorragendem Maße Dienste, er schuldet ihm mehr Gehorsam, mehr Treue, mehr Aufopferung und Selbstverleugnung wie alle Anderen; er „ist vorzüglich bestimmt, die Sicherheit, die gute Ordnung und den Wohlstand des Staates unterhalten und befördern zu helfen." (A. L. R. II. 10. § 1).

Für dieses Mehr, das der Beamte vor allen Unterthanen dem Staate leistet, erhält er Besoldung, bei Dienstreisen Tagegelder und Reisekosten*), ferner bei Versetzungen Umzugskosten, in unverschuldeten Nothfällen unter Umständen auch eine besondere „Unterstützung" und wird durch einen Titel, durch Uniform und durch ganz besonderen Rechtsschutz ausgezeichnet.

3) Auf die Militärverhältnisse bleibt die Beamtenstellung ohne Einfluß, jedoch werden Polizeibeamte im Exekutivdienst als „unabkömmlich" reklamirt und dann für den Mobilmachungsfall hinter den letzten Jahrgang der Landwehr zurückgestellt.

1. Erwerb der Beamteneigenschaft. Diese Beamteneigenschaft wird von dem Exekutivpolizeibeamten nach erfolgter Bestätigung durch den Regierungspräsidenten erworben; vorher ist er zur Ausübung seines Amtes nicht berechtigt.

4) Er würde sich event. unbefugt mit der Ausübung eines öffentlichen Amtes befassen und dafür mit Gefängniß bestraft werden (§ 132 St. G. B.).

*) Städtische Beamte erhalten nur ihre baren Auslagen erstattet.

2. Dienſteid. Bevor der Beamte ſeinen Dienſt antritt, ſoll er folgenden Eid leiſten: „Ich, N. N., ſchwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwiſſenden, daß Seiner Königlichen Majeſtät von Preußen, meinem allergnädigſten Herrn, ich unterthänig, treu und gehorſam ſein und alle mir vermöge meines Amtes obliegenden Pflichten nach beſtem Wiſſen und Gewiſſen genau erfüllen, auch die Verfaſſung gewiſſenhaft beobachten will, ſo wahr mir Gott helfe (Evangeliſche) durch Jeſum Chriſtum zur Seligkeit; (Katholiken) und ſein heiliges Evangelium."

Dieſer Eidesleiſtung hat gemäß der Verordnung vom 26. Oktober 1799 folgende „Vorhaltung bei Dienſteiden" vorauszugehen:*)

„Der Dienſteid iſt beſtimmt, den Schwörenden feierlich angeloben zu laſſen, daß er in treuer Wahrnehmung ſeines Amtes und ſtrenger Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten, nicht allein den Vorſchriften der Geſetze, ſondern auch der inneren Stimme ſeines Gewiſſens überall Folge leiſten wolle. Die Erinnerung, dieſen Eid geleiſtet zu haben, ſoll und wird jeden rechtſchaffenen Mann bewegen, die übernommenen Verbindlichkeiten nicht allein ſo zu erfüllen, wie er es vor ſeinem Landesherrn und vor den vorgeſetzten Behörden, ſondern auch, wie er es vor dem höchſten Richter verantworten kann. Wer ſeiner eidlichen Zuſage ſtets eingedenk bleibt, wird auch dann, wenn kein anderer Zeuge, als ſein eigenes Gewiſſen gegen ihn auftreten könnte, jeder Gelegenheit zur Verführung widerſtehen und ſich durch Menſchenfurcht, Parteilichkeit, Gewinnſucht oder andere unlautere Abſichten nicht abhalten laſſen, überall mit unerſchütterlicher Rechtſchaffenheit zu handeln.

„Bei jeder Eidesleiſtung wird Gott angerufen, den Meineid zu ſtrafen und die genaue Befolgung der übernommenen Verpflichtung zu belohnen. Die feſte Ueberzeugung von der göttlichen Allwiſſenheit, Allgegenwart, Gerechtigkeit und Allmacht muß Jeden abhalten, ſich Vernachläſſigungen einer angelobten Dienſtpflicht zu erlauben, vielmehr Jeden veranlaſſen, auch die kleinſte Abweichung von der erhaltenen Inſtruktion auf das Sorgfältigſte zu verhüten.

„Wer ſich ſolchergeſtalt als ein gewiſſenhafter, redlicher Diener des Königs beträgt und mit unwandelbarer Treue unermüdlichen Dienſteifer verbindet, kann ſich des göttlichen Segens und unausbleiblicher Belohnung in dieſer oder jener Welt verſichert halten, wird auch bei jeder Gefahr oder Widerwärtigkeit den Troſt und die Beruhigung genießen, die nur allein ein unverletztes Gewiſſen gewähren kann. Auf gleiche Art wird auch von Seiten der vorgeſetzten Behörde derjenige ſtets rühmlich ausgezeichnet werden, deſſen Dienſtführung zeigt, daß er ſich bei jeder Gelegenheit ſeinem eidlichen Angelöbniſſe gemäß beträgt und ſich dadurch würdig macht, dem Landesherrn zur weiteren Beförderung oder ſonſt zu erwartenden Gnadenbezeugung empfohlen zu werden. Dahingegen

*) Rabe, Bd. V. S. 586.

haben diejenigen, welche die feierlich beschworenen Dienstpflichten vernachlässigen oder sich soweit vergehen, der ihnen ertheilten Instruktion freventlich entgegen zu handeln, außer der allgemeinen Verachtung auch die in den Gesetzen den pflichtvergessenen Offizianten angedrohten harten Strafen zu gewärtigen, welche nach Verhältniß des beträchtlichen oder geringeren Verschuldens, ohne Nachsicht und Ansehen der Person, an ihnen unausbleiblich werden vollzogen werden." — —

War der Beamte bereits anderweitig in dieser Beamteneigenschaft oder sonst als Staatsbeamter vereidigt, so soll derselbe nur auf den früheren Eid hingewiesen werden.

3. Die Dienstpflichten des Beamten ergeben sich aus seinem Diensteid und den „Vorhaltungen". An erster Stelle muß der Beamte eifrigst bemüht sein, sich mit den Pflichten seines Amtes bekannt zu machen: das wird ihm zwar nur durch *scharfe* Arbeit gelingen, keinesfalls aber darf er deswegen seine Dienstausbildung vernachlässigen: er würde sich dadurch in unlöslichen Widerspruch mit dem Gelöbniß seines Eides setzen! Unannehmlichkeiten der verschiedensten Art, immer und immer hervorgerufen durch seine *Dienstunkenntniß*, würden ihn treffen und ihm sein Leben verbittern.

5) Es wird zwar von Zeit zu Zeit eine Unterweisung der Unterbeamten durch die Vorgesetzten, namentlich über *neu* ergangene Gesetze, Verordnungen 2c., erfolgen, im Wesentlichen ist es jedoch Sache des Beamten selbst, sich eine gehörige Dienstkenntniß zu verschaffen, deren thatsächliches Vorhandensein aber von den Vorgesetzten scharf kontrollirt werden muß.

Weiter ist *tadellose Führung* in und außer Dienst zu verlangen; der Beamte hat sich des Ansehens stets würdig zu erweisen, das der Polizeiberuf erfordert; verpönt ist unter allen Umständen Trunkenheit, Spiel, schlechter Umgang, besonders mit übelbeleumdeten Frauenspersonen, Schuldenmachen, Geschenke anzunehmen, besonders sich „freihalten" zu lassen als Belohnung für Dienstverrichtungen 2c. 2c.

Amtsverschwiegenheit versteht sich von selbst, auch *den Angehörigen gegenüber*; besonders in öffentlichen Lokalen, in der Unterhaltung mit klatschsüchtigen Personen, Zeitungsreportern 2c. sei der Beamte *vorsichtig*. Diese Pflicht zur Amtsverschwiegenheit erstreckt sich selbst auf den Verkehr mit den Gerichten: während die Gerichte sonst von Jedem Zeugniß verlangen und dasselbe event. durch Geld- und Freiheitsstrafen erzwingen können, dürfen öffentliche Beamte, auch wenn sie nicht mehr im Dienste sind, über Umstände, auf welche sich ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht, als Zeugen nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde vernommen werden, die allerdings nur unter gewissen Voraussetzungen versagt werden kann (§ 53 St. P. O. bezw. § 341 C. P. O.). Uebrigens besteht eine Pflicht zur Amtsverschwiegenheit dem Gerichte gegenüber keineswegs in *allen* Fällen, sondern nur da, wo das Interesse der *Verwaltung*, besonders des *Staates*, berührt wird; über seine Wahrnehmungen bezüglich eines

gegen ihn selbst verübten Widerstandes z. B. hat der Polizeibeamte dem Gericht in dem betr. Strafverfahren ohne Weiteres Zeugniß zu geben.

6) Aehnliche Fälle, in denen eine Pflicht zur Verschwiegenheit besteht, giebt es auch in anderen Lebensverhältnissen: Rechtsanwälte, Advokaten, Notare, Vertheidiger, Aerzte und Apotheker, Hebammen 2c. sowie die bei diesen beschäftigten Gehülfen machen sich strafbar, wenn sie unbefugt Privatgeheimnisse offenbaren, die ihnen kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes anvertraut sind (§ 300 St. G. B); dementsprechend sind auch diese, wenigstens zum Theil, berechtigt, vor Gericht ihr Zeugniß zu verweigern (§ 52 St. P. O.).

Eine besondere Stellung des Beamten ergiebt sich zur Politik: er soll zwar in seinem Wahlrecht, in der Freiheit seiner Meinungsäußerung wie in der Ausübung seiner weiteren, sogenannten „politischen Rechte" nicht beschränkt werden, jedoch hat er sich nicht nur jeder Agitation für einen regierungsfeindlichen Kandidaten zu enthalten, sondern es muß schon als mit seinen Dienstpflichten, nach denen er die Politik des Königs zu unterstützen hat, absolut nicht vereinbar angesehen werden, wenn er auch nur seine Stimme z. B. einem sozialdemokratischen Abgeordneten geben würde. Solchenfalls müßte der betr. Beamte im Disziplinarverfahren aus seinem Amte entfernt werden.

4. Gehalt und Pension. Da der Staat die ganze Thätigkeit seiner Beamten in Anspruch nimmt, ihnen jede andere gewinnbringende Beschäftigung unmöglich macht, ergiebt sich für ihn die Verpflichtung, seinen Beamten diejenigen Mittel zu gewähren, die für deren standesgemäßen Lebensunterhalt, für Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder sowie für ein sorgenfreies Alter und für eine gesicherte Zukunft der Wittwen und Waisen des Beamten erforderlich sind. Diesen Zweck erreicht der Staat durch Gewährung von Gehalt während der Dienstzeit, von Pension nach eingetretener Dienstunfähigkeit und von Wittwen- und Waisengeld im Todesfalle des Beamten an dessen Hinterbliebene, insoweit sie bisher von ihm ernährt wurden. Aus dieser Fürsorge des Staates ergiebt sich andererseits sein Recht, seinen Dienern jeglichen Nebenerwerb zu untersagen; zur Uebernahme von besoldeten Nebenämtern, zur Besorgung von Beschäftigungen, die einen regelmäßigen Gewinn abwerfen, mögen sie nun von dem Beamten selbst oder seinen Familienangehörigen (Ehefrau, Kinder) betrieben werden, ist daher in jedem einzelnen Fall die Genehmigung der vorgesetzten Behörde erforderlich. Dasselbe gilt von Vormundschaften und ähnlichen öffentlichen Aemtern, da diese eine Thätigkeit des Beamten beanspruchen, die dem eigentlichen Dienste dadurch verloren geht.

7) Hierunter fällt auch die Uebernahme des Amtes als „Vicewirth" gegen freie Wohnung oder geringere Wohnungsmiethe oder gegen sonstige Vortheile.

Das Gehalt empfängt der Beamte in barem Gelde vierteljährlich im voraus, während der Probedienstzeit monatlich nachträglich. Das Gehalt des Beamten unterliegt denselben öffentlichen Lasten, wie das

Einkommen anderer Personen; besonders hat er denselben Steuersatz wie diese zu entrichten, nur für die Kommunalsteuer besteht insoweit eine Sonderstellung, als der Beamte nur die Hälfte des von Anderen entrichteten Steuersatzes zu zahlen hat.

8) Der Beamte versteuert zur Kommunalabgabe nicht etwa die Hälfte seines Gehalts, also z. B. von 1050 Mark nur 525 Mark, sondern er zahlt nur die Hälfte des sonst erhobenen Steuersatzes: wenn also Andere mit 1050 Mark Jahreseinkommen an Kommunalsteuern 9 Mark erstatten, leistet der Beamte nur 9 : 2 = 4,50 Mark (Schoen, Rechte der Kommunalverbände in Preußen.)

Pension wird dem Beamten nach eingetretener Dienstunfähigkeit bis an sein Lebensende gezahlt; jedoch muß er im Allgemeinen dem Staate bezw. der Stadt mindestens 10 Jahre gedient haben.*) Die Höhe derselben richtet sich nach dem Betrage des zuletzt bezogenen Gehaltes und nach der Anzahl der zurückgelegten Dienstjahre. Für 10 Jahre werden $^{15}/_{60}$ angerechnet (also $^{1}/_{4}$), die sich mit jedem weiteren Dienstjahre um $^{1}/_{60}$ erhöhen, jedoch so, daß der Höchstbetrag $^{45}/_{60}$ (also $^{3}/_{4}$) nicht übersteigt, den der Beamte also nach 40 Dienstjahren erreicht haben würde. Die Pensionen werden monatlich im voraus gezahlt. Ein Beamter, der sein Dienstverhältniß aufgiebt, ohne dienstunfähig zu sein, hat natürlich keinen Pensionsanspruch, jedoch ist nach Vollendung des 65. Lebensjahres ein Beweis für die eingetretene Dienstunfähigkeit nicht mehr zu erbringen. Behauptet der Beamte Dienstunfähigkeit, wird deren Vorhandensein aber von der vorgesetzten Behörde bestritten, dann ist in einem besonderen Verfahren hierüber zu entscheiden; ebenso ist ein weiteres Verfahren vorgesehen für den Fall, daß umgekehrt die Behörde einen Beamten pensioniren will, da er dienstunfähig sei, dieser angeblich dienstunfähige Beamte das aber bestreitet und im Amte bleiben will.

In diesem letzteren Falle verfügt die Behörde einfach von Amtswegen die Pensionirung, die jedoch von dem Betroffenen angefochten werden kann.

Der Schutzmann kann gegen diese Verfügung binnen sechs Wochen Einwendungen bei seiner vorgesetzten Behörde anbringen; diese sendet dann den erhobenen Einspruch an den Minister des Innern, der über die Berechtigung der behördlichen Verfügung entscheidet. Gegen den Beschluß des Ministers kann der Schutzmann, sofern er nicht auf Kündigung angestellt ist, binnen vier Wochen noch das Staatsministerium anrufen, das nunmehr endgültig entscheidet.

Der Polizeisergeant hat gegen die Verfügung des Magistrats die Beschwerde beim Bezirksausschuß, gegen dessen Entscheid die Klage beim Oberverwaltungsgericht.

---

*) Die Städte pflegen die in anderen Gemeinden oder im Staatsdienste abgeleisteten Dienstjahre, soweit dieselben in die Zeit nach vollendetem 20. Lebensjahre fallen, ihren Beamten anzurechnen, vielfach auch einen Theil der Militärdienstzeit, wobei Kriegsjahre doppelt zählen.

Ein Beamter, der noch keine Pensionsberechtigung erworben hat, also in der Regel vor Beendigung des 10. Dienstjahres, kann nur im Wege des Disziplinarverfahrens entlassen werden. (Vergl. S. 55, Ziffer 8 dieses Paragraphen.)

Wittwen- und Waisengeld wird in der Art gezahlt, daß die Hinterbliebenen eines noch im Dienste befindlichen, also noch nicht pensionirten Beamten bei dessen Tod das volle Gehalt, event. Dienstwohnung 2c. für den Sterbemonat und auf weitere drei Monate beziehen; war der Beamte jedoch bei seinem Todesfall bereits pensionirt, dann erhalten sie für den Sterbemonat und auch für den nächstfolgenden die volle Höhe der bisher bezogenen Pension (Gnadenquartal bezw. Gnadenmonat).

Die Höhe des ferneren Wittwen- und Waisengeldes berechnet sich in beiden Fällen nach dem Betrage der Pension, die der verstorbene Beamte zur Zeit seines Todes bezogen hat oder die er bezogen haben würde, falls er bereits pensionirt gewesen wäre. Die Wittwe erhält von dieser Pension $^{40}/_{100}$, niemals aber weniger als 216 Mark, und für jedes ihrer Kinder ein Fünftel der Wittwenpension; bekommt die Mutter kein Wittwengeld, dann erhält jedes Kind ein Drittel der Wittwenpension.*) Außerdem darf der Gesammtbetrag des Wittwen- und Waisengeldes eine gewisse Höhe nicht übersteigen. Auch Wittwen- und Waisengeld werden monatlich voraus gezahlt; ihre Erstattung hört auf im Todesfall der Empfänger, bei Wiederverheirathung der Wittwe und für die Waisen: mit Vollendung des 18. Lebensjahres, bei Mädchen event. früher im Falle der Verehelichung.

5. **Besonderer Rechtsschutz** muß dem Beamten und namentlich dem Polizeibeamten unter allen Umständen gewährt werden, wenn man von ihm ordnungsmäßige Ausführung seiner Dienstobliegenheiten verlangen will.

a) Konfliktserhebung. Zunächst ist ohne Weiteres klar, daß ein Polizeibeamter persönlich verantwortlich ist und für den Schaden haftet, den er unter Ueberschreitung seiner Zuständigkeit anrichtet, daß andererseits ein Beamter, der allen möglichen chikanösen Verfolgungen ausgesetzt wäre, der sich bei jeder Amtshandlung sagen müßte, daß vielleicht ein Dutzend Menschen oder gar noch mehr ihn gerichtlich verklagen werden, weil er z. B. einen Leierkastenspieler von der Straße entfernt und sie dadurch eines „musikalischen Genusses" beraubt habe, oder daß ihn ein Festgenommener ohne große Weitläufigkeiten wegen „Freiheitsberaubung" vor dem Strafrichter zur Verantwortung ziehen könnte, daß ein solcher Beamter, der nie vor gerichtlicher Verfolgung sicher wäre, es sich zehnmal überlegen würde, ob er überhaupt einschreiten

*) Eine Erörterung der einzelnen Fälle, in denen die Wittwe nichts bekommt, kann hier unterbleiben, da diese immerhin als Ausnahme gelten können.

solle, und in vielen Fällen dieses gänzlich unterlassen würde, nur um keine „Scherereien" zu bekommen. Dem wird begegnet durch die Einrichtung der sog. „Konfliktserhebung": in jedem gegen einen Polizeibeamten anhängig gemachten Verfahren kann der Regierungspräsident den „Konflikt" erheben, mit der Wirkung, daß die Sache dem Gericht zunächst entzogen wird und an das Oberverwaltungsgericht geht. Dieses hat dann erst zu prüfen, ob der Beamte innerhalb seiner Dienstpflichten gehandelt hat, und nur wenn das verneint wird, wenn selbst das Oberverwaltungsgericht anerkennt, daß der verklagte Beamte die Grenzen seiner Zuständigkeit überschritten hat, nur dann hat das bürgerliche Gericht die Angelegenheit weiter zu prüfen. (Vergl. S. 13, § 3. Anm. 1.)

Zu beachten ist jedoch, daß die vorgesetzte Behörde nur das Recht, nicht aber die Pflicht zur Konfliktserhebung hat. In der Mehrzahl der Fälle wird dem gerichtlichen Verfahren freier Lauf gelassen; nur wo es sich um offenbare chikanöse Verfolgung handelt, wo der Beamte ganz unzweifelhaft seine Zuständigkeit nicht überschritten hat, wird von dem Rechte der Konfliktserhebung Gebrauch gemacht.

b) Strafrechtsschutz. Dieses Abwehren von chikanösen Verfolgungen genügt jedoch noch nicht. Der Polizeibeamte muß eine hohe Autorität bei dem Publikum besitzen, wenn ihm die Erfüllung seiner Dienstobliegenheiten nicht gar zu schwer fallen soll; das Publikum muß seinen Anordnungen willig folgen, darf sich besonders niemals gegen ihn auflehnen und muß von der Ueberzeugung getragen werden, daß es, falls das dennoch geschehen sollte, schwerer Bestrafung nicht entgehen wird.

Hier greift das Strafrecht ein, indem es offene Widersetzung gegen den Beamten als „Widerstand", Zwang durch Drohung oder Gewalt als „Nöthigung" und Angriffe gegen seine Ehre, gegen seinen guten Ruf, als „Beamtenbeleidigung" unter Strafe stellt. Festzuhalten ist jedoch, daß sowohl die Angriffe gegen seine Person (Widerstand, Nöthigung), als auch gegen seine Ehre in Beziehung auf seinen Beruf gegen ihn gerichtet gewesen sein müssen, und daß der Beamte im Falle des Widerstandes und der Nöthigung stets in rechtmäßiger Ausübung seines Berufes sich befunden haben muß.

1. Widerstand, der durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt einem in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befindlichen Polizeibeamten geleistet wird, oder der thätliche Angriff gegen einen solchen Beamten während der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes wird mit Gefängniß von 14 Tagen bis zu 2 Jahren bestraft. (§ 113 St. G. B.)

Thatbestand. Das Gesetz sagt: Gegen einen in Ausübung 2c. befindlichen Beamten: d. h. der Beamte muß in einer Amtshandlung begriffen sein, eine solche also schon begonnen haben, überhaupt amtlich auftreten; gegen einen spazierengehenden Polizeibeamten kann kein

Widerstand verübt werden, wohl aber, wenn dieser sich irgendwie zum Einschreiten veranlaßt sieht, aber auch erst, sobald er eingeschritten ist.

Ferner wird verlangt: Rechtmäßige Amtsausübung (vergl. S. 18, § 4. B, S. 29, § 6. Anm. 4 und S. 25, § 5. A., besonders Ziffer 3). Der Beamte muß zu der von ihm getroffenen Anordnung im Allgemeinen befugt sein; daß er auch in dem einzelnen Falle berechtigt war, ist nicht nöthig; der Exekutivbeamte kann einen Störer der öffentlichen Sittlichkeit, z. B. eine auf der Straße sich in auffallender, schamloser Weise benehmende Dirne, „in polizeiliche Verwahrung" nehmen, wenn er erwarten muß, daß die betreffende Frauensperson, ungeachtet seiner Verwarnung, in ihrem unsittlichen Benehmen verharren werde; ob diese Frauensperson, wenn sie nicht arretirt worden wäre, das auch thatsächlich gethan hätte, ob sie nicht vielleicht in das nächste Nachtcafé gegangen wäre und ihr schamloses Treiben so der Oeffentlichkeit entzogen haben würde, ist ganz gleichgültig; der Polizeibeamte war allgemein berechtigt: durch Widersetzlichkeit würde sich das Frauenzimmer strafbar machen. Oder es besteht die Vermuthung,*) daß eine Blumenhändlerin entgegen dem Gebote der Sonntagsruhe auch während der nicht freigegebenen Zeit Blumen verkaufen werde, dann ist es Sache der vorbeugenden Polizeithätigkeit, ihr das unmöglich zu machen — sei es nun durch Wegnahme der Blumen oder durch Verwahrung der Händlerin selbst bis nach Beendigung der Sonntagsruhe. Ebenso kann der Beamte einem Mann, der vermuthlich die Absicht hat, einen Anderen körperlich zu verletzen, z. B. das Messer wegnehmen. In allen diesen Fällen handelt der Beamte rechtmäßig, auch wenn die Leute thatsächlich derartige Absichten gar nicht hatten; Widersetzlichkeit gegen den Beamten wäre daher als Widerstand zu bestrafen.

Andererseits sei folgender Fall erörtert: Der Polizeibeamte ist zur vorläufigen Festnahme (über deren Wesen s. S. 39, Ziffer 6 dieses Paragraphen) einer Person nicht schlechthin berechtigt, insbesondere kann wegen Uebertretung einer verkehrspolizeilichen Vorschrift (z. B. des Befehls, rechts zu gehen) eine vorläufige Festnahme (auch wenn diese nur als sogenannte „Sistirung zur Wache" vorgenommen wird, etwa um den Namen des Uebertreters sicher festzustellen) nur dann vorgenommen werden, wenn die Persönlichkeit des Thäters sich in anderer Weise nicht sofort feststellen läßt. Es kann zwar von dem Polizeibeamten nicht verlangt werden, daß er mit dem Uebertreter erst einen Spaziergang von einer halben Stunde macht, um dessen Legitimation zu ermöglichen, wohl aber würde er z. B. verpflichtet sein, denselben zu seinem etwa in nächster Nähe wohnenden

---

*) Diese „Vermuthung" muß natürlich durch Thatsachen begründet sein; sie würde z. B. vorliegen, wenn eine Frau angetroffen wird, die sich mit ihren Blumen auf einer verkehrsreichen Straße aufgestellt hat — offenbar in der Absicht, von ihren Blumen zu verkaufen.

Hotelwirth oder dergleichen Personen zu begleiten, die über seine Persönlichkeit einwandsfreie Auskunft ertheilen könnten. Sollte der Beamte dessenungeachtet zur Sistirung schreiten, dann könnte sich die davon betroffene Person in energischer Weise widersetzen, ohne sich eines „Widerstandes" schuldig zu machen; denn der Polizeibeamte war eben allgemein zur Festnahme nur dann berechtigt, wenn sich die Personalien nicht sofort feststellen ließen, was hier aber ohne Mühe geschehen konnte. Eine andere Frage ist hier übrigens, ob der Uebelthäter vielleicht in „polizeiliche Verwahrung" zu nehmen gewesen wäre: das wäre aber nur möglich gewesen, um die Fortsetzung einer strafbaren Handlung zu verhindern, wenn er also schon drei, vier Mal nicht „rechts" gegangen wäre und wenn zu erwarten gestanden hätte, daß er, vielleicht aus Bosheit, das noch einige Male unternehmen würde. (Näheres siehe S. 39, Ziffer 6 dieses Paragraphen.)

Oder der Polizeibeamte nimmt Jemanden fest, in der Vermuthung, das sei ein steckbrieflich Verfolgter. Selbst wenn dieser Festgenommene gar nicht steckbrieflich verfolgt würde, wäre er wegen Widerstandes strafbar, wenn er sich seiner Abführung widersetzen würde; denn der Polizeibeamte ist allgemein zur Verhaftung solcher Personen befugt; daß er sich in diesem besonderen Falle etwa in der Persönlichkeit geirrt hat, ist ohne Belang.

Welche Anforderungen an die „Rechtmäßigkeit" des Einschreitens zu stellen sind, wenn der Beamte auf Befehl eines Vorgesetzten handelt, vergl. S. 52, Ziffer 7.

Weiter heißt es im Gesetze: Widerstand durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt: bloßes Widerstreben, einfacher Ungehorsam ist kein Widerstand durch Gewalt; Gewalt erfordert ein Handeln, ein Thätigsein: Gegenstemmen der Füße, Festklammern, Losreißen von dem Beamten 2c. wäre gewaltsamer Widerstand.*) „Bedrohung mit Gewalt" ist die Ankündigung, durch Worte oder Gebärden, z. B. Ausholen zum Schlage, solche Handlungen vornehmen zu wollen.

Thätlicher Angriff ist ein Vorgehen gegen den Beamten, das sich, wie der Widerstand, nicht mehr darauf beschränkt, einzelnen Handlungen oder Maßnahmen des Beamten nur entgegen zu wirken, sondern das im Vorgehen aus sich selbst heraus gipfelt, das handelt, ohne daß der Beamte zuerst etwas unternommen hätte.

Zurückblickend ist nun zusammenzufassen, daß der thätliche Angriff gegen einen Beamten oder auch nur der Widerstand gegen einen solchen, mag er nun durch „Gewalt" oder nur durch Drohung mit Gewalt ausgeübt werden, bestraft wird, sofern der Beamte in dem gegebenen Augenblick gerade als Beamter thätig war, und auch dann nur, wenn er sich innerhalb der Grenzen seines Amtes gehalten hat, wenn er rechtmäßig handelte. (§ 113 St. G. B.)

*) Berner, Deutsches Strafrecht, S. 389.

2. Nöthigung zu Amtshandlungen. Derjenige, der es unternimmt, einen Beamten durch Gewalt oder durch Drohung zu nöthigen, eine Amtshandlung vorzunehmen oder eine solche zu unterlassen, wird mit Gefängniß nicht unter 3 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft. (§ 114 St. G. B.)

Diese Nöthigung kann durch Anwendung von Gewalt geschehen, d. h. durch Einwirken auf den Körper des Beamten, oder durch Drohung, d. h. durch Einwirkung auf dessen Seele, auf dessen Gemüth. Drohung mit Gewalt, wie im Falle 1, ist nicht erforderlich; schon die Drohung eines Kaufmannes, der dem Beamten bisher geborgt hat, die Schuld einklagen zu wollen oder ihm ferner nicht mehr zu borgen, wenn er das und das nicht thäte, genügt vollständig, um diesen zur Bestrafung zu bringen. „Es soll", wie Berner sagt, „dem Beamten die Freiheit des Handelns gewahrt werden;" der Beamte soll aus sich heraus handeln, nicht auf Zwang eines Anderen. Mag dieser nun eine erlaubte oder gar eine unerlaubte Handlung von dem Beamten erzwingen wollen, immer bleibt er strafbar.

Der Zweck der Nöthigung, die Absicht der den Beamten nöthigenden Person kann sein, diesen zu veranlassen, entweder eine Handlung vorzunehmen (z. B. gegen Jemanden Anzeige zu erstatten), oder eine solche zu unterlassen (z. B. keine Anzeige zu erstatten).

9) In dieser Herbeiführung einer Unterlassung berührt sich die Nöthigung 2 mit dem Widerstande 1. Auch der Widerstand läuft darauf hinaus, das Handeln des Beamten zu vereiteln, ihn, wo möglich, dahin zu bringen, daß er von weiterer Verfolgung seines Vorhabens absteht. Der Unterschied zwischen beiden liegt einmal darin, daß bei der Nöthigung „Drohung" schlechthin genügt, beim Widerstande dagegen Drohung mit Gewalt erfordert wird, und sodann, daß das Einwirken auf einen bereits bei der Ausführung begriffenen Beamten, wenn es eben nicht gerade durch Drohung mit allgemeinen Nachtheilen geschieht 2, Widerstand ist, „Nöthigung" daher im Allgemeinen — abgesehen von der schon erwähnten Form der Drohung — nur möglich ist, ehe die Ausführung der Amtshandlung begonnen hat. Der Kaufmann Mayr soll wegen Betruges verhaftet werden; er droht dem Schutzmann X., ihn wegen einer Forderung, die er noch gegen ihn habe, zu verklagen, wenn er nicht seine Festnahme unterlasse: Nöthigung. Der Schutzmann läßt sich nicht darauf ein, sondern bringt Mayr zur Haft; Mayr schlägt um sich, stemmt sich gegen die Thürschwelle, reißt sich los und kriecht unter sein Bett: Widerstand. Währenddem kommt Mayrs Freund Schulze und droht, den Schutzmann umzubringen, wenn er seinen Freund, den Mayr, nicht in Ruhe lasse: Widerstand. Endlich kommt noch Müller und droht, auch seinerseits eine noch nicht getilgte Schuldforderung an den Beamten geltend zu machen oder dessen vorgesetzte Behörde davon in Kenntniß zu setzen, falls er den Mayr nicht laufen lasse: Nöthigung. Zum Schluß kommt, damit auch das Weibliche nicht fehle, Mayrs Frau und verspricht dem Schutzmann, ihn am kommenden Sonntag zu einem Schweinebraten einzuladen, wenn er ihren Mann entkommen lasse: Bestechung.

Das Strafbare liegt nicht darin, daß der Beamte überhaupt zur Thätigkeit veranlaßt wird (denn dazu ist er ja da), sondern darin, daß Zwang auf ihn ausgeübt wird, sei es durch Gewalt, sei es nur durch Drohung mit unangenehmen Zuständen; die Strafbarkeit bleibt auch

bestehen, wenn der Beamte an und für sich zur Vornahme der betreffenden Handlung (z. B. zur Anzeige) verpflichtet gewesen wäre.

In diesem Zwange liegt auch der Unterschied der Nöthigung von der Bestechung: beide beabsichtigen, den Beamten zu irgend etwas zu veranlassen; die Nöthigung sucht ihr Ziel durch Gewalt oder durch Drohung zu erreichen, die Bestechung tritt dem Beamten etwas liebenswürdiger gegenüber, sie verspricht oder gewährt ihm Geschenke oder andere Vortheile. (Vergl. S. 38, Anm. 9 und S. 59, Ziffer 9 e dieses Paragraphen.)

3. Beamtenbeleidigung erfordert bezüglich des Begriffs der Beleidigung denselben Thatbestand wie die gewöhnliche Beleidigung. (Vergl. S. 104, § 10. A. II. 2.) Sie unterscheidet sich von dieser nur dadurch, daß sie sich gegen einen Beamten richtet, und zwar nicht schlechthin gegen einen Beamten, sondern daß sie, während derselbe in Ausübung seines Berufes begriffen war, oder in Beziehung auf diesen, gegen ihn begangen ist. Und das Besondere dieser „Beamtenbeleidigung" liegt auch nicht darin, daß sie an sich härter bestraft würde, wie eine andere, gegen eine Privatperson gerichtete, denn der Beamte hat keineswegs eine andere „Ehre" wie andere Staatsbürger, sondern der Unterschied zeigt sich einzig und allein dadurch, daß in diesen Fällen ein öffentliches Interesse vorliegt und der Staatsanwalt daher Klage erhebt, und daß neben dem Beamten selbst auch dessen amtliche Vorgesetzte berechtigt sind, den zur Bestrafung der Beleidigung, wie in allen Fällen, so auch hier erforderlichen Strafantrag zu stellen. (§§ 185 bis 200 St. G. B.)

10) Sonst ist in Fällen der Beleidigung und leichten Körperverletzung, wenn nicht ein öffentliches Interesse vorliegt, dem Beleidigten die Erhebung der Privatklage überlassen.

6. Zwangsbefugnisse. Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit vorzubeugen, sowie Befehlen des Staates oder der Verwaltungsbehörde Geltung und Nachdruck zu verschaffen, hatten wir im § 5. A (S. 25) als wesentlichste Aufgabe der Exekutive kennen gelernt. Kommen, wie das in der Mehrzahl der Fälle geschieht, die Unterthanen diesen Befehlen freiwillig nach, enthalten sie sich aller Handlungen, die die öffentliche Ordnung stören könnten, oder halten sie wenigstens dabei inne, wenn sie von einem Exekutivbeamten dazu aufgefordert werden, dann ist Alles in Ordnung, und die Polizei hat durch ihr bloßes Vorhandensein zu diesem Resultat geführt. Wer dagegen diesen Befehlen entgegenhandelt, gegen den hat die Polizei rückwirkend vorzugehen, indem sie seine Bestrafung entweder selbst vornimmt oder sie wenigstens veranlaßt; wer aber den Anordnungen zuwider in der Störung der Ordnung fortfährt, dem ist dies unmöglich zu machen, indem die Polizei gegen ihn eine vorbeugende Thätigkeit entfaltet. Die Mittel, die der Verwaltung zu diesem Zwecke zu Gebote stehen, sind S. 20, § 4. C erörtert; auch der einzelne Beamte aber steht Ungehorsamen

nicht wehrlos gegenüber: für vorbeugende Diensthandlungen hat er die „polizeiliche Verwahrung“ und das „polizeiliche Eindringen in Wohnungen“, für rückwirkende die „vorläufige Festnahme“, die „Durchsuchung“ und die „Beschlagnahme“, sowie in beiden Fällen bei offenem Angriff das Recht des Waffengebrauchs.

a) Polizeiliche Verwahrung ist keine Strafe, sie will, wie das bei der Strafe beabsichtigt wird, Keinem ein Uebel zufügen, weil er selbst Anderen Uebles gethan habe, sondern sie ist ganz vorbeugende Maßregel, sie will fernere Störungen, weiteres Unglück vermeiden.

Demgemäß ist der Exekutivpolizeibeamte befugt, Personen in polizeiliche Verwahrung zu nehmen, deren eigener Schutz dies erfordert: Verfolgte, Obdachlose, Erfrierende, sinnlos Betrunkene 2c., ferner solche, bei denen eine derartige Maßregel, d. h. ein Verschwinden auf gewisse Zeit aus der Oeffentlichkeit, oder eine Beschränkung ihrer persönlichen Handlungsfreiheit zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sittlichkeit, Sicherheit und Ruhe dringend geboten erscheint.

11) Auch diese beiden Fälle — bloßes Verschwinden aus der Oeffentlichkeit und Entziehung der Handlungsfreiheit — sind wohl auseinander zu halten: es kann Jemand im Interesse der öffentlichen Ruhe 2c. in polizeiliche Verwahrung genommen werden, ohne daß er selbst deren Bestand irgendwie gefährdete, daher vorübergehend in seiner persönlichen Freiheit zum Handeln beschränkt werden müßte; z. B. es transportirt Jemand einen Bären durch einen Ort und macht an irgend einer Stelle Halt, um auszuruhen. Offenbar stört er hierdurch nicht im Mindesten die öffentliche Ruhe. Nun strömen aber eine Menge Menschen, Kinder und Erwachsene, herbei, die alle noch keinen Bären gesehen haben; schließlich ist der halbe Ort versammelt, die Leute drängen sich, Jeder will den Bären anfassen, Weiber werden ohnmächtig 2c. Nun ist die öffentliche Ruhe und Sicherheit, event. auch die Sittlichkeit gefährdet, ohne daß der Bärenführer das eigentlich veranlaßt hätte, und dennoch wird er sammt seinem Bären in polizeiliche Verwahrung genommen und erst freigelassen, nachdem sich die Menge verlaufen hat, event. auch erst nach Eintritt der Dunkelheit, um so schnell wie möglich den Ort zu verlassen. Hier machte weder der eigene Schutz des Mannes diese Maßregel erforderlich, noch kam es darauf an, ihm die Möglichkeit freier Willensbethätigung zu nehmen, da er ja absolut nichts Unrechtes vorhatte. — Indeß wird polizeiliche Verwahrung aus diesem Grunde selten sein, meist wird es sich darum handeln, weiteren Unfug unmöglich zu machen; sie ist jedoch, wie gezeigt, auch aus anderen Gründen nicht ausgeschlossen und daher niemals eine Strafe.

Die polizeiliche Verwahrung wird sonach in der Regel nöthig bei Personen, die der Exekutivbeamte bei Handlungen antrifft, die gegen die öffentliche Sittlichkeit, Sicherheit (z. B. ein Tobsüchtiger oder eine sonst dermaßen aufgeregte Person, deren unbeschränkte Willensfreiheit Gefahren für Andere befürchten lassen würde) oder Ruhe (z. B. ein lärmender Trunkenbold) verstoßen. Lassen diese Personen auf Ermahnung durch den Beamten von ihrem ungehörigen Verhalten ab, dann bringt der Beamte sie lediglich zur Strafanzeige, damit sie wegen der Verletzung öffentlicher Ordnung zur Rechenschaft gezogen werden, und hat sich dann weiter um sie nicht zu kümmern. Leisten sie dagegen seiner

mehrfachen ernstlichen Aufforderung nicht Folge, setzen sie ihr ungehöriges Benehmen fort oder muß der Beamte, wenn sie sich zunächst auch gesittet betragen, doch nach Lage der Sache annehmen, daß sie, sobald er den Rücken gewendet haben wird, in ihrem unzulässigen Beginnen fortfahren werden, dann ist der Fall polizeilicher Verwahrung gegeben, dann führt der Beamte die Missethäter zur Wache und schützt so, indem er diesen wenigen Personen die Freiheit entzieht, die Sicherheit und Ruhe aller anderen Bürger.

Diese in polizeiliche Verwahrung genommenen Personen sind spätestens im Laufe des nächsten Tages zu entlassen; außerdem wird geeignetenfalls gegen sie Strafanzeige erstattet, was in dem letzten Falle erforderlich, bei den in voriger Anmerkung erwähnten Erlebnissen des Bärenführers dagegen undenkbar ist.

Also polizeiliche Verwahrung:

1. zur Vermeidung von Unglück, zum Schutze der verwahrten Person selbst,
2. zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, Sittlichkeit und Ruhe, um Fortsetzung von Störungen oder künftige Straftaten zu vermeiden,

sonach in beiden Fällen eine Maßnahme durchaus vorbeugender Natur. (Ges. 12. II. 50.)

Darauf aufmerksam zu machen ist, daß sich das Recht der „polizeilichen Verwahrung“ nicht mit der Zuständigkeit der Polizei überhaupt (vergl. S. 18, § 4. B) deckt. Während letztere sich auf öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit erstreckt, ist die polizeiliche Verwahrung nur aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Sicherheit und Ruhe zulässig; die Ordnung scheidet also formell aus und wird von der Sittlichkeit ersetzt. Aber gerade hier zeigt sich die enge Verwandtschaft der Begriffe der Sicherheit, Ruhe und Ordnung; denn wo die öffentliche Ordnung berührt wird, da wird auch gleichzeitig die Sicherheit, mindestens aber doch die Ruhe in Frage gestellt, so daß also thatsächlich auch wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung polizeiliche Verwahrung vorgenommen werden kann.

12) Sollte ein Zwang nöthig sein, z. B. daß Jemand einen verbotenen Anstrich seines Hauses beseitige, oder sollte es sich überhaupt darum handeln, eine Person zur Vornahme einer Bethätigung zu zwingen, dann hat der Exekutivbeamte, falls seiner Aufforderung nicht schon nachgekommen wird, der Verwaltung Anzeige zu erstatten, die dann nach S. 20, § 4. C vorgeht.

b) Polizeiliches Eindringen in die Wohnung. In eine Wohnung darf wider Willen des Inhabers an sich Niemand eindringen (Hausfriedensbruch!), nur die Polizeibeamten sind hierzu unter Umständen berechtigt; natürlich auch nur, insoweit ein Anlaß hierzu vorliegt, der an und für sich zu polizeilicher Zuständigkeit gehört: bei Hülferufen dringt der Polizeibeamte ein, um die dem Rufenden

drohende Gefahr zu beseitigen; besteht die Vermuthung, daß die Bewohner durch Selbstmord geendet sind, dann läßt die Polizei die Wohnung öffnen, um, wenn möglich, noch Hülfe zu bringen oder aber die Leichen wegzuschaffen; ebenso geht sie vor, wenn der Verdacht eines Verbrechens besteht, um dessen Spuren festzustellen. Kurz: die Polizei ist in allen Fällen, wo sie überhaupt zuständig ist, auch berechtigt, in Wohnungen einzudringen, wenn ihr der Zutritt verweigert wird. Erhält ein Beamter den Befehl, z. B. den Kaufmann Schmidt zu einem gerichtlichen Termin vorzuführen, und findet er denselben in seiner Wohnung nicht vor, erfährt aber, daß er sich bei seinem Freunde Jacoby verborgen halte, dann dringt er, wenn ihm Jacoby den Zutritt verweigern sollte, mit Gewalt auch in dessen Wohnung ein und holt den Schmidt hervor; in gleicher Weise würde der Beamte zu verfahren haben, wenn Schmidt etwa zu verhaften oder vorläufig festzunehmen oder wenn bei ihm eine Durchsuchung abzuhalten wäre.

Diese Befugniß der Polizei findet jedoch ihre Schranke in dem Rechte der Unterthanen auf nächtliche Ruhe: während der Nacht*) ist auch der Polizei das Eindringen in Wohnungen untersagt — eine Beschränkung, die natürlich keine Bedeutung hat für Räume, in die auch während der Nacht das Publikum ohne Unterschied zugelassen wird; in diese kann selbstverständlich auch der Polizeibeamte zur Nachtzeit eintreten. Sodann ist diese Beschränkung der polizeilichen Befugniß aus Rücksicht auf die Nachtruhe wieder im eigenen Interesse der Bewohner durchbrochen: nämlich bei Feuersgefahr, Wassersnoth, Lebensgefahr oder im Falle der besonderen Aufforderung von innen heraus ist die Polizei verpflichtet, selbst während der Nacht einzudringen, um die Schlafenden zu wecken und den Bedrohten Schutz zu bringen. Endlich besteht diese Einschränkung auch nicht, wenn es sich darum handelt, eine bei Ausführung einer Strafthat oder gleich nach derselben verfolgte Person zu ergreifen, sowie einen entsprungenen Gefangenen wieder dingfest zu machen, und endlich, wenn dringende Gründe dafür sprechen, daß Jemand, der wegen einer Strafthat festgenommen werden soll, sich bei längerer Verzögerung der Festnahme entziehen werde, sei es durch Flucht oder durch Selbstmord.

13) Vor einiger Zeit wurde aus einem Hause um Hülfe gerufen, der vorübergehende Beamte erfährt von Mitbewohnern, daß die Hülferufe von einer Ehefrau herrührten, die von ihrem Manne geschlagen wurde. Der Beamte verweigerte nun trotz mehrfachen Drängens der Hausgenossen sein Einschreiten, „da ein Mann das Recht habe, seine Frau zu schlagen". — Das ist natürlich dummes Zeug: von einem Züchtigungsrecht des Mannes kann absolut keine Rede sein. Ueberdies hätte der Beamte dennoch in die Wohnung eindringen müssen, allein schon, um

*) Die Nachtzeit rechnet in den Monaten April bis September einschließlich von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens, in den Monaten Oktober bis März einschließlich von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens; aber nur mit Rücksicht auf das „polizeiliche Eindringen in Wohnungen", für Haussuchungen ist die Nachtzeit anderweit geregelt. Vergl. darüber Fußnote S. 49.

sich von dem Grunde der Hülferufe zu überzeugen, auf die Aussagen der Mitbewohner durfte er sich unter keinen Umständen verlassen.

In allen diesen Fällen wird die polizeiliche Wirksamkeit auch durch Herrschen der Dunkelheit und der Nachtruhe nicht ausgeschlossen; denn auch hier ist der innere Zweck ihres Handelns das Vorbeugen, das Vermeiden weiteren Unglücks, weiterer Schwierigkeiten, was vielleicht am nächsten Morgen schon nicht mehr möglich wäre. (Ges. 12. II. 50.)

c) Vorläufige Festnahme. Wie bei der Betrachtung der Strafrechtspflege im § 10. A. III, S. 110 zu zeigen sein wird, kann Jemandem, der eine strafbare Handlung begangen hat, oder derselben dringend verdächtig ist, auch ohne daß er bereits zu der diese sühnenden Strafe verurtheilt worden wäre, seine Freiheit entzogen werden, indem man ihn, namentlich um eine Flucht oder eine Verdunkelung des Thatbestandes zu verhindern, in „Untersuchungshaft" nimmt, die aber nur verhängt werden darf, wenn der Richter die „Verhaftung" durch einen Haftbefehl angeordnet hat. Nur wo ein solcher der Freiheitsentziehung zu Grunde liegt, redet man von Haft, Verhaftung, verhaften u. dergl.

Unter denselben Voraussetzungen, die den Richter zum Erlaß eines Haftbefehls berechtigen (vergl. S. 110, § 10. A. III), sind auch alle Polizei- und Sicherheitsbeamten, somit auch die Gendarmen, Schutzleute und Polizeisergeanten ohne höheren Befehl befugt, einer Person die Freiheit zu entziehen, sofern Gefahr im Verzuge obwaltet, d. h. sofern der Betreffende, falls er die Verfügung über seine Freiheit behielte, bis der Richter die Verhaftung angeordnet hätte, alles das noch vornehmen könnte, was die Verhaftung gerade vermeiden will, also die Flucht oder die Vernichtung von Beweismitteln. Durch eine solche Freiheitsentziehung arbeitet die Polizei dem Richter in die Hände, sie macht Flucht und Vernichtung von Beweismaterial so lange unmöglich, bis der Richter entscheiden kann, ob im vorliegenden Falle derartige Ereignisse überhaupt zu befürchten sind und ob ihr Eintreten durch „Verhaftung" des Thäters zu vereiteln sei. Diese Entscheidung des Richters ist daher sobald wie möglich einzuholen, sie würde aber doch vielfach zu spät kommen, die Thäter würden sich längst verborgen haben, wenn nicht inzwischen die Polizei eingeschritten wäre, wenn sie die Verdächtigen nicht in sicheren Gewahrsam gebracht hätte. Zu entbehren ist diese Zwischenthätigkeit der Polizei, dieses Aufhalten der Flucht oder der Beweisvernichtung durch die Polizei auf keinen Fall; dennoch kann sie ihrem ganzen Wesen nach nur eine vorläufige Bedeutung haben, sie ist eine Zwischenentscheidung, die nothwendig ist, die aber hinfällig wird, wenn der eigentlich Berufene, der Richter, seine Thätigkeit entfaltet, dessen erste Aufgabe daher die Prüfung sein wird, ob auch er sich auf den Standpunkt der Polizei stellt, ob auch er glaubt, daß

Flucht oder Beweiserschwerung zu befürchten und deshalb durch Freiheitsentziehung, durch Verhaftung, unmöglich zu machen sei. Kommt der Richter zu dieser Ueberzeugung, deckt sich also seine Auffassung mit der der Polizei, dann wird er deren Anordnung gutheißen, sie aufrechterhalten und den Mann nun endgültig in Gewahrsam, in „Haft", nehmen, im entgegengesetzten Falle aber die polizeiliche Anordnung aufheben und dem Festgenommenen seine Freiheit zurückgeben. Weil die polizeiliche Maßnahme solchergestalt keine endgültige ist, über ihr Fortbestehen vielmehr noch der Richter zu entscheiden hat, nennt man diese Art der Freiheitsentziehung „vorläufige Festnahme", die ihrem eigentlichen Wesen nach zwar auch eine „vorbeugende" Maßregel ist, die jedoch in letzter Linie vorgenommen wird, um die Bestrafung eines Auffässigen zu sichern, die also, Alles in Allem, eine rückwirkende Thätigkeit bedeutet. —

Als besondere Art dieser „vorläufigen Festnahme" ist die Ergreifung auf frischer That zu erörtern. Mit Rücksicht auf das allgemeine Interesse der Bevölkerung, daß jede Strafthat gesühnt werde, daß Niemand, der wider die Gesetze der Allgemeinheit, des Staates, verstoßen hat und daher Strafe verdient, sich der strafenden Gewalt entziehe, ist Jedermann, in erster Linie aber der Polizeibeamte befugt, einen Menschen, den er auf frischer That betrifft oder verfolgt, festzunehmen, jedoch nur sofern dieser der Flucht verdächtig ist oder wenn seine Persönlichkeit nicht sofort (!) festgestellt werden kann.

Welcher Art die begangene Strafthat ist, ob sie sich als Verbrechen oder nur als Uebertretung einer Polizeivorschrift darstellt, ob sie mit dem Tode oder mit einer Geldstrafe von 3 Mark geahndet wird, ist gleichgültig: die Befugniß zur Festnahme besteht bei jeder Strafthat, das Recht soll gegen das Unrecht geschützt werden. Diese Freiheitsentziehung soll vor Allem die Flucht des Thäters vereiteln, die in der Regel zu erwarten ist, wenn es sich um Strafthaten handelt, die mit einer verhältnißmäßig hohen Strafe bedroht sind. (Anm. 15, S. 45.) Ist die Flucht nicht zu befürchten, dann ist die Polizei nur zur vorläufigen Festnahme einem Unbekannten gegenüber befugt, und zwar, wie schon angedeutet, nur um dessen Persönlichkeit festzustellen. Kann dies in anderer Weise erreicht werden, z. B. durch ein gehöriges Legitimationspapier oder durch Erklärung einer anderen, dem Beamten bekannten Persönlichkeit (vergl. S. 35, Ziffer 5. b. 1), dann ist die Festnahme nicht zulässig; ebenso ist diese aufzuheben, wenn nachträglich in irgend einer glaubwürdigen Weise der Festgenommene sich auszuweisen vermag, da dann der Grund der Festnahme hinfällig wird.

14) Hier sind die „Legitimationskarten" der Studenten ꝛc. zu erwähnen: wer sich durch solche Karte ausweist, kann natürlich nicht mehr als „Unbekannter" vorläufig festgenommen werden, wohl aber, wenn er der Flucht verdächtig ist; auch

kann man ihn in polizeiliche Verwahrung bringen, wenn z. B. der Verdacht begründet erscheint, daß er seinen Unfug (Ausdrehen von Straßenlaternen ꝛc.) fortsetzen werde.

War die Festnahme durch eine Privatperson erfolgt, was an sich zulässig ist, gleichwohl aber sehr selten vorkommt, dann ist diese verpflichtet, den Festgenommenen unverzüglich dem Amtsrichter vorzuführen oder ihn einem Polizeibeamten zu übergeben. Der Polizeibeamte dagegen hat in allen Fällen seinem Vorgesetzten Anzeige zu erstatten, der allein darüber entscheidet, ob der Arretirte zunächst festzuhalten sei, und diesen event. dann unverzüglich ebenfalls dem Amtsrichter zuführen läßt.

Sonach trennt sich die Befugniß des Polizeibeamten zur „vorläufigen Festnahme", wie folgt:

1. gleich nach der That bei Fluchtverdacht oder wenn die Persönlichkeit nicht festgestellt werden kann, mag die Strafthat sein, welche sie wolle, auch eine Polizeikontravention,

2. zu jeder beliebigen späteren Zeit nur, wenn die Voraussetzungen zum Erlaß eines richterlichen Haftbefehls vorliegen: also Fluchtverdacht oder Möglichkeit der Beweiserschwerung, und nur, sofern die Strafthat ein Verbrechen oder ein Vergehen ist; handelt es sich nur um eine Uebertretung, dann ist zu späterer Zeit nur ausnahmsweise eine vorläufige Festnahme und nur wegen Fluchtverdachts zulässig, und zwar nur dann:
   1. wenn der Thäter ein Heimathloser oder Landstreicher oder nicht im Stande ist, sich über seine Person auszuweisen,
   2. wenn er ein Ausländer ist,

15) In diesen beiden Fällen, und wenn es sich um ein Verbrechen handelt, wird stets Fluchtverdacht angenommen, während er in allen anderen Lagen durch besondere Verhältnisse zu begründen ist, z. B. bei einfachem Diebstahl, Unterschlagung ꝛc. damit, daß der Angeschuldigte ohne Stellung und unverheirathet sei ꝛc.

   3. wenn er unter Polizeiaufsicht steht,
   4. wenn wegen der Uebertretung eine Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erfolgen könnte; das ist also, wenn es sich handelt um:
      a) Landstreicherei,
      b) Bettelei oder Anleitung von Kindern zu solcher,
      c) pflichtwidrige Unterlassung der Fürsorge für die Familie,
      d) gewerbsmäßige Unzucht und Zuwiderhandeln gegen sittenpolizeiliche Vorschriften,
      e) Arbeitsscheu,
      f) strafbare Obdachlosigkeit.
      (§ 361, 3 bis 8 St. G. B.)

Bei Uebertretung von Polizeiverordnungen also wird es sich daher in der Regel nur darum handeln, die Persönlichkeit festzustellen, um Strafanzeige erstatten zu können, und der Beamte ist nur dann

zur vorläufigen Festnahme („Sistirung zur Wache") befugt, wenn eine Legitimation nicht in anderer, besondere Beschwerden nicht verursachender Weise zu ermöglichen ist.

Also: Verhaftung — vorläufige Festnahme — polizeiliche Verwahrung.*) (§§ 112—132 St. P. O.) —

Eine weitere, eigenartige Festnahme läßt § 162 St. P. O. zu: derjenige Beamte, der an Ort und Stelle Amtshandlungen leitet, ist befugt, diejenigen Personen, die seine amtliche Thätigkeit vorsätzlich stören oder sich sonst seinen Anordnungen widersetzen, festzunehmen und sie bis zur Beendigung seiner Amtsverrichtungen, jedoch nicht über den nächstfolgenden Tag hinaus, festhalten zu lassen.

An dieser Stelle ist auch der Zwangsgestellung und der Sistirung Erwähnung zu thun. Unter Zwangsgestellung versteht man die zwangsweise Vorführung einer Person vor ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde; diese Zwangsgestellung wird vorgenommen, wenn Jemand z. B. als Zeuge geladen war, gleichwohl aber nicht erschienen ist. Dagegen liegt eine Sistirung vor, wenn Jemand durch einen Beamten (event. gewaltsam) zur Wache geleitet wird, nur um zunächst seine Personalien oder den Thatbestand irgend eines Vorkommnisses festzustellen. Diese Sistirung wird häufig die Einleitung zu einer polizeilichen Verwahrung oder vorläufigen Festnahme sein, oft auch gänzlich in diesen aufgehen, z. B. Sistirung eines skandalirenden

---

*) Nicht nachdrücklichst genug kann hervorgehoben werden, daß „vorläufige Festnahme" und „polizeiliche Verwahrung" scharf auseinanderzuhalten sind. Letztere erfolgt im Interesse der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Sittlichkeit, um deren weitere, deren zukünftige Störung unmöglich zu machen, ist also eine vorbeugende Maßregel (S. 16, § 4. A); dahingegen ist erstere eine rückwirkende, die wegen einer bereits begangenen That erfolgt, um die Vollstreckung einer verwirkten, aber noch nicht ausgesprochenen Strafe zu sichern.

Um den Unterschied recht klar zu machen, sei noch folgendes Beispiel erwähnt: Wir sahen oben bei der Besprechung des Widerstandes, daß eine Frauensperson, die durch schamloses Auftreten die öffentliche Sittlichkeit gefährdet, in „polizeiliche Verwahrung" genommen werden kann, um ihr ein ferneres unanständiges Betragen zur Zeit unmöglich zu machen. In Städten aber, in denen solche Weibspersonen unter polizeilicher Kontrolle („Sitte") stehen, wird ihnen meist das Betreten bestimmter Straßen, oft auch ganzer Stadttheile von der Polizei untersagt. Werden solche Personen nun auf diesen „verbotenen Wegen" betroffen, dann sind sie „vorläufig festzunehmen", weil sie eine Uebertretung begangen haben, wegen der eine Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erfolgen kann. Namentlich auf diesem Gebiete ist aber zur Vorsicht zu ermahnen; gerade im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sittlichkeit haben neuerdings Polizeibeamte vereinzelt einen zu großen Eifer an den Tag gelegt. Ist das betr. Mädchen genau als Dirne bekannt, dann möge man ruhig einschreiten; auf der anderen Seite ist jedoch daran zu denken, daß eine Weibsperson durch das Tragen auffallender Hüte, durch ein offensichtliches Paradiren mit seidenen Unterröcken, ja selbst durch Anlachen oder Ansprechen von Männern allein die öffentliche Sittlichkeit noch nicht gefährdet. Erst wenn sie sich in auffallender, schamloser Weise benimmt, ist polizeiliches Einschreiten gerechtfertigt.

Trunkenboldes. Begrifflich ist das aber nicht nöthig: es kann z. B. auch Jemand sistirt werden, der nur Zeuge einer Strafthat gewesen ist, aber die Angabe seiner Personalien verweigert. Dieser Mann kann weder vorläufig festgenommen, noch polizeilich verwahrt, wohl aber zur Wache sistirt werden, um sich auszuweisen.

16) Um auch hier ein Beispiel zu erwähnen: eine dem Schutzmann bekannte Persönlichkeit begeht eine Strafthat; sie wird angezeigt, festgenommen nur, wenn es sich um ein Verbrechen oder Vergehen — S. 86, § 10. A. I. 9 — handelt und wenn Verdacht der Flucht oder der Beweisvernichtung vorliegt, oder sofern die That eine oben 1 bis 4 erörterte ist, mag der Beamte nun den Thäter bei der Handlung betroffen oder erst vier Wochen später Kenntniß erhalten haben. Jedoch könnte im letzten Falle die Festnahme nur am Tage erfolgen, wenn nicht der Fall des Abschnitts b S. 41 vorliegt; während bei der Ertappung auf frischer That der Entfliehende auch zur Nachtzeit bis in jede Wohnung verfolgt wird. — Eine unbekannte Person, deren Name in anderer Weise nicht festgestellt werden kann, wird stets festgenommen, aber nur so lange festgehalten, bis sie sich ausgewiesen hat (Sistirung zur Wache); entflieht sie, wird sie verfolgt bis zur Ergreifung auch während der Nacht, die Art der Strafthat ist ganz gleichgültig. Nach Ermittelung der Persönlichkeit darf sie jedoch nur festgehalten werden in denselben Fällen, in denen auch eine bereits bekannte Person festgenommen werden könnte, also wenn Fluchtverdacht vorliegt oder Verdunkelung des Thatbestandes zu befürchten ist. In beiden Fällen möglichst baldige Ablieferung an das Amtsgericht.

d) Durchsuchung und Beschlagnahme. Gegenstände, die als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können — vergl. S. 110, § 10. A. III —, sowie solche, die, wie z. B. gefälschtes Geld oder der Revolver, mit dem Jemand ermordet ist, nach ergangenem Urtheile einzuziehen sind, muß die Polizei unter allen Umständen trachten, in ihre Hand zu bekommen, ehe sie vernichtet oder verborgen werden. Die Polizei fordert daher denjenigen, den sie im Besitz solcher Sachen vermuthet, auf, ihr diese herauszugeben. Weigert sich der Besitzer, dieser Aufforderung nachzukommen, dann ist wieder Zwang erforderlich: die Sachen werden gesucht, Schränke 2c. event. mit Gewalt eröffnet (Durchsuchung) und, wenn sie gefunden werden, dem Besitzer gewaltsam weggenommen (Beschlagnahme).

Während eine Aufforderung zur freiwilligen Herausgabe der verlangten Sachen von jedem Polizeibeamten, also auch vom Polizeisergeanten und Schutzmann, ausgehen kann, ist er zur Vornahme einer Durchsuchung und einer Beschlagnahme aus sich selbst heraus nicht befugt. Zu derartigen Maßnahmen ist er nur berechtigt auf Anordnung des Richters, der Staatsanwaltschaft, sowie auf Befehl eines Vorgesetzten, der als Hülfsbeamter der Staatsanwaltschaft bestellt ist, also z. B. des Polizeikommissars bezw. Polizei-Leutnants. Gewisse Klassen von Polizeibeamten treten nämlich zur Staatsanwaltschaft in ein ganz besonderes Verhältniß, indem sie zu deren „Hülfsbeamten“ ernannt werden. Diese sind neben ihren gewöhnlichen Vorgesetzten auch noch den Staatsanwälten untergeben, haben aber dann über die gewöhnliche

polizeiliche Zuständigkeit hinausgehende Befugnisse, die eben auf sie als Organe der Staatsanwaltschaft, nicht schlechtweg als Polizeibeamte überkommen sind: so vor Allem das Recht zur Anordnung einer Durchsuchung und Beschlagnahme, sofern Gefahr im Verzuge ist. Die Staatsanwaltschaft hat nunmehr also die Wahl, ob sie die Polizeibehörde als solche um Vornahme gewisser Handlungen ersuchen, oder ob sie davon absieht und ihre Hülfsbeamten direkt beauftragen will. Solche Hülfsbeamte sind fast durchweg u. A. die Polizeikommissare (bezw. Polizei-Leutnants).

Mit dieser Beschlagnahme zur Sicherung des Beweismaterials im Strafprozesse ist nicht zu verwechseln die bereits S. 36 erörterte Befugniß jedes Polizeibeamten, eine Sache dem Besitzer wegzunehmen, wenn zu erwarten steht, daß mit dieser eine strafbare Handlung begangen werden soll. Diese letztere Maßnahme ist Ausfluß vorbeugender Polizeithätigkeit und stützt sich ausschließlich auf § 10 II. 17 A. L. R.

Außer zum Zwecke der Beschlagnahme von Sachen kann eine Durchsuchung auch vorgenommen werden, um den Thäter oder Theilnehmer einer strafbaren Handlung zu ergreifen. (§. 102 St. P. O.)

1. Praktische Ausführung der Durchsuchung. Die Durchsuchung erstreckt sich auf die Person und die Wohnung und deren Inhalt; selbstverständlich nur gegen diejenigen, die zu der Strafthat in einer Beziehung stehen, mögen sie nun als Thäter, Theilnehmer, Begünstiger oder Hehler verdächtig sein; gegen andere Personen nur dann, wenn auf Grund von Thatsachen berechtigte Aussicht besteht, bei ihnen Sachen zu finden, die in der Untersuchung als Beweismittel Verwendung finden können oder die der Einziehung unterliegen.

17) Diese Aussicht ist stets vorhanden bezüglich der Räume, in denen der Thäter ergriffen ist oder die er während der Verfolgung betreten hat, sowie hinsichtlich derer, in denen eine unter Polizeiaufsicht stehende Person wohnt oder sich aufhält. In allen anderen Fällen muß diese Aussicht durch besondere Umstände gegeben sein.

Die Durchsuchung der Person bezieht sich auf die Kleidung und auf den Körper. In erster Linie sind die Taschen zu untersuchen, dann hat die Person jedes einzelne Kleidungsstück abzulegen, deren Unterfutter, Nähte, Bünde ꝛc. nun besonders zu prüfen sind, bei Stiefeln auch die Sohlen, namentlich daraufhin, ob nicht Doppelsohlen vorhanden sind. Alsdann wird zur Untersuchung des Körpers übergegangen: Mund, Nase, Haare (besonders sorgfältig bei Frauen), Achselhöhlen, Zehen, After, Geschlechtstheil (wieder besonders eingehend bei Frauen) sind mit hervorragender Sorgfalt zu besichtigen.

Weibliche Personen sollen stets durch zuverlässige Frauen untersucht werden.

Sobald die gesuchten Gegenstände gefunden sind, hört in der Regel die Durchsuchung auf; deren Fortsetzung hat jedoch stets zu erfolgen, wenn zu erwarten ist, daß noch weitere belangreiche Stücke aufgefunden werden.

Die Durchsuchung von Wohnungen darf nur bei Tage erfolgen; ausnahmsweise auch während der Nacht,*) wenn ein Hinausschieben bis zum nächsten Morgen die Gefahr in sich schließen würde, daß bis dahin die gesuchten Gegenstände bereits verborgen oder vernichtet werden könnten; das wird im Allgemeinen der Fall sein, wenn Jemand Wind davon bekommen hat, daß am folgenden Tage eine Haussuchung bei ihm vorgenommen werden solle. Abgesehen hiervon ist eine Durchsuchung zur Nachtzeit nur zulässig in denjenigen Lagen, in denen überhaupt polizeiliches Eindringen während der Nacht in Wohnungen gestattet ist (vergl. S. 41, b dieser Ziffer), sowie von solchen Wohnräumen, die der Polizei als Herbergen oder Versammlungsorte bestrafter Personen, als Niederlagen unrechtmäßig erlangter Sachen oder als Schlupfwinkel des Glücksspiels oder gewerbsmäßiger Unzucht bekannt sind, oder endlich deren Inhaber unter Polizeiaufsicht stehen. Diese Beschränkung gilt übrigens nur für den Beginn der Haussuchung; eine einmal begonnene wird beendigt, und wenn sie die ganze Nacht hindurch dauerte.

Wird diese Durchsuchung von dem Exekutivbeamten allein, d. h. ohne Beisein des Richters oder Staatsanwalts, vorgenommen, dann hat er, wenn irgend möglich, zu derselben noch einen anderen Gemeindebeamten (nicht Polizeibeamten!) oder zwei Mitglieder der Gemeinde, die ebenfalls nicht Polizeibeamte sein dürfen, als Zeugen hinzuzuziehen, sofern die Haussuchung sich nicht gegen eine unter Polizeiaufsicht stehende Person richtet oder in Räumen vorgenommen werden soll, die zur Nachtzeit Jedermann zugänglich oder die der Polizei als Herbergen, Versammlungsorte, Niederlagen, Schlupfwinkel vorerwähnter Art bekannt sind. Diese Wohnungen und Räume unterliegen also unbeschränkter polizeilicher Untersuchung, sofern diese in einem Strafverfahren nöthig erscheint, sowohl hinsichtlich der Zeit als auch bezüglich der Form derselben; im Uebrigen kann diese Räume jeder Polizeibeamte durchsuchen, auch ohne daß es des sonst nöthigen Befehls bedürfte.

Die Durchsuchungshandlung selbst kann natürlich von mehreren Polizeibeamten vorgenommen werden.

18) Uebrigens stehen, auch ohne daß es sich um die Erforschung einer besonderen Straffhat handelt, die vorerwähnten Schlupfwinkel des Glücksspiels, der Gewerbsunzucht ꝛc. dem Polizeibeamten jederzeit bei Tag und Nacht offen, um Nachforschungen nach dem Aufenthalte liederlicher Frauenzimmer vorzunehmen ꝛc.

*) Für Durchsuchungen gelten als Nachtzeit in den Monaten April bis September einschl. die Stunden von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens, von Oktober bis März einschl. die Stunden von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. (Vergl. Fußnote S. 42.)

Bei Haussuchungen sind besonders Oefen, Schränke (Doppelboden, verborgene Thüren), Betten, Wände (Tapetenthüren, hohle Wände), Fußboden (Fallthüren, Hohlräume unter den Dielen), Tische (Tischkasten), Hausboden, Keller (lockere Steine), Schornsteine (Oeffnungen in denselben), Dachluken, Garten (Gruben) 2c. zu berücksichtigen.

Briefe,*) Papiere 2c. des von der Durchsuchung Betroffenen darf der Beamte nur mit Genehmigung des Inhabers durchsehen; anderenfalls hat er die Papiere, deren Durchsicht er im Interesse der Untersuchung für zweckmäßig hält, an sich zu nehmen, sie mit einem Umschlag zu versehen und diesen in Gegenwart des Inhabers zu versiegeln.**)

Zweckmäßig wird es sein, zuerst die Person, dann erst die Wohnung zu durchsuchen; bei letzterer Thätigkeit ist darauf zu achten, daß der Inhaber der Wohnung, der der Untersuchung beiwohnen darf und in dessen Abwesenheit sein Vertreter oder ein erwachsener Angehöriger, Hausgenosse oder Nachbar zuzuziehen ist, nicht eine Gelegenheit benutzt, Sachen heimlich beiseite zu schaffen, während der durchsuchende Beamte gerade seine Aufmerksamkeit auf einen anderen Punkt gerichtet hält.

2. Praktische Durchführung der Beschlagnahme. Die bei der Durchsuchung aufgefundenen Gegenstände werden beschlagnahmt, insoweit sie für das Verfahren von Bedeutung sind. Diese Beschlagnahme ist der Zweck der Durchsuchung.

Die beschlagnahmten Sachen sind genau zu bezeichnen und vor Verwechselungen zu schützen; ein Verzeichniß derselben ist dem Betroffenen auf Erfordern auszufertigen.

In dem Bericht über die Durchsuchung und Beschlagnahme (siehe Muster 1, Theil IV) ist besonders hervorzuheben, welche Sachen beschlagnahmt wurden, wer als Zeuge hinzugezogen ist, sowie ob der von der Beschlagnahme Betroffene oder ein erwachsener Angehöriger desselben anwesend war und ob der Betroffene bezw. bei seiner Abwesenheit ein erwachsener Angehöriger gegen die Beschlagnahme ausdrücklichen Widerspruch erhoben hat.

19) In den beiden letzterwähnten Fällen ist nämlich binnen 3 Tagen die richterliche Bestätigung der Beschlagnahme nachzusuchen.

e) Waffengebrauch. Das Recht zum Waffengebrauch steht dem Polizeibeamten als letztes Mittel zu, wenn keine anderen Maßnahmen ausreichen würden, um einen Angriff abzuweisen, der gegen ihn oder gegen eine unter seinem Schutze befindliche Person unternommen oder mit dem er gefährlich bedroht wird.

---

*) Auch Briefe, Telegramme 2c., die noch auf der Post lagern, können beschlagnahmt werden, aber nur auf Anordnung des Richters oder der Staatsanwaltschaft.

**) Diese Papiere darf nur der Richter durchsehen.

20) Die Drohung muß für ihn thatsächlich eine Gefahr bedeuten; leere Redensarten sind dazu natürlich nicht geeignet, der Beamte muß die Ueberzeugung haben, daß es dem Drohenden ernst ist mit seinen Worten oder Mienen (Ausholen zum Schlage!).

Die einschlägigen Bestimmungen lauten: Der Beamte ist zum Waffengebrauch berechtigt: a) wenn Gewalt oder Thätlichkeit gegen ihn selbst, indem er sich in Dienstfunktion befindet, ausgeübt wird; b) wenn auf der That entdeckte Verbrecher, Diebe, Schleichhändler ꝛc. seinen Aufforderungen, um zur nächsten Obrigkeit geführt zu werden, nicht ohne thätlichen Widerstand Folge leisten und vielmehr sich der Beschlagnahme der Effekten oder Waaren und Fuhrwerke oder ihrer persönlichen Verhaftung mit offener Gewalt oder mit gefährlichen Drohungen widersetzen; c) wenn er auf andere Art den ihm angewiesenen Posten nicht behaupten oder die ihm anvertrauten Personen nicht beschützen kann. Es liegt ihm jedoch auch in diesen Fällen ob, die Waffen nur nachdem gelinde Mittel fruchtlos angewendet sind, und nur wenn der Widerstand so stark ist, daß er nicht anders als mit gewaffneter Hand überwunden werden kann, und auch dann noch mit möglichster Schonung zu gebrauchen.*)

Die weitergehenden Befugnisse militärischer Posten zum Waffengebrauch, besonders Personen gegenüber, die sich der Festnahme durch die Flucht entziehen wollen, stehen den Polizeibeamten nicht zu; nur wo es sich darum handelt, Menschenansammlungen zu zerstreuen, kann auch der Polizeibeamte seine Waffe gebrauchen, ohne daß er selbst gefährdet ist. Solche unbefugten Ansammlungen von Personen**) sind in kurzen Zwischenräumen dreimal zum Auseinandergehen aufzufordern, etwa mit den Worten: „Ich fordere die hier Versammelten auf, sofort auseinanderzugehen, widrigenfalls von der Waffe Gebrauch gemacht werden wird." Wird dieser Aufforderung nach der dritten Ermahnung nicht sofort nachgekommen, dann ist die Menge augenblicklich mit der Klinge auseinander zu treiben. Der Gebrauch der Waffe hat auch hier nur in dem Maße zu erfolgen, als zur Erreichung des Zieles nothwendig ist, unnütze Verwundungen sind auch hier zu vermeiden. Niemals darf der Gebrauch der Waffe zur Mißhandlung werden, wenngleich Schonung immer erst in zweiter Linie in Frage kommt. Vor Allem handelt es sich darum, die Waffe so zu verwenden, daß die Erreichung des jeweiligen Zieles durch den Waffengebrauch stets gewährleistet wird.

Immer ist mit Energie vorzugehen und die Waffe unter dem Gesichtspunkte zu verwenden, daß ihr Gebrauch vom Publikum auf keinen Fall als „Spielerei" empfunden wird. Einige blaue Flecke und sonstige unangenehme Berührungen mit der Waffe werden dem Un-

*) v. Rönne, Preuß. Staatsrecht Bd. III. S. 496 ff.
**) Zu diesen gehört auch eine aufgelöste Versammlung. Vergl. S. 74, § 9. B. 1.

gehorsamen begreiflich machen, daß er polizeilichen Anordnungen nachzukommen hat. Widersetzt sich der mit der Waffe Berührte dann in auflehnender Weise, dann wird die Waffe gegen ihn natürlich mit größter Energie verwendet. Von vornherein aber ist zu unterscheiden zwischen Neugierigen und Radau- und Raufluſtigen. Während gegen jene Personen, deren Ansammlung ja an sich harmloser Natur ist, zunächst mit Güte, dann aber unter Anwendung gelinderer Mittel vorzugehen ist, muß gegen die Raufbolde, die von vornherein die Absicht haben, sich der behördlichen Autorität zu widersetzen, von Anfang an energisch eingeschritten werden. Güte würde von diesen Leuten als Schwäche aufgefaßt werden.

7. Das Verhalten gegen Vorgesetzte kann kurz dahin zusammengefaßt werden, daß der Exekutivbeamte sich diesen gegenüber — vergl. S. 26, § 5. B — genau in derselben Weise zu benehmen hat, wie er es als Unteroffizier seinen Offizieren gegenüber gewohnt gewesen ist; die Stellung des Wachtmeisters entspricht etwa der des etatsmäßigen Kompagniefeldwebels.

21) Vorgesetzte sind nur der Polizeiwachtmeister (in Berlin außerdem noch der Abtheilungswachtmeister), der Polizeikommissar (Polizei-Leutnant), der Polizeiinspektor (Polizei-Hauptmann), Polizeioberinspektor (Polizei-Oberst), der erste und zweite Bürgermeister (Polizeidirektor [-präsident] und dessen Stellvertreter), Regierungspräsident (für Berlin ist im Allgemeinen der Polizeipräsident zugleich Regierungspräsident), Oberpräsident, Minister des Innern. Für Berlin kommen noch die Offiziere der Feuerwehr hinzu. — In ein ganz besonderes Verhältniß tritt jeder Polizeibeamte zur Staatsanwaltschaft insofern, als er eintretendenfalls deren Anordnungen Folge zu leisten verpflichtet ist. (§ 159 St. P. O.)

Besonderer Erörterung bedürfen folgende Punkte:

a) Gehorsamspflicht. Der Exekutivbeamte ist verpflichtet, sämmtlichen Befehlen seiner Vorgesetzten nachzukommen; ein Prüfungsrecht, ob diese Befehle rechtmäßig sind, insonderheit, ob sie sich innerhalb polizeilicher Zuständigkeit halten, steht ihm nicht zu. Auf der anderen Seite wird derjenige Beamte, der auf Befehl gehandelt hat, von persönlicher Haftung befreit (S. 34, Ziffer 5. a dieses Paragraphen): nicht mehr der ausführende Beamte haftet für den Schaden, den er unter Ueberschreitung polizeilicher Zuständigkeit angerichtet hat, sondern derjenige, auf dessen Befehl dies geschehen ist. Handelt der Beamte dagegen über die Grenzen des Befehles hinaus, handelt er seinem Sinn zuwider, dann ist er natürlich verpflichtet, den Schaden zu tragen.

22) Hieraus ergiebt sich wieder die Nothwendigkeit genauer Information über alle Dienstzweige, namentlich über die Zwangsbefugnisse.

23) Ueber die Haftpflicht des Vorgesetzten neben dem Untergebenen vergl. S. 17, § 4. Anm. 1, Abs. 2.

Nur in einem einzigen Falle hat der Beamte nicht zu gehorchen, er ist dann verpflichtet, den Gehorsam zu verweigern, und daher

auch verpflichtet, jeden ihm gewordenen Befehl auf diesen Fall hin zu prüfen: ist die befohlene Handlung nämlich in einem Gesetze ausdrücklich verboten, bezweckt sie also ein Verbrechen, ein Vergehen oder eine Uebertretung, dann wird die Pflicht zum Gehorsam verdrängt durch die Pflicht zum Ungehorsam. Ein derartiger Fall wird zwar kaum eintreten, denn bei der Gewissenhaftigkeit deutscher Beamter muß es als ausgeschlossen gelten, daß ein Vorgesetzter von seinem Untergebenen die Verübung einer Strafthat verlangt; aber für die Theorie ist daran festzuhalten, daß der Beamte, der dennoch einen solchen Befehl ausführt, von persönlicher Haftung nicht befreit wird, vielmehr vom Strafrichter zur Verantwortung zu ziehen sein wird und auch auf Schadenersatz event. verklagt werden könnte. Eine Prüfung des erhaltenen Befehls nach anderer Richtung hin steht, wie wiederholt hervorgehoben wird, dem Beamten unter keinen Umständen zu.

24) Der Vorgesetzte, der einen Befehl erwähnter Art ertheilen würde, hätte nicht allein zivilrechtlich die Folgen zu vertreten, sondern würde auch nach § 357 St. G. B. mit der Strafe belegt werden, die für die betreffende Handlung allgemein angedroht ist.

b) Beschwerderecht. Gegen Anordnungen und Befehle, sowie überhaupt gegen das allgemeine Verhalten seiner Vorgesetzten, durch das der Untergebene sich verletzt fühlt, hat er das Recht der Beschwerde. Diese Beschwerde ist bei dem nächst höheren Vorgesetzten (vergl. S. 52 Anm. 21) anzubringen und zwar, je nach örtlicher Vorschrift, mündlich oder schriftlich. Wie bei der Truppe, ist es auch hier durchaus rathsam, sich frühestens am nächstfolgenden Tage zu beschweren; ebenso ist der Befehl vorher auszuführen.

25) Niemals darf einem Vorgesetzten ins Gesicht gesagt werden, daß man sich über ihn beschweren werde; das wäre ein schweres Vergehen gegen die Subordination.

Der Beamte kann jedoch der Ueberzeugung sein, daß der Vorgesetzte stets bestrebt ist, das Beste des Untergebenen zu fördern, daß aber das Wohl des Einzelnen dem der Gesammtheit nachzustehen hat, daß Anordnungen, die im Interesse des Dienstes nöthig sind, den Beamten noch nicht verletzen, wenn ihre Ausführung oder gar schon ihre Uebertragung ihm unangenehm ist, daß endlich eine Beschwerde schon eine Auflehnung gegen den Vorgesetzten bedeutet und den Mangel derjenigen Dienstfreudigkeit bekundet, die der Beamte in seinem Diensteid gelobt hat, die, wie bei der Truppe, auch im Exekutivkorps herrschen muß, wenn dieses seiner hohen und schönen Aufgabe gerecht werden will, daß endlich des Königs Majestät willige und freudig gehorsame Beamte haben will, aber keine aufrührerischen Elemente unter diesen dulden wird.

Damit soll dem Beamten sein Beschwerderecht keineswegs verkümmert werden: wo wirklicher Grund zur Beschwerde vorliegt, da werden die höheren Vorgesetzten den Beschwerdeführer schon unterstützen. Andererseits aber unterliegt es keinem Zweifel, daß diese von ihrem

Disziplinarstrafrecht Gebrauch machen können und werden gegen einen Beamten, der sich leichtfertig und ohne Grund beschwert, daß sogar ein fortwährend unbegründet Beschwerde führender Beamter aus seinem Amte entlassen werden kann. —

Ueber die formelle Beschwerde gegen Festsetzung einer Ordnungsstrafe vergl. S. 56, Ziffer 8.

c) Ehrenbezeugungen sind in derselben Form zu leisten wie bei der Truppe: Anlegen der Hand an die Kopfbedeckung, Vorbeigehen in gerader Haltung, Stillstehen. Front gemacht wird im Allgemeinen nur vor Sr. Majestät dem König, Ihrer Majestät der Königin sowie vor sämmtlichen Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses.

26) Dem guten Vernehmen zwischen Militär und Polizei ist sehr vortheilhaft dadurch Ausdruck zu geben, daß die Polizeibeamten ihnen begegnende Offiziere der Armee und Marine grüßen. In Berlin und Vororten unterbleibt dies jedoch wegen der übergroßen Anzahl der dort garnisonirenden Offiziere; hier werden nur gegrüßt: der Kommandant, der Gouverneur, Generale, Admirale und Flügeladjutanten. Für die Kommunalpolizeibeamten muß es als schicklich gelten, die Magistratsmitglieder, die Stadtverordneten und auch die Subalternbeamten des Magistrats auf der Straße zu grüßen, wennschon alle diese in keinem Vorgesetztenverhältniß zu ihnen stehen.

Der Beamte hat eine militärische Haltung anzunehmen, wenn er von einem Vorgesetzten angesprochen wird. In Dienst befindliche Exekutivbeamte haben sich bei begegnenden Vorgesetzten zu melden und besondere Ereignisse kurz zu berichten. In Anwesenheit eines Vorgesetzten ist nur mit dessen Genehmigung einzuschreiten, z. B. Feierabendbieten in einem Lokal, in dem der Polizeiwachtmeister verweilt.

Ehrenbezeugungen durch einen im Dienst befindlichen Beamten haben zu unterbleiben, wenn die auf den Dienst zu verwendende Aufmerksamkeit darunter leiden würde.

d) Urlaub, Erkrankungen. Zu jeder Entfernung aus dem Dienstorte ist Urlaub erforderlich, der mündlich von dem nächsten Vorgesetzten zu erbitten ist. In größeren Verwaltungen und sofern Urlaub für länger als einen Tag erbeten wird, ist das Urlaubsgesuch schriftlich anzubringen. (Muster 2, Theil IV.) Wer sich ohne Urlaub entfernt oder über den ertheilten hinaus wegbleibt, geht für diese Zeit seines Gehaltes verlustig und wird entlassen, wenn die Abwesenheit länger als acht Wochen dauert. Selbstverständlich tritt auch bei geringerer Dauer Strafe ein.

Erkrankungen sind, wenn irgend thunlich, noch persönlich, sonst schriftlich zu melden, und zwar dem nächsten Vorgesetzten und sobald sich Dienstunfähigkeit herausgestellt hat.

Für Vertretung sorgt in beiden Fällen die Behörde; vor Antritt des Urlaubs, nach dessen Beendigung sowie nach erfolgter Gesundung hat sich der Beamte nach den besonderen örtlichen Vorschriften bei seinen nächsten Vorgesetzten zu melden.

8. **Disziplinarstrafen** sollen dem Vorgesetzten eine Handhabe bieten, die Erfüllung *sämmtlicher* Dienstpflichten von seinen Untergebenen zu erzwingen, ihre Vernachlässigung an ihnen zu ahnden. Deshalb kann die Befugniß zum Erlaß von Disziplinarstrafen nicht für jeden Fall an *bestimmte* Voraussetzungen geknüpft werden; man kann nicht, wie z. B. im Strafgesetz, sagen: „Wenn du das und das thust, wirst du bestraft", sondern so vielseitig der Dienst ist, der sich gar nicht in einzelne Fälle zerlegen läßt, so *allgemein* muß auch die Strafgewalt sein. Das Disziplinargesetz kann nur bestimmen: „*wer* sich mit seinen Dienstpflichten in Widerspruch setzt, wird bestraft"; die einzelnen Fälle, *wann* dies zu geschehen habe, kann es nicht aufzählen: das haben die Vorgesetzten zu beurtheilen. So *unbestimmt*, so untheilbar die Dienstpflicht, so *unbeschränkt* die Strafbefugniß.

Die Disziplinarstrafen zerfallen in (Gesetz vom 21. Juli 1852):

a) *Ordnungsstrafen:*

1. Warnung
2. Verweis

} von *jedem* Dienstvorgesetzten zu ertheilen.

3. Geldbuße (Bürgermeister, Polizeidirektor (-präsident) bis zu 9 Mark, Regierungspräsident bis zu 90 Mark; wenn das Monatsgehalt weniger als 90 Mark beträgt, nur bis zu dessen Höhe, z. B. bis 75 Mark; Minister bis zu dem Betrage des Monatsgehaltes, also z. B. 120 Mark).

4. Arreststrafe (Bürgermeister, Polizeidirektor (-präsident) bis zu drei Tagen, Regierungspräsident bis zu acht Tagen).

Die Verfügung der Ordnungsstrafen erfolgt schriftlich oder zu Protokoll, nachdem der betreffende Beamte zur Sache gehört ist. Gegen die Straffestsetzung des Bürgermeisters ist binnen 14 Tagen die Beschwerde an den Regierungspräsidenten, gegen dessen Bescheid binnen 14 Tagen die Klage beim Oberverwaltungsgericht gegeben. Gegen die Straffestsetzung durch den Regierungspräsidenten ist die Beschwerde an den Oberpräsidenten, gegen dessen Entscheidung Klage beim Oberverwaltungsgericht zulässig: beides binnen 14 Tagen. Straffestsetzungen des Ministers sind nicht anfechtbar. Schutzleute haben nur die Beschwerde im Dienstaufsichtswege (S. 52, Anm. 21).

b) *Entfernung aus dem Amte* tritt bei Dienstvergehen ein, die durch Ordnungsstrafe (a) nicht gesühnt werden können, und kann, sofern der Beamte nicht auf Kündigung angestellt ist, wie z. B. in Berlin und Charlottenburg, nur durch ein besonderes Verfahren erfolgen, dessen Einleitung durch den Regierungspräsidenten angeordnet wird. Mit dieser Anordnung wird gleichzeitig*) in der Regel die *vorläufige* Enthebung des betreffenden Beamten von seinem Amte verfügt („Suspension");

*) Also ebenfalls durch den Regierungspräsidenten. Bei Gefahr im Verzuge kann auch der Bürgermeister (Polizeidirektor, Polizeipräsident) die Suspension anordnen, hat jedoch alsbald die Entscheidung des Regierungspräsidenten einzuholen.

der suspendirte Beamte erhält während der Dauer seiner Amtsenthebung nur die Hälfte seines Gehalts ausgezahlt, bleibt sonst aber in seiner rechtlichen Stellung, hat also Urlaub zu erbitten, Erkrankung zu melden ꝛc.

27) Ohne daß eine besondere Anordnung des Regierungspräsidenten erforderlich wäre, tritt diese Suspension von selbst ein, 1. wenn in einem gerichtlichen Strafverfahren die Verhaftung des Beamten beschlossen ist oder gegen ihn ein Urtheil ergangen ist, das zwar noch keine Rechtskraft erlangt hat, nach Eintritt derselben aber den Verlust des Amtes zur Folge haben würde; 2. wenn in einem Disziplinarverfahren, ohne daß bei dessen Einleitung die Suspension verfügt worden wäre (was aber meist geschieht), eine Entscheidung ergangen ist, die zwar noch keine Rechtskraft hat, aber doch auf Dienstentlassung lautet.

Die für das Disziplinarverfahren zuständigen Behörden sind verschieden, je nachdem es sich um Schutzleute oder Polizeisergeanten handelt:

1. Schutzleute: nach verfügter Einleitung wird bei der Regierung ein Disziplinargericht gebildet, das die Angelegenheit untersucht, je nach Ausfall dieser Untersuchung das Verfahren einstellt oder die Festsetzung einer Ordnungsstrafe (a) verfügt, eine Strafversetzung beschließt oder auch die Entlassung ausspricht.

28) Die Strafversetzung erfolgt zwar in ein gleiches Amt, aber mit geringerem Einkommen, oder auch mit gleichem Gehalt, aber unter Verlust des Anspruchs auf Umzugskosten; oft sind auch beide Nachtheile verbunden.

Gegen das Erkenntniß ist binnen vier Wochen die Berufung an das Staatsministerium zulässig; dessen Entscheidung ist endgültig.

2. Polizeisergeanten: 1. Instanz ist der Bezirksausschuß, 2. und letzte das Oberverwaltungsgericht; im Uebrigen wie 1., nur können Polizeisergeanten nicht strafversetzt werden.

Wird die Entlassung ausgesprochen, dann verliert der Beamte zugleich den Anspruch auf Titel, darf sich also nicht „Schutzmann a. D.“ nennen, und auf Pension. Selbstverständlich geht auch der Anspruch seiner Frau und seiner Kinder auf Wittwen- bezw. Waisengeld verloren.

29) Mit dieser Entlassung im Disziplinarverfahren ist die zwangsweise Pensionirung wegen eingetretener Dienstunfähigkeit nicht zu verwechseln. (Vergl. S. 32, Ziffer 4.)

Bleibt der Beamte im Dienst, dann erhält er seine frühere Amtsstellung wieder, bekommt auch das während der Suspension einbehaltene Gehalt nachträglich erstattet.

Die gleiche Wirkung wie die Entlassung im Disziplinarverfahren hat die Verurtheilung des Beamten zu einer Freiheitsstrafe von längerer als einjähriger Dauer, die Stellung unter Polizeiaufsicht, die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter. In diesen Fällen tritt ohne Weiteres Entlassung ein, ohne daß das sonst erforderliche Disziplinarverfahren nöthig wäre.

Probisten können jederzeit ohne Disziplinarverfahren entlassen werden.

9. Verbrechen und Vergehen im Amte. Zwar ermöglicht die Disziplinarstrafe ein unbeschränktes Vorgehen gegen den Beamten wegen aller Pflichtwidrigkeiten, die er sich in amtlicher Eigenschaft zu Schulden kommen läßt; sie ist jedoch nicht berufen, die Anwendung des gewöhnlichen Strafgesetzes auszuschließen, wenn der Beamte Handlungen begeht, die in diesem untersagt und mit Strafe bedroht sind. In Fällen, in denen die Strafgerichte gegen Jedermann einschreiten, z. B. wegen Diebstahls, unterliegt demgemäß auch der Beamte ihrer Verfolgung, und zwar in derselben Weise wie andere Staatsbürger. Wie jedoch das Strafgesetz den Beamten in vielen Fällen besonders schützt, solange er seine Pflicht thut, so bedroht es ihn auch mit besonderer Strafe, wenn er sein Amt dazu mißbraucht, Handlungen zu begehen, die einen schweren Vertrauensbruch darstellen oder sonst das öffentliche Rechtsbewußtsein verletzen. Dies sind zum Theil Handlungen, die überhaupt nur eine beamtete Person begehen kann, z. B. Bestechung im passiven Sinne, oder die zwar auch von Anderen verübt werden können, z. B. Unterschlagung, aber wenn ein Beamter sie begangen, wegen des darin liegenden Treubruches doppelt schwer zu bestrafen sind, z. B. Unterschlagung amtlicher Gelder ꝛc. (§§ 331 bis 359 St. G. B.)

Das Strafgesetz bedroht den Polizeibeamten einmal wegen der Unterlassung einer Handlung, die er pflichtgemäß hätte vornehmen sollen (I.), und wegen des Begehens einer That, die er bei pflichtmäßigem Verhalten hätte unterlassen müssen (II.).

I. Unterlassung.

a) Unterlassung der Strafverfolgung. Unterläßt ein Polizeibeamter die Verfolgung einer zu seiner Kenntniß gelangten strafbaren Handlung, gleichgültig welcher Art, erstattet er also keine Strafanzeige, so wird er, falls diese Unterlassung in der Absicht geschehen ist, den Thäter der gesetzlichen Strafe zu entziehen, mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft. Der Polizeibeamte hat in jedem Falle Strafanzeige zu erstatten, mag er nun die That selbst mit angesehen oder mag ein Anderer sie ihm mitgetheilt haben.

Zum Thatbestand gehört aber stets die Absicht der Strafentziehung; nicht unter die Strafandrohung fällt daher der Fall, daß der Beamte eine Anzeige unterläßt und den Thäter nur „verwarnt". Nun muß zwar allgemein gesagt werden, daß es nicht Sache des Schutzmannes ist, zu entscheiden, ob im einzelnen Falle eine Bestrafung einzutreten habe, oder aber, ob eine Verwarnung ausreichend sei. Die Bestimmung hierüber hat an sich nur der mit der Polizeigewalt ausgestattete Beamte, also der Polizeiverwalter; gleichwohl aber ist die bisherige Gewohnheit durchaus gut zu heißen, daß bei unbedeutenden Uebertretungen in geeigneten Fällen der Beamte vorab eine „Verwarnung" ertheilt und erst bei Wiederholung der Uebertretung den Thäter zur Anzeige bringt. Denn es liegt in diesem Verfahren weniger

die Ertheilung einer eigentlichen, die Bestrafung ersetzenden „Verwarnung", als vielmehr eine Benachrichtigung, ein Aufmerksammachen auf die Geltung der betreffenden Polizeivorschrift, zumal doch angenommen werden muß, daß deren Vorhandensein vielen Leuten unbekannt ist, diese also bei der Uebertretung — was sie allerdings nicht straffrei macht — durchaus nach Treu und Glauben handeln. Deshalb ist an der bisherigen guten Sitte des höflichen, aber entschiedenen Hinweises auf die Existenz einer Polizeivorschrift durchaus festzuhalten. „Der Beamte ist der beste, der innerhalb seines Bezirkes zu gewöhnlichen Zeiten die geringste Zahl von Anzeigen zu erstatten braucht." Nichts macht einen schlechteren Eindruck als die „Denunziationswuth" der Unterbeamten.

30) Unterlassung der Anzeige aus anderen Gründen, z. B. aus Trägheit wird durch Disziplinarstrafen geahndet.

31) Eine für Jedermann bestehende Anzeigepflicht liegt in den Fällen vor, in denen Jemand von der beabsichtigten Ausführung eines Hochverraths, Landesverraths, Münzverbrechens, Mordes, Raubes, Menschenraubes oder eines gemeingefährlichen Verbrechens Kenntniß erhält, also von der künftigen Begehung einer Strafthat. Hier ist Jeder verpflichtet, um das Verbrechen zu vereiteln, der Behörde oder dem Bedrohten Mittheilung zu machen. (§ 139 St. G. B.)

II. Begehung.

b) Begünstigung oder Benachtheiligung des Angeschuldigten. Die gleiche Strafe trifft den Beamten, wenn er danach trachtet, Jemandem zur Freisprechung oder zu einer milderen Strafe zu verhelfen oder auch ihm eine härtere Strafe zu „verschaffen", als das Gesetz für den betreffenden Fall androht, und wenn er zu diesem Zwecke, ehe die Strafe festgesetzt ist, eine Handlung vornimmt, die zu dem erstrebten Ziele führen kann, z. B. Vernichtung von Beweismitteln oder Anfertigung eines falschen Strafauszuges ꝛc. Hierher würde z. B. gehören, wenn ein Beamter gegen einen Gastwirth eine Strafanzeige wegen Uebertretens der Polizeistunde erstattet und in dieser Anzeige wahrheitswidrig hervorhebt, der Betreffende sei wegen derartiger Uebertretung noch nicht bestraft, um dadurch zu erreichen, daß gegen ihn nur eine geringe Strafe (etwa 3 Mark) vom Bürgermeister festgesetzt werde, während sonst, wenn er der Wahrheit gemäß die zahlreichen Vorstrafen angegeben hätte, vielleicht 15 Mark festgesetzt worden wären.

Hat der Beamte seine Absicht durch Handeln vor der Straffestsetzung nicht erreichen können, dann würde zu demselben Ziele, nämlich zur Begünstigung des Angeschuldigten, führen, wenn er die ausgesprochene Strafe nicht derart vollstreckt, wie es angeordnet ist; sei es nun, daß er sie überhaupt nicht vollstreckt, oder sei es, daß er Jemanden, der eine Polizeistrafe von drei Tagen zu verbüßen hat, schon nach einem Tage wieder laufen läßt. Auch hierauf ruht Zuchthaus bis zu 5 Jahren.

c) Falsche Beurkundung. Ein Polizeibeamter, der in Angelegenheiten, die zur polizeilichen Zuständigkeit gehören, rechtlich be-

deutsame Thatsachen absichtlich falsch beurkundet, wird mit Gefängniß nicht unter einen Monat bis zu fünf Jahren bestraft, z. B. falsche Ausstellung eines Atteſtes oder Angabe eines unrichtigen Datums in einer Zustellungsurkunde. Eine „Beurkundung" ist auch die Feststellung der Erklärung eines Anderen oder der eigenen Wahrnehmung des Beamten zum Zwecke des Beweises,*) also Aufnahme eines Protokolls oder Erstattung eines Berichtes.

d) Nöthigung. Sucht der Polizeibeamte auf das Verhalten eines Menschen in der Art einzuwirken, daß er ihn zur Vornahme, Duldung oder Unterlassung einer Handlung widerrechtlich durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt oder durch Androhung einer solchen nöthigt, dann wird er mit Gefängniß bis zu 5 Jahren bestraft.

e) Bestechung. Derjenige Beamte, der Geschenke oder andere Vortheile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt, für eine in sein Amt einschlagende Handlung, die an und für sich nicht pflichtwidrig ist, daher — ohne die Geschenke 2c. — hätte ruhig vorgenommen werden können, wird wegen Bestechung mit Geldstrafe bis zu 300 Mark oder den Umständen nach auch mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft, z. B. hat diese Strafe derjenige Polizeibeamte zu erwarten, der eine Strafanzeige auf Ansuchen einer Person erstattet und sich für diese Erstattung der Anzeige in erwähnter Art beschenken läßt. (Passive Bestechung.)

ββ) Belohnungen, die von Privatpersonen ausgesetzt sind und mit besonderer Genehmigung der Behörde angenommen werden, sind selbstredend keine Bestechung.

Enthielt diese Handlung, für die Geschenke oder Vortheile angenommen, gefordert oder versprochen wurden, aber an sich schon eine Verletzung der Amtspflichten, z. B. Aufnahme eines Polizeigefangenen für die Nachtzeit in die Privatwohnung des Polizeigefängniß-Aufsehers, dann tritt Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren ein.

Derjenige, von dem die Bestechung ausgeht, der also die Geschenke 2c. giebt oder verspricht, wird nur bestraft, wenn die Handlung des Beamten eine Verletzung seiner Amtspflichten enthielt, und zwar mit Gefängniß bis zu 5 Jahren; handelte es sich dagegen um erlaubte Handlungen, bleibt er straffrei. (Aktive Bestechung.)

Eine andere Form, durch die Jemand einen Beamten zum Handeln veranlassen konnte, war die „Nöthigung zu Amtshandlungen"; vergl. darüber, sowie über den Unterschied zwischen dieser und der Bestechung: S. 38, Ziffer 5. b. 2 dieses Paragraphen.

f) Anderweitige Verbrechen und Vergehen im Amte. Wer als Beamter in Ausübung seines Amtes eine Körperverletzung begeht oder begehen läßt, eine Festnahme oder Zwangsgestellung unberechtigt vornimmt oder vornehmen läßt, die Dauer

*) Rüdorf, Strafgesetzbuch, S. 199.

einer Freiheitsentziehung verlängert, einen Hausfriedensbruch begeht, Zwangsmittel in einer Untersuchung anwendet oder anwenden läßt, um ein Geständniß oder eine Aussage zu erpressen, einen Gefangenen, dessen Beaufsichtigung, Begleitung oder Bewachung ihm anvertraut ist, vorsätzlich oder fahrlässig entweichen läßt oder das Entweichen sonst befördert, Gelder oder andere Sachen unterschlägt, die er in amtlicher Eigenschaft empfangen oder in Gewahrsam hat (z. B. Fundgegenstände, beschlagnahmte Sachen 2c.), und wer zu diesem Zwecke event. noch Bücher, Register (z. B. Fundliste, Asservatenliste) unrichtig führt, verfälscht oder unterdrückt (d. h. gänzlich verschwinden läßt), unzüchtige Handlungen vornimmt mit Personen, gegen die er eine Untersuchung zu führen hat oder die seiner Obhut anvertraut sind, wird je nach den Umständen mit schwerer Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe belegt; zugleich geht in zahlreichen Fällen die Befähigung zu fernerer Amtsbekleidung verloren, entweder auf immer oder nur vorübergehend auf 1 bis 5 Jahre.

10. Uniform und Bewaffnung. Die Uniform besteht aus: Rock, Hose und Mantel. Die Grundfarbe des Waffenrocks ist blau, für die Schutzleute mit gleichfarbigem Kragen, der von einer silbernen Tresse umgeben wird; für die Polizeisergeanten karmoisinrother Kragen. Die Knöpfe sind bei den Schutzleuten weiß, bei den Polizeisergeanten gelb. Im Sommer wird Drillichzeug getragen, bei den Königlichen Schutzmannschaften neuerdings auch die Litewka. Näheres würde hier, wo es sich um juristische Betrachtungen in populärer Form handelt, zu weit führen.

Als Waffe führen die Polizeibeamten den alten Infanteriesäbel an einem Unterschnallkoppel und auf besondere Anordnung auch Revolver.

Die Ausrüstungsstücke bekommt der Beamte stets geliefert, ebenso die Uniform, besonders in größeren Verwaltungen, die — wie die Truppe — eigene „Kammern" eingerichtet haben. Vielfach erhält er jedoch auch Kleidergeld, mit dem er dann die Ausgaben für Uniform 2c. zu bestreiten hat; in diesem Falle achte er jedoch scharf darauf, daß der Lieferant ihm die Sachen nach Vorschrift arbeitet, da deren Tragen ihm sonst untersagt wird.

Im Dienst ist stets der Helm zu tragen, ebenso bei Erscheinen vor Gericht: im Gerichtssaal ist der Helm aufzubehalten, wenn der Beamte in dienstlicher Eigenschaft vernommen wird; dagegen abzusetzen, wenn er als Privatpartei auftritt.

Auf der Straße hat der Beamte stets in Handschuhen zu erscheinen, möge er sich im Dienste befinden oder möge er spazieren gehen. —

Civilkleider dürfen im Dienst nur auf Befehl außer Dienst nur mit Erlaubniß getragen werden.

11. **Ende des Beamtenverhältnisses.** Das Dienstverhältniß des Polizeibeamten zum Staat, mag es nun ein unmittelbares sein (Königlicher Schutzmann) oder mag es durch Vermittelung des Magistrats hergestellt werden (Polizeisergeant), erlischt:

a) durch den Tod des Beamten,
b) durch Entlassung im Wege des Disziplinarverfahrens (S. 55, 8. b), bei Probisten und auf Kündigung angestellten Beamten ohne solches,
c) durch strafgerichtliche Verurtheilung zu bestimmten Strafen (S. 55, 8. b).
d) durch Pensionirung, die entweder von dem Beamten selbst beantragt oder von der vorgesetzten Behörde auch ohne solchen Antrag verfügt wird (vergl. S. 33, oben 4).

Der pensionirte Beamte führt den Titel: „Schutzmann a. D." bezw. „Polizeisergeant a. D."

§ 7. Der Exekutivdienst im Allgemeinen.

Dem Exekutivdienst sind dieselben Schranken gezogen, wie der polizeilichen Thätigkeit überhaupt: wo die „Polizei" zuständig ist, da kann auch der Exekutivbeamte einschreiten, und so vielfältig und verschiedenartig die allgemeine Polizeithätigkeit ist, so unendlich mannigfaltig ist auch der Exekutivdienst. Dieser läßt sich daher zwar nicht in einzelne Zweige auflösen, so daß diese nun zusammengenommen den ganzen Exekutivdienst ausmachten, wohl aber lassen sich einige Erscheinungsformen desselben erörtern, die besonders häufig sind und daher auch besondere Bedeutung für sich beanspruchen können.

A. Einzelzweige des Exekutivpolizeidienstes. Allgemein sei vorausgeschickt, daß es sich mit dem Wesen des Exekutivpolizeidienstes nicht vereinbaren lassen würde, wenn der Beamte stets erst auf einen Befehl warten wollte, ehe er einschritte: Mangel an Entschlossenheit und Thatkraft nach dieser Richtung hin würde ein Beweis gänzlicher Unfähigkeit des Beamten für den Exekutivdienst sein. Soweit er zuständig ist, entfalte der Beamte seine Thätigkeit bei jeder sich bietenden Gelegenheit, er erwarte nicht erst einen Antrieb durch den Vorgesetzten oder durch das Publikum. Auch scheinbar weniger bedeutsame Verhältnisse lasse er nicht aus dem Auge, z. B. lasse er sich bei jeder sich darbietenden Gelegenheit von umherziehenden Händlern den Wandergewerbeschein, von Geschäftsreisenden die Legitimationskarte vorzeigen, vergleiche das von einem Kolporteur zu führende Bücherregister mit dem thatsächlichen Befunde ꝛc.

1. **Der Revierdienst.** Jede Stadt wird für polizeiliche Zwecke in mehrere Bezirke (Reviere) zerlegt, die je einem Beamten speziell überwiesen werden. Diese Reviere bestehen in kleineren Verhältnissen aus ganzen Stadttheilen, in größeren Städten dagegen nur aus einer

oder mehreren Straßen, häufig auch nur aus einem Theil einer Straße, und haben einen bestimmten Beamten als ihren besonderen „Revierbeamten“. In größeren Städten sind die Bezirke dieser Revierbeamten dann wieder zusammengefaßt zu einzelnen „Polizeirevieren“, die einem Polizeioffizier unterstellt sind und bereits eine größere Selbständigkeit haben.

Der Dienst des „Revierbeamten“ läßt sich in seiner Vielseitigkeit mit dem Korporalschaftsdienst bei der Truppe vergleichen: der Beamte soll über die Verhältnisse seiner Revierbewohner möglichst genau orientirt sein, auf alle möglichen Ereignisse hat er zu achten und insonderheit streng darauf zu sehen, daß in seinem Revier sämmtliche Gesetze, Polizeiverordnungen ꝛc. befolgt werden. Unermüdlich sei er thätig: durch Hofrevisionen überzeuge er sich von der Beachtung gesundheitspolizeilicher Vorschriften, er überwache die vorschriftsmäßige An- und Abmeldung zu- oder abziehender Personen, kontrollire, ob sämmtliche gewerbliche Arbeiter in seinem Bezirk Arbeitsbücher, ob die Dienstmädchen Gesindedienstbücher haben ꝛc. Selbstverständlich ist, daß diese Dienstthätigkeit nicht in ungebührliche Belästigung der Einwohner ausarten darf.

So ist der Revierbeamte das eigentliche Auge der Polizei: er ist berufen, Alles zu beobachten, als Erster in allen Angelegenheiten einzuschreiten, die polizeiliches Vorgehen erfordern oder gestatten. (Vergl. S. 16, § 4.)

Besondere Beachtung hat der Revierbeamte folgenden Verhältnissen zuzuwenden:

Zustellungen von Verfügungen sind baldmöglichst zu bewirken; auf der Zustellungsurkunde ist das Datum genau anzugeben, da der Zeitpunkt der Zustellung von weittragender Bedeutung ist.

Berichte sollen alle aufgeworfenen Fragen erschöpfend behandeln;*) absichtlich falsche Berichterstattung wird nach Ziffer 9. c, § 6 (S. 58) bestraft, stets aber disziplinarisch geahndet. Insbesondere ist zu erörtern, wenn es sich handelt um:

1. Führungsatteste:

a) Allgemeine: ob der Antragsteller bestraft oder sonst etwas Nachtheiliges zur polizeilichen Kenntniß gelangt ist (Muster 3, Theil IV);

b) behufs Erlangung von Orden ꝛc.: ob der zu Dekorirende sich in besonderer Weise vor Anderen hervorgethan hat (Muster 3, Theil IV);

c) behufs Verleihung der Ehejubiläumsmedaille: ob die betreffenden Eheleute sich eines guten Rufes zu erfreuen haben und sich stets durch einen sittlich reinen, friedlichen und frommen Lebenswandel auszeichneten, sowie ob sie während ihres ehelichen Lebens durch musterhafte Führung und Bethätigung eines häuslichen und wirthschaftlichen

*) Näheres über Berichte, Anzeigen, Meldungen ꝛc. siehe Theil III und IV.

Sinnes sich dermaßen hervorgethan haben, daß sie der Gemeinde als Vorbild gelten können (Muster 3, Theil IV);

d) behufs Aufnahme in eine Hebeammen-Lehranstalt: ob die Bewerberin in gutem Rufe steht, insbesondere ob sie außerehelich geboren hat (Muster 3, Theil IV);

e) behufs Erlangung eines Wandergewerbescheins oder einer Legitimationskarte: ob Bedenken aus den §§ 57, 57a und b der Reichs-Gewerbe-Ordnung entgegenstehen;

f) behufs Ertheilung der Schankkonzession: ob gegen den Nachsuchenden Thatsachen vorliegen, welche den Verdacht begründet erscheinen lassen, daß er das Gewerbe zur Förderung der Völlerei (d. h. Ermöglichung bezw. Beförderung des übermäßigen Genusses geistiger Getränke), des verbotenen Spiels, der Hehlerei oder der Unsittlichkeit mißbrauchen werde;*)

g) behufs freiwilligen Eintritts beim Militär: wie lange der Betreffende noch durch Civilverhältnisse, besonders Lehr- oder Arbeitskontrakte, gebunden ist.

2. Armenatteste: wieviel Einkommen der Betreffende bezieht, was er an Geldkapital (auch ausstehende Forderungen!), beweglichem und unbeweglichem (Häuser, Grundstücke) Vermögen besitzt, wieviel Steuern er zahlt, wieviel Familienangehörige er ernährt.

3. Auswanderung: ob militärischerseits nicht Bedenken entgegenstehen oder aus sonstigen Gründen die Auswanderung verhindert werden kann. (Vergl. S. 2, § 1. Anm. 1.)

4. Zieh- oder Haltekinder: ob die betreffende Frauensperson nach ihren persönlichen Verhältnissen und nach der Beschaffenheit ihrer Wohnung zur Uebernahme einer solchen Pflege ohne Gefährdung des Kindes geeignet erscheint.

1) In den meisten Polizeibezirken ist zur entgeltlichen Uebernahme eines noch nicht sechsjährigen Kindes in Kost und Pflege die Genehmigung der Polizeibehörde erforderlich.

5. „Wilde Ehen" (Konkubinat): ob und bei wem das außereheliche Zusammenleben Anstoß und Aergerniß erregt hat oder ob zwischen den betreffenden Personen ein gesetzliches Ehehinderniß besteht.

2) An und für sich können natürlich Personen verschiedenen Geschlechts zusammenwohnen; mindestens hat die Polizei sich darum nicht zu kümmern. Wird aber die öffentliche Sittlichkeit gefährdet, dann ist nach § 4. B (S. 18) die Zuständigkeit polizeilichen Vorgehens begründet, ebenso wenn etwa Kuppelei vorliegen sollte. Die Leute werden dann gemäß § 4. C. Ziffer 2 (S. 20) getrennt; ebenso beim Vorliegen eines Ehehindernisses.

6. Ansteckende Krankheiten: ob in dem betreffenden Haushalte schulpflichtige Kinder sich befinden und welche Schule diese besuchen.

*) Ueber die an das Lokal zu stellenden Anforderungen siehe S. 124, § 13.

(Den Kindern ist sofort der weitere Schulbesuch zu untersagen; eventuell wird von der Behörde die Schule überhaupt geschlossen.)

7. Feuerversicherungen: ob der Versicherungsbetrag der einzelnen Gegenstände mit deren Werth übereinstimmt sowie ob diese Gegenstände nicht etwa bei einer anderen Gesellschaft schon versichert sind.

3) Ersteres ist erforderlich, sonst kann die Behörde den Betrag entsprechend herabsetzen; Letzteres ist verboten.

8. Auszahlung von Brandentschädigungsgeldern: ob die von der Versicherung festgestellte Summe dem wirklichen Schaden entspricht sowie ob nicht Verdacht besteht, daß der Versicherte selbst oder dessen Hausgenossen das Feuer verursacht haben.

4) Die Auszahlung eines zu hoch bemessenen Betrages wird von der Behörde untersagt; haben die oben bezeichneten Personen den Brand verursacht, wird überhaupt kein Ersatz geleistet.

Bei Zählungen sind die einzelnen Punkte, die dem beabsichtigten Zweck entsprechend aufgestellt werden, besonders zu berücksichtigen; es werden gewöhnlich besondere Zählkarten ausgegeben, die sorgfältig auszufüllen sind. Regelmäßige Zählungen werden vorgenommen über den Stand der Bevölkerung, über den Viehbestand (Wiederkäuer, Pferde 2c., Geflügel 2c.), über Brände, Selbstmorde, Geburten, Eheschließungen, Verbrechen 2c.

5) Die Zählkarten aus sämmtlichen Gemeinden werden dem Königlichen „Statistischen Büreau" bezw. dem Kaiserlichen „Statistischen Amte" zu Berlin eingereicht, das nun den wirklichen Bestand für den ganzen Staat feststellt. Solche Feststellungen sind nöthig, um ein Bild über die Volksvermehrung, den Wohlstand, Unglücksfälle, Verbrechen 2c. zu gewinnen.

Bei Personenstandsaufnahmen hat der Beamte die einzelnen Gesichtspunkte zu erwägen, die über Aufnahme oder Weglassen einer einzelnen Person für die aufzustellende Nachweisung maßgebend sind. Die Erfordernisse, von denen die Aufnahme abhängig ist, sind verschieden und werden eintretendenfalls besonders instruirt. Hierher gehören Wahllisten, Steuerlisten 2c.

6) Für diese Aufnahmen sind besondere Formulare in Gebrauch, die dann nur auszufüllen sind. Diese Aufnahmen gehen vielfach die Polizei eigentlich nichts an, werden jedoch den Exekutivbeamten übertragen, da es dem Magistrat meist an geeigneten Organen fehlt.

Todesfälle von hohen Würdenträgern, Inhabern von Orden 2c. sind zu melden.

2. Der Straßendienst ist namentlich im Interesse des öffentlichen Verkehrs, zu dessen Regelung und Aufrechterhaltung eingerichtet und wird von Posten oder Patrouillen (von letzteren namentlich während der Nacht) besorgt.

In der Hauptsache handelt es sich darum, die Beobachtung verkehrspolizeilicher Vorschriften zu sichern: rechts gehen und fahren, nicht

übertrieben schnell fahren, Beleuchtung von Wagen und Fahrrädern während der Dunkelheit, Namensschilder an Lastwagen, Verhinderung unbefugter Verkehrsstörungen (Aufstellung von Gerüsten, Aufnahme von Pflaster nur mit Genehmigung; bei Dunkelheit genügende Beleuchtung) ꝛc. ꝛc.

Namentlich für den Straßendienst wird Geistesgegenwart, Energie und nicht zuletzt — gründliche Dienstkenntniß, besonders auch über die Zwangsbefugnisse, verlangt. Näheres siehe S. 121, § 12. J.

Bemerkt sei noch, daß die schon aus § 10. II. 17 A. L. R. hervorgehende Zuständigkeit des einzelnen Exekutivbeamten, den Verkehr zu leiten, ausnahmslos noch besonders begründet wird durch die lokalen Polizeiverordnungen, die sämmtlich einen besonderen Paragraphen enthalten, der die Bürger verpflichtet, den in dieser Richtung erlassenen Anordnungen der Polizeibeamten unweigerlich Folge zu leisten.

3. Wachtdienst. Die Aussetzung der Posten und die Unterhaltung regelmäßiger Patrouillengänge geschieht von der Wache aus. Eine bestimmte Anzahl von Exekutivbeamten befindet sich stets im Dienst, entweder in Bereitschaft auf der Wache oder im Außendienst; auf der Wache halten sich auch die Ordonnanzen auf.

Die wachthabenden Beamten verhalten sich auf der Polizeiwache vorbehaltlich bestimmter Sondervorschriften (Wachtdienstordnungen) in derselben Weise, wie es auf militärischen Wachen vorgeschrieben ist; sie haben meist folgende Dienstverrichtungen zu besorgen:

Obdachlose für die Nacht aufzunehmen und in einer Zelle unterzubringen.

7) Jeder, der in der Zelle untergebracht wird, hat die Sachen, die er bei sich führt, abzulegen und dem Beamten in Verwahrung zu geben. Dieser trägt sie in eine Liste ein und giebt sie bei der Entlassung dem Besitzer gegen Quittung zurück.

Eingelieferte Gefangene nach Abnahme der mitgeführten Gegenstände, besonders des Messers ꝛc. und bei Befürchtung eines Selbstmordversuches der Hosenträger, Taschentücher, Strümpfe ꝛc., in Gewahrsam zu bringen. Daß diese Leute hierbei nicht zu mißhandeln sind, ist selbstverständlich.

Bei Ausbruch eines Feuers die in der betreffenden Stadt üblichen Maßregeln zu ergreifen zur Alarmirung der Feuerwehr, zur Benachrichtigung der Vorgesetzten ꝛc.

Im Uebrigen ist sowohl der Wachtdienst, als auch der oben unter 2 behandelte Straßendienst in den einzelnen Städten nach den vorhandenen Bedürfnissen dermaßen verschieden eingerichtet, daß eine weitere Behandlung dieser Zweige hier unmöglich ist, zumal keineswegs beabsichtigt wird, ein genaues Studium der für jede Stadt bestehenden besonderen Dienstvorschriften zu erübrigen. Dies wäre an sich schon undurchführbar, gerade im vorliegenden Falle aber nicht angängig, da hier in der

Hauptsache das Verständniß für die juristischen Grundlagen des Polizeidienstes geweckt werden soll und es jedem Einzelnen überlassen werden muß, sich hierauf weiter bauend auch mit seinen besonderen Dienstpflichten bekannt zu machen.

8) Einzelheiten, die durch Polizeiverordnungen ꝛc. geregelt sind, können in diesem Buche daher nicht erörtert werden; dasselbe würde sonst seine Brauchbarkeit für größere Kreise einbüßen. Nur andeutungsweise konnten Fragen erwähnter Art berührt werden.

4. Bahndienst. Die allgemeinen polizeilichen Aufgaben — Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit — auf Bahnhöfen zu erfüllen, ist Sache der zum „Bahndienst" kommandirten Exekutivbeamten. Diese Polizeibeamten sind selbstverständlich in keiner Hinsicht den Bahnbeamten unterstellt; sie haben dieselben natürlich auf ihr Ansuchen zu unterstützen, sofern der erbetene Dienst sich innerhalb polizeilicher Zuständigkeit hält. Andererseits hat der Polizeibeamte sich jeglichen Eingriffs in rein bahnpolizeiliche Angelegenheiten zu enthalten; jedoch ist der Bahnhofsvorsteher nicht befugt, falls es dennoch geschehen sollte, dem Beamten irgendwelche Hindernisse in den Weg zu legen; er hat sich lediglich auf eine Beschwerde über den Beamten zu beschränken.

5. Gerichtsdienst. Zur Unterstützung des Richters auf dem Gebiete der Sitzungspolizei werden zu den öffentlichen Gerichtssitzungen Polizeibeamte kommandirt. Dieselben haben sich bei dem vorsitzenden Richter zu melden und dessen Anordnungen Folge zu leisten.

6. Theaterdienst. Bei jeder Gelegenheit, wo Menschenansammlungen stattfinden, ist die Polizei nach § 10. II. 17 A. L. R. berufen, die nöthigen Anstalten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu treffen, mögen diese Ansammlungen nun auf öffentlichen Straßen oder Plätzen oder in öffentlichen Räumlichkeiten stattfinden. Die Polizei kann also bestimmte Anordnungen treffen, in welcher Weise diese Ansammlungen stattzufinden haben, wie lange sie dauern dürfen, wie die Zu- und Abgänge zu dem Versammlungsplatze einzurichten sind ꝛc. Diese allgemeine Befugniß der Polizeibehörden ist hinsichtlich der „Versammlungen" im engeren Sinne — S. 71 § 9 — erheblich eingeschränkt, wie später zu erörtern, bleibt jedoch voll erhalten gegenüber Vereinigungen von Menschen zu anderen Zwecken, z. B. im Theater, zu wissenschaftlichen Vorträgen, zu Wiesenfesten der Schulkinder ꝛc. Zur Wahrnehmung der polizeilichen Aufgabe bei solchen Gelegenheiten werden bestimmte Beamte kommandirt, die nun eben in jeder Hinsicht — genau so wie an anderen Orten — für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen haben.

Zu beachten ist, daß die Darstellung verstorbener Mitglieder des Königlichen Hauses nur mit Allerhöchster Genehmigung erfolgen darf.

Diese gilt jedoch als allgemein ertheilt, wenn das betr. Stück bereits auf Königlichen Bühnen (Opernhaus und Schauspielhaus in Berlin) aufgeführt worden ist.

7. **Transporte** erfolgen unter Beachtung gewisser Sicherheitsmaßregeln; je nach Lage der Sache wird der Transportat gefesselt und ist in jedem Falle scharf im Auge zu halten, damit er keine Gelegenheit zum Entweichen findet. Läßt der Beamte die erforderliche Sorgfalt außer Acht, dann wird er nach § 347 St. G. B. bestraft. Auf jeden Transport wird dem Beamten ein genaues Signalement des Transportaten mitgegeben; dieses hat er, falls trotz aller Sorgfalt dennoch ein Entspringen stattgefunden haben sollte, sofort den benachbarten Behörden (event. telegraphisch) mitzutheilen unter der Bitte, auf den Entwichenen fahnden zu lassen. Hinter einen Entwichenen kann auch die Polizeibehörde einen Steckbrief erlassen. (Vergl. S. 113, § 10. A. III.)

9) In vielen Fällen tritt an die Stelle des Transports die Reiseroute. Diese ist ein obrigkeitlicher Befehl, sich auf einem genau vorgeschriebenen Wege an einen bestimmten Ort zu begeben und sich nach Ankunft daselbst sofort bei der dortigen Behörde zu melden, ebenso an allen anderen Orten, wo übernachtet wird. Hierin ist die Kontrolle gegeben: wer vom Wege abgewichen ist, wird festgenommen und nun transportirt, außerdem bestraft.

B. Benehmen gegen das Publikum und das Militär.

Der Beamte trete dem Publikum freundlich und entgegenkommend gegenüber; das Wort „Schutzmann" bezeichnet am besten das Verhältniß zwischen beiden: zum „Schutze" des Publikums, nicht zum Chikaniren und Nörgeln ist der Beamte da. Freilich läßt sich dieser Schutz Aller nur erreichen, wenn gegen einzelne Störer des öffentlichen Friedens mit aller Energie vorgegangen wird. Gegen solche ist zunächst höfliche, aber energische Ermahnung am Platze; wenn das nicht fruchtet, werden die Ruhestörer, soweit zulässig, in polizeiliche Verwahrung genommen. Daß der Beamte gerecht sein soll, stets im Sinne und im Rahmen der Gesetze vorzugehen hat, und zwar gegen Alle gleichmäßig, ohne Ansehen der Person, bedarf als selbstverständlich keiner weiteren Erwähnung. Hervorgehoben sei nur nochmals, daß der Beamte den besonderen Rechtsschutz nur so lange genießt, als er sein Amt rechtmäßig ausübt, daß er aber bei gesetzwidrigem Verhalten dieses Schutzes nicht nur verlustig geht, sondern auch den Umständen nach schwere Freiheitsstrafen, auf jeden Fall aber Disziplinarstrafe zu gewärtigen hat.

Dem Militär gegenüber hat sich die Polizei nach Möglichkeit der Festnahme zu enthalten; selbstverständlich sind auch Militärpersonen zur Strafanzeige zu bringen, wenn sie den Vorschriften der Gesetze oder Polizeiverordnungen zuwider handeln. Die Militärpersonen sind verpflichtet, dem Beamten Namen und Truppentheil anzugeben;*) weigern

*) Die Möglichkeit der Ermittelung des Thäters, falls die gemachte Angabe unrichtig sein sollte, sichert der Beamte durch Notirung der Seitengewehrnummer.

sie sich dessen oder treiben sie, ungeachtet der Ermahnung des Beamten, fortgesetzt Unfug, dann werden sie ebenso gut festgenommen, wie jeder Andere. Jedoch hat die Festnahme, wenn möglich, durch eine Militärwache oder auch durch einen Vorgesetzten zu erfolgen; der Festgenommene wird einer Militärwache zugeführt — ist eine solche nicht am Orte, natürlich in Polizeigewahrsam gebracht.

Militärpersonen im Dienst und geschlossene Abtheilungen sind nur aufmerksam zu machen beim Uebertreten gesetzlicher Anordnungen; hier hat der Beamte keine Zwangsgewalt, natürlich aber bei seiner Behörde Anzeige zu erstatten, und zwar auch für den wohl in der Regel eintretenden Fall, daß seiner Aufforderung nachgekommen wird.

10) Diese Anzeige hat den Zweck, daß sich die Behörde mit der Kommandantur bezw. dem Garnisonältesten in Verbindung setzt, um künftige Uebertretungen ähnlicher Art überhaupt zu vermeiden.

Soll ein Einschreiten in Kasernen stattfinden, haben sich die Beamten vorher an den Offizier vom Kasernendienst zu wenden.

Offiziere dürfen nur festgenommen werden, wenn sie ein Verbrechen begehen und dabei betroffen werden, sonst unter keinen Umständen. Bei Verfehlungen gegen gesetzliche Vorschriften sind sie lediglich auf diese aufmerksam zu machen und um Namen und Truppentheil zu bitten. Verweigert der Offizier diese Angabe, was wohl nie vorkommen wird, dann steht der Beamte dem zwar zunächst machtlos gegenüber, er wird jedoch in den meisten Fällen den Namen auch in anderer Weise feststellen (Nachgehen, durch einen anderen Offizier 2c.), event. auch das Regiment ermitteln können, so daß später dennoch Bestrafung erfolgen kann.

Militärpersonen in Civil sind so lange als Civilisten zu behandeln, bis sie sich als im aktiven Dienst befindlich ausgewiesen haben.

Uebrigens sei noch bemerkt, daß Militärpersonen verpflichtet sind, einem in Noth befindlichen Beamten auf dessen Ansuchen Unterstützung zu gewähren; wie überhaupt zur Hülfeleistung bei Unglücksfällen, gemeiner Gefahr oder Noth auf Aufforderung der Polizei Jedermann verpflichtet ist, sofern er das ohne erhebliche eigene Gefahr thun kann. § 360, 10 St. G. B.

§ 8. Rückblick und Ueberleitung zu Theil II.

Nach Erörterung der „allgemeinen Vorkenntnisse" ist in die Betrachtung der Einzelzweige polizeilicher Thätigkeit einzutreten.

Beim Schluß dieses ersten Theiles kann nicht unterlassen werden, nochmals auf seine ganz außerordentliche Bedeutung aufmerksam zu machen: der Beamte, der über seine allgemeinen Dienstverhältnisse nicht unterrichtet ist, der nicht weiß, wozu er da ist, welche Stellung er im Staate einnimmt, welche Rechte und Pflichten

er hat, der ist nimmermehr befähigt, auf den Einzelgebieten eine fruchtbringende Thätigkeit zu entfalten. Die „allgemeinen Vorkenntnisse" sind gleichsam die Grundlage, auf der der ganze übrige Dienst aufgebaut wird. Deshalb sei der erste Theil, der aus diesen Erwägungen möglichst erschöpfend dargestellt ist, besonders sorgfältiger Durcharbeitung empfohlen!

Eine gänzliche Auflösung der Polizeithätigkeit ist, wie des Oefteren hervorgehoben, nicht möglich; so vielseitig das öffentliche Leben, zu dessen Schutz die Polizei berufen ist, sich darstellt, in so mannigfaltigen Erscheinungen es sich uns täglich zeigt, so umfangreich ist auch die Thätigkeit der Polizei, die allen diesen Verhältnissen gerecht werden soll.

Die nachfolgende Auftheilung erfolgt daher ausschließlich zu Lehrzwecken; sie geht davon aus, daß die Polizei berufen ist, Sicherheit und Ordnung zu erhalten. Der Staat schützt zunächst seinen eigenen Bestand (Staatssicherheitspolizei, § 9), dann die Sicherheit seiner Unterthanen (Einzelsicherheitspolizei, § 10) in den verschiedensten Richtungen und durch die verschiedensten Vorbeugungsmaßregeln. So ergeben sich die Abtheilungen der Unfall- (§ 11), der Ordnungs- (§ 12), der Bau- (§ 13), der Gesundheits- (§ 14), der Veterinär- (§ 15), der Armen- (§ 16), der Gewerbe- (§ 17), der Versicherungs- (§ 18), der Markt- (§ 19), der Maß- und Gewichts- (§ 20), der Landwirthschafts- (§ 21), der Jagd- und Fischerei- (§ 22) und endlich der Wegepolizei (§ 23).*)

War der I. Theil wegen seiner grundlegenden Bedeutung besonders eingehend zu behandeln, so wird im Theil II die Betrachtung auf die Darstellung des geltenden Rechts und auf die Klarlegung des Zusammenhanges der polizeilichen Obliegenheiten mit denen der allgemeinen Staatsthätigkeit sich beschränken lassen. **Gerade das Bewußtsein dieses Zusammenhanges aber ist in dem Exekutivbeamten besonders rege zu erhalten, damit er sich stets als Glied eines großen Ganzen fühle, damit er sich des Zweckes und des Grundes seiner Thätigkeit bewußt werde, damit er als denkender Mensch und nicht als Maschine seinen Dienst versehe.**

*) Die im folgenden Theile gebrauchten Bezeichnungen sind allgemein üblich; die Eintheilung schließt sich im Großen und Ganzen der von Hue de Grais aufgestellten an („Handbuch der Verfassung und Verwaltung").

II. Die Einzelgebiete polizeilicher Thätigkeit.

§ 9. Staatssicherheitspolizei.

Der Staat schützt sich in seinem eigenen Bestande, indem er Angriffe, die gegen ihn gerichtet sind und die seine Fortdauer gefährden könnten, mit harter Strafe belegt. Dieser strafrechtliche Schutz reicht offenbar nicht aus; der Staat muß auch Ereignissen vorbeugen, die ihm unangenehm werden könnten. Einzelne Personen können schlechterdings gegen den Staat kaum etwas Nennenswerthes ausrichten, wohl aber kann das durch Vereinigung mehrerer Personen geschehen, mögen diese sich nun in dauernder Verbindung befinden (Vereine) oder sich nur zu diesem einen Zwecke zusammengefunden haben (Versammlung); auch dasjenige Organ, das täglich mit einer großen Anzahl von Personen verkehrt, das großen Einfluß auf deren Sinnen und Denken hat, wird leicht zur Gefahr für den Staat (Presse). —

A. Strafrechtsschutz. Schwere Strafandrohungen sollen jeden Einzelnen abhalten, sich gegen staatliche Einrichtungen zu vergehen. —

1. Hochverrath und Landesverrath. Wer das Staatsoberhaupt, den König, vernichten will und ihn zu diesem Zweck ermordet oder diesen Mord auch nur versucht, ist ein Hochverräther und wird mit dem Tode bestraft; hat er das Leben selbst schonen wollen und nur versucht, den König von der Regierung zu entfernen, also die bestehende Verfassung zu beseitigen, dann trifft ihn lebenslängliche Zuchthausstrafe.

Auch derjenige, der zu solchen Handlungen öffentlich aufgefordert hat, insonderheit durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag von Schriften, wird bestraft: er wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren belegt.

Erstreckt sich die verrätherische Handlung gegen das ganze Land, indem Jemand in einem Kriege gegen das Deutsche Reich bei der feindlichen Macht Dienste nimmt oder überhaupt (z. B. durch Verrath militärischer Pläne) einer auswärtigen Macht sein Vaterland überantwortet, dann wird sie als Landesverrath mit schwerer Zuchthausstrafe gesühnt. (§§ 80 bis 93 St. G. B.)

Um derartigen Verbrechen nach Möglichkeit vorzubeugen, wird schlechtweg die Aufnahme oder Veröffentlichung von Rissen über Festungen oder einzelne Festungswerke verboten, gleichgültig, zu welchem Zweck die Aufnahme oder Veröffentlichung vorgenommen wurde. (§ 360, 1 St. G. B.)

2. Beleidigung des Landesherrn und des Kaisers wird als Angriff gegen die Ehre und das öffentliche Ansehen des Staatshauptes schwerer bestraft als im Allgemeinen, erfordert sonst jedoch den gleichen Thatbestand (S. 104, § 10. A. II. 2); eine Thätlichkeit gegen den König ist mit lebenslänglichem Zuchthaus zu büßen. (§§ 94 bis 97 St. G. B.)

3. Widerstand gegen die Staatsgewalt durch öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen staatliche Anordnungen, durch Widersetzen gegen Beamte, durch Aufruhr (d. i. vereinter Widerstand durch öffentliche Zusammenrottung), durch Auflauf (d. i. Zusammenbleiben einer auf öffentlichem Platze versammelten Menschenmenge im Ungehorsam gegen eine dreimalige Aufforderung des Beamten, sich zu entfernen) und endlich die gewaltsame Gefangenenbefreiung sind mit schwerer Strafe bedroht. Vergl. S. 35, § 6. C. 5. b (§§ 110 bis 122 St. G. B.)

B. Vorbeugende Maßregeln treffen die Vereine und Versammlungen sowie die Presse.

1. Das Vereins- und Versammlungswesen ist namentlich in Deutschland sehr entwickelt.

Eine Versammlung ist eine Zusammenkunft mehrerer Personen zur Verhandlung über eine gemeinsame Angelegenheit, so daß Personenvereinigungen im Theater, bei wissenschaftlichen Vorträgen, kurz bei allen Gelegenheiten, wo nicht verhandelt wird, keine „Versammlung" bilden. Ein Verein ist dagegen ein dauerndes Verhältniß zwischen mehreren Menschen, die sich eine bestimmte Verfassung geben, insonderheit einen Vorstand wählen, und gemeinsame Zwecke verfolgen. Treten die Mitglieder des Vereins zur Sitzung zusammen, dann bilden auch sie eine „Versammlung", vorausgesetzt, daß eben verhandelt werden soll, so daß Vereinsvergnügen keine Versammlungen sind. Es giebt also „Versammlungen" von Vereinen und von anderen Personen, die nicht zu einem Verein verbunden sind.

Grundsätzlich haben die Unterthanen das Recht, sich unbewaffnet zu versammeln und untereinander dauernde Verbindungen herzustellen, d. h. Vereine zu gründen, ohne daß eine behördliche Erlaubniß erforderlich wäre.

a) Versammlung. Die Befugniß, sich ohne Weiteres zu versammeln, wird durchbrochen durch die Bestimmung, daß Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen — aber auch nur diese — mindestens 24 Stunden vor ihrem Beginn bei der Polizei anzumelden sind, was diese schriftlich zu bestätigen hat; zu genehmigen hat die Polizei die Abhaltung dieser Versammlung nicht, sie kann die Zusammenkunft in keiner Weise verhindern, mag sie ihr auch noch so unangenehm sein.

1) Nur Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten berathen werden, können dem Staate gefährlich werden; handelt es sich dagegen etwa nur darum, wie z. B. Arbeiter ihren Arbeitgeber zu seinem 70. Geburtstage ehren wollen, dann ist das dem Staate ziemlich gleichgültig.

Wer die Versammlung zusammenruft, ob ein besonderer „Einberufer“ oder ein Verein, ist gleichgültig: im letzten Falle ist es auch ohne Bedeutung, ob der Verein die Theilnahme auf seine Mitglieder beschränkt oder ob er noch andere Personen zuläßt: entscheidend für die Pflicht zur Anmeldung ist allein der Stoff, der behandelt werden soll.

Wird dagegen beabsichtigt, eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten, wozu auch öffentliche Aufzüge, nicht aber gewöhnliche Leichenbegängnisse (ohne Musik!), Festzüge von Hochzeitsgästen und kirchliche Wallfahrten, soweit sie herkömmlich sind, gehören, dann bedarf es polizeilicher Genehmigung, die 48 Stunden vorher einzuholen ist, gleichgültig, ob private oder öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen: entscheidend ist allein, daß die Versammlung nicht in einem geschlossenen Raume stattfindet und daß die Theilnahme an derselben nicht auf einen ganz bestimmten Personenkreis beschränkt ist.

2) Leichenbegängnisse, Wallfahrten 2c. haben wiederum einen ganz bestimmten Zweck, der den Staat nicht gefährden kann; diese Leichenbegängnisse 2c. bedürfen also weder der Genehmigung noch der Anmeldung, wohl aber sind andere öffentliche Aufzüge zu genehmigen, z. B. Beerdigung eines verstorbenen Feuerwehrmannes durch die Wehr unter Musikbegleitung. Nur die Kriegervereine bedürfen zu ihren Leichenparaden keiner Genehmigung.

Versammlungen, die der Anmeldung („öffentliche Angelegenheiten“) oder der Genehmigung („freier Himmel“) bedürfen, kann die Polizeibehörde durch einen oder zwei Beamte oder auch durch zwei andere Personen, die dann aber als Vertreter der Polizei besonders kenntlich sein müssen (z. B. Hinzuziehung eines der polnischen Sprache mächtigen Lehrers), überwachen lassen. Selbstverständlich kann die Polizei außerhalb des Versammlungsraumes eine beliebige Anzahl von Beamten postiren, um im Falle der Noth, z. B. bei einem Tumult in der Versammlung, über eine genügende Stärke verfügen zu können.

3) Oeffentliche Versammlungen und solche, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, sind nicht gleichbedeutende Begriffe: einmal kann sich eine Versammlung, zu der Jeder Zutritt hat, auch mit Privatangelegenheiten beschäftigen (z. B. der Hühnerzucht), dann aber können auch öffentliche Fragen in geschlossenen Kreisen, besonders in Vereinen, erörtert werden.

Die Beamten haben über die Versammlung Bericht zu erstatten*) (Muster 4, Theil IV) und sind befugt, dieselbe aufzulösen:

1. wenn die Bescheinigung über die Anmeldung bezw. Genehmigung nicht vorgelegt werden kann;

*) Ueber die Person des Redners hat ihnen der Vorsitzende der Versammlung Auskunft zu geben; bei Weigerung wird er bestraft, die Versammlung kann jedoch deshalb nicht aufgelöst werden.

2. wenn die Versammlung später als eine Stunde nach der angemeldeten Zeit beginnt;

3. wenn eine Versammlung die Verhandlungen unterbrochen hat und diese wieder aufnehmen will, nachdem mehr als eine Stunde verflossen ist;

4) Im Falle 2 und 3 sieht man die Versammlung als eine andere an wie die angemeldete, daher die Auflösung.

4. wenn in der Versammlung eine fremde Sprache gebraucht wird, jedoch nur sofern dies erkenntlich in der Absicht geschieht, dem Beamten die Ueberwachung unmöglich zu machen. Es ist aber zu beachten, daß die fremde Sprache in erster Linie gebraucht werden muß, um die Ueberwachung zu vereiteln. Diese Absicht wird aber noch nicht dadurch erwiesen, daß die Versammelten die deutsche Sprache genügend beherrschen und auch wissen, daß die Abgeordneten der Polizei der fremden Sprache nicht mächtig sind; denn die fremde Sprache kann auch aus Vorliebe für diese oder darum, weil sie den Betheiligten geläufiger ist, gebraucht werden. Es müssen also besondere Umstände die Annahme der erörterten Voraussetzung rechtfertigen;

5. wenn Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten (auch zur Uebertretung von Polizeiverordnungen; denn das Ansehen der öffentlichen Gewalt wird auch hierdurch untergraben). Es handelt sich wohlverstanden nicht um eine Begehung von Strafthaten, sondern um eine Erörterung, eine Besprechung, eine Unterhaltung über zur Debatte gebrachte Anträge oder Vorschläge, die darauf hinauslaufen, zur künftigen Begehung von Strafthaten entweder unmittelbar aufzufordern oder auch versteckt anzureizen. Nur bei Erörterungen solchen Inhalts ist Auflösung zulässig, eben um zu vermeiden, daß die Anträge und Vorschläge zur Annahme gelangen oder daß sich sonst Jemand bestimmen läßt, die geplante Strafthat künftighin zu begehen, so daß also die Auflösung eine Maßregel durchaus vorbeugender Natur ist. Wegen Strafthaten, die in der Versammlung selbst begangen werden bezw. begangen worden sind, z. B. eine Majestätsbeleidigung, Erregung eines öffentlichen Aergernisses durch unzüchtige Handlungen ꝛc., darf der Beamte die Versammlung nicht auflösen, vielmehr hat er sich darauf zu beschränken, allein gegen die Thäter, zu denen event. auch (z. B. im Falle der Majestätsbeleidigung) der jeweilige Redner gehören kann, vorzugehen, diese also zur Anzeige zu bringen bezw. auch — falls die erforderlichen Voraussetzungen dazu vorliegen — aus der Versammlung heraus „vorläufig festzunehmen". Ebenso könnte Jemand, der fortgesetzt Unfug verübt oder von dem nach den Umständen mit Bestimmtheit die Begehung einer Strafthat, z. B. Vornahme einer unzüchtigen Handlung, zu erwarten ist, in polizeiliche Verwahrung genommen werden, um ihm eben die Ausführung

seiner Absicht von vornherein unmöglich zu machen und dadurch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die in diesem Falle durch ein eventuelles künftiges gesetzwidriges Verhalten einer Person gefährdet sein würde, zu sichern. Alle diese Maßnahmen haben sich, wie gesagt, gegen die einzelnen Personen in der Versammlung zu richten, gegen diese selbst kann nur beim Vorhandensein der oben erörterten Voraussetzungen vorgegangen werden.

6. wenn Bewaffnete in der Versammlung erscheinen, die auf Aufforderung der Beamten nicht entfernt werden.

5) Das Versammlungsrecht der Unterthanen besteht nur für friedliche Vereinigungen ohne Waffen.

Andere Gründe der Auflösung stellt das Vereinsgesetz nicht auf;*) jedoch ergiebt sich aus der allgemeinen polizeilichen Zuständigkeit (§ 10. II. 17 A. L. R.) die Pflicht, in Fällen, in denen den Versammelten Gefahr droht, z. B. durch Feuer, Einsturz sowie im Falle des Tumultes, oder bei anderweiter erheblicher Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung oder Sicherheit die Versammlung gleichfalls aufzulösen, sofern die Betheiligten es nicht allein vorziehen sollten, ihre Haut in Sicherheit zu bringen. Zweckmäßig muß es jedoch im ersteren Falle erscheinen, zunächst dem Leiter der Versammlung von der drohenden Gefahr Mittheilung zu machen, damit dieser die Versammlung in geschäftsmäßiger Weise schließe. So wird vor Allem die Beunruhigung vermieden, die jedes polizeiliche Einschreiten, namentlich aber eine Auflösung von Versammlungen mit sich bringt.

6) Danach ist der überwachende Polizeibeamte auch befugt, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, bei Saalüberfüllungen neu Hinzukommenden den Zutritt zu versagen.

Mit der Aussprechung der Auflösung verliert die Versammlung ihren Charakter als solche; dem Beamten befindet sich jetzt nur noch eine Menschenansammlung gegenüber, die wie jede andere, wenngleich nicht nothwendigerweise, so doch sehr zweckmäßig dreimal zum Auseinandergehen aufzufordern, dann aber mit Unterstützung der außen postirten Polizeibeamten und erforderlichenfalls mit der Waffe auseinanderzutreiben ist. (Vergl. S. 50, § 6. C. 6. e.)

7) Selbstverständlich hat der Beamte so lange im Saale zu bleiben, bis auch wirklich Alle sich entfernt haben.

Zurückblickend sei kurz zusammengefaßt: es giebt geschlossene Versammlungen, d. h. Zusammentritt eines Vereins, und öffentliche; Anmeldung in beiden Fällen nur bei Besprechung öffentlicher Fragen; Genehmigung, wenn unter freiem Himmel (Aufzüge); Ueberwachung, wo Anmeldung oder Genehmigung erforderlich. (Verordnung vom 11. März 1850.)

---

*) Ueber die Auflösung von Versammlungen politischer Vereine vergl. noch S. 75, b.

8) Für die Beachtung dieser Vorschriften verantwortlich und daher event. anzuzeigen sind:

1. betreffs der Anmeldung: Einberufer, Saalbesitzer, Vorsteher, Ordner und Leiter der Versammlung und jeder Redner;

2. betreffs der Auflösung: jede Person, die sich nach ausgesprochener Auflösung nicht sofort entfernt. Alle diejenigen, die zögern, den Saal zu verlassen, werden daher, sofern sie zur Strafanzeige gebracht werden sollen, zunächst notirt, sodann erfolgt, wie oben besprochen, nach dreimaliger Aufforderung die zwangsweise Vertreibung.

b) Vereine können zu den verschiedensten Zwecken gebildet werden; Bildungs-, Gesellschafts-, Turn-, Kegel- 2c. Vereine entstehen täglich, sie können als Mitglieder Männlein und Weiblein, Knaben und Mädchen, Beamte, Kaufleute, Arbeiter 2c. aufnehmen, sie können sich versammeln, so oft sie wollen, und in geschlossenen Räumen (Vereinszimmer) auch, solange sie es für gut befinden, können reden, tanzen, musiziren 2c. 2c., ohne daß sie allein deswegen mit der Behörde in Verbindung zu treten hätten.

9) Wird durch die Belustigungen des Vereins jedoch die Ruhe, insbesondere die Nachtruhe gestört, dann schreitet die Polizei natürlich ein. (Vergl. S. 18, § 4. B.)

10) Für geschlossene Räume, in denen eine geschlossene Gesellschaft verweilt, giebt es naturgemäß keine Polizeistunde; jedoch haben die Polizeibeamten bei Verdacht, daß nur eine Umgehung der Polizeistunde vorliege, festzustellen — jedoch zunächst ohne direktes Eindringen — ob die in dem geschlossenen Raume sich aufhaltende Gesellschaft thatsächlich eine „geschlossene" ist.

11) Für Tanzlustbarkeiten ist in fast allen Städten eine „Lustbarkeitssteuer" zu zahlen — eine Abgabe, durch die die Stadt meist jedoch nur eine verhältnißmäßig unerhebliche Einnahme erzielt. Zur Zahlung dieser Steuer, die auch von Vereinen zu entrichten ist, haben sich die Veranstalter mit dem Magistrat in Verbindung zu setzen, daher ihre Vergnügen 2c. diesem anzumelden. Ein polizeiliches Einschreiten im Interesse der Tanzsteuer, besonders die Verhinderung eines Tanzvergnügens wegen Nichtzahlung derselben, geht über die Grenzen polizeilicher Zuständigkeit hinaus, ist daher rechtswidrig: der betr. Beamte würde z. B. dem Wirth allen Schaden zu ersetzen haben, der ihm durch diese Maßregel entstanden ist (nicht verkaufte Speisen und Getränke 2c.). Wenn auch vereinzelt der Magistrat die Erhebung der Steuer durch seine Polizeibeamten vornehmen läßt, was rechtlich zwar zulässig, keineswegs aber wünschenswerth ist, so haben diese Beamten eben besonders zu bedenken, daß sie dann als Gemeindebeamte, aber nicht als Polizeibeamte handeln, also auch hierbei keine polizeilichen Zwangsmaßregeln anwenden dürfen. Steuerangelegenheiten gehen eben die Polizei absolut nichts an. Daher war es eine grobe Rechtsverletzung, als vor einigen Jahren der Beigeordnete in St. drohte, einen Hausball polizeilich auflösen zu lassen, weil der Veranstalter desselben sich — durchaus zu Recht — weigerte, eine Tanzsteuer zu zahlen.

Nur solche Vereine, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind verpflichtet, Statuten und Mitgliederverzeichniß, sowie jede Aenderung derselben binnen drei Tagen nach der Gründung bezw. der Abänderung der Polizei einzureichen; verantwortlich hierfür ist der Vorsteher. Zu ihren Versammlungen bedürfen diese Vereine einer Anmeldung bei der Polizei; ihre Versammlungen können überwacht werden. — Steht Tag und Stunde der

Versammlungen statutarisch ein für allemal fest, dann genügt diese einmalige Anzeige.

12) Andere Vereine sind zu keinerlei Benachrichtigung der Behörde verpflichtet. Im Allgemeinen pflegen jedoch die Vereine ihre Gründung, ihr Vereinslokal und ihre Vereinsabende mitzutheilen, besonders um wegen des Verweilens in dem betreffenden Lokale über die Polizeistunde hinaus keine Weitläufigkeiten zu haben. Verpflichtet sind sie jedoch hierzu nicht. (Vergl. S. 75, Anm. 10.)

Diejenigen dieser Vereine, welche die Erörterung dieser „öffentlichen Angelegenheiten" auch auf die Besprechung von Gegenständen ausdehnen, die mit dem Staatsleben an sich in Beziehung stehen, heißen „politische Vereine" und sind hinsichtlich der Aufnahme von Mitgliedern dadurch beschränkt, daß Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge, gleichgültig wie alt sie sein mögen, nicht aufgenommen werden dürfen. Solche Personen sind dann auch weiterhin nicht befugt, den Versammlungen politischer Vereine beizuwohnen. Finden sie sich dennoch ein, dann hat der überwachende Beamte ihre Entfernung zu veranlassen und, wenn dieser Aufforderung nicht stattgegeben wird, die Versammlung aufzulösen. Dieses Verbot der Betheiligung von Frauen 2c. besteht aber nur für Vereinsversammlungen, nicht schlechtweg für öffentliche Versammlungen, in denen politische Dinge erörtert werden.

13) Oeffentliche und politische Angelegenheiten bedeuten nicht dasselbe; der Begriff des Politischen erfordert irgend eine Beziehung auf den Staat, auf seinen Bestand, seine Regierung, Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung 2c. 2c. Dagegen gehören auch Fragen zu den öffentlichen, die mit dem Staat absolut nichts zu thun haben, z. B. eine Weihnachtsbescherung armer Kinder. Es behandeln daher zwar politische Vereine stets öffentliche Fragen, umgekehrt aber ist ein Verein, der letztere erörtert, noch kein politischer. Für politische Vereine bestand bis zum Dezember v. Js. das sog. Verbindungsverbot, d. h. sie durften nicht miteinander in dauernden Verkehr treten.

Auch hier zurückblickend, stellen wir fest: Vereinsbildungen an sich frei; bei Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten: Statuten- und Mitgliederverzeichniß an Polizei, Versammlungen anmeldepflichtig; von den öffentlichen wiederum politische Vereine: keine Frauen, Schüler und Lehrlinge. (Vereinsgesetz vom 11. März 1850.)

2. Die Presse wird heute nicht mehr dadurch beaufsichtigt, daß ihre Erzeugnisse (Zeitungen 2c.) vor ihrer Verbreitung geprüft werden, ob sie nicht staatsgefährlichen Inhalts sind, sondern man läßt sie frei vorgehen, bestraft sie aber, sobald sie eine verbotene Handlung begeht (besonders Aufforderung zum Ungehorsam gegen den Staat, Majestätsbeleidigung 2c.). Um diese Bestrafung zu ermöglichen, vor Allem um den Thäter ermitteln zu können, hat jedes Druckerzeugniß*) den Namen des Druckers anzugeben (z. B. auch ein Konzertprogramm); soll die Druckschrift jedoch durch den Buchhandel

*) Ausgenommen sind nur, Visitenkarten, Geburtsanzeigen, Neujahrsgratulationen und ähnliche Sachen, sowie Stimmzettel, welche nur die Bezeichnung der zu wählenden Person enthalten, u. dergl.

oder sonst wie verbreitet werden (also Bücher, Flugschriften 2c.), dann ist außerdem noch der Name des Verlegers anzugeben, d. h. der Person, die den Hauptvertrieb besorgt; wenn eine Druckschrift („Zeitung" 2c.) in monatlichen oder kürzeren Fristen erscheint („periodische Druckschrift"), ist auch derjenige namhaft zu machen, der die Verantwortung für den Inhalt trägt (Verantwortlicher Redakteur); von diesen periodischen Druckschriften ist ferner, sobald die Austheilung beginnt, ein „Pflichtexemplar" der Polizei einzureichen, damit diese, falls der Inhalt strafbar sein sollte, die weitere Verbreitung durch Beschlagnahme möglichst verhindern kann.

Wer gegen diese Vorschriften, auf deren Befolgung in erster Linie die Polizeibeamten zu achten haben, verstößt, ist zur Strafanzeige zu bringen; außerdem hat der Beamte ohne Weiteres sämmtliche Druckschriften, die nicht mit diesen Angaben versehen sind, zu beschlagnahmen, soweit er ihrer habhaft werden kann — jedoch nur an solchen Orten, wo sie sich zum Zwecke der Verbreitung befinden, also z. B. in Gastwirthschaften, nicht aber in Privatwohnungen. Von der Beschlagnahme ist dem Vorgesetzten **sofort** Meldung zu machen, wenn sie nicht schon auf Befehl erfolgt sein sollte; denn die Polizei hat die Sache binnen 12 Stunden der Staatsanwaltschaft einzureichen.

Die Presse untersteht natürlich wie jede andere menschliche Einrichtung den Gesetzen des Staates, und der verantwortliche Redakteur, event. auch der Verfasser und der Drucker werden bestraft, wenn durch die Presse Handlungen begangen werden, die von den Gesetzen verboten sind, z. B. Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen. Neben den allgemeinen Strafgesetzen ist jedoch zu beachten, daß auch mit Strafe bedroht sind:

a) falsche Angaben über Name, Wohnort 2c. des Druckers, Verlegers oder verantwortlichen Redakteurs;

b) diejenigen Personen, die als Redakteure bezeichnet werden und nicht verfügungsfähig (Minderjährigkeit, Vormundschaft, Kuratel), nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind oder im Deutschen Reich keinen Wohnsitz haben;

c) öffentliche Aufforderungen durch die Presse zur Aufbringung von Geldstrafen und Kosten, die wegen einer strafbaren Handlung erkannt sind;*)

d) öffentliche Bescheinigungen über den Empfang solcher Gelder (c);

e) die Bekanntgabe einer Anklageschrift oder anderer amtlicher Schriftstücke eines Strafprozesses, bevor dieselben in öffentlicher Sitzung verkündet worden sind oder bevor das Verfahren beendet ist (z. B. durch Einstellung).

*) Das etwa Eingezahlte erhält die Armenkasse.

Werden nun verbotene Handlungen gleichwohl begangen, sei es nun, daß sie vom St. G. B. oder von irgend einem anderen Gesetz untersagt sind, dann hat der Beamte nur Strafanzeige zu erstatten; gleichzeitig zu beschlagnahmen hat er die Druckschrift jedoch ausnahmsweise:

a) wenn deren Inhalt zur Begehung eines Hochverraths auffordert, eine Beleidigung des Kaisers oder des Landesherrn (nicht auch anderer Fürstlichkeiten, auch nicht der Kaiserin) enthält oder einen unzüchtigen Charakter hat;

b) zu Zeiten der Kriegsgefahr oder des Krieges, wenn durch den Reichskanzler Veröffentlichungen von Truppenbewegungen oder Vertheidigungsmitteln verboten waren, die Druckschrift gleichwohl solche aber enthält;

c) wenn deren Verbreitung überhaupt durch den Reichskanzler verboten ist;

14) Im Auslande erscheinende periodische Druckschriften, gegen die binnen Jahresfrist zweimal eine Verurtheilung auf Grund der §§ 41 und 42 R. St. G. B. erfolgt ist, können durch Verbot des Reichskanzlers bis auf zwei Jahre von der ferneren Verbreitung ausgeschlossen werden.

d) wenn sie eine Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung enthält oder in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegeneinander anreizt;

in den beiden Fällen unter d jedoch nur dann, wenn dringende Gefahr besteht, daß die Aufforderung oder Anreizung bei Verzögerung der Beschlagnahme ein Verbrechen oder Vergehen (nicht eine Uebertretung!) unmittelbar zur Folge haben werde.

15) Während also bei Aufforderung zum Hochverrath unbedingt Beschlagnahme erfolgt, darf diese, wenn zur Begehung anderer Strafthaten aufgefordert wird, nur erfolgen, wenn Gefahr im Verzuge ist und wenn ein Verbrechen oder Vergehen zu erwarten ist. Sonst nur Anzeige.

In allen anderen Fällen kann nur der Richter Beschlagnahme verfügen; die Polizei beschränkt sich dann auf Anzeige, als Beweis dient das Pflichtexemplar. (Preßgesetz vom 7. Mai 1874.)

Ueber Verbreitung von Druckschriften ist zu beachten, daß derjenige, der solche auf öffentlichen Straßen oder an anderen öffentlichen Orten (z. B. auf einem Festplatze) ausrufen, verkaufen, vertheilen, anheften oder anschlagen will — mag er diese Thätigkeit nun gewerbsmäßig oder nicht gewerbsmäßig betreiben —, die Erlaubniß und eines hierüber auszustellenden Legitimationsscheines der Ortspolizei bedarf, und daß in Preußen nur solche Anschlagezettel und Plakate angeschlagen, angeheftet oder sonst öffentlich ausgestellt werden

dürfen, die Ankündigungen enthalten über Versammlungen, öffentliche Vergnügungen, gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten des gewerblichen Verkehrs. (§§ 9 u. 10 des Preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851; § 43 R. G. O.)

In geschlossenen, d. h. in gedeckten und umfriedigten Räumen ist aber, auch wenn diese Räume, wie z. B. Wirthshäuser, öffentliche, d. h. Jedermann zugänglich sind, die nicht gewerbsmäßige Vertheilung von Druckschriften von einer polizeilichen Erlaubniß nicht abhängig (§ 43 R. G. O.); wohl aber wäre zur gewerbsmäßigen Vertheilung auch an diesen Orten eine solche erforderlich. Zu beachten ist hierbei, daß der Begriff der „gewerbsmäßigen (bezw. nicht gewerbsmäßigen) Verbreitung" unabhängig ist von der Art und Weise der Abgabe der Druckschrift an das Publikum — ob gegen Entgelt oder ohne solches; es kommt allein darauf an, ob der Verbreiter seine Thätigkeit unentgeltlich ausübt oder in irgend einer Weise (z. B. Bezahlung seitens des Herausgebers der Druckschrift!) daraus eine gewinnbringende Beschäftigung macht.

Bei den Wahlen zum Reichstage und zum Abgeordnetenhause ist von der Zeit der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahlaktes zur Vertheilung (nicht auch zum Anheften oder Anschlagen an Säulen 2c.!) von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken eine polizeiliche Erlaubniß nicht erforderlich, mag die Vertheilung nun gewerbsmäßig oder nicht gewerbsmäßig vorgenommen werden. (§ 43 R. G. O.)

Abgesehen von der Nichtertheilung der Erlaubniß im einzelnen Falle, kann ganz allgemein die nicht gewerbsmäßige öffentliche Verbreitung von Druckschriften durch die Ortspolizeibehörde denjenigen Personen verboten werden, denen nach §§ 57, Ziffer 1, 2 und 4, 57a, 57b, Ziffer 1 und 2 R. G. O. ein Legitimationsschein versagt werden darf. Zuwiderhandlungen gegen ein solches Verbot werden dann nach § 148 R. G. O. bestraft. (§ 5 Preßgesetz vom 7. Mai 1874.)

Ueber die Versagung der Erlaubniß zur gewerbsmäßigen Verbreitung, sowie über die Verbreitung von Druckschriften an nicht öffentlichen Orten (Privathäuser!) vergl. S. 131, § 17 d. W.

16) Die Plakattafeln, Litfaßsäulen 2c. stehen im Privateigenthum einer bestimmten Person, oft auch des Magistrats, und sind selbstverständlich nur mit deren Erlaubniß zu benutzen. — Die Anheftung 2c. an anderen Orten, z. B. an einem beliebigen Hause, wird meist durch Polizeiverordnung untersagt, zugelassen ist jedoch auch in diesen Fällen die Anbringung eines Schildes an dem betr. Hause über Vermiethungen und ähnliche Angelegenheiten.

§ 10. Einzelsicherheitspolizei.

Die staatliche Fürsorge für die Sicherheit der Einzelnen äußert sich gleichfalls in rückwirkenden Maßnahmen (Bestrafung der Störer)

und in vorbeugenden (Vermeidung oder wenigstens Einschränkung der Störungen).

A. Strafrechtlicher Schutz. Jedem einzelnen Menschen wird der ruhige und ungestörte Besitz seiner Rechte gesichert, in wie vielen Erscheinungsformen diese sich auch zeigen mögen: Leib, Gesundheit, Ehre, Eigenthum, häuslicher Friede, Alles wird geschützt. Wer dem Verbote zuwider diese Güter verletzt, wird bestraft.

1) Dieser äußerst interessante Theil muß mit Rücksicht auf die dem Buche zu Grunde liegende Idee leider sehr beschränkt werden. Es kann sich nur darum handeln, einen allgemeinen Ueberblick zu geben; auf juristische Vollständigkeit wird daher nicht Anspruch erhoben.

I. Allgemeine Lehren.

1. Rechtswidrige Handlung. In erster Linie wird erfordert, daß derjenige, der ein strafrechtlich geschütztes Gut eines Anderen verletzt hat, zur Vornahme einer solchen Handlung nicht berechtigt war: Eltern, die, ohne ihr Züchtigungsrecht zu überschreiten, ihr Kind strafen, können nicht zur Verantwortung gezogen werden, wiewohl an sich das Züchtigen eines Menschen verboten ist. Die Rechtswidrigkeit und damit die Strafbarkeit wird u. A. ausgeschlossen durch:

a) Amt: derjenige Beamte, der in rechtmäßiger Ausübung seines Berufes (vergl. S. 35, § 6. C. 5. b) eine an sich unzulässige Handlung, z. B. Freiheitsentziehung, Wegnahme von Sachen, Eindringen in die Wohnung vornimmt, wird dennoch nicht bestraft werden, da er durch sein Amt zu solchem Handeln berufen ist.

b) Nothwehr: Jedermann (also auch der Polizeibeamte — vergl. S. 50, § 6. C. 6. e) ist befugt, diejenigen Mittel gegen eine Person anzuwenden, die erforderlich sind, um einen von dieser Person gegen ihn **oder gegen Andere** gerichteten rechtswidrigen Angriff von sich oder dem Anderen abzuwehren. Dieser Angriff muß aber noch fortdauern in dem Augenblick, in dem die Gegenmaßregel angewendet wird, so daß gegen einen vor zwei Stunden begangenen Ueberfall keine Nothwehr mehr stattfinden kann. Dagegen wird nicht verlangt, daß die beabsichtigte rechtswidrige Handlung, z. B. ein Raub, bereits ausgeübt wird, ihre Vornahme muß nur in jedem Augenblick erwartet werden können: den vor mir stehenden Räuber, der unter gefährlichen Drohungen meine Uhr verlangt, kann ich, wenn ich ihn in anderer Weise nicht vertreiben kann, schon erschießen, ohne daß er meine Uhr bereits hat oder die Hand nach ihr ausstreckt. Der Angriff ist vielfach das beste Mittel der Vertheidigung, vor Allem in der Nothwehr: wenn ich erst warten soll, bis mir der Andere den Schädel eingeschlagen hat, dann kann mir mein Recht zur Nothwehr nichts mehr nützen.

Die Art des gegen mich unternommenen rechtswidrigen Angriffs ist gleichgültig: gegen jede widerrechtliche Handlung ist Nothwehr zu-

lässig und zwar in dem Maße, das nöthig ist, um den Angriff abzuweisen, ganz belanglos, welchen Werth das gefährdete Gut hat. Gegen Jemand, der mir eine 5-Pfennigmarke gewaltsam nehmen will, kann ich ebenso meinen Revolver gebrauchen wie gegen den Anderen, dem es um 1000 Mark oder gar um mein Leben zu thun ist. Erforderlich ist nur, daß auf andere Weise der Angriff nicht abzuwehren ist: wo ein Schlag auf den Arm, ein Tritt gegen den Leib, ein Degenhieb gegen den Kopf genügt, darf man natürlich nicht schießen. Aber Niemand ist verpflichtet, sein Recht aufzugeben und wegzulaufen: Nothwehr ist eben der Kampf des Rechts gegen das Unrecht, und nur das Unrecht hat zu weichen.

c) Nothstand: eine an sich strafbare Handlung, die in einem unverschuldeten, auf andere Weise nicht zu beseitigenden Nothstande, d. h. in einer Lage, die eine gegenwärtige Gefahr für Leib oder Leben in sich schließt, zur Rettung aus dieser Gefahr unternommen wird, unterliegt keiner Verfolgung: wer bei einem Schiffbruch einen anderen Menschen, der sich an einem bereits überfüllten Rettungsboote anklammert und dieses dadurch der Gefahr des Unterganges aussetzt, etwa ins Wasser zurückstößt, macht sich nicht strafbar.

Jedoch ist beim Nothstande im Gegensatze zur Nothwehr, bei der unbeschränkte Nothhülfe, d. h. Unterstützung einer anderen gefährdeten Person zulässig war, diese Hülfeleistung gegenüber einem Anderen nur dann zulässig, wenn es sich um Leib oder Leben eines Angehörigen, nicht etwa auch eines Freundes oder eines sonstigen Dritten handelt. Während ich also bei der Nothwehr Jedem beispringen kann, darf ich von den durch den Nothstand zulässig gewordenen Handlungen nur in meinem eigenen oder auch meiner Angehörigen Interesse Gebrauch machen.

2. Vorsatz — Fahrlässigkeit. Die rechtswidrige That muß ferner mit Vorsatz begangen sein, der Thäter muß die Absicht gehabt haben, das Schaufenster des Kaufmanns Israel zu zertrümmern; bekommt er einen Ohnmachtsanfall, während er vor dem Fenster steht, und fällt infolgedessen in die Scheibe, dann hat er keine Sachbeschädigung in strafrechtlichem Sinne begangen.

Eine rechtswidrige That kann auch dadurch herbeigeführt werden, daß Jemand die Sorgfalt und Aufmerksamkeit, zu der er verpflichtet war, außer Acht läßt: er hat dann den Erfolg durch Fahrlässigkeit verschuldet; der Apotheker, der sich vergreift und anstatt der Medizin Gift giebt, wird wegen fahrlässiger Tödtung bestraft, wenn der Kranke infolge der Verwechselung stirbt.

3. Vollendung — Versuch. Ist der durch das Verbrechen beabsichtigte Erfolg eingetreten, dann ist die Handlung vollendet: der Diener, der seinem Herrn Gift in den Becher gießt, wird wegen

vollendeten Mordes mit dem Tode bestraft, sobald der Herr das Gift getrunken hat und daran verstorben ist. Ließ der Herr aber aus Versehen den Becher fallen und verschüttete dadurch die vergiftete Flüssigkeit, dann hat der Diener dennoch den Mord versucht und ist wegen versuchten Mordes zu strafen.

Empfand er aber Reue über seine That und goß das Gift zum Fenster hinaus, ehe der Herr davon getrunken hatte, dann hat er durch eigene Thätigkeit freiwillig den ursprünglich beabsichtigten Erfolg vereitelt und bleibt straffrei.

Versuch wie Fahrlässigkeit wird nur in den Fällen bestraft, in denen das Gesetz dies besonders anordnet.

4. Theilnahme. Eine Strafthat kann von einem Menschen allein begangen werden, aber auch von mehreren gemeinsam, und zwar in der Art, daß mehrere dieselbe Absicht haben, z. B. einen Diebstahl zu verüben: Jeder will sich eine dem Kommerzienrath Löwenstein gehörige Sache aneignen, und in dieser Absicht begeben sich alle Fünf um Mitternacht nach dessen Villa. Da in der Nähe noch lebhafter Verkehr ist, wird der Eine in einiger Entfernung von der Löwensteinschen Wohnung als Posten aufgestellt, der Zweite unmittelbar vor der Gartenthür, der Dritte paßt auf der Hinterseite auf den Nachtwächter auf, und die beiden Anderen steigen ein; den Gewinn vertheilen sie untereinander. Hier ist gemeinschaftlich eine That begangen, Jeder ist Thäter des Diebstahls, es liegt Mitthäterschaft vor. Verbinden sich mehrere dauernd, um in dieser Form Strafthaten zu begehen, dann bezeichnet man sie als „Bande" (z. B. § 243, 6 St. G. B.).

Wer sich an einer Strafthat in der Form betheiligt, daß er auf einen Anderen in der Weise einwirkt, daß dieser Letztere schließlich dazu bestimmt wird, das Verbrechen zu begehen, heißt „Anstifter".

Hat er dagegen dem eigentlichen Thäter nur Hülfe geleistet durch Rath oder That, dann nennt man ihn „Gehülfen", z. B. wer einem Dieb sagt, daß er bei Löwenstein am besten durch das dritte Fenster der 1. Etage einsteige, weil da der Fensterriegel fehle (Rathhülfe), oder der Glaser, der gelegentlich einer Reparaturarbeit am Tage vorher den Fensterriegel unbrauchbar machte, um dem Anderen den Diebstahl zu ermöglichen (Thathülfe).

Die nicht eigentliche Theilnahme am Verbrechen selbst heißt Begünstigung: d. i. derjenige Beistand, der nach Begehung eines Verbrechens oder Vergehens dem Thäter oder einem Theilnehmer (Mitthäter, Anstifter, Gehülfe) geleistet wird, entweder, um ihn der Strafe zu entziehen (z. B. Ermöglichung der Flucht) oder um ihm die Vortheile seiner Strafthat zu sichern (z. B. Verwahrung gestohlenen Geldes). Diese Begünstigung ist eine Strafthat für sich, wie z. B. Diebstahl, Mord ꝛc., und steht juristisch mit der That des Begünstigten in keiner

Verbindung; sie ist „selbständiges Vergehen". War die Begünstigung dagegen schon vor der That zugesagt, dann ist sie Beihülfe zu dieser, der Begünstiger wird dann als „Gehülfe" gestraft.

Wer einen Dieb, Räuber ꝛc. „begünstigt" und sich für diese Begünstigung Vortheile irgend einer Art zuwenden läßt, oder wer gestohlene, unterschlagene oder andere Sachen, deren strafbarer Erwerb ihm bekannt ist oder doch von ihm vermuthet werden muß, verheimlicht, ankauft, zum Pfande nimmt oder sonst an sich bringt (z. B. sich schenken läßt) oder auch zu deren Absatze bei Anderen mitwirkt, der macht sich der Hehlerei schuldig und wird mit Gefängniß, wenn er diese aber gewerbs- oder gewohnheitsmäßig betreibt oder wenn Rückfall vorliegt, mit Zuchthaus bestraft. (§§ 257 bis 262 St. G. B.)

5. **Strafe.** Die rechtswidrige Verletzung fremden Rechtes, sei sie mit Absicht begangen oder durch Fahrlässigkeit herbeigeführt, sei sie vollendet oder sei nur der Versuch zur Störung unternommen, sei sie von Einem begangen oder von Mehreren, mögen diese nun gemeinsam gehandelt oder mag der Eine den Anderen nur angestiftet oder ihm nur Hülfe geleistet haben, zieht immer die Bestrafung aller Betheiligten nach sich.

Die Strafen richten sich gegen das Leben: Todesstrafe; gegen die Freiheit: Zuchthaus, Gefängniß, Haft, Festungshaft und gegen das Vermögen: Geldstrafe.

2) Der Unterschied in den Freiheitsstrafen liegt im Wesentlichen darin, daß im Zuchthause Arbeitszwang zu den in der betreffenden Strafanstalt eingeführten Arbeiten besteht, im Gefängniß eine Beschäftigung nur zulässig ist, und zwar in einer den Fähigkeiten und Verhältnissen angemessenen Weise, und bei der Haft nur einfache Freiheitsentziehung stattfindet; ebenso bei der Festungshaft, die jedoch die Ehre des Inhaftirten unberührt läßt und nur auf Festungen vollstreckt wird. — Die Zuchthausstrafe ist eine lebenslängliche oder eine zeitige; letztere beträgt mindestens ein, höchstens fünfzehn Jahre. Ebenso ist die Festungshaft entweder lebenslänglich oder zeitig, und zwar von einem Tage bis höchstens fünfzehn Jahren. Gefängnißstrafe und Haft sind immer zeitig, beide mindestens von der Dauer eines Tages; der Höchstbetrag der Gefängnißstrafe ist fünf Jahre, der der Haft sechs Wochen; der Mindestbetrag der Geldstrafe ist bei Verbrechen und Vergehen 3 Mark, bei Uebertretungen 1 Mark; ein allgemeiner Höchstbetrag ist hier nicht gegeben.

Neben diesen Strafen wird noch als „Nebenstrafe" verhängt, an der Freiheit: Landesverweisung (nur gegen Ausländer zulässig), Polizeiaufsicht, Ueberweisung an die Landespolizeibehörde; am Vermögen: Einziehung (das geschieht bei Gegenständen, die durch ein vorsätzliches Verbrechen oder Vergehen hervorgebracht sind — falsches Geld —, die, wie das Beil des Mörders, zur Begehung solcher gedient haben oder dazu bestimmt sind) und Unbrauchbarmachung (erfolgt bei Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, deren Inhalt strafbar ist, und erstreckt sich auf alle noch erreichbaren Exemplare, auf die zur Herstellung bestimmten Platten

und Formen); an der Ehre: Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter, der Fähigkeit, als Zeuge eidlich vernommen zu werden, Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte.

3) Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte wirkt nicht dahin, daß der Bestrafte nun ehrlos würde, ihn also Jedermann nach Belieben beleidigen könnte, sondern hat nur die Bedeutung, daß der Betreffende von der Ausübung gewisser Rechte, z. B. Wahlrechte, ausgeschlossen wird; eine gegen ihn gerichtete Beleidigung bleibt strafbar.

Hat eine jugendliche Person eine Strafthat begangen vor vollendetem 18., aber nach beendigtem 12. Lebensjahre, dann kann wegen eines Vergehens oder einer Uebertretung in besonders leichten Fällen auf einen Verweis erkannt werden, sofern das Gericht überhaupt die Ueberzeugung gewinnt, daß der jugendliche Missethäter bei Begehung der That die erforderliche Erkenntniß in deren Strafbarkeit besessen habe. (Vergl. S. 85, 7. d dieses Abschnittes.)

6. **Zusammentreffen mehrerer Strafthaten.** Jede einzelne verbotene Handlung muß gesühnt werden; es kann daher der Fall eintreten, daß zu gleicher Zeit eine Person wegen mehrerer Missethaten verurtheilt werden muß.

Solches ist nöthig:

1. wenn der Angeklagte mehrere Verbrechen oder Vergehen, die miteinander gar nicht in Verbindung stehen, begangen, oder wenn er dasselbe Verbrechen fortgesetzt, mehrere Male hintereinander verübt hat (Realkonkurrenz). Dann wird eine Gesammtstrafe festgesetzt, welche alle die begangenen Handlungen auf einmal sühnt, aber nicht die Höhe erreicht, die man durch Zusammenzählen aller der verwirkten Einzelstrafen erhalten würde: wegen Diebstahls, Betruges, Urkundenfälschung, Widerstandes wird Jemand also nicht zu 3 Monaten, dann noch zu 5 und 2 Monaten und wegen des Widerstandes zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt, so daß er, wenn er diese Strafen nacheinander verbüßt hat, im Ganzen 10 Monate und 14 Tage Gefängniß abgesessen hätte, sondern es wird eine Gesammtstrafe erkannt von z. B. 8 Monaten Gefängniß;

2. wenn eine und dieselbe Handlung gleichzeitig mehrere Gesetze verletzt; dann wird nur dasjenige Gesetz angewendet, das die schwerste Strafe androht (ideale Konkurrenz), damit Jemand nicht wegen derselben Handlung zweimal bestraft wird: Jemand gießt Wasser zum Fenster hinaus auf die Straße, trifft unglücklicherweise eine vorübergehende sehr erhitzte Dame, die infolgedessen erblindet; er hat eine fahrlässige Körperverletzung begangen, gleichzeitig aber durch dieselbe Handlung dem polizeilichen Verbot, Flüssigkeiten aus den Fenstern zu gießen, entgegen gehandelt; er ist wegen Körperverletzung zu bestrafen und sühnt mit dieser Strafe seine That, er kann nicht noch polizeilich gestraft

werden, denn für keine Handlung zwei Strafen. Jedoch hat der Polizeibeamte in seiner Anzeige sämmtliche Strafthaten, die in solch idealer Konkurrenz zu einander stehen, zu erwähnen, damit event., wenn wegen der einen Strafthat (z. B. bei einer Körperverletzung wegen fehlenden Strafantrages) eine Bestrafung nicht herbeigeführt werden kann, doch die andere That, z. B. das Hinauswerfen aus dem Fenster, gesühnt wird.

7. Strafausschließung. Eine an sich zweifellos strafbare That wird dennoch unter Umständen nicht mit Strafe belegt.

4) An dieser Stelle ist zu erwähnen, daß Mitglieder des Reichstages und Landtages wegen der in Ausübung ihres Berufes gethanen Aeußerung nicht zur Verantwortung gezogen werden können, und daß wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen dieser Häuser von jeder Verantwortung frei bleiben.

Abgesehen von den unter 1 erörterten Fällen, in denen, wie bei der Nothwehr, die Rechtswidrigkeit überhaupt fehlte, ist hier zu denken an:

a) Nöthigung: wer durch Gewalt oder gefährliche Drohung, der er auf andere Weise nicht entgehen kann, zur Begehung einer Strafthat gezwungen ist, bleibt straffrei. Dafür wird aber der Nöthiger als „Anstifter" bestraft. (Vergl. S. 82, 4.)

b) Zurechnungsunfähigkeit: wer, wie der Hypnotisirte, eine strafbare Handlung begeht zu einer Zeit, in der er sich in einem Zustande von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befand, so daß seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen ist, wird nicht zur Verantwortung gezogen.

c) Strafunmündigkeit: wer eine strafbare Handlung begeht und zur Zeit der That das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, wird nicht strafrechtlich verfolgt, da man allgemein annimmt, daß bis zu diesem Alter das nöthige Verständniß für die Bedeutung und die Folgen der That nicht vorhanden sei. Solche jugendlichen Personen können jedoch vom Vormundschaftsgericht in Zwangserziehung gegeben werden.

d) Mangel der Einsicht wird zunächst angenommen bei jugendlichen Personen (12 bis 18 Jahre). Stellt der Richter fest, daß sie die Einsicht in die Strafbarkeit ihrer Handlung thatsächlich nicht besessen haben, dann werden sie freigesprochen, event. aber in einer Zwangserziehungsanstalt untergebracht. Ist der Richter aber der Meinung, daß diese Personen die erforderliche Einsicht besaßen, dann werden sie zur Strafe verurtheilt, allerdings zu einer milderen (nie Tod und Zuchthaus!). — Ebenso werden Taubstumme freigesprochen, wenn sie die nöthige Einsicht nicht hatten.

e) Antrag: Ist zur Verfolgung ein Strafantrag erforderlich, so hängt die Bestrafung davon ab, daß dieser gestellt wird, was stets

binnen drei Monaten nach erlangter Kenntniß zu erfolgen hat. Eine eventuelle „vorläufige Festnahme" kann jedoch — sofern sie überhaupt zulässig ist, auch vorgenommen werden, bevor der Strafantrag gestellt ist.

5) Diese Einrichtung beruht auf der Erwägung, daß z. B. einem Beleidigten es unangenehm sein könne, wenn vor Gericht nun die Wahrheit der behaupteten Thatsache öffentlich festgestellt wird. Es liegt zuweilen mehr in dem Interesse des Beleidigten, eine erlittene Schmähung ruhig hinzunehmen, als daß nun der Staatsanwalt von Amtswegen die Sache an die Oeffentlichkeit zöge. Daher wird in solchen Fällen die Strafverfolgung von Stellung eines Antrages abhängig gemacht: so bei Beleidigungen, Körperverletzungen, Diebstahl von Kindern gegen Eltern ꝛc. Zur Stellung des Antrages ist der Verletzte berechtigt, sofern er ein Alter von 18 Jahren erreicht hat, sonst und bis zur Volljährigkeit außerdem der gesetzliche Vertreter (Vater, nach dessen Tode Mutter, nach deren Tod Vormund).

8. Verjährung. Auch Zeitablauf nach Begehung der Handlung schließt Bestrafung aus, indem man von der Erwägung ausgeht, daß es auch im Strafrechte zweckmäßig sei, nach gewisser Zeit „Gras über die Sache wachsen" zu lassen. Dieser Grundsatz wird sowohl angewendet auf die Strafverfolgung, d. h. auf noch nicht abgeurtheilte Sachen, als auch auf die Strafvollstreckung, d. h. auf bereits erkannte, aber noch nicht verbüßte Strafen; im ersten Falle wird durch die Verjährung die Nachholung der Verurtheilung, im zweiten die der Strafvollstreckung ausgeschlossen.

Die Fristen sind verschieden: Strafverfolgung verjährt bei Verbrechen in 10 bis 20, bei Vergehen in 5 oder in 3 Jahren und bei Uebertretungen in 3 Monaten, dagegen die Vollstreckung: der Todes- und Zuchthausstrafe in 15 bis 30, der Festungshaft in 5 bis 30, der Gefängnißstrafe in 5 bis 10 Jahren und endlich der einfachen Haft in 2 Jahren.

Die Verjährung kann event. unterbrochen werden durch eine Verfügung des Richters und beginnt dann von Neuem zu laufen, so daß unter Umständen eine Strafthat nie verjährt.

9. Verbrechen, Vergehen, Uebertretung. Die Strafthaten werden eingetheilt nach der Höhe der Strafen, die für ihre Begehung angedroht sind, in: Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen. Ausschließlich die Höhe dieser Strafandrohung ist entscheidend; wer das Gesetz erlassen hat, ist ohne Bedeutung, so daß auch z. B. gegen eine Verordnung des Reichskanzlers ein Vergehen begangen werden kann, wennschon in der Regel bei Polizeiverordnungen sich ein Zuwiderhandeln nur als Uebertretung darstellen wird.

Verbrechen ist eine Handlung, die mit dem Tode, mit Zuchthaus oder mit Festungshaft von mehr als 5 Jahren bedroht ist.

Vergehen ist eine Strafthat, die mit Festungshaft bis zu 5 Jahren, mit Gefängniß oder mit Geldstrafe von mehr als 150 Mark bedroht wird.

Uebertretung ist eine Handlung, die mit Haft oder Geldstrafe bis zu 150 Mark bedroht ist.

II. Die einzelnen Strafthaten.

Wie der Staat sich selbst schützt in seinem Bestande und gegen Angriffe und Widersetzlichkeit gegen seine Beamten, ist S. 70, § 9. A bereits erörtert, ebenso S. 57, § 6. C. 9, wie er andererseits das Publikum schützt vor Dienstverbrechen seiner Organe; hier erübrigt, diejenigen strafrechtlichen Bestimmungen zu betrachten, durch welche die Interessen der Gesammtheit, wie die Sittlichkeit und die Religion (1.) und die Rechtsgüter der Einzelnen, wie Leben, Gesundheit, Ehre, Freiheit, Eigenthum (2.), gegen widerrechtliche Eingriffe gesichert werden.

6) Nur die häufiger verübten Strafthaten konnten Berücksichtigung finden. Ein (A) hinter dem Delikt bedeutet, daß die Verfolgung nur auf Antrag eintritt.

1. Verletzung der öffentlichen Interessen.

Zu diesen gehören: die öffentliche Ordnung (a), die Sicherheit des Geschäftslebens (b), die Sicherheit des Rechtslebens (c), das religiöse Empfinden (d), die Sicherheit des Personenstandes und der Familienordnung (e), die Sittlichkeit (f) und endlich die gemeine Sicherheit (g).

a. Verletzung der öffentlichen Ordnung.

Das Eindringen in die Wohnung oder andere umschlossene Räume eines anderen Menschen oder in solche, die wie Bureaux zum öffentlichen Dienst bestimmt sind, sowie das Nichtverlassen dieser Räume auf ergangene einmalige Aufforderung, wird als **Hausfriedensbruch** (A) bestraft, sofern weder zum Eindringen, noch zum Verweilen eine Befugniß vorlag, wie das event. bei einem Beamten der Fall ist.

Eine öffentlich zusammengerottete Menschenmenge, die mit vereinten Kräften Gewaltthätigkeiten begeht gegen Personen oder Sachen, verübt einen **Landfriedensbruch**; auch wer lediglich an der Zusammenrottung theilgenommen hat, wird bestraft, diejenigen aber, die diese Rotte angeführt oder zusammengebracht haben (Rädelsführer) oder die nun thatsächlich Personen angegriffen bezw. Sachen geplündert oder zerstört haben, werden mit schwerer Zuchthausstrafe belegt.

Wer den öffentlichen Frieden stört durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens; wer bewaffnete Haufen bildet, befehligt oder mit Waffen ꝛc. versieht; wer verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegeneinander anreizt; wer als Geistlicher öffentlich vor einer Menschenmenge in Ausübung seines Berufes Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündigung oder Erörterung macht (Kanzelmißbrauch); wer erdichtete oder entstellte Thatsachen in dem Bewußtsein ihrer Unwahrheit öffentlich verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen; wer öffentlich angeschlagene Bekanntmachungen ꝛc. von Behörden oder Beamten böswillig

abreißt, beschädigt oder verunstaltet; wer Grenzpfähle, Schilder von Polizei-, Post-, Steuer- 2c. Behörden oder andere öffentliche Hoheitszeichen des Staates böswillig wegnimmt, zerstört, beschädigt oder beschimpfenden Unfug daran verübt; wer unbefugt ein amtliches Siegel, durch das ein Beamter z. B. eine gepfändete oder beschlagnahmte Sache verschlossen, bezeichnet oder in Beschlag genommen hat, vorsätzlich erbricht, ablöst oder beschädigt oder den durch das Siegel dargestellten amtlichen Verschluß z. B. durch Verkauf oder Vernichtung der Sache aufhebt; wer als Zeuge, Geschworener oder Schöffe nicht erscheint und als Entschuldigung eine unwahre Thatsache vorbringt; wer von einem beabsichtigten Verbrechen des Hochverraths, Landesverraths, des Mordes, Raubes, Menschenraubes oder von einem Münz- oder gemeingefährlichen Verbrechen Kenntniß erhält und weder der Behörde Anzeige erstattet, noch den Bedrohten warnt; wer in irgend einer Form seine Wehrpflicht verletzt, insbesondere sich durch Selbstverstümmelung zu deren Erfüllung untauglich macht, oder wer letztere dadurch vereitelt, daß er einen Deutschen zum Militärdienst in einer ausländischen Macht anwirbt oder den Werbern der letzteren zuführt; wer den Volksbestand des Deutschen Reiches dadurch gefährdet, daß er Deutsche unter Vorspiegelung falscher Thatsachen oder durch andere auf Täuschung berechnete Mittel zur Auswanderung zu verleiten sucht; wer im Ungehorsam gegen den Staat unter Uebergehung der von diesem zur Strafverfolgung eingesetzten Gerichte eine ihm zugefügte Beleidigung durch einen Zweikampf (Duell) sühnt, oder wer auch nur eine Herausforderung zu solchem erläßt, sowie wer eine solche Forderung annimmt oder vermittelt (Kartellträger), selbst ohne daß der Zweikampf stattgefunden hat: der verletzt die öffentliche Ordnung und wird bestraft. (§§ 123 bis 145; 201 bis 210 St. G. B.)

b. Verletzung der Sicherheit des Geschäftslebens.

Die Täuschung oder Gefährdung des öffentlichen Vertrauens, das jegliches Metall- oder Papiergeld ohne weitere Prüfung in Zahlung nimmt in der Ueberzeugung, daß der Staat das Geld angefertigt habe und eine genaue Prüfung desselben auf seinen Werth oder Unwerth bei jedem einzelnen Erwerb daher überflüssig sei, würde den ganzen Handelsverkehr gefährden und wird daher bestraft, selbst wenn z. B. die nachgemachten Münzen denselben Metallwerth haben, wenn etwa zu ihrer Herstellung die gleiche Menge Gold verwendet sein sollte, wie der Staat zu thun pflegt. Dieser Schutz wird nicht nur dem inländischen, sondern auch dem ausländischen Gelde gewährt; jedoch wird die Nachmachung 2c. an sich nicht bestraft, sondern nur, insofern sie in der Absicht vorgenommen wurde, das Geld in Verkehr zu bringen; daß das letztere thatsächlich geschehen ist, wird (abgesehen von den Münzverschneidungen) nicht erfordert.*) Jedoch hat der Polizeibeamte in allen Fällen, wo er

*) Münzen zum Schmuck (Armbänder, Uhrketten), Spiel (Puppengeld) 2c. können unbedenklich hergestellt werden.

auf falsches Geld stößt, Anzeige zu erstatten, da die Entscheidung darüber, zu welchem Zwecke die Nachmachung ꝛc. vorgenommen wurde, ihm nicht zusteht, soweit nicht eben die Absicht der Herstellung, wie in Anmerkung 7, offen auf der Hand liegt. Nachgemachtes ꝛc. Geld sowie die Mittel zu dessen Herstellung werden eingezogen und sind daher stets zu beschlagnahmen, wo sie auch angetroffen werden mögen.

Das Nachmachen von Metall- und Papiergeld (inländischem und ausländischem), um es als echtes zu verwenden, wird als **Falschmünzerei**; eine zu demselben Zweck vorgenommene Veränderung eines an sich echten Geldstücks, z. B. Abänderung eines Fünfmarkscheins in einen Fünfzigmarkschein, um den Schein eines höheren Werthes zu erwecken, wird als **Münzfälschung** mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft.

7) Zu dem Papiergeld gehören auch Banknoten, d. h. schriftliche Versprechen eines Bankiers, dem Vorzeiger dieses Papieres (Note) den darauf angegebenen Betrag zu zahlen; Aktien, das sind Scheine, die auf einen bestimmten Betrag (meist 1000 Mark) lauten und den Inhaber berechtigen, aus dem Reingewinn eines gewerblichen Unternehmens (Aktiengesellschaft) einen der Höhe seiner Aktie entsprechenden Antheil zu verlangen, und andere ähnliche Papiere.

Ferner wird aus denselben Erwägungen bestraft, je nach den Umständen mit Zuchthaus oder Gefängniß: wer solch fälschlich angefertigtes oder verfälschtes Geld sich verschafft und dasselbe in den Verkehr bringt; wer von einem Anderen nachgemachtes oder verfälschtes Geld als echtes erhält, dessen Unechtheit danach erkennt und es dennoch weiter in Verkehr giebt; wer die Münzverfälschung in der Weise begeht, daß er durch Beschneiden, Abfeilen oder in anderer Weise den Werth des Geldes vermindert und dasselbe in dieser verringerten Gestalt als vollgültig in Verkehr bringt; endlich auch derjenige schon, der sich Stempel, Siegel, Stiche, Platten ꝛc. nur angeschafft oder angefertigt hat, um mit diesen Apparaten in der Zukunft eine Falschmünzerei oder eine Münzverfälschung zu begehen. Auch ohne diese Absicht wird derjenige bestraft, der solche Dinge ohne schriftlichen Auftrag einer Behörde anfertigt oder an einen Anderen als die Behörde verabfolgt; ingleichen, wer ohne diese Erlaubniß ihm etwa übergebene Formen dieser Art abdruckt oder die danach hergestellten Abdrücke an einen Anderen als die Behörde übergiebt.*) (§ 360, 4 und 5 St. G. B.) Ebenso ist die Anfertigung oder Verbreitung von Waarenempfehlungskarten und ähnlichen Drucksachen oder Abbildungen, die in der Form oder Verzierung dem Papiergelde ähnlich sind, sowie die Herstellung von Apparaten, die zur Hervorbringung solcher Sachen verwendet werden können, verboten. (§ 360, 6. — §§ 146 bis 152 St. G. B.)

*) Hiermit werden in erster Linie Gewerbetreibende (Buchdrucker, Kupferstecher ꝛc.) getroffen. Die Herstellung ꝛc. dieser Sachen ist also unter allen Umständen verboten, gleichgültig zu welchem Zweck sie erfolgt.

Wie das Geld, so müssen auch schriftliche Erklärungen von Personen Glaubwürdigkeit besitzen, zum mindesten nach der Richtung hin, daß jeder Empfänger solcher Erklärung sicher sein kann, daß die betreffenden Worte auch von der Person geschrieben sind, die darin als handelnde auftritt, daß also die Worte auch thatsächlich den Willen desjenigen enthalten, der sie anscheinend auf dem Papiere schriftlich niedergelegt hat. Erhalte ich vom Krämer Habakuk einen Wechsel, d. h. ein Schuldversprechen des Sekretärs Brettschneider, demjenigen, der ihm diesen Wechsel am kommenden Ersten vorzeigt, 50 Mark übergeben zu wollen, dann muß ich doch wenigstens die Gewißheit haben dürfen, daß Brettschneider den mir von Habakuk übergebenen Schuldschein auch thatsächlich geschrieben hat. Ob er auch beabsichtigt, mir das Geld am Ersten thatsächlich zu geben, das mag zunächst gleichgültig bleiben; habe ich von Habakuk 50 Mark zu fordern und dieser wieder von Brettschneider, dann werde ich nachher schon Mittel haben, die durch Aushändigung des Schuldscheins von Habakuk auf mich übergegangene Forderung auch gegen den Brettschneider geltend zu machen, wenn er die freiwillige Zahlung verweigern sollte. Aber zunächst kommt es mir nur darauf an, daß Brettschneider den Schuldschein auch wirklich geschrieben hat. Dies genau festzustellen, bin ich nur in der Lage, wenn ich zu Brettschneider gehe und ihn frage; das würde indeß oft große Weitläufigkeiten haben.

Ein allgemeines Vertrauen gegen solche Papiere, die man „Urkunden" nennt, wird sich daher nur erhalten können, wenn der Staat Fälschungen oder überhaupt falsche Anfertigung derselben als **Urkundenfälschung** mit harten Strafen bedroht. Solche Urkunden können sowohl von Privatpersonen (Privaturkunden) als auch von Behörden (öffentliche Urkunden) ausgestellt werden; jedoch wird, wie bei der Geldfälschung, nicht die Fälschung an sich bestraft, sondern nur, sobald von dieser Gebrauch gemacht ist, um damit einen Anderen zu täuschen. Nur auf die Täuschung durch eine solche gefälschte Urkunde kommt es an; ob der Getäuschte zugleich einen Schaden erlitten hat, ist für die Urkundenfälschung an sich gleichgültig (event. würde gleichzeitig Betrug vorliegen.*) Eine alte Jungfer weiß einen Mann zu bereden, daß er sie heirathe, nachdem sie ihm durch ihren Geburtsschein nachgewiesen hat, sie sei nicht, wie böse Menschen behaupten, 1860, sondern erst 1870 geboren. Hinterher stellt sich heraus, daß sie doch 40 Jahre alt ist und nur auf ihrem Geburtsschein die 6 in eine 7 „verbessert" hat; diese Frau mag die denkbar beste Hausfrau sein, sie

*) Das würde nur insoweit von Bedeutung sein, als eine Urkundenfälschung, durch die sich Jemand einen widerrechtlichen Vortheil verschaffen oder einem Anderen einen Schaden zufügen will, mit Zuchthaus bestraft wird, wohingegen sonst nur Gefängniß angedroht wird. Ist die Absicht der Schädigung erreicht, dann würde es sich um einen Betrug handeln, der begangen ist mit Hülfe einer „schweren Urkundenfälschung".

mag gemeinsam mit ihrem Manne viel Geld erworben, ja sie mag ihm sogar eine Mitgift von 10 000 Thalern in die Ehe gebracht haben, sie wird dennoch wegen „Urkundenfälschung" bestraft, da sie eine öffentliche Urkunde gefälscht und zur Täuschung ihres jetzigen Ehemannes verwendet hat.

8) Ohne diesen Gebrauch zur Täuschung hätte keine Bestrafung erfolgen können zu ihrem Vergnügen, etwa um sich selbst allmählich einzureden, sie sei thatsächlich erst 30 Jahre, konnte die thörichte Jungfer ruhig die Veränderung der 6 vornehmen. Uebrigens gehört dieser Fall, bei dem an sich der Begriff der Urkundenfälschung sehr klar in die Erscheinung tritt, zu den weiter unten zu besprechenden Fälschungen von Legitimationspapieren zum Zwecke besseren Fortkommens, die zwar leichter bestraft werden, begrifflich aber natürlich Urkundenfälschung bleiben — wenn auch nicht im Sinne unseres St. G. B. (Berner, Deutsches Strafrecht, S. 707.)

Ferner wird bestraft: wer von einer gefälschten Urkunde, auch ohne daß er sie selbst angefertigt hat, in dem Bewußtsein der Fälschung Gebrauch macht, um damit einen Anderen zu täuschen; wer eine Urkunde, die ihm nicht gehört oder die einem Anderen mitgehört, vernichtet, beschädigt oder unterdrückt, um dem Anderen Nachtheile zuzufügen; wer zu dem gleichen Zwecke einen Grenzstein oder ein anderes Merkmal, das zur Bezeichnung einer Grenze oder eines Wasserstandes bestimmt ist, wegnimmt, vernichtet, unkenntlich macht, verrückt oder fälschlich setzt; wer wissentlich gefälschte Stempelmarken, Stempelbogen, Postmarken 2c. gebraucht, oder wer solche auch nur anfertigt, um sie später zu verwenden;*) wer wissentlich schon einmal zu stempelpflichtigen Urkunden verwendetes Stempelpapier, Stempelmarken 2c. noch einmal zu stempelpflichtigen Schriftstücken verwendet, oder wer bereits verwendete Postmarken 2c. nochmals zur Frankirung benutzt (die Veräußerung oder Feilhaltung solcher Sachen wird nach § 364 St. G. B. gestraft); wer unter der Bezeichnung als Arzt oder als eine andere approbirte Medizinalperson (Hebamme) ohne zur Führung dieses Titels berechtigt zu sein, ein Zeugniß über seinen oder eines Anderen Gesundheitszustand ausstellt und dasselbe zur Täuschung von Behörden oder Versicherungsgesellschaften gebraucht, sowie derjenige, der zwar Arzt oder eine Medizinalperson (Hebamme) ist, aber ein unrichtiges Zeugniß über den Gesundheitszustand eines Menschen zu demselben Zwecke der Täuschung ausstellt, ingleichen diejenigen Personen, die von solchen mangelhaften Zeugnissen zur Täuschung Gebrauch machen. (§§ 267 bis 280 St. G. B.)

Als besonders leichte und daher milder zu strafende Form der Urkundenfälschung wird angesehen, wenn diese sich auf Dienstbücher, Führungsatteste und sonstige Urkunden des täglichen Lebens erstreckt

*) Findet die Polizei derartige Marken 2c., dann hat sie in allen Fällen einzuschreiten, denn sie werden in fast allen Fällen zu dem oben geschilderten Zweck, der allerdings allein die Strafbarkeit begründet, angefertigt sein. Jedoch wird Niemand ausschließlich zu seinem Vergnügen solche Sachen herstellen, und es muß hier wie bei den Münzdelikten damit gerechnet werden, daß die für die Strafbarkeit erforderte Absicht auch vorhanden ist.

und zu dem Zwecke vorgenommen wird, um mit Hülfe dieser gefälschten Papiere sich eine bessere Lebensstellung zu verschaffen. Diese Strafthat, die an sich eine gewöhnliche Urkundenfälschung ist, wird von unserem St. G. B. (§ 363) besonders aus dem Kapitel der Urkundenfälschung herausgenommen und als Rechtsverletzung besonderer Art behandelt. Sie gilt nur als „Uebertretung" und wird demgemäß nur mit Haft bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis 150 Mark bedroht. Derart wird bestraft: wer Pässe, Militärabschiede, Wanderbücher oder andere Legitimationspapiere, Dienst- oder Arbeitsbücher oder sonstige auf Grund besonderer Vorschriften auszustellende Zeugnisse, sowie Führungs- oder Fähigkeitszeugnisse ganz oder theilweise falsch anfertigt oder verfälscht oder wissentlich von solchen gefälschten Papieren Gebrauch macht; ferner wer **echte** Papiere dieser Art, die aber auf eine andere Person lauten, als seine eigenen benutzt, und andererseits auch, wer seine eigenen Papiere einem Anderen zur Benutzung überläßt — sofern nur alle diese Handlungen begangen sind, um Behörden oder Privatpersonen zu täuschen, und zwar ausschließlich zu dem Zwecke zu täuschen, um dadurch sich **oder** einem Anderen ein **besseres Fortkommen** zu verschaffen: der Handlungsreisende Simon erfährt in Potsdam, daß für den Kaufmann Mittag bei Bleichröder in Berlin eine Summe von 10 000 Mark bereit gehalten werde, die dieser jederzeit abheben könne; er fertigt sich eine falsche Legitimationskarte an, weist sich auf der Bank mit dieser als „Mittag" aus und „verduftet" mit den 10000 Mark: er hat eine schwere Urkundenfälschung (Fußnote S. 89) und außerdem einen Betrug begangen, bei dessen Ausführung ihm das gefälschte Legitimationspapier als Mittel diente. Wer dagegen, wie die vorerwähnte alte Jungfer, lediglich fälscht, um zu täuschen und unter Ausnutzung der verursachten Täuschung sich ein besseres Fortkommen zu verschaffen, wird nur mit Haft bestraft: so der junge Mann, der seinen Geburtsschein verändert, durch die Fälschung die Militärbehörde täuscht, die ihn in der Annahme, er sei 17 Jahr alt, als Freiwilligen einstellt, obschon der Mann thatsächlich erst in fünf Monaten das 17. Jahr vollendet. (Berner, Deutsches Strafrecht.)

c. Verletzung der Sicherheit des Rechtslebens.

Lehmann behauptet, von Schulz 100 Mark fordern zu können, die Wahrheit seiner Behauptung kann er beweisen durch Vorlegung des von Schulz unterschriebenen Schuldscheines. Behauptet Lehmann aber, von Schulz geschlagen zu sein, dann kann er in den nächsten Stunden, und wenn der Schlag sehr heftig war, vielleicht auch noch in den folgenden Tagen durch Vorzeigen der empfangenen Striemen und blauen Flecke zwar beweisen, daß er überhaupt geschlagen worden ist, daß diese Flecke aber gerade von Schulz herrühren, braucht ihm natürlich Niemand zu glauben. Noch schlechter aber steht es für Lehmann, wenn die Angelegenheit in etwa 6 Wochen vor den Richter kommt: diesem

kann er nun weder beweisen, daß er überhaupt geschlagen ist, noch aber, daß gerade Schulz derjenige war, der seinen körperlichen Frieden gestört hat. Selbst wenn er zehn Andere beibringen würde, die alle gesehen haben wollen, wie Schulz den Lehmann geschlagen habe, dann läge darin zunächst noch nicht der mindeste Beweis: diese „Zeugen" sind vielleicht liebenswürdige Leute und leisten dem Lehmann gern den kleinen Dienst, ihm das zu bekunden, worauf es ihm ankommt; denn Lehmann wird sich revanchiren und ihnen in ähnlichen Lagen den gleichen Dienst erweisen.

Der Richter muß also ein Mittel haben, das ihm Gewähr leistet für die Wahrheit der Zeugenaussagen, nach dessen Anwendung die Wahrheit der Zeugenaussage so lange als einwandsfrei festgestellt gilt, bis nicht das Gegentheil, die Unwahrheit, überzeugend erwiesen ist: das ist der Eid und in dessen Ersetzung die eidesstattliche Versicherung. Der Eid ist eine in besonders feierlicher Weise abgegebene Erklärung, daß das, was man gesagt hat oder sagen wird, der Wahrheit entspricht, und die Aussage dessen, der in Bezug auf seine Aeußerungen diese Erklärung abgegeben hat, gilt für den Richter als unerschütterlich; die in dieser Form abgegebene Aussage ist ihm genau so viel werth, als wenn er dem Ereigniß selbst beigewohnt hätte. Wird nun dieses Vertrauen des Gerichts, des Staates, dadurch gemißbraucht, daß Jemand in dieser feierlichen Weise die Wahrheit seiner Behauptungen beschwört, während in der That seine Aussagen die denkbar höchste Unwahrheit enthalten, dann ist der Meineidige es gewesen, der den Richter zu einer ungerechten Entscheidung veranlaßt hat, dann hat er das Recht, das beim Richter Schutz gegen das Unrecht suchte, in frevelhafter Weise unterdrückt und wird dafür zur Verantwortung gezogen.

Jede Sicherheit richterlicher Entscheidungen wird gefährdet durch solchen Bruch eines eidlichen Gelöbnisses, durch den **Meineid**: Meineid, falsche Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung, sowie Verleitung zu diesen beiden Verbrechen werden daher mit schwerer Zuchthaus- bezw. Gefängnißstrafe geahndet. Da derjenige, der einen Meineid geleistet hat, in dieser Handlungsweise eine derart niedrige Gesinnung bekundet hat, daß die Wiederholung dieses Verbrechens bei ihm erwartet werden kann, so wird ihm dauernd die Fähigkeit aberkannt, je wieder vor Gericht eidlich vernommen werden zu können. Solch ein Mensch gefährdet nun den Bestand des Rechts nicht mehr, seine Aussage, falls er überhaupt dazu kommen sollte, hat für den Richter keinerlei Bedeutung.

9) Um einer Verletzung des Eides vorzubeugen, ist bestimmt, daß gewisse Personen wie Verlobte, Ehegatten 2c. des Beschuldigten ihre Aussage gänzlich verweigern können; ebenso kann jeder Zeuge die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihm oder einem Angehörigen die Gefahr einer strafgerichtlichen Verfolgung zuziehen würde.

Hervorzuheben ist, daß die amtliche Versicherung, die ein Beamter unter Berufung auf seinen Diensteid abgiebt, dem Eide gleich

zu achten ist, eine in solcher Form abgegebene falsche Erklärung daher als Meineid bestraft wird. (§§ 153 bis 163 St. G. B.)

Eine weitere Gefahr für die Sicherheit des Rechtslebens liegt in der Erstattung wissentlich falscher Anzeigen. Abgesehen davon, daß diese ganz unnöthig die Behördenthätigkeit in Bewegung setzen, gewissermaßen eine gegen den Staat verübte „Foppperei" enthalten, gefährden sie auch die Rechtssicherheit des Angezeigten: sie versetzen ihn unter Umständen nicht nur in Unruhe und seelische Aufregung, sondern sie führen auch seine und event. noch anderer Personen Vernehmung, Haussuchungen ꝛc. herbei, gefährden dadurch den guten Ruf, das Geschäft ꝛc. **Als falsche Anschuldigung** wird daher mit Gefängnißstrafe bedroht: die bei einer Behörde gemachte Anzeige, durch welche Jemand wider besseres Wissen beschuldigt wird, eine strafbare Handlung begangen oder eine Amtspflicht verletzt zu haben. Mit Rücksicht auf die durch Erstattung solcher Anzeigen bekundete niederträchtige Gesinnung kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. (§§ 164, 165 St. G. B.)

d. Verletzung des religiösen Empfindens.

Die Religion steht in innigster Verbindung mit dem seelischen Wesen des Menschen: zu allen Zeiten hat es Religion gegeben, wenn auch in den verschiedensten Formen. Dem ganzen Empfinden des Menschen entspricht es, in den täglich von ihm beobachteten Naturerscheinungen des Wechsels von Tag und Nacht, von Sommer und Winter, von Regen und Sonnenschein ꝛc. nicht blindwaltende Kräfte zu sehen, sondern in ihnen eine Ordnung, eine Regelmäßigkeit zu erblicken, die gerade in dieser Form wirken muß, um diese Erscheinungen hervorzubringen. Es widerstrebt dem Menschen, sich selbst nur als einen Spielball wilder Gewalten anzusehen, denen er schutzlos gegenübersteht. Er glaubt, daß über dem Allen eine Kraft bestehe, ein allmächtiges, allgegenwärtiges Wesen, das alle die beobachteten Erscheinungen leitet, das die Sonne auf- und untergehen, das die Menschenkinder werden und vergehen läßt. Und dieses „Wesen", in dem er alles Gute und Vollkommene sieht, in dessen Hand er sein Geschick legt, in der Ueberzeugung, daß es ihn leiten, beschirmen und zu einem guten Ende führen werde, nennt er: „Gott" — gleichviel ob er selbst Christ oder Heide, Jude oder Mohammedaner ist — und die Betrachtung und Verehrung, die er ihm zollt: „Religion". Dieses höchste Empfinden des Menschen schützt der Staat vor rohen und gefühllosen Angriffen — der Staat, der selbst die Religion für seine Zwecke benutzt, der ihr eine hohe, achtunggebietende Stellung in seinem Rechtsleben einräumt, der sich ihrer bedient, um in dem Eide eine alle Zweifel beseitigende Beweiskraft zu gewinnen.

Mit Gefängnißstrafe wird daher bedroht: wer dadurch ein Aergerniß giebt, daß er öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen eine Gottes-

Lästerung begeht; wer die Kirche oder ihre Einrichtungen und Gebräuche beschimpft; wer in einer Kirche beschimpfenden Unfug verübt; wer durch Thätigkeit oder Drohung Jemanden hindert, den Gottesdienst auszuüben (z. B. in die Kirche zu gehen); wer in einer Kirche den Gottesdienst oder einzelne Handlungen desselben durch Erregung von Lärm oder Unordnung vorsätzlich verhindert oder stört.

Dieser Schutz wird ausgedehnt auf den Grabesfrieden, indem **Grabschändungen** verboten werden: wer unbefugt ein Grab zerstört oder beschädigt, oder wer an einem solchen beschimpfenden Unfug verübt, wird bestraft; ebenso derjenige, der unbefugt eine Leiche aus dem Gewahrsam der dazu berechtigten Person wegnimmt. (§§ 166 bis 168 St. G. B.)

Sachbeschädigung und Diebstahl, an Sachen begangen, die zum religiösen Dienst 2c. bestimmt sind, werden als „schwere" mit härteren Strafen belegt, ingleichen Brandstiftung an Kirchen, Kapellen 2c.

e. Verletzung der Sicherheit des Personenstandes und der Familienordnung.

Die Familie bildet die erste Grundlage des Staates; der Staat kann das Familienleben nicht entbehren, wenn er sich nicht selbst in seinem Bestande gefährden will: der verheirathete Unterthan ist dem Staate eine weit größere Stütze wie der nichtverheirathete, denn er erhofft nicht nur für sich, sondern auch für seine Angehörigen Schutz und Vortheil vom Staate; an der Kinderzeugung, an dem Aufwachsen der Nachkommen in geordneten Familienverhältnissen, an deren Erziehung zu rechtlich denkenden Menschen, an ihrer Berufsausbildung und schließlichen Selbständigkeit hat der Staat ein hohes Interesse, das ihn unter allen Umständen zwingt, die Familienordnung, das Eheleben und das Eltern- und Kindesverhältniß zu schützen. Abgesehen von der später zu erörternden Beurkundung des Personenstandes (d. h. des Familienverhältnisses einer Person zur anderen, also von Mann und Frau — durch die Eheschließung —, von Eltern und Kind, oder von Geschwistern untereinander — Anmeldung der Geburt und des Todes —) greift der Staat in diese Verhältnisse strafrechtlich ein, indem er Störungen und Mißbrauch (Unzucht zwischen Eltern und Kind) mit schweren Strafen bedroht.

Wer bereits verheirathet ist und eine neue Ehe eingeht, solange die erste noch nicht getrennt ist, und wer mit einer solchen Person unter dem Bewußtsein von deren anderweiter Ehe sich verheirathet **(Doppelehe)**; wer als Ehegatte (Mann oder Frau) die eheliche Treue verletzt **(Ehebruch** [A]), gefährdet den Frieden und Bestand des ehelichen Lebens und wird dafür bestraft, im Falle des Ehebruches jedoch nur, wenn die Ehe wegen desselben geschieden ist und der andere Ehegatte die Bestrafung beantragt.

Zum Schutze des Kindes- und des Geschwisterverhältnisses wird mit Strafe bedroht: wer ein Kind unterschiebt oder vorsätzlich verwechselt **(Unterschiebung)**; Eltern und Kinder, die miteinander den

Beischlaf vollziehen **(Blutschande)**; Geschwister, die miteinander geschlechtlich verkehren; Eltern, die ihre Kinder verkuppeln. (§§ 169, 170; 171 bis 184 St. G. B.)

Dieser Schutz des Familienlebens bewegt sich gleichzeitig auf dem Gebiete der Sittlichkeit.

f. Verletzung der Sittlichkeit.

Die Sittlichkeit an sich liegt zwar verborgen im innersten Wesen des Menschen; man muß die Gedanken, die Beweggründe des einzelnen Menschen kennen, die ihn zu einem bestimmten Handeln veranlaßt haben, um beurtheilen zu können, ob er sittlich oder unsittlich gehandelt habe: wer einer Missionsgesellschaft Geld zuwendet, damit den Wilden das Evangelium gepredigt werde, um dadurch ihr Gemüth zu entwickeln, sie zu glücklichen und zufriedenen Menschen zu machen, der handelt sittlich; wer dagegen giebt, um sich einen Namen zu machen oder, wie der Engländer, in der Erwartung, daß die Wilden nach ihrer Bekehrung es gleich den Europäern für erforderlich halten würden, Hosen und Röcke zu tragen, und daß sie den Kattun dazu ihnen — den Engländern — abkaufen werden, der handelt unsittlich.*) Da nun aber dieser innere Vorgang äußerlich nicht wahrnehmbar ist, kann der Staat auch nicht dagegen vorgehen, soviel ihm sonst auch daran liegen muß, rechtlich und sittlich denkende Unterthanen zu haben. Nur wo die Unsittlichkeit in äußere Erscheinung tritt und bedeutende Schäden verursacht, muß der Staat das öffentliche Interesse schützen: er sichert Anstand und Sitte und bestraft nachdrücklichst ihre Verletzungen, in erster Linie insoweit sie das geschlechtliche Leben treffen. (Unsittlichkeit im engeren Sinne.)

1. Allgemeiner Schutz des Geschlechtslebens. Außer dem Beischlaf zwischen Eltern und Kindern, zwischen Geschwistern (vergl. S. 95, e) wird bestraft: der Beischlaf zwischen Großvater und Enkelin, Großmutter und Enkel; zwischen Stiefeltern und Stiefkindern, Schwiegervater und Schwiegertochter, Schwiegermutter und Schwiegersohn, Schwiegergroßvater und Schwiegerenkelin, Schwiegergroßmutter und Schwiegerenkel, sofern diese Verhältnisse auf thatsächlicher Verwandtschaft oder Schwägerschaft beruhen. **(Blutschande.)**

10) Verwandtschaft besteht zwischen Personen, von denen, wie Vater und Sohn, die eine von der anderen abstammt, oder die, wie Geschwister, von einem gemeinschaftlichen dritten (Vater oder Mutter) herstammen. — Schwägerschaft ist das Verhältniß, das zwischen dem einen Ehegatten, z. B. der Frau, und den Verwandten des anderen, z. B. des Mannes, besteht, also zwischen der Frau und den Eltern, Geschwistern, Tanten, Großeltern 2c., sowie den Kindern aus einer früheren Ehe — das sind dann „Stiefkinder" der Frau — des Mannes. — Die oben mit Strafe bedrohten Personen dürfen einander auch nicht ehelichen.

---

*) Das Beispiel der Engländer erwähnt Karl Jentsch in seiner „Volkswirthschaftslehre".

Männer (nicht auch Frauen), die miteinander beischlafsähnliche Handlungen (nicht bloße wechselseitige Onanie) vornehmen (Päderastie), sowie Männer und Frauen, die derartige Handlungen mit einem Thiere begehen (Bestialität), treiben **widernatürliche Unzucht** und sind mit Gefängniß bis zu 5 Jahren zu bestrafen.

2. Verletzung eines Achtungsverhältnisses: Vormünder, die mit ihren Pflegebefohlenen; Adoptiv- und Pflegeeltern, die mit ihren Kindern; Geistliche, Lehrer (z. B. auch Klavier- 2c. Lehrer) und Erzieher, die mit ihren minderjährigen (also unter 21 Jahren) Schülern oder Zöglingen; Beamte, die mit Personen, gegen welche sie eine Untersuchung zu führen haben oder welche ihrer Obhut anvertraut sind; Beamte, Aerzte 2c. in öffentlichen Kranken-, Armen- 2c. Anstalten sowie in Gefängnissen, die mit den in diese aufgenommenen Personen unzüchtige Handlungen vornehmen, werden mit Zuchthaus bestraft. Diese harte Strafe ist angedroht, weil in den obenerwähnten Fällen der eine Theil dem anderen gegenüber zu Achtung, Gehorsam und Ehrerbietung verpflichtet ist, sich vereinzelt, wie beim Beamten, auch in dessen vollständiger Gewalt befindet, und weil der Schutz dieser Personen eine schwere Strafandrohung für den Fall des Mißbrauches dieses Abhängigkeitsverhältnisses erfordert.

3. Besonderer Schutz der Frauen. Strafthaten auf dem Gebiete des Geschlechtslebens werden in der Regel die naturgemäße Befriedigung des Geschlechtstriebes bezwecken, sich also gegen eine Person des anderen Geschlechts richten: Mann gegen Frau, Frau gegen Mann. Der Angriff einer Frau gegen einen Mann, etwa um diesen zu zwingen, mit ihr den Beischlaf zu vollziehen, ist an sich nicht ausgeschlossen, immerhin aber wohl unwahrscheinlich. Sollte jedoch ein derartiger Zwang gegen einen Mann, z. B. durch Vorhalten eines Revolvers angewendet werden, dann entbehrt er jedenfalls unter allen Umständen des besonderen „sittlichen“ oder wenigstens eines besonders „vergewaltigenden“ Momentes, würde sich vielmehr nur darstellen als eine zwangsweise Beeinflussung zur Vornahme einer Handlung, die allerdings im gegenwärtigen Falle sich auf geschlechtliche Befriedigung der zwingenden Frau richtet, aber an sich ebenso gut einen anderen Zweck, z. B. Urkundenfälschung, Diebstahl 2c. verfolgen könnte. Das St. G. B. stellt daher ein derartiges Vergehen einer Frau dem Zwang zur Vornahme irgend einer anderen Handlung, z. B. den Hut vor Jemandem abzunehmen oder ihm den entfallenen Spazierstock aufzuheben, vollständig gleich und straft in beiden Fällen nur wegen „Nöthigung“. (Vergl. S. 105, Ziffer 2. d dieses Paragraphen.)

Wesentlich anders aber liegt die Sache beim Angriff des Mannes gegen eine Frau; abgesehen davon, daß die Vollziehung des Geschlechtsaktes für die betheiligte Frau viel weitgehendere Folgen haben kann

wie beim Manne, ist zu erwägen, daß die Frau sittlich ein weit feineres Empfinden hat wie der Mann, daß geschlechtliche Unversehrtheit ein wesentlicher Theil der Frauenehre überhaupt ist, daß die Frau in den meisten Fällen der körperlich erheblich schwächere Theil ist und bei einem Kampfe im Allgemeinen nennenswerthen Widerstand kaum wird leisten können, und endlich, daß die gegen die Frau unternommene Handlung des Mannes, mag sie nun auf Anwendung seiner Körperkraft oder unter Benutzung von List und Tücke geschehen, den Stempel der Gemeinheit, der Rohheit und thierischer Begierde an der Stirn trägt. Daher schützt das St. G. B. die Frau besonders in ihrer Geschlechtsehre, gegen Angriffe der Gewalt sowohl wie der List.

Die gewaltsame Vornahme unzüchtiger Handlungen an einer Frauensperson, auch wenn sie von dem Ehemann gegen seine Ehefrau begangen wurden, im Allgemeinen, sowie die gewaltsame Vollziehung des außerehelichen Beischlafs (also nicht bei einem Ehepaare) und die Nöthigung zur Duldung dieser beiden Handlungen wird mit Zuchthaus bestraft.

11) Diese Nöthigung braucht absolut nicht immer von demjenigen auszugehen, der den Beischlaf 2c. vollziehen will: auch eine Mutter kann ihre Tochter „nöthigen", sich von einem Manne unzüchtige Berührungen 2c. gefallen zu lassen; ebenso ein Mann eine in seinem Zimmer befindliche Frauensperson, sich auch seinem Freunde preiszugeben. Die „Nöthigung" muß nur geschehen in Form einer Drohung, die eine gegenwärtige Gefahr für Leib oder Leben enthält; bei Kindern unter 14 Jahren genügt bloße „Verleitung", also ein Einwirken durch Ueberredung, Belohnung, Bestrafung 2c. (Vergl. darüber S. 100, Ziffer 4.)

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der den willenlosen oder bewußtlosen Zustand oder auch die Geisteskrankheit einer Frau benutzt, um mit dieser außerehelich den Beischlaf zu vollziehen; ebenso den, der eine Frau zur freiwilligen Preisgabe dadurch bewogen hat, daß er eine Trauung vorspiegelte oder in ihr einen anderen Irrthum erregte, so daß die Frau der Meinung war, es handele sich um einen ehelichen Beischlaf (A).

Die Geschlechtsehre der Frau kann auch durch dritte Personen bedroht werden (vergl. oben Anm. 11): eine dritte Person (Mann oder Frau) kann das Begehren einer anderen nach Unzucht dadurch unterstützen, daß sie einem Manne ein Mädchen oder umgekehrt einem Mädchen einen Mann zuführt, die Beiden also miteinander bekannt macht, damit sie gemeinsam Unzucht treiben (nicht Beischlafsvollziehung ist erforderlich, Vornahme unzüchtiger Handlungen allein genügt hier zu dem Begriff des „Unzucht-Treibens").*) Auch in anderer Form kann eine Vermittelung stattfinden, ohne daß gerade zwei bestimmte Personen einander zugeführt werden: auch der Betrieb der großen Nachtcafés in Berlin und anderen Großstädten, in denen sich um Mitternacht

*) Entscheidung des Reichsgerichts vom Jahre 1884; angedeutet bei Berner, Deutsches Strafrecht, Seite 469.

herum zahlreiche Personen beiderlei Geschlechts in absolut nicht zu verkennender Absicht einfinden, ist nichts als eine zwar etwas versteckte, darum aber desto widerwärtigere Vermittelung zwischen den Gelegenheit zur Unzucht Suchenden beider Geschlechter, unter denen hier namentlich das weibliche sich in besonderer Weise hervorthut. Endlich kann auch in anderer Art die Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheit zur Unzucht erfolgen, namentlich durch Einräumung eines Zimmers. Alle diese Handlungen, die sämmtlich darauf hinauslaufen, der Unzucht Vorschub zu leisten, fallen unter den Begriff der Kuppelei, die also nichts Anderes ist als: Unterstützung der Unzucht durch irgend welche Mittel.

Leider straft unser St. G. B. die Kuppelei nur in wenigen Fällen: wenn hinterlistige Kunstgriffe angewendet sind und wenn sie begangen ist von Eltern gegen ihre Kinder, von Vormündern gegen ihre Pflegebefohlenen, von Geistlichen, Lehrern oder Erziehern gegen ihre Zöglinge — Fälle, bei denen also entweder eine ganz hervorragende Gemeinheit entwickelt ist oder wiederum ein Achtungsverhältniß gemißbraucht wurde. (Zuchthaus bis zu fünf Jahren.) Ferner wird die Kuppelei mit Gefängniß bedroht, wenn sie gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz, d. h. des Vortheils wegen, betrieben wird, z. B. Vermiethen von Wohnungen u. dergl.

12) Beide Voraussetzungen würden mehr oder weniger auf die oben erwähnten Nachtcafés passen; gleichwohl schreitet die Polizei nicht ein, in der Erwägung, daß Vorgänge dieser Art, die einmal nicht gänzlich zu beseitigen sind, die Sittlichkeit weniger gefährden, wenn sie in umschlossenen Räumen sich abspielen, als wenn sie auf der Straße passirten. Außerdem wird es ihr nur in den seltensten Fällen gelingen, ein bestimmtes Paar, das sich gerade in dieser Weise zusammengefunden hat, namentlich zu ermitteln, so daß zwar begrifflich Kuppelei auf Seiten des Wirthes vorliegt, diesem jedoch nur ganz ausnahmsweise ein bestimmter Fall der Kuppelei nachgewiesen werden könnte. Ohnedem kann aber natürlich keine Bestrafung eintreten.

An dieser Stelle sind die Zuhälter, „Louis" genannt, zu erwähnen, jene Sorte Menschen, die als Auswurf der Menschheit an Hinterlist, Rohheit, Gemeinheit alle anderen weit übertreffen. Zuhälter nennt man ein Subjekt, das im Wesentlichen seinen Lebensunterhalt von dem Gelde bestreitet, das eine Frauensperson, seine „Geliebte", durch Unzucht erworben hat; für Gewährung dieser Vortheile „schützt" der Zuhälter dann die betr. Frauensperson, lebt häufig mit ihr zusammen, verübt Gewaltthätigkeiten gegen Männer, die seiner „Braut" seines Erachtens nicht genügend Geld für die Gestattung des Beischlafs geben, bestiehlt diese event. in listiger Weise und was dergleichen gemeine Handlungen mehr sind. Auf diese Leute habe die Polizei scharf Acht, bei der geringsten Uebertretung greife sie dieselben in der energischsten Weise: zwar ist ein Zuhälterverhältniß an sich noch nicht strafbar, begründet auch ohne Weiteres noch keineswegs den Thatbestand der Kuppelei, aber zu irgend welchen Ausschreitungen ist das Gesindel immer

geneigt und wird bei genügender Kontrolle zwar schwer, aber doch in einzelnen Fällen gefaßt werden können. Kuppelei liegt beim Zuhälter nur vor, wenn er die Ausübung der Unzucht unterstützt durch Mittel, wie sie oben erörtert sind.

4. Besonderer Schutz der Jugend. Gleich den Frauen bedarf auch die Jugend eines besonderen Schutzes, den das St. G. B. dadurch gewährt, daß es jugendliche Personen beiderlei Geschlechts bis zum vollendeten 14. Lebensjahre vor unzüchtigen Handlungen sichert, und denjenigen, der dennoch solche mit ihnen vornimmt (gleichgültig, ob mit Gewalt oder unter Zustimmung der Kinder), sowie den, der sie zur Duldung oder eigenen Verübung derartiger Handlungen verleitet (vergl. Anm. 13), mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bedroht. Die jugendlichen Personen weiblichen Geschlechts werden außerdem vor Störungen ihrer geschlechtlichen Entwickelung bewahrt dadurch, daß ihnen ein geschlechtlicher Verkehr vor Vollendung des 16. Jahres nach Kräften unmöglich gemacht wird: wer ein unbescholtenes Mädchen (aber nur ein solches!) vor dieser Zeit zum Beischlafe verführt, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft (A).

13) Dieser Zeitpunkt entspricht den natürlichen Verhältnissen des weiblichen Körpers; von diesem Alter ab darf ein Mädchen auch heirathen (Männer nach Erlangung der Großjährigkeit, also im Allgemeinen mit 21 Jahren). Alle Mädchen sind also bis zum 14. Jahre gegen jede persönliche Berührung mit der Unsittlichkeit geschützt, darüber hinaus nicht mehr gegen die bloße Vornahme unsittlicher Handlungen (sofern eben nicht Gewalt angewendet wird — oben Ziffer 3 —), wohl aber gegen die Beischlafsvollziehung (auch mit ihrer Zustimmung), sofern das Mädchen nur „unbescholten", d. h. i geschlechtlicher Hinsicht makellos ist und verführt wurde. Nach Vollendung des 16. Jahres hört jegliche Sonderstellung auf; Angriffe werden dann nach Ziffer 3, S. 97, beurtheilt.

5. Besonderer Schutz der Oeffentlichkeit. Handlungen, die, wie das Singen eines pikanten Liedes, an sich harmloserer Natur sind, solange das Lied z. B. in einem begrenzten Raume Zuhörern vorgetragen wird, deren Ansicht über solche Dinge ganz mit der des Vortragenden übereinstimmt, verursachen doch Bedenken, wenn sie öffentlich Jedem sichtbar, Jedem hörbar vorgenommen werden: der feinfühlige Mensch findet sich in seinem sittlichen Empfinden verletzt, in jugendlichen Personen wird Neugierde und Geilheit erregt, und nur der gänzlich Abgestumpfte geht an solchen Dingen vorüber, ohne von ihnen belästigt zu werden. Deshalb wird nicht nur die thatsächliche Erregung eines öffentlichen Aergernisses durch unzüchtige Handlungen, wie oben das Singen des unsittlichen Liedes, bestraft, sondern auch die Ausstellung und der Anschlag von unzüchtigen Schriften, Abbildungen und Darstellungen an Orten, die, wie z. B. ein Schaufenster, dem Publikum zugänglich sind, ja unser St. G. B. geht noch weiter und verbietet den Verkauf, die Vertheilung und die sonstige Verbreitung (z. B. durch Zeitungen) solcher unzüchtigen Schriften, Abbildungen und Darstellungen gänzlich.

(Zeitungen, die derartige Artikel enthalten, sind nach S. 76, § 9. B. 2 sofort zu beschlagnahmen.) (§§ 171 bis 184 St. G. B.)

Die gewerbsmäßige Unzucht ist an anderer Stelle zu betrachten. (Vergl. S. 126, § 14. B.)

g. Verletzung der gemeinen Sicherheit (gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen).

Es giebt Handlungen, die, wie die Brandstiftung, an sich zwar gegen eine bestimmte Person ursprünglich gerichtet sind, deren fortgesetzte Beschränkung auf diese eine Person, deren Fernhalten von allen anderen aber der Thäter nicht in der Hand hat: wer das Haus seines Nachbars in Brand setzt, kann keineswegs dafür bürgen, daß das Feuer auf dieses eine Gebäude beschränkt bleibt, drei, vier Nachbarhäuser, ja ein ganzer Stadttheil kann eingeäschert werden, so wenig das auch in der Absicht des Thäters gelegen hat, so unangenehm es ihm vielleicht sein mag. Solche Handlungen, welche die Gesammtheit gefährden, bedroht das Strafgesetz wegen ihrer von vornherein unabsehbaren Wirkung und mit Rücksicht auf den in derartigem Verhalten liegenden besonders großen Frevel mit ausnehmend schweren Strafen; das St. G. B. bezeichnet sie als **„gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen"**. Eine Gefahr für die Gesammtheit wird besonders hervorgerufen durch Feuer, Wasser und Seuchen, und demgemäß werden Brandstiftung, Herbeiführung einer Ueberschwemmung, Zerstörung von Wasserleitungen, Schleusen, Dämmen, von Brücken, Fähren ꝛc., Bewirken eines Schiffsunterganges, Vergiftung von Brunnen und Gebrauchsmitteln, sowie die Verletzung von Einfuhrverboten und Absperrungsmaßregeln, die zur Verhütung einer Verbreitung von ansteckenden Krankheiten oder Viehseuchen erlassen sind, bestraft, mögen diese Handlungen nun mit Absicht oder aus Fahrlässigkeit begangen sein. Dazu treten, als gemeingefährliche Handlungen gleichfalls schwer bedroht: die Zerstörung oder Gefährdung öffentlicher Verkehrsanlagen und Einrichtungen (Eisenbahn, Telegraphenanstalt), sowie die Leitung oder Ausführung eines Baues im Widerspruch mit den Grundsätzen der Baukunst. (§§ 306 bis 330 St. G. B.)

2. Verletzung der persönlichen Rechtsgüter.

a. Schutz des Lebens.

An der Erhaltung des Lebens hat nicht nur die einzelne Persönlichkeit selbst ein Interesse, sondern auch die Existenz des Staates steht in innigster Berührung mit der Fortpflanzung, mit der dauernden Erhaltung des Menschengeschlechts. Das Interesse des Staates dehnt sich sogar aus auf den überhaupt noch nicht lebensfähigen Keim des künftigen Menschen, auf die Frucht im Mutterleibe: neben sittlichen Erwägungen ist es vor Allem die Rücksicht auf die Volksvermehrung, die ihn veranlaßt, Zerstörungen auch dieses werdenden Menschen zu untersagen.

Das menschliche Leben kann vernichtet werden unmittelbar, wie bei der Tödtung, oder auch mittelbar, wie bei der Aussetzung, wo dann erst Nahrungsmangel das Ableben herbeiführt.

1. Unmittelbare Vernichtung menschlichen Lebens, also eine Handlung gegen einen Menschen, die an sich dessen Ableben herbeiführt, nennen wir Tödtung. Diese Tödtung kann mit den verschiedenartigsten Mitteln herbeigeführt werden: man kann einen Menschen mit dem Beil, mit dem Messer, durch einen Schuß, durch Gift, durch Schreck ꝛc. umbringen. Auch anscheinend harmlose Gegenstände sind unter gewissen Voraussetzungen geeignet, den Tod eines Menschen zu veranlassen: so kann ein Zuckerkranker, dem jeglicher Genuß von Zucker verboten ist, dadurch getödtet werden, daß ihm ein Anderer eine gewisse Menge Zucker beibringt.

Tödtet Jemand mit Vorsatz einen Menschen, und hat er diese That mit Ueberlegung ausgeführt, dann wird er wegen **Mordes** mit dem Tode bestraft; hat er die Tödtung zwar gewollt, aber doch bei der Handlung selbst ohne Ueberlegung gehandelt, dann trifft ihn wegen **Todtschlages** Zuchthaus nicht unter fünf Jahren. Die Tödtung bleibt selbst dann strafbar, wenn sie auf ernstliches und ausdrückliches Verlangen des Getödteten erfolgte, nur eine mildere Strafe tritt alsdann ein; dasselbe geschieht, wenn der Tod durch Fahrlässigkeit verursacht ist und wenn eine Mutter ihr uneheliches Kind in oder gleich nach der Geburt vorsätzlich tödtet.

14) Der Unterschied zwischen Mord und Todtschlag liegt darin, ob die That mit Ueberlegung ausgeführt ist. Den Tod des Anderen herbeizuführen beabsichtigt sowohl der Todtschläger als auch der Mörder. Beide haben sich vorgenommen, ein Menschenleben zu vernichten; aber während der Mörder nun mit kalter Ueberlegung ans Werk geht, seine Vorbereitungen trifft und den ahnungslos vorübergehenden Gegner aus sicherem Versteck erschießt, denkt der Todtschläger unter Umständen noch gar nicht daran, seinen Feind schon heute umzubringen, der mag ruhig noch ein paar Tage leben, entgehen wird er ihm schon nicht. Unglücklicherweise muß der Andere ihn aber nun heute gerade wieder herausfordern, sie beschimpfen sich gegenseitig, sprechen sich in eine ungeheure Erregung hinein, und in seiner sinnlosen Wuth stößt er dem verhaßten Feinde, dem er schon längst den Tod geschworen hatte, das Messer schon heute in die Brust. Gewollt hat auch dieser Mann den Tod des Anderen, besonders auch in dem Augenblick, als er mit dem Messer zustieß; aber daß er in dem Moment des Stoßes mit Ueberlegung gehandelt hat, kann man nicht behaupten.

Das keimende Leben wird geschützt durch Androhung von Zuchthausstrafe: für diejenige Schwangere, die ihre Frucht vorsätzlich **abtreibt** oder im Mutterleibe tödtet, und für diejenige Person, die für diese Zwecke geeignete Mittel bei einer Schwangeren angewendet oder ihr beigebracht oder ihr solche gegen Entgelt verschafft hat.

2. Mittelbare Vernichtung geschieht durch eine Handlung, die durch sich selbst nicht das Ableben verursacht, die aber in ihren Folgen zu diesem Ende führen muß, wenn nicht ein anderer Mensch eingreift und die von dem Thäter beabsichtigte Wirkung ausschließt. Das ist

der Fall bei der **Aussetzung**: der Ausgesetzte muß vor Hunger, Kälte ꝛc. sterben, wenn ihn nicht ein Anderer rettet. Die Aussetzung, die natürlich nur bei hülflosen Personen (Jugend, Gebrechlichkeit, Krankheit) möglich ist und am häufigsten gegen neugeborene Kinder wegen Mißgestaltung, Gebrechlichkeit ꝛc. angewendet wird, hat Gefängniß nicht unter drei Monaten zur Folge. (§§ 211 bis 222 St. G. B.)

Vorbeugende polizeiliche Maßregeln zum Schutze des Lebens vergl. bes. §§ 11, 13, 14 d. W.

b. Schutz der Gesundheit.

Körperliches Wohlbefinden ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Zufriedenheit, für das Glück des Menschen — Empfindungen, die beim Menschen herzustellen die letzte Aufgabe aller Staatsthätigkeit ist. (Vergl. S. 17, § 4. A.) Ein kranker Mensch fühlt sich ebensowenig wohl wie ein geschlagener.

Um die körperliche **Unversehrtheit** zu sichern und damit wenigstens eine Garantie für das rein körperliche Wohlbefinden zu geben, wird nicht nur die körperliche Mißhandlung oder anderweite Beschädigung an der Gesundheit (z. B. Ansteckung mit einer Geschlechtskrankheit) als **Körperverletzung** bestraft (A), sondern auch schon die auf körperliche Schädigung gerichtete **Absicht**, sofern sie sich in Beibringung von Giften oder anderen Stoffen geäußert hat, die geeignet sind, die Gesundheit zu zerstören, gleichgültig, ob ihre Einflößung **Wirkung** gehabt hat oder nicht.

15) Die Mißhandlung muß nach dem oben Gesagten in irgend einer Beziehung die körperliche Unversehrtheit verletzt haben; eine einfache Ohrfeige ist daher nur **thätliche** Beleidigung, nicht Körperverletzung.

Eine **schwere Körperverletzung**, deren strafrechtliche Bedeutung jedoch nur in der höheren Strafandrohung liegt, ist vorhanden: wenn dieselbe mittelst einer Waffe, insbesondere eines Messers oder eines anderen gefährlichen Werkzeuges oder mittelst eines hinterlistigen Ueberfalls oder von Mehreren gemeinschaftlich oder mittelst einer das Leben gefährdenden Behandlung begangen ist; wenn sie den Tod des Verletzten verursacht oder den Verlust eines wichtigen Gliedes des Körpers, des Sehvermögens, des Gehörs, der Sprache oder der Zeugungsfähigkeit zur Folge gehabt hat, eine dauernde Entstellung bewirkt oder Siechthum, Lähmung oder Geisteskrankheit nach sich zieht.

Für die bloße **Möglichkeit** der Bestrafung belanglos ist es, ob die Körperverletzung mit Absicht vorgenommen oder nur aus Fahrlässigkeit verursacht ist. (§§ 223 bis 233 St. G. B.)

Besondere Vorbeugungsmaßregeln gegen fahrlässige Körperverletzung liegen besonders in den polizeilichen Unfallverhütungsvorschriften; vergl. darüber § 11 d. W.

c. Schutz der Ehre.

Der gute Ruf ist eines der kostbarsten Güter des Menschen; wer ihn verloren hat, wird von seinen Mitmenschen verachtet: „Ehre verloren — Alles verloren!" Daher wird auch die Ehre vor böswilligen Angriffen geschützt, indem Beleidigungen bestraft werden (A).

Beleidigung ist die unberechtigte Mißachtung der Persönlichkeit eines Anderen; wer einen anderen Menschen „Schafskopf" schimpft oder vor ihm ausspuckt, beleidigt ihn. Die **Beleidigung** tritt in drei Formen auf:

1. Als einfache Beleidigung durch Worte, Bilder, Schrift ꝛc. oder durch Thätlichkeiten, die, wie eine Ohrfeige, Anpacken an der Brust ꝛc., noch keine Körperverletzung verursachen.

2. Als üble Nachrede: die Behauptung oder Verbreitung einer Thatsache über eine andere Person, die geeignet ist, dieselbe verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, und deren Wahrheit der Verbreiter nicht zu beweisen in der Lage ist: z. B. es sei Jemand bestraft.

3. Als Verläumdung: die Behauptung oder Verbreitung einer Thatsache wie unter 2., die jedoch von vornherein aufgestellt wird in dem Bewußtsein, daß man etwas Unwahres verbreitet. (§§ 185 bis 200 St. G. B.)

Nicht als Beleidigungen gelten Aeußerungen, die zur Ausführung oder Vertheidigung von Rechten oder zur Wahrung berechtigter Interessen gemacht werden, sowie Vorhaltungen und Rügen der Vorgesetzten gegen ihre Untergebenen, dienstliche Anzeigen oder Urtheile eines Beamten (z. B. Bericht, daß eine Frauensperson in dem Verdacht der Kuppelei stehe) — sofern nicht aus der ganzen Form oder aus den begleitenden Umständen die Absicht der Beleidigung hervorgeht. (§ 193 St. G. B.)

Ueber Beamtenbeleidigung siehe S. 34, § 6. C. 5; über Majestätsbeleidigung S. 71, § 9. A. 2.

d. Schutz der Freiheit.

Nur in der Freiheit kann der Mensch gedeihen, nur in der Freiheit kann er seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten entfalten: wer wie ein Hund in einer elenden Hütte lebt und diese nur mit Erlaubniß eines Anderen, seines „Herrn", verlassen darf, oder wer zu allen Handlungen, die er vorzunehmen beabsichtigt, der Genehmigung eines Anderen bedarf, der führt ein menschenunwürdiges Dasein. Hier greift der Staat ein und verbietet die Herstellung solcher Verhältnisse, wenn etwa ein Mensch sich freiwillig dazu entschließen sollte, und bedroht die Verursacher mit harten Strafen, wenn sie gewaltsam vorgenommen wird.

16) Verträge, durch die sich Jemand unter Verzicht auf jedes Kündigungsrecht verpflichtet, Zeit seines Lebens in den Diensten eines Anderen zu bleiben, sind daher, wenigstens in dieser Form, ungültig.

Die persönliche Freiheit bethätigt sich in der Bewegungsfreiheit und in der Willensfreiheit: nicht nur wer mich einsperrt oder mich sonst verhindert an freier Bewegung, nimmt mir die Verfügung über meine Freiheit, sondern das geschieht auch schon dadurch, daß mich Jemand zwingt, eine Handlung vorzunehmen oder zu erdulden, zu deren Ausführung oder Ertragen ich freiwillig mich niemals hätte entschließen können; im letzteren Falle wird mir die Freiheit meiner Willensentschließung entzogen. Beide Arten der Freiheitsbeschränkung stellt der Staat unter Strafe.

1. Schutz der Bewegungsfreiheit. Wer einen Menschen des Gebrauches seiner persönlichen Freiheit durch Einsperrung oder auf andere Weise beraubt, wird wegen **Freiheitsberaubung** mit Gefängniß bestraft.

17) Eine Vermietherin, die ihrem „Stubenherrn" die Stiefel vorenthält, bis er ihr die schuldige Miethe zahlt, begeht eine Freiheitsberaubung, da sie ihn am Ausgehen verhindert.

Dagegen trifft Zuchthaus denjenigen, der sich durch List, Drohung oder Gewalt eines Menschen bemächtigt, um ihn in hülfloser Lage auszusetzen oder um ihn in Sklaverei, Leibeigenschaft oder in auswärtige Kriegs- oder Schiffsdienste zu bringen **(Menschenraub)**. Die gleiche Strafe ist dem in Aussicht gestellt, der eine Frauensperson wider ihren Willen durch List, Drohung oder Gewalt entführt, um sie zur Unzucht zu bringen (A); nur Gefängniß tritt ein, wenn die Entführung in der Absicht erfolgte, mit der Entführten eine Ehe einzugehen.

Minderjährige haben nicht die freie Verfügung über ihre eigenen Angelegenheiten; diese steht lediglich den Eltern oder dem Vormund zu; wer eine Minderjährige entführt, verletzt daher das Recht der Eltern oder des Vormundes. Demgemäß wird nicht nur die zwangsweise **Entführung** der Minderjährigen bestraft, sondern schlechtweg deren Entführung, auch wenn sie mit Einwilligung der entführten Person geschah; in diesem Falle jedoch nur dann, wenn es sich um eine minderjährige, unverehelichte Frauensperson handelte, und wenn die Entführung erfolgte in der Absicht, dieselbe zur Unzucht oder zur Ehe zu bringen (A).

2. Schutz der Willensfreiheit. Wer nicht auf Grund eigenen Entschlusses, sondern unter dem Zwange eines Anderen sich zum Handeln veranlaßt sieht, der handelt auf **„Nöthigung"**.

Daß Jemand straffrei bleibt, der infolge solcher Nöthigung eine strafbare Handlung begeht, haben wir bereits S. 85, unter I. 7 dieses Paragraphen gesehen; nur mußte das „Nöthigen" geschehen durch unwiderstehliche Gewalt oder durch eine Drohung, die mit einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben verbunden war; dagegen bleibt Niemand wegen eines Mordes straflos, den er begangen, weil ihm ein Anderer angedroht hatte, „er werde ihm nächstens einige Aepfel von seinem Baume stehlen, wenn er den Schulze nicht umbringe". Gegen die Aus-

führung solcher Drohungen hätte sich der Betreffende durch Anrufen der Polizei sichern können; aber ein Mord läßt sich damit nicht entschuldigen. (Vergl. S. 85, I. 7 dieses Paragraphen.)

Ebenso ist bereits erörtert, wie in einzelnen Fällen die „Nöthigung", der Zwang zur Vornahme oder Duldung einer ganz bestimmten Handlung als besonderes Vergehen mit Strafe bedroht ist: so besonders die Nöthigung einer Frauensperson zur Duldung des außerehelichen Beischlafs oder unzüchtiger Handlungen (vergl. S. 96, A. II. 1. f. dieses Abschnitts); nur mußte auch hier die Nöthigung erfolgt sein durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben: Die oben erwähnte Drohung des Apfeldiebstahls würde auch hier nicht genügen.

Viel weiter greift das St. G. B. nun an dieser Stelle: es straft schlechtweg den Zwang, der auf eine Willensentschließung ausgeübt wird, als **„Nöthigung"**.

18) Soll durch den Zwang die Begehung einer Strafthat erreicht werden, dann liegt Anstiftung vor (vergl. S. 82, I. 4 dieses Paragraphen). Hier wird es sich in der Regel um die Erzwingung an sich straffloser Handlungen drehen, z. B. den Hut abzunehmen, einem Anderen die Stiefel zu putzen, einen ihm aus der Hand gefallenen Spazierstock aufzuheben, einen Wechsel zu unterzeichnen 2c.

Dieser Zwang kann angewendet werden durch Gewalt oder durch Drohung; die Drohung braucht hier nicht mehr mit einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben verbunden zu sein, sondern es genügt die Bedrohung mit irgend einem Verbrechen oder Vergehen schlechthin, um die Strafbarkeit des Zwanges als Nöthigung zu begründen, selbst wenn die thatsächliche Ausführung des angekündigten Verbrechens oder Vergehens erst in z. B. sechs Monaten beabsichtigt sein sollte. Die Bedrohung mit einer Uebertretung, z. B. in der kommenden Nacht die Ruhe eines Anderen stören zu wollen, genügt jedoch nicht, wohl aber würde die Androhung eines Hausfriedensbruchs oder einer öffentlichen Beleidigung hinreichen zur „Nöthigung", da hier Vergehen angedroht werden. Es soll eben der Zwang ferngehalten werden; Jeder soll nach seinem freien Willen handeln.

Deshalb wird auch schon, ohne daß eine bestimmte Handlung, Duldung oder Unterlassung erreicht werden soll, ganz allgemein derjenige mit Strafe belegt, der einem Anderen nur mit der Begehung einer Strafthat droht, gleichgültig, was er damit erreichen will; jedoch muß es sich in diesen Fällen um die Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens handeln **(Bedrohung)**. (§§ 234 bis 241 St. G. B.)

e. Schutz des Eigenthums.

Wer das Eigenthum an einer Sache hat, ist berechtigt, mit ihr nach seinem Gutdünken zu verfahren: er kann sie verkaufen, verpfänden, verschenken, vernichten 2c. 2c.; nur in den Gesetzen des Staates liegt im Interesse der Allgemeinheit eine gewisse Beschränkung: der Besitzer eines Grundstücks darf auf demselben nicht nach Belieben ein Haus

errichten ꝛc. ꝛc. Abgesehen hiervon aber ist der Eigenthümer freier Besitzer.

Da nur die Aussicht auf Erwerb, die Gewißheit, daß er das, was er für sich erhält, auch behalten, es zu Eigenthum besitzen könne, den Menschen zum Arbeiten, zum Erfinden ꝛc. veranlaßt, und mit Rücksicht darauf, daß unter den Menschen ein derartiges Streben herrschen muß, wenn sie in der Welt vorwärts kommen wollen, schützt der Staat auch die Eigenthumsordnung. Wer erwirbt, erwirbt für sich — und auf der anderen Seite: wer nicht arbeiten, nicht auch für seinen Theil erwerben will, der soll auch nicht essen. Der Besitz der Erwerbenden wird bedroht von den Nicht-Erwerbenden, da diese trachten müssen, in anderer Weise ihren Lebensunterhalt zu ermöglichen.

Das Eigenthum eines Menschen kann in verschiedener Weise angegriffen werden:

1. Es kann Jemand eine Sache aus dem Gewahrsam eines Anderen wegnehmen **(Diebstahl)**. (§§ 242 bis 248 St. G. B.)

2. Er kann auch einer Person selbst etwas abnehmen, indem er diese durch Gewalt oder Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben zwingt, ihm eine mitgeführte Sache auszuhändigen, oder indem er diese auch gewaltsam entreißt **(Raub)**.

3. Er kann, um sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen, einen Anderen zur Vornahme, Duldung oder Unterlassung einer dazu dienlichen Handlung durch Gewalt oder Drohung mit irgend welchen Nachtheilen nöthigen **(Erpressung)**, z. B. X. zwingt durch Vorhalten eines Revolvers den Y., an seinen Bankier zu telephoniren, ihm (dem X.) sofort 1000 Mark in die Wohnung zu schicken. (Für 2 und 3: §§ 249 bis 256 St. G. B.)

4. Er kann Jemand durch Vorspiegelung falscher Thatsachen, oder indem er sonst einen Irrthum in ihm erregt, dazu veranlassen, daß dieser selbst eine Handlung vornimmt, die sein eigenes Vermögen schädigt **(Betrug)**. (§§ 263 bis 265 St. G. B.)

5. Er kann die Sache eines Anderen, die ihm zur Aufbewahrung oder sonst übergeben ist, die er also thatsächlich bereits in seiner Gewalt hat, sich dadurch zueignen, daß er sie wie seine eigene nach Belieben verwendet **(Unterschlagung)**. (§ 246 St. G. B.)

6. Er kann die Sache eines Anderen in dessen Besitz lassen, sie aber beschädigen oder auch gänzlich zerstören **(Sachbeschädigung)**. (§§ 303 bis 305 St. G. B.)

7. Er kann eine Benachtheiligung oder wenigstens die Gefahr einer solchen dadurch herbeiführen, daß er zwar die Sache selbst im Wesentlichen unberührt läßt, aber doch wie der Pfandleiher, der die bei ihm versetzten Kleider trägt, ihren Bestand in Frage stellt oder auch ihren Werth vermindert, oder indem er Geheimnisse eines Anderen unbefugt preisgiebt **(Strafbarer Eigennutz und Verletzung fremder Geheimnisse)**. (§§ 284 bis 302 St. G. B.)

Zu 1: Diebstahl wird allgemein mit Gefängniß bestraft. Zuchthaus wird jedoch angedroht: wenn aus einem Gotteshause Gegenstände, die dem Gottesdienst gewidmet sind, oder aus einem Gebäude oder umschlossenen Raume Sachen mittelst Einbruchs, Einsteigens oder Erbrechens von Behältnissen gestohlen werden; wenn bei dem Diebstahle zur Eröffnung von Thüren, Behältnissen ꝛc. falsche Schlüssel oder ähnliche Werkzeuge verwendet werden; wenn auf einem öffentlichen Wege oder Platze, einer Straße, einer Eisenbahn, einem Eisenbahnhofe, in einem Postgebäude und dem dazu gehörigen Hofe Reisegepäck oder andere zu befördernde Gegenstände in der Art gestohlen werden, daß dabei falsche Schlüssel benutzt oder die Befestigungs- und Verwahrungsmittel abgeschnitten oder abgelöst werden; wenn bei dem Diebstahle Waffen mitgeführt sind; wenn den Diebstahl eine Bande begangen hat, d. h. Mehrere, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Thaten verbunden haben (vergl. S. 82, I. 4 dieses Paragraphen); wenn der Diebstahl zur Nachtzeit in einem bewohnten Gebäude begangen wird, in das sich der Thäter in diebischer Absicht eingeschlichen oder in dem er sich in gleicher Absicht verborgen hatte **(schwerer Diebstahl)**; wenn der Thäter bereits zweimal wegen Diebstahls oder ähnlicher Handlungen bestraft ist und darauf einen dritten Diebstahl begeht **(Diebstahl im Rückfalle)**.

Sogenannter **„räuberischer Diebstahl"** liegt vor, wenn ein Dieb bei frischer That ertappt ist und gegen die hinzugekommene Person Gewalt oder gefährliche Drohungen verübt, um den Besitz des gestohlenen Gutes zu behaupten. Der räuberische Dieb wird wie der Räuber bestraft (S. 107, 2.).

Eine Sonderstellung unter dem Diebstahl hinsichtlich der Höhe der Strafe nimmt ein:

der Feld- und Forstdiebstahl (Gesetz vom 1. April 1880),

der Mundraub (A), d. h. die Entwendung von Nahrungs- oder Genußmitteln von unbedeutendem Werthe oder in geringer Menge zum alsbaldigen Verbrauche. (§ 370, 5 St. G. B.)

Futterdiebstahl (A), d. h. die dem Besitzer wider Willen zugefügte Wegnahme von Getreide oder anderen Futtermitteln, um das Vieh desselben damit zu füttern. (§ 370, 6 St. G. B.)

Diese Fälle werden wegen des geringen Werthes des gestohlenen Gutes nur als Uebertretungen gestraft.

Zu 2: Raub wird mit Zuchthaus gesühnt; erschwerend fällt ins Gewicht: die Mitführung von Waffen beim Raube; der Raub einer Bande, auf öffentlichen Wegen ꝛc., zur Nachtzeit in einem bewohnten Gebäude; die Marterung eines Menschen gelegentlich des Raubes, sowie Rückfall im Sinne von: Zu 1 (oben).

Zu 3: Erpressung ist mit Gefängniß nicht unter einem Monat bedroht, bei gewissen erschwerenden Umständen, wie Bedrohung mit Mord, Brandstiftung und Ueberschwemmung, jedoch mit Zuchthaus.

Zu 4: Betrug. Die Täuschung des Betrogenen kann dadurch erreicht werden, daß der Betrüger ihm falsche Thatsachen vorspiegelt oder daß er wahre Thatsachen entstellt oder überhaupt unterdrückt; den hierdurch verursachten Irrthum nutzt er nun aus, um den Betrogenen zu einer sein eigenes Vermögen schädigenden Handlung zu bewegen: so ein Bettler, der vorgiebt, nur einen Arm zu haben und auf Grund dessen ein Almosen erhält. Der Betrüger wird mit Gefängniß, im Rückfalle (vergl. S. 108, Zu 1) mit Zuchthaus bestraft.

Besondere Betrugsfälle sind:

Unlauterer Wettbewerb (R. Ges. vom 27. Mai 1896), d. i. das Verhalten eines Kaufmanns, der durch unwahre Bekanntmachungen, Preiskataloge 2c. sein Geschäft der Wahrheit zuwider dem kaufenden Publikum als das bessere hinzustellen sucht und dadurch das Geschäft des anderen Kaufmanns niederdrückt (A).

Betrüglicher Bankerott, d. i. der Konkurs eines Geschäftsmannes, der durch ungesetzliches Verhalten, wie Aufwand, Spiel, unterlassene Buchführung 2c. herbeigeführt ist, oder nach dessen Ausbruch betrügerische Handlungen, wie Beiseiteschaffen von Vermögensstücken, vorgenommen werden, um die Gläubiger zu schädigen. (§§ 209 bis 214 Reichs-Konkurs-Ordnung.)

Untreue, d. i. Vermögensschädigung, die unter Verletzung eines Treueverhältnisses oder einer Vertrauensstellung von einer Person einer anderen zugefügt wird: so der Vormund, der absichtlich zum Nachtheile des Vermögens seines Mündels handelt, z. B. werthlose Aktien kauft, der Bevollmächtigte, der über Forderungen des Auftraggebers absichtlich zu dessen Nachtheile verfügt 2c. (§ 266 St. G. B.)

Zu 5: Unterschlagung wird mit Gefängniß bestraft.

Zu 6: Sachbeschädigung. Die vorsätzliche und rechtswidrige Beschädigung oder Zerstörung einer fremden Sache wird mit Geldstrafe oder Gefängniß geahndet (A). Schwerere Form ist die Beschädigung oder Zerstörung von Gegenständen, die zum Gottesdienst bestimmt sind, von Grabmälern, öffentlichen Denkmälern, Gegenständen, die zur Verschönerung öffentlicher Wege, Plätze und Anlagen dienen 2c., sowie die ganze oder theilweise Zerstörung eines Gebäudes, einer Brücke, eines Schiffes 2c.

19) Fehlte die Absicht der Beschädigung, dann tritt keine Kriminalstrafe ein; der Geschädigte kann in diesem Falle nur Schadenersatz verlangen, da eine „fahrlässige Sachbeschädigung" dem St. G. B. unbekannt ist.

Zu 7: Strafbarer Eigennutz und Verletzung fremder Geheimnisse schädigen das Eigenthum des Anderen in der Regel nur mittelbar.

Verboten ist:

Das Glücksspiel, sofern daraus ein Gewerbe gemacht wird, sowie die Gestattung des Glücksspiels in einem öffentlichen Versammlungsort durch den Inhaber desselben;

20) Zum Begriff des Gewerbes gehört, daß der Spieler spielt, um zu erwerben, um aus seinem Gewinn seinen Lebensunterhalt ganz oder theilweise zu bestreiten oder um damit andere Aufwendungen zu machen. Fehlt diese Absicht, dann liegt nur „Gewohnheit" vor.

die öffentliche Veranstaltung von Lotterien ohne obrigkeitliche Erlaubniß;

die Veräußerung oder Beiseiteschaffung von Vermögensstücken durch eine Person, der eine Zwangsvollstreckung droht (A);

die unbefugte Benutzung von verpfändeten Gegenständen durch öffentliche Pfandleiher;

die unbefugte Ausübung der Jagd, der Fischerei und des Krebsens;

21) Die wilden Thiere in Wald und Feld sind zwar keines Menschen Eigenthum; dürfen aber dennoch nicht von Jedermann eingefangen werden. Im Interesse der Zucht, vor Allem um gänzliche Vernichtung der jagdbaren Thiere (zu denen übrigens wilde Kaninchen nicht gehören) auszuschließen, ist die früher Allen zustehende Jagdberechtigung beseitigt. Heute kann nur der Grundbesitzer die Jagd ausüben, aber auch nur, sofern er ein zusammenhängendes Feldgrundstück von 300 Morgen besitzt. Alle kleineren Besitze werden für die Zwecke der Jagd zusammengeworfen zu einem einheitlichen Jagdgebiet, das der Gemeinde überwiesen ist, die ihrerseits wieder die Ausübung der Jagd auf diesen Grundstücken verpachtet. Außerdem muß jeder Jäger, auch wenn er der Besitzer der Jagd ist, sich einen Jagdschein ausstellen lassen, den er bei Ausübung der Jagd stets bei sich zu führen hat. Die Jagdscheine werden für das laufende Jahr oder für drei Tage ausgefertigt. In ähnlicher Weise ist die Ausübung der Fischerei ꝛc. beschränkt.

die vorsätzliche und unbefugte Eröffnung eines verschlossenen Briefes oder anderer verschlossener Urkunden, die nicht zur Kenntniß des Oeffnenden bestimmt sind (A);

die unbefugte Offenbarung von Privatgeheimnissen durch Rechtsanwälte, Aerzte, Apotheker, Hebeammen ꝛc. (A);

die Annahme von Schuldscheinen, Wechseln oder anderen Verpflichtungsurkunden eines Minderjährigen, die sich der Empfänger in gewinnsüchtiger Absicht und unter Benutzung des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit desselben hat ausstellen lassen (A);

der Wucher d. i. Ausbeutung der Nothlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Anderen, um einen ausnehmend hohen Zinsfuß für die Gewährung von Darlehen ꝛc. zu erhalten;

der Erwerb solcher Forderungsrechte und ihre Geltendmachung oder Weiterveräußerung. —

III. Die Verhängung der Strafe.

Diese oben erörterten Strafandrohungen haben in erster Linie einen vorbeugenden Zweck, sie sollen die Leute fernhalten von der Begehung der verbotenen Handlungen: der Mörder soll sich sagen: wenn du mordest, dann wirst du hingerichtet, und soll aus Furcht vor der Wiedervergeltung vor seinem Vorhaben zurückschrecken. Daß

dies thatsächlich nicht in allen Fällen geschieht, daß in vielen Menschen die Lust am Verbrechen größer ist und mächtiger wirkt, als die Furcht vor Strafe, beweisen die unzähligen Strafthaten, die täglich passiren. Gegen solche Verletzungen seiner Strafgesetze muß der Staat nun rücksichtslos vorgehen. Bei weniger wichtigen Vergehen, wie Beleidigung und leichter Körperverletzung, überläßt er es zwar dem Verletzten, sein Recht zu verfolgen (Privatklage), bei allen anderen Strafthaten schreitet er jedoch selbst ein, zieht er die Missethäter von Amtswegen zur Rechenschaft (öffentliche Klage). Diese öffentliche Klage wird von der Staatsanwaltschaft erhoben, die zur Untersuchung die Polizeibehörden heranzieht. —

Den Anstoß zu einer Strafverfolgung giebt die Anzeige. Diese geht zwar in vielen Fällen von dem Verletzten, dem Bestohlenen ꝛc. aus, jedoch ist, wie S. 57, § 6. C. 9 bereits erörtert, der Beamte auch aus sich verpflichtet, Strafthaten, über deren Begehung er in irgend einer Form erfährt, zur Anzeige zu bringen. Der Verletzte kann seine Anzeige direkt bei der Staatsanwaltschaft anbringen, aber er kann sie auch der Polizei erstatten. Der Polizeibeamte ist gehalten, die Anzeige aufzunehmen, jedoch läßt sich nichts dagegen einwenden, daß er einen Anzeigenden abweist, wenn er sicher ist, daß die betreffende Handlung überhaupt nicht strafbar ist; der Abgewiesene mag dann selbst die Anzeige aufsetzen und sie der Polizeiverwaltung oder der Staatsanwaltschaft einsenden, aber von dem Beamten unnöthige Schreiberei zu verlangen, hieße ihm die Pflichten seines ohnehin nicht leichten Amtes ohne zwingenden Grund erschweren. Jedoch sei der Beamte gerade hier ganz besonders vorsichtig: ist er seiner Sache nicht ganz gewiß, dann nehme er die Anzeige ruhig auf.

Erfolgt die Anzeige auf Grund der Mittheilung eines Anderen, dann ist sie zweckmäßig in protokollarischer Form zu erstatten (Muster 5, Theil IV); sie kann aber auch nach Muster 6, Theil IV angebracht werden.

Bei der Anzeige sind allgemein folgende Punkte zu erörtern:

1. Name des Anzeigenden;

2. Name und möglichst genaues Nationale des Angeschuldigten bezw. Vermerk, daß der Thäter nicht bekannt ist;

3. Art der Strafthat, unter Berücksichtigung der Betrachtungen unter Abschnitt II dieses Paragraphen; namentlich, ob einer der erschwerenden Umstände vorliegt, z. B. beim Diebstahl, Einbruch, Rückfall und dergl., sowie in allen Fällen, in denen es sich um einen Angriff gegen das Vermögen handelt, wie hoch sich der angerichtete Schaden beläuft, besonders ob er sich unter 25 Mark hält oder darüber hinausgeht, da sich hiernach die Zuständigkeit des Gerichts bestimmt;

4. Ort und Zeit der Handlung;

5. Mittel, Werkzeuge 2c., mit denen die Handlung vorgenommen wurde;

6. ob eine vorläufige Festnahme oder Beschlagnahme stattgefunden hat;

7. ob Gefahr im Verzuge ist, besonders ob Verdacht besteht, daß der Thäter, z. B. weil stellenlos, entfliehen oder vielleicht die Spuren der That vernichten werde;

8. Angaben der Zeugen und Beweismittel;

9. sonstige Verhältnisse, Vorkommnisse 2c., deren Erwähnung der Beamte für wesentlich hält;

10. bei Körperverletzungen ist ein ärztliches Attest beizubringen;

11. bei Antragsdelikten, die oben mit (A) bezeichnet sind, ist ein ausdrücklicher Strafantrag zu stellen (Muster 7, Theil IV) oder eine entsprechende unzweideutige Erklärung in das Protokoll aufzunehmen, das aber dann von dem Antragsteller zu unterzeichnen ist.

Der Beamte gewöhne sich, in dieser Reihenfolge seine Anzeige zu erstatten; er wird dann stets eine innerlich wohl geordnete Arbeit abgeben und Rückfragen 2c. vermeiden. —

Die weitere Aufklärung der Sache erfolgt unter Leitung oberer Polizeibeamten (Polizeikommissare) und der Staatsanwaltschaft, die schließliche Verhängung der Strafe durch das Gericht. Die Schöffengerichte sind im Wesentlichen zuständig für die Aburtheilung aller Uebertretungen, derjenigen Vergehen, die mit höchstens drei Monaten Gefängniß oder 600 Mark Geldstrafe bedroht sind, sowie von einfachem Diebstahl, einfacher Unterschlagung, einfachem Betruge, einfacher Sachbeschädigung, insoweit in diesen Fällen der angerichtete Schaden 25 Mark nicht übersteigt. — Bei allen anderen Strafthaten sind die Strafkammern der Landgerichte zuständig, abgesehen von einzelnen schweren Verbrechen, wie Mord, Todtschlag 2c., deren Aburtheilung durch besondere Schwurgerichte erfolgt, und den vereinzelten Fällen, in denen, wie bei Hochverrath gegen den Kaiser, das Reichsgericht schon in erster Instanz zu entscheiden hat. —

Zur Sicherung der späteren Aburtheilung und Strafvollstreckung sind, wie S. 39, § 6. C. 6 bereits erörtert, häufig besondere Maßnahmen erforderlich, um das Beweismaterial zu erhalten: Durchsuchung und Beschlagnahme derjenigen Gegenstände, mit denen die Strafthat begangen ist, oder die, wie gestohlenes Geld 2c., durch dieselbe erlangt sind; um Flucht des Thäters, Vernichtung von Spuren, Beeinflussung von Zeugen zu vermeiden: Verhaftung des Angeschuldigten. Sowohl Durchsuchung und Beschlagnahme, als auch Verhaftung des Angeschuldigten sollen grundsätzlich nur auf richterliche Anordnung erfolgen. Erachtet der Staatsanwalt deren Vornahme im Laufe der Untersuchung für erforderlich, dann hat er bei dem Richter den Erlaß eines Haus-

suchungs- oder Haftbefehls zu beantragen. Nur wenn dieser zu spät kommen würde, wenn also Gefahr im Verzuge liegt, sind der Staatsanwalt und auch dessen Hülfsbeamte (Polizei-Leutnant rc.) zur selbständigen Anordnung dieser Maßregeln befugt. An sich ist also auf diesem Gebiete nur der Richter zuständig, nur unter gewissen Voraussetzungen auch Staatsanwalt und Polizei.

Ueber das Recht der Polizei zur Durchsuchung und Beschlagnahme sowie zur vorläufigen Festnahme ist bereits S. 39, § 6. C. 6 ausführlich gesprochen; hier handelt es sich nur noch darum, die allgemeinen Voraussetzungen zu betrachten, unter denen die richterliche Anordnung einer Verhaftung überhaupt zulässig ist, da diese Voraussetzungen auch bei polizeilichem Einschreiten nach dieser Richtung hin vorliegen müssen.

Verhaftung des Angeschuldigten darf nur angeordnet werden, wenn er der That dringend verdächtig erscheint und wenn außerdem der Verdacht der Flucht oder Thatsachen gegen ihn vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß er:

1. entweder Spuren der That vernichten,
2. oder, daß er Zeugen oder Mitschuldige zu einer falschen Aussage,
3. oder, daß er Zeugen dazu verleiten werde, sich der Zeugnißpflicht zu entziehen.

Dieser Verdacht ist aber in jedem einzelnen Falle aus besonderen Verhältnissen des Angeschuldigten, aus seinem Verhalten rc. zu beweisen. Nur der Fluchtverdacht gilt allgemein als begründet:

1. wenn die Strafthat ein Verbrechen ist (da dann meist eine besonders hohe Strafe zu erwarten ist);
2. wenn der Angeschuldigte ein Heimathloser oder Landstreicher oder nicht im Stande ist, sich über seine Person auszuweisen (da er, wenn man ihn laufen ließe, zur gerichtlichen Verhandlung nur schwer oder auch gar nicht zur Stelle zu schaffen wäre);
3. wenn der Thäter ein Ausländer ist (Gründe wie unter 2).

Ueber die Sonderstellung der „Uebertretung“ bezüglich der Verhaftung siehe unter „polizeiliche Zwangsbefugnisse“, S. 45.

Hatte sich der Thäter schon geflüchtet, bevor seine Verhaftung vorgenommen werden konnte, dann wird er durch einen „Steckbrief“ verfolgt.

Dieser Steckbrief ist eine öffentliche Bekanntmachung, die unter kurzer Schilderung der begangenen Strafthat und unter Angabe eines Signalements zur Verhaftung des Flüchtigen auffordert, und kann nur vom Richter oder Staatsanwalt erlassen werden und nur dann, wenn bereits ein Haftbefehl gegen den Angeschuldigten ergangen ist. Nur wenn ein Festgenommener aus dem Gefängnisse entweicht oder sich sonst der Bewachung entzieht, ist steckbriefliche Verfolgung ohne Haftbefehl statthaft. Auch die Polizeibehörden sind in diesen Fällen zum

Erlasse eines Steckbriefes befugt. Die Ablieferung des festgenommenen Verfolgten an diejenige Behörde, die den Steckbrief erlassen hat, ist möglichst zu beschleunigen; ist sie nicht bis zum nächsten Tage durchführbar, dann ist der Festgenommene auf sein Verlangen sofort dem nächsten Amtsrichter vorzuführen.

Die Steckbriefsregister hat jeder einzelne Beamte sorgfältig durchzulesen; er hat sich eifrigst zu bemühen, Flüchtlinge dem vergeltenden Arme der Gerechtigkeit zu überantworten. —

Hat das Gericht nun die Strafe für den einzelnen Fall festgesetzt, dann ist sie auch thatsächlich zu vollstrecken. Diese Vollstreckung wird nur ausgeschlossen durch Begnadigung seitens des Landesherrn, der die Strafe ganz oder theilweise erlassen, sie auch in eine mildere umwandeln kann. Wird diese Begnadigung, z. B. gelegentlich besonderer vaterländischer Feste, bei der Krönung eines neuen Herrschers 2c., einer unbestimmten Menge durch einen allgemeinen Erlaß ertheilt, dann nennt man sie „Amnestie".

B. Vorbeugende Maßnahmen sollen die Begehung von Strafthaten nach Möglichkeit ausschließen; man sucht die Zahl der Verbrechen zu vermindern durch Zwangserziehung verwahrloster Kinder, die bei fortgesetzter Vernachlässigung ihrer Erziehung eine schwere Gefahr für den Staat werden würden, und durch Einsperrung (Korrektionshaft) oder scharfe Ueberwachung (Polizeiaufsicht) von Personen, die bereits durch Begehung von Strafthaten ihre Mißachtung staatlicher Gesetze an den Tag gelegt haben und deswegen der Gesammtheit gefährlich sind.

1. **Die Korrektionshaft.** Wer wegen einer der auf S. 45, § 6. C. 6. c erörterten Uebertretungen (§ 361, 3 bis 8 St. G. B.) bestraft wird, kann zugleich vom Richter der Landespolizeibehörde überwiesen werden. Dadurch erhält der Regierungspräsident die Befugniß, die verurtheilte Person bis zu 2 Jahren in einem Arbeitshaus unterzubringen. Hier werden die Inhaftirten zu regelmäßiger Arbeit, Ordnung und Pünktlichkeit angehalten, überhaupt an einen regelmäßigen Lebenswandel gewöhnt, und man erhofft von längerem Aufenthalte in solchen Anstalten eine derartige Besserung der untergebrachten Leute, daß sie nach ihrer Freilassung ein anderes, ordnungsmäßiges und gesetzliches Leben führen werden.

Ausländer können in solchen Fällen ausgewiesen werden; bei unbefugter Rückkehr werden sie bestraft. (§ 361, 2 St. G. B.)

2. **Die Polizeiaufsicht** muß durch richterliches Erkenntniß zugelassen werden. Erst nach dieser Ermächtigung kann der Regierungspräsident den Verurtheilten unter Polizeiaufsicht stellen, und zwar auf die Dauer von höchstens 5 Jahren. Die Polizeiaufsicht hat folgende Wirkungen:

a) dem Verurtheilten kann der Aufenthalt an einzelnen bestimmten Orten (auch innerhalb einer und derselben Stadt) vom Regierungspräsidenten untersagt werden.

22) Die Unterthanen können im Allgemeinen frei ihren Aufenthaltsort wählen; abgesehen von einigen Einzelheiten, kann die Gemeinde nur im Interesse der Armenverwaltung einen Neuzuziehenden abweisen, sofern die Besorgniß begründet erscheint, daß derselbe der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen werde.

b) Haussuchungen unterliegen hinsichtlich der Zeit, in der sie vorgenommen werden dürfen, keiner Beschränkung.

Ausländer können auch in diesem Falle ausgewiesen werden.

Daß der unter Polizeiaufsicht Stehende jeden Wohnungswechsel besonders bei der Polizei anzumelden hat, ergiebt sich aus dem Wesen der Aufsicht. Zuwiderhandelnde werden bestraft. (§ 361, 1 St. G. B.)

§ 11. Die Unfallpolizei.

Verhütung von Unfällen wird von den meisten Zweigen polizeilicher Thätigkeit angestrebt, auch die Bau-, Feuer- 2c. Polizei geht darauf hinaus, Unfälle zu vermeiden.

Für die in Fabriken, Bergwerken 2c. beschäftigten Arbeiter sind besondere Vorschriften erlassen, um Unfälle zu verhüten.

Hier handelt es sich darum, auf einige besondere Verhältnisse aufmerksam zu machen.

A. Verletzung durch Thiere. Das Hetzen von Hunden auf Menschen; das Führen oder Stehenlassen von Thieren an öffentlichen Orten in einer Weise, daß sie durch Ausreißen, Schlagen oder auf andere Art Schaden anrichten können; die unerlaubte Haltung gefährlicher wilder Thiere, das freie Herumlaufenlassen oder die sonstige ungenügende Beaufsichtigung derselben wird bestraft. (§§ 366, 5 und 6; 367, 11 St. G. B.)

1) Hunde müssen meist einen Maulkorb führen; Näheres ergeben die einzelnen Lokalpolizeiverordnungen, auf die hier zu verweisen ist.

B. Aufbewahrung von Schießpulver, Giften 2c. Die unerlaubte Zubereitung von Schießpulver und von anderen explodirenden Stoffen oder Feuerwerken (vergl. S. 131, § 17), sowie die vorschriftswidrige Aufbewahrung oder Behandlung bei der Beförderung, beim Verkauf 2c. wird bestraft. (§ 367, 4 und 5 St. G. B.) Pulvertransporte durch Ortschaften erfolgen vielfach unter Begleitung von Polizeibeamten, namentlich wenn es sich um größere Transporte handelt, und sind durch äußere Zeichen besonders kenntlich.

Das Legen von Selbstgeschossen, Schlageisen oder Fußangeln, das Schießen mit Feuergewehr oder anderem Schießwerkzeuge und das Ab-

brennen von Feuerwerkskörpern bedarf an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten polizeilicher Erlaubniß. (§ 367, 8 St. G. B.)

C. Tragen von Waffen ist an sich Jedem gestattet, jedoch namentlich in unruhigen Gegenden (Fabrikstädten) durch Polizeiverordnung meist von dem Besitze eines Waffenscheines abhängig gemacht, den die Polizeiverwaltung ausstellt; ausgenommen sind natürlich auch hier Jäger, bewaffnete Beamte 2c.

Das St. G. B. bedroht § 367, 9 denjenigen mit Strafe, der einem gesetzlichen Verbot zuwider Stoß-, Hieb- oder Schußwaffen, welche in Stöcken oder Röhren oder in ähnlicher Weise verborgen sind, feilhält oder mit sich führt.

Handfeuerwaffen müssen am Lauf und am Verschluß mit Prüfungszeichen versehen sein. (Ges. 19. Mai 1891.)

Erwähnt wird noch, daß die heimliche oder verbotswidrige Ansammlung von Waffen oder Schießbedarf, soweit sie nicht innerhalb eines Gewerbebetriebes erfolgt, unter Strafe gestellt ist. (§ 360, 2 St. G. B.)

D. Werfen mit Steinen 2c. Das Werfen von Steinen, von anderen harten Körpern oder von Unrath auf Menschen, Pferde oder andere Zug- und Lastthiere, gegen fremde Häuser, Gebäude oder Einschließungen, sowie in Gärten oder eingeschlossene Räume wird bestraft. (Das Treffen ist gleichgültig.) Ebenso derjenige, der nach einer öffentlichen Straße oder Wasserstraße oder nach Orten hinaus, wo Menschen zu verkehren pflegen, Sachen ohne gehörige Befestigung aufstellt oder aufhängt, durch deren Umstürzen oder Herabfallen Jemand beschädigt werden kann, oder der Sachen auf eine Weise ausgießt oder auswirft, daß dadurch die Beschädigung oder Verunreinigung einer Person möglich wird. (§ 366, 7 und 8 St. G. B.)

E. Unverdeckte Brunnen 2c. Wer auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen, auf Höfen, in Häusern und überhaupt an Orten, an denen Menschen verkehren, Brunnen, Keller, Gräben, Oeffnungen oder Abhänge dergestalt unverdeckt oder unverwahrt läßt, daß daraus Gefahr für Andere entstehen kann, wird bestraft. (§ 367, 12 St. G. B.)

§ 12. Die Ordnungspolizei.

A. Das Personenstandswesen. Die Ehe wird dadurch geschlossen, daß die Verlobten vor einem Standesbeamten persönlich und bei gleichzeitiger Anwesenheit erklären, die Ehe miteinander eingehen zu wollen. (§ 1317 B. G. B.) Als Standesbeamter wird regelmäßig der Bürgermeister oder ein anderer Gemeindebeamter bestellt. Geburten sind binnen einer Woche diesem anzumelden, Todtgeburten,

Sterbefälle am nächsten Tage. Zur Anmeldung der Geburt ist der Vater, die Hebamme, der Arzt, jede andere dabei zugegen gewesene Person und endlich die Mutter, sobald sie dazu im Stande ist, verpflichtet; zur Anzeige des Sterbefalles: das Familienhaupt und, wenn ein solches fehlt, derjenige, in dessen Wohnung der Sterbefall sich ereignet hat.

Jedes eheliche Kind führt den Familiennamen seines Vaters und wird durch diesen von anderen Staatsunterthanen unterschieden. Eine Aenderung dieses einmal erworbenen Namens ist nur mit besonderer Genehmigung der Staatsbehörde zulässig. Wer sich eines ihm nicht zukommenden Namens einem zuständigen Beamten gegenüber bedient, macht sich strafbar; ingleichen wer unbefugt Titel, Würden oder Adelsprädikate annimmt. (§ 360, 8 St. G. B.)

1) An dieser Stelle verbietet das St. G. B. noch das unbefugte Tragen einer Uniform, einer Amtskleidung, eines Amtszeichens, von Orden und Ehrenzeichen.

Die Beerdigung der Leichen ist erst zulässig nach der Eintragung des Sterbefalles in das Personenstandsregister; zu früherer Beerdigung bedarf es polizeilicher Genehmigung. Im Allgemeinen soll eine Beerdigung vor Ablauf von 72 Stunden nach Eintritt des Todes nicht stattfinden; Abweichungen bedürfen der Genehmigung. Wer ohne Vorwissen der Behörde einen Leichnam beerdigt oder bei Seite schafft (oder wer unbefugt einen Theil einer Leiche aus dem Gewahrsam der dazu berechtigten Person wegnimmt — vergl. S. 95, § 10. A. II. 1. d. —) oder wer den polizeilichen Anordnungen über vorzeitige Beerdigung entgegenhandelt, wird bestraft. (§ 367, 1 und 2 St. G. B.)

Beförderungen von Leichen aus einen Ort in einen anderen dürfen nur mit Genehmigung der Polizeibehörde vorgenommen werden; dabei sind besondere Vorsichtsmaßregeln (Zinksarg rc.) zu beachten, der Führer des Leichentransportes erhält einen „Leichenpaß".

Sind Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß Jemand eines nicht natürlichen Todes gestorben ist, oder wird der Leichnam eines Unbekannten gefunden, so hat der Beamte sofort seinem Vorgesetzten Meldung zu erstatten, die Beerdigung zu verhindern und die Leiche zu beschlagnahmen. Es wird sodann ein Verfahren eingeleitet, das die Ermittelung der Todesursache zum Gegenstand hat. Die endgültige Verfügung über den Leichnam steht in solchen Fällen dem Untersuchungsrichter zu, ohne dessen Genehmigung insonderheit eine Beerdigung alsdann nicht stattfinden darf.

B. Melde- und Paßwesen. An sich besteht zwar Freizügigkeit, es kann sich Jeder in einem Orte niederlassen, wo es ihm gefällt; aber die Obrigkeit muß über Bestand und Wechsel der Bevölkerung unterrichtet sein und führt daher die Meldepflicht ein. Fremdenzugang und -Abgang, Heirathen, Geburten, Todesfälle sind binnen einer bestimmten Zeit (meist 24 Stunden) auf dem Einwohner-

Meldeamt bezw. auf den Revierbureaus anzumelden; zur Meldung verpflichtet ist der Vermiether des betreffenden Hauses ꝛc., häufig auch der Zugezogene ꝛc. selbst. Gastwirthe führen ein besonderes „Fremdenbuch“ und sind zu sofortiger Meldung verpflichtet, wenn Reisende ihnen verdächtig erscheinen. Das Meldeamt bezw. der Beamte des Revierbureaus kontrollirt auch die Erfüllung der Wehrpflicht, indem bei jeder Meldung eines Wehrpflichtigen dessen Militärpapiere geprüft werden.

2) Auf Befolgung der Meldevorschriften hat namentlich der Revierbeamte zu achten. Eine scharfe Kontrolle ist erforderlich, da von dem Aufenthalte der Erwerb des Unterstützungswohnsitzes abhängt und sich derselbe von der Behörde lediglich mit Hülfe des Meldeamtes feststellen läßt. (Vergl. S. 129, § 16.)

Ein Zwang, auf Reisen Legitimationspapiere mit sich zu führen, besteht heute nicht mehr; durch telegraphische Anfrage bei der Heimathsbehörde läßt sich erforderlichenfalls die Persönlichkeit Jemandes sehr schnell einwandfrei feststellen. Auf Ansuchen wird jedoch auch heute noch eine „Paßkarte“ ausgefertigt; für Reisen ins Ausland werden „Auslandsreisepässe“ ausgestellt.

C. Gesinde- und Miethspolizei. Das Gesindeverhältniß ist an sich ein rein privatrechtliches wie jedes andere Arbeits- oder Dienstverhältniß; über Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Gesinde hat daher der Richter zu entscheiden. Mit Rücksicht auf das öffentliche Interesse und die Nothwendigkeit, eintretende Meinungsverschiedenheiten möglichst schnell zu schlichten, ist jedoch die Polizei berufen, bei gewissen Streitigkeiten, insbesondere soweit es sich um Aufhebung oder Fortsetzung des Dienstverhältnisses handelt, eine vorläufige Entscheidung zu treffen; namentlich hat sie eventuell einen entlaufenen Dienstboten der Herrschaft wieder zuzuführen. Jeder Dienstbote muß mit einem Gesindedienstbuch versehen sein.

Ebenso ist das Miethsverhältniß ein rein privates und geht daher die Polizei an und für sich nichts an. Auch hier spielt aber das Privatverhältniß in die Oeffentlichkeit hinüber, so namentlich in größeren Städten bei Massenumzügen. Die Polizei ist daher ermächtigt, allgemeine Umzugstermine festzulegen, schreitet außerdem aber nur ein, um das Zurückbehaltungsrecht des Vermiethers zu sichern; jedoch auch hier nur in der Weise, daß sie den Vermiether, der die zurückzuhaltenden Sachen des Miethers an sich nehmen will, gegen Angriffe desselben schützt. In die Miethsstreitigkeiten selbst hat sich die Polizei nicht einzumischen.

3) Der Vermiether ist berechtigt, für geschuldete Miethe Sachen des Miethers pfandweise zurückzubehalten, um ohne zuvorige Beschreitung des Klageweges die Erfüllung seiner Forderung an diesen, nämlich die Miethezahlung, sicherzustellen. Daraus ergiebt sich, daß der Werth der zurückzubehaltenden Sachen den der Forderung nicht wesentlich übersteigen soll.

D. Sonntagsheiligung. Zur äußeren Heilighaltung der Sonn- und Festtage sind meist Polizeiverordnungen der Oberpräsidenten ergangen, die gewisse äußere Vorgänge (Fahren mit Lastwagen, öffentliche Aufzüge, zum Theil auch öffentliche Lustbarkeiten ꝛc.), die geeignet sind, die festliche Ruhe der Sonn- und Feiertage zu stören, bei Strafe verbieten.

Ein wesentlich anderes Ziel verfolgen die Vorschriften der R. G. O. über die Sonntagsruhe: sie wollen in erster Linie dem Arbeiter Ruhe verschaffen und untersagen daher dem Fabrikanten in gewissem Umfange die Beschäftigung seiner Leute am Sonntage — der Fabrikant selbst kann natürlich arbeiten, jedoch auch nur innerhalb bestimmter Grenzen; — die gleiche Ruhe soll den Angestellten im Handelsgewerbe zu Theil werden: insoweit deren Beschäftigung am Sonntage verboten ist, wird daher auch der Verkauf in offenen Verkaufsstellen untersagt. Diese Vorschriften sind also überwiegend im Interesse der Angestellten erlassen und bezwecken weniger, der äußeren Heilighaltung Störungen fernzuhalten: wenn ich mir am Sonntag nachmittags 5 Uhr die Haare verschneiden lasse, wird dadurch kaum das öffentliche Empfinden berührt; aber der Friseurgehülfe, der diese Verschönerung meines äußeren Menschen vornimmt, kommt zweifellos „um seinen Sonntag". Hierüber siehe später S. 143, § 17. B. 4.

E. Lustbarkeiten und Polizeistunde. Die Vergnügungen von Vereinen oder sonstigen geschlossenen Gesellschaften sind an sich, wie bereits erörtert, polizeilicher Einwirkung entzogen. (Vergl. S. 71, § 9. B. 1.) Dagegen ist zu öffentlichen Tanzlustbarkeiten polizeiliche Genehmigung erforderlich.

Ob ein Vergnügen öffentlich oder „geschlossen" ist, muß im Einzelfalle festgestellt werden; als Richtschnur mag dienen, daß bei einem geschlossenen Vergnügen die Theilnahme auf einen ganz bestimmt bezeichneten Personenkreis beschränkt ist — nicht derart, daß nur gewisse, im voraus namentlich bekannte Personen zugelassen werden, sondern nur so, daß der Eintritt in diesen Personenkreis nicht Jedermann nach Belieben freisteht. Die Erhebung von Eintrittsgeld macht allein eine geschlossene Gesellschaft noch nicht zu einer öffentlichen. So ist ein Fest, das von früheren Schülern einer Lehranstalt veranstaltet wird, stets „geschlossen", obschon die Personenzahl sowohl als auch die Namen der Theilnehmer sich vorher gar nicht übersehen lassen. Würde dagegen außer den früheren Schülern und deren Angehörigen auch jeder beliebige Andere, etwa nach Zahlung eines Eintrittsgeldes Zutritt haben, dann wäre das Fest ein öffentliches. Ueber Stellung der Polizei zur örtlichen Lustbarkeitssteuer vergl. S. 75, § 9. Anm. 11.

4) Jugendlichen Personen ist der Besuch öffentlicher Tanzvergnügen meist untersagt; Schulkindern schon der selbständige Besuch von Restaurationen. Die betr. Wirthe werden bestraft.

Der gewöhnliche Besuch von Gastwirthschaften ꝛc. ist durch die Polizeistunde beschränkt; diese beginnt, meist um 11 Uhr nachts, wird jedoch für die einzelnen Lokale verschieden von der Polizeiverwaltung festgesetzt, vereinzelt auch gänzlich aufgehoben. (Nachtcafé.) Nach Eintritt der Polizeistunde darf der Wirth kein Bier ꝛc. mehr verschänken; die Gäste können ihr Bier, das sie einmal erhalten haben, in aller Ruhe austrinken, haben sich jedoch dann zu entfernen. Die Polizeistunde ist daher nie auf die Minute zu rechnen, 10 bis 15 Minuten sind zweckmäßig stets nachzulassen.

Der Wirth, der in seinem Lokale über die Polizeistunde hinaus Gäste duldet, wird bestraft; hatte der Wirth oder dessen Vertreter die Gäste zum Fortgehen aufgefordert, dann werden auch diese bestraft, ebenso wenn die Aufforderung von einem Polizeibeamten ausgegangen war. (§ 365 St. G. B.)

F. Lotterien, Sammlungen. Der Staat selbst veranstaltet eine Lotterie und genügt damit den Bedürfnissen aller Spieler, soweit die Gesetze der Sittlichkeit das zulassen. Das Spielen in anderen Lotterien wird überflüssig, der Staat verbietet es daher, soweit es sich um außerpreußische Lotterien handelt, und macht innerhalb seines eigenen Herrschaftsbereichs die Veranstaltung jeder anderen Lotterie von seiner Erlaubniß abhängig. Außer dem Spielen ist auch der Verkauf von Loosen außerpreußischer Lotterien in Preußen, sowie die Veröffentlichung von Gewinnlisten derselben durch preußische Zeitungen verboten.

Oeffentliche Sammlungen dürfen nur mit Genehmigung veranstaltet werden.

G. Fundsachen. Wer eine verlorene Sache findet und an sich nimmt, hat dem Verlierer oder dem Eigenthümer oder einem sonstigen Empfangsberechtigten unverzüglich Anzeige zu machen. Kennt er diese Personen nicht, dann hat er, sofern die gefundene Sache mehr als drei Mark werth ist, den Fund unverzüglich der Polizei anzuzeigen; er ist ferner zur Verwahrung verpflichtet, kann jedoch auch und muß dies sogar bei Anordnung der Polizeibehörde die Sache an diese abgeben. Wird der Eigenthümer bezw. der Verlierer nicht ermittelt, dann erwirbt der Finder das Eigenthum an dem Fund mit dem Ablaufe eines Jahres nach der Anzeige des Fundes bei der Polizeibehörde und bei Sachen mit einem Werthe von unter drei Mark, deren Fund ja nicht anmeldepflichtig war, sobald nach dem Funde ein Jahr verstrichen ist. Ist der Verlierer jedoch bekannt geworden, dann bekommt der Finder nur einen „Finderlohn“, d. s. 5 pCt. des Werthes bei Sachen von unter 300 Mark, darüber hinaus und bei Thieren dagegen nur 1 pCt. (§§ 965 ff. B. G. B.). Sonach tritt bei Werthen unter drei Mark die Polizei event. gar nicht in Thätigkeit.

Ist die Sache in den Geschäftsräumen einer öffentlichen Behörde, z. B. im Wartesaale eines Gerichts, oder in den Beförderungsmitteln

einer Verkehrsanstalt, z. B. in einem Wagen der Straßenbahn, gefunden, so ist der Fund an die Behörde bezw. die Direktion der Straßenbahn abzuliefern, ohne aber Anspruch auf Finderlohn zu begründen.

Wer eine gefundene Sache unbefugt für sich behält, begeht eine Unterschlagung, sogen. „Fundunterschlagung".

H. Thierquälerei. Thierschutzvereine sorgen in weitgehendstem Maße für die Thiere: Aufstellen von Trinkgefäßen für Hunde 2c. Daneben verbietet die Polizei jede Mißhandlung der Thiere: das Geschirr der Zugthiere darf diese nicht drücken, Hunde dürfen nur in einer gewissen Größe (Vorderbeine z. B. ½ m hoch) zum Ziehen benutzt werden, Transportwagen (Fleischerwagen) müssen so eingerichtet sein, daß das zu transportirende Vieh bequem stehen oder liegen kann, die Wagen dürfen nicht überladen sein 2c. 2c. Schließlich bedroht das St. G. B. denjenigen mit Strafe, der öffentlich oder in Aergerniß erregender Weise Thiere boshaft quält oder roh mißhandelt. (§ 360, 13 St. G. B.)

J. Straßenpolizei. Die Straßenpolizei erstreckt sich auf das gesammte öffentliche Leben, soweit es sich auf öffentlichen Straßen und Plätzen abspielt; sie hat hauptsächlich für Ruhe, Reinlichkeit der Straßen und Regelung des Verkehrs zu sorgen; ihre Aufgaben werden erfüllt durch besondere Polizeiposten und Polizeipatrouillen.

1. Ruhe. Wer ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt oder wer groben Unfug verübt, macht sich strafbar. (§ 360, 11 St. G. B.) — Namentlich bei Ruhestörungen ist, soweit diese fortgesetzt betrieben werden, von der polizeilichen Verwahrung der Ruhestörer umfassender Gebrauch zu machen.

2. Reinlichkeit. Die Straßenreinigung hat in größeren Städten zweckmäßig die Gemeinde auf sich übernommen; sie übergiebt dieselbe gegen entsprechende Entschädigung an einen Unternehmer, an den sich nun die Polizei zu halten hat. In kleineren Städten haben die Anlieger die Reinigung zu besorgen; oft werden auch Stadtarme hierzu verwendet. Jedenfalls hat stets der Hausbesitzer den Schnee vom Trottoir zu entfernen und bei Glatteis zu streuen.

Die Einzelheiten, insbesondere die Einrichtung von Kehrbezirken, Kehrtagen 2c. werden durch Lokal-Polizeiverordnungen geregelt.

3. Verkehr. Bei außerordentlichen Vorkommnissen, großem Andrange 2c. hat der Polizeiposten einzugreifen und den Verkehr abzulenken, nach Erforderniß auch dessen vollständige Leitung in die Hand zu nehmen, z. B. den einen Bürgersteig zum Zu-, den anderen zum Abgange zu bestimmen, Reihenbildung der Fuhrwerke anzuordnen 2c. Ferner hat er auf Beachtung der in jeder Stadt besonders erlassenen verkehrspolizeilichen Verordnungen zu achten, namentlich auf den Wagen- und Fahrradverkehr. (Karte, Laterne!)

Wer übermäßig schnell fährt oder reitet oder auf öffentlichen Straßen oder Plätzen mit gemeiner Gefahr Pferde einfährt oder zureitet; wer auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen das Vorbeifahren ꝛc. Anderer muthwillig verhindert: wer in Städten mit Schlitten ohne feste Deichsel oder ohne Geläute oder Schelle fährt; wer auf öffentlichen Wegen ꝛc. Gegenstände aufstellt, hinlegt oder liegen läßt, durch welche der freie Verkehr gehindert wird (über Baugerüste siehe S. 123, § 13), und endlich ganz allgemein: wer die zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf den öffentlichen Straßen ꝛc. erlassenen Polizeiverordnungen übertritt, wird bestraft. (§ 366, 2 bis 4, 9 und 10 St. G. B.)

Nähere Bestimmungen ergeben die einzelnen Lokal-Polizeiverordnungen, die zum Theil die schon im St. G. B. §§ 360 bis 370 aufgestellten Vorschriften weiterführen, sie für ihren Bezirk in zweckmäßige Form kleiden. Diese Polizeiverordnungen finden ihre gesetzliche Grundlage außerdem im Polizeiverwaltungsgesetz vom 11. März 1850. Trotz der Regelung zahlreicher Einzelheiten ist es aber doch ganz unmöglich, in einer Polizeiverordnung alle Fälle vorzusehen, die polizeiliches Einschreiten erheischen können. Darum ertheilen diese Verordnungen dem einzelnen Exekutivbeamten unbeschränkte Vollmacht, die eintretendenfalls nothwendig werdenden Anordnungen selbständig zu treffen, — eine Ermächtigung, die übrigens schon aus § 10. II. 17 A. L. R. hervorgeht — und verpflichten die Bürger zu unbedingtem Gehorsam gegenüber solchen straßenpolizeilichen Anordnungen der Unterbeamten.

Zu beachten ist jedoch, daß gerade die Straßenverordnungen vielfach Vorschriften enthalten, die nur für eventuelle Fälle dem Beamten eine sichere Handhabe zum Einschreiten bieten sollen, die daher nur wenn durchaus nöthig, nicht aber allein wegen ihres bloßen Bestehens zur Anwendung zu bringen sind. Hier wird vor Allem an die Vorschrift gedacht, die das Stehenbleiben mehrerer Personen auf dem Trottoir verbietet, und an ähnliche andere: Der Beamte würde durchaus verkehrt handeln, wenn er Jeden, der nun mal mit anderen Personen stehen bleibt, zum Weitergehen anhalten wollte. Etwas Derartiges will die Straßenordnung ja gar nicht verbieten, es kommt ihr nur darauf an, Verkehrsstörungen unmöglich zu machen, und nur wenn die Stehenbleibenden den Verkehr versperren, würden sie von dem Beamten zum Weitergehen aufzufordern sein, nicht aber auch, wo Verkehrsstörungen, wie z. B. in der Nacht oder auf ganz leeren Straßen, überhaupt ausgeschlossen sind.

Gerade auf dem Gebiete der Straßenpolizei wird es viel von dem Taktgefühle des Beamten abhängen, den rechten Weg einzuschlagen; er vergegenwärtige sich stets, daß die polizeilichen Vorschriften nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sind, daß insonderheit zahlreiche straßenpolizeiliche Anordnungen nicht um ihrer selbst willen ausgeführt

sein wollen, sondern nur dann, wenn thatsächlich eine ungebührliche Einengung der allgemeinen Verkehrsfreiheit zu Gunsten Einzelner die Folge sein müßte. — Immer denke der Beamte daran, daß er nicht zum Chikaniren, sondern zum Schutze des Publikums auf seinem Posten steht, und daß der einsichtige und verständige Beamte immer willigen Gehorsam beim Publikum finden wird, das sich jedoch Schurigeleien nur widerwillig unterordnet. Und gerade zwischen Polizei und Publikum ist ein gutes Einvernehmen durchaus erforderlich.

§ 13. Die Bau- und Feuerpolizei.

Namentlich die Baupolizei hat einen ausgeprägt vorbeugenden Charakter: indem die Polizei die Bauausführung überwacht, verhindert sie leichtsinnige und mangelhafte Konstruktionen und sichert so die künftigen Bewohner vor Einsturz; sie verlangt für jedes Haus einen Zugang zur Straße, damit die Bewohner, wenn sie gefährdet sind, sich der Gefahr entziehen können; sie fordert zwischen zwei Häusern die Errichtung einer besonders starken Mauer (sogen. „Brandmauer"), um das Uebergreifen einer Feuersbrunst zu erschweren; unter ihrer Mitwirkung wird eine bestimmte Grenze festgesetzt (sogen. „Baufluchtlinie"), über die Niemand hinaus bauen darf, so die Anlage regelrechter Straßen und Plätze ermöglichend; sie sorgt für ein anständiges Aeußere, für gesunde Wohn- und Schlafräume, für Aborte und Düngergruben 2c. 2c. Alle diese Anforderungen werden in besonderen „Baupolizei-Verordnungen" niedergelegt.

Jeder Bau (Neu- und Umbau) bedarf polizeilicher Genehmigung, vor deren Ertheilung das mit Zeichnung und Beschreibung einzureichende Baugesuch von der Behörde auch technisch geprüft wird. Die genaue Beachtung der baupolizeilichen Vorschriften kontrollirt ein Baubeamter durch eingehende Prüfung des Rohbaues, dessen Fertigstellung daher anzumelden ist. Später wird der vollständig fertiggestellte Bau nochmals abgenommen („Schluß- oder Gebrauchsabnahme") und darf erst benutzt werden, sobald die Polizei das „Benutzungsattest" ertheilt hat. Das geschieht jedoch erst, nachdem der fertige Bau eine Zeit lang ausgetrocknet ist.

Die Exekutivbeamten haben innerhalb ihrer Reviere bezw. Bezirke jeden Bau in seinen einzelnen Stadien, insbesondere vom sicherheitspolizeilichen Standpunkte aus, aufs Genaueste zu verfolgen, z. B. haben sie die Sicherheit des Baugerüstes, die Verwendung brauchbaren Materials, namentlich zu den Tragepfeilern, 2c. zu kontrolliren.

Wer auf der Straße ein Baugerüst aufstellen will, bedarf dazu besonderer Erlaubniß; der Betreffende hat Vorsorge zu treffen, daß vorübergehende Personen nicht von herabfallenden Steinen 2c. getroffen

oder sonst beschmutzt werden. Für die Dunkelheit sind hellleuchtende Laternen anzubringen. Auch die Aufnahme von Straßenpflaster bedarf besonderer Genehmigung. Zuwiderhandelnde werden bestraft. (§ 367, 13, 14 und 15 St. G. B.)

Bei der Einrichtung von Gastwirthschaften 2c. sind besondere Bestimmungen zu beachten; mit Rücksicht auf die hier in größerem Umfange stattfindenden Personenansammlungen sind aus sittlichen, gesundheitlichen und Sicherheitsgründen besondere Anforderungen an die Gebäude zu stellen, in denen Schankstätten 2c. errichtet werden sollen. Nach der Verfügung der betheiligten Minister vom 26. August 1886, die aber nur einen Anhalt geben will, daher weitergehende, den lokalen Verhältnissen angemessene ortspolizeiliche Vorschriften keineswegs ausschließt, ist zu verlangen:

1. Es dürfen nur Grundstücke benutzt werden, die an öffentlichen Wegen liegen und einen Zugang zu diesen haben und in denen der gewerbsmäßigen Unzucht ergebene Frauenzimmer weder wohnen, noch verkehren.

2. Die Gebäude müssen eine feuersichere Bedachung haben und dürfen nicht in unmittelbarer Nähe von Kirchen, Pfarrhäusern, Unterrichts- und Krankenanstalten liegen.

3. Der Zugang muß bequem und gefahrlos sein; die Treppe genügend breit, nicht zu steil, sie muß außerdem ein festes Geländer haben; der Zugang zur Treppe von außen her darf nicht schmaler sein als der Treppenlauf selbst.

4. Die Thüren müssen breit sein und nach außen hin aufschlagen.

5. Die Zimmer müssen trocken und gedielt sein und dürfen nicht zu Wohn- oder Wirthschaftszwecken dienen und auch nicht zum Betriebe anderer, der Gastwirthschaft 2c. fremdartiger Gewerbe verwendet werden. Für den gemeinschaftlichen Aufenthalt der Gäste muß ein Zimmer von mindestens 25 qm Bodenfläche vorhanden sein; die lichte Höhe der Zimmer hat stets mindestens 2,80 m zu betragen.

6. Für Schlafzimmer ist zu verlangen eine Bodenfläche von mindestens 3 qm und für jeden einzelnen darin unterzubringenden Gast 12 cbm Luftraum, also für ein Zimmer mit zwei Betten $2 \times 12 = 24$ cbm. Jeder Gastwirth hat mindestens drei wohleingerichtete Schlafzimmer für Fremde zu halten.

7. Kellergeschosse dürfen als Schlafräume für Gäste überhaupt nicht benutzt werden, als Schanklokale nur, wenn sie gegen Eindringen und Aufsteigen der Erdfeuchtigkeit geschützt sind, und der Fußboden nicht tiefer als einen Meter unter dem umgebenden Erdboden liegt.

8. Wasserversorgung. Die Gebäude müssen an die öffentliche Wasserleitung angeschlossen sein oder aber einen eigenen Brunnen mit völlig ausreichender Wassermenge besitzen.

9. Pissoirs und Abtritte — event. für die Geschlechter getrennt — müssen in nöthiger Anzahl vorhanden und mit den erforderlichen Einrichtungen für Abfluß und Luftreinigung versehen sein. Der Zugang zu diesen Orten darf niemals behindert sein und nicht durch Wohn- oder Wirthschaftsräume, auch nicht über die Straße führen; sie dürfen nie einen unmittelbaren Zugang zu Schlafräumen haben, wohl aber zu den Gastzimmern, in welchem Falle jedoch Einrichtungen zu treffen sind, daß Verunreinigung der Luft im Gastzimmer unmöglich ist. —

Auch die Feuerpolizei beugt vor, vielfach in engster Verbindung mit der Baupolizei: sie sorgt für Anlage von Brandmauern, für sachgemäße Errichtung der Feuerungsanlagen, insbesondere auch der Schornsteine und deren regelmäßige Reinigung (Ausbrennen; Kehrbezirke und Kehrtage); sie verbietet die Aufbewahrung feuergefährlicher Materialien an Orten oder in Behältnissen, wo ihre Entzündung gefährlich werden kann; sie macht die Errichtung und Verlegung von Feuerstätten von ihrer besonderen Erlaubniß abhängig; sie bestraft die mangelhafte Sorgfalt bei der Instandhaltung der Feuerstätten und beim Umgang mit Feuer überhaupt (insbesondere das Betreten von Scheunen, Ställen, Böden ꝛc. mit unverwahrtem Feuer oder Licht; die Anzündung von Feuer an gefährlichen Stellen: in Wäldern oder Haiden oder in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen; das Schießen oder Abbrennen von Feuerwerk in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Gegenständen); sie stellt für die in Feuer arbeitenden Gewerbetreibenden besondere Vorschriften auf und bestraft deren Uebertretung.

Zur Bekämpfung eines dennoch ausgebrochenen Feuers greift die Polizei rege ein: sie leitet in Ermangelung besonderer Organe vielfach die Löscharbeiten, räumt gefährdete Grundstücke und nimmt die erforderlichen Absperrungen vor. An dieser Stelle ist daran zu erinnern, daß, wie bereits S. 68, § 7*) erörtert, Jedermann verpflichtet ist, bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Noth zu helfen, sobald er von Polizeibeamten dazu aufgefordert wird, und sofern er das thun kann, ohne sich selbst erheblichen Gefahren auszusetzen. In dieser Weise könnte die Polizei also alle Bürger zum Feuerlöschen heranziehen; jedoch haben sich in fast allen Städten „Vereine" gebildet, deren Zweck die Ausbildung ihrer Mitglieder für den Feuerlöschdienst und deren thatsächliche Verwendung bei Feuersbrünsten ist. Diese Vereine, die dem gewöhnlichen Vereinsrechte unterstehen, heißen „Freiwillige Feuerwehren" und machen den Bürgerdienst überflüssig. In größeren Städten sind besondere Berufsfeuerwehren errichtet, meist, wie in Berlin, im engsten

*) Hiernach können auch Aerzte bei Unglücksfällen ꝛc. gezwungen werden, den Verletzten die erste Hülfe zu leisten; zu weiterer Behandlung sind sie allerdings nicht verpflichtet, da sie, wie jeder andere Gewerbetreibende, natürlich ihre Kundschaft sich wählen können.

Anschluß an die Polizeiverwaltung. Es ist aber daran festzuhalten, daß die Oberleitung aller Löschanstalten der Polizei zusteht, insbesondere dem Bürgermeister (Polizeipräsidenten); in Städten ohne Berufsfeuerwehr führt der Bürgermeister in dieser Hinsicht den Titel „Branddirektor".

Diese ganzen Verhältnisse werden durch besondere „Feuerpolizeiverordnungen" geregelt; besonders wird in diesen auch über die Aufbewahrung und Erhaltung der Feuerlöschgeräthschaften bestimmt.

Zuwiderhandelnde erwartet Strafe. (§§ 367, 6, 368, 4 bis 8, 369, 3 St. G. B.)

Aufgabe der Kriminalpolizei ist die Ermittelung der Entstehungsursache des Feuers.

§ 14. Die Gesundheitspolizei.

Auch die Gesundheitspolizei weist vielfach innige Berührungspunkte mit der Baupolizei auf; sie erstrebt, den Ausbruch von Krankheiten überhaupt zu vermeiden, und kann das zum großen Theil schon dadurch erreichen, daß sie auf den Bau gesunder, lichtheller Wohnungen hält. Ferner sorgt sie für Reinlichkeit auf Straßen und Plätzen und nicht zuletzt auf den Höfen, für zweckmäßige und regelmäßige Düngerabfuhr ꝛc.; sie schafft gesundes Trinkwasser und beseitigt Uebelstände aller Art, die der Gesundheit gefährlich werden könnten. Dem Ausbruch ansteckender Krankheiten beugt sie vor durch den Impfzwang und die Sittenkontrolle, durch Ueberwachung des Arzneihandels und des Verkaufs von Lebensmitteln; dennoch entstandene Krankheiten, namentlich soweit sie ansteckend sind, werden durch Absperrungsmaßregeln an weiterer Verbreitung verhindert.

A. Das Impfwesen. Durch Einimpfung von Kuhpockengift wird der Mensch gefeit gegen die Blattern oder „Pocken" — eine Seuche, die in früheren Jahrhunderten große Verheerungen unter der Bevölkerung angerichtet hat. Deshalb wird heute jeder Mensch zweimal mit dieser Kuhpockenlymphe geimpft: 1. als Kind, vor Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres, 2. als Schüler, in dem Jahre, in dem er das 12. Lebensjahr vollendet. Zur Kontrolle werden von der Polizeiverwaltung besondere Impflisten aufgestellt. Wegen Zuwiderhandlung werden im Falle 1 Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, im Falle 2 die Schulvorsteher bestraft.

B. Sittenkontrolle. Die Gewerbsunzucht läßt sich nicht aus der Welt schaffen: zu allen Zeiten hat es Dirnen gegeben, und es wird auch für alle Zukunft Mädchen geben, die ihren Lebensunterhalt durch Unzucht erwerben, und Männer die den Verkehr mit solchen Frauenspersonen suchen.

In diese Verhältnisse greift die Polizei in mannigfaltigster Weise ein: aus sitten- und ordnungspolizeilichen Gründen wird den Dirnen das Betreten gewisser Straßen, das Wohnen in bestimmten Gegenden, der Verkehr in einzelnen Lokalen ꝛc. untersagt; um der Verbreitung der so verderblichen Geschlechtskrankheiten vorzubeugen, führt die Gesundheitspolizei eine regelmäßige ärztliche Untersuchung ein ꝛc. Die Gesammtheit aller dieser Vorschriften und ihre Handhabung nennt man „Sittenkontrolle".

Wer nicht unter Sittenkontrolle steht, macht sich durch das Treiben von Gewerbsunzucht strafbar, die „Kontrolldirnen" nur durch Uebertretung der sittenpolizeilichen Vorschriften. In beiden Fällen kann Ueberweisung an die Landespolizeibehörde eintreten, und in beiden Fällen ist der Polizeibeamte daher — vergl. S. 39, § 6. C. 6 — zur vorläufigen Festnahme befugt, eine Berechtigung, von der er zweckmäßig in allen Fällen, selbstverständlich mit größter Vorsicht, Gebrauch machen wird, es den Vorgesetzten überlassend, über die Fortdauer der Freiheitsentziehung zu verfügen. Jedenfalls sind die betreffenden Frauenspersonen zunächst in Polizeigewahrsam zu bringen. Vergl. jedoch S. 46, § 6 Fußnote.

C. Arzneihandel. Der Arzneiverkauf erfolgt nur in Apotheken; lediglich insoweit Medikamente dem allgemeinen Verkehr freigegeben sind, dürfen sie auch in anderen Geschäften (Drogerien) feilgehalten werden. Namentlich die Drogerien werden auf Beachtung dieser Bestimmung durch alljährliche polizeiliche Revisionen besonders kontrollirt. (Kaiserliche Verordnung vom 27. Januar 1890.)

Wer ohne polizeiliche Erlaubniß Gift oder Arzneien, soweit der Handel mit denselben nicht freigegeben ist, zubereitet, feilhält, verkauft oder sonst an Andere überläßt, wird bestraft. (§ 367, 3 St. G. B.)

Gifte und gifthaltige Waaren, Arznei- und Geheimmittel sind endlich vom Ankauf und Feilbieten im Umherziehen gänzlich ausgeschlossen.

D. Lebensmittelpolizei. Nahrungs- und Genußmittel dürfen nicht in verfälschtem oder verdorbenem Zustande feilgeboten oder verkauft werden; Spielwaaren, Tapeten, Farben sollen keine giftigen Bestandtheile enthalten, Eß-, Trink- und Kochgeschirre nicht blei- oder zinkhaltig sein.

Zur Kontrolle sind die Polizeibeamten berechtigt, während der Geschäftszeit in die Räumlichkeiten einzutreten, in denen Gegenstände feilgeboten werden, und daraus Proben zur Untersuchung zu entnehmen. Ueber die Entnahme ist eine Bescheinigung auszustellen, dem Geschäftsinhaber, der von der Polizei für die entnommenen Waaren natürlich entschädigt wird, auch auf Verlangen ein Theil der entnommenen Proben amtlich verschlossen oder versiegelt zurückzulassen.

Während sich hier das Vorgehen der Beamten lediglich auf die Entnahme von Proben beschränkt, sind die Polizeibeamten befugt, in

den Geschäfts-, Lager- und Fabrikationsräumen eine förmliche Revision vorzunehmen, sofern der Besitzer wegen Vergehens gegen die oben erwähnten Bestimmungen (Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879) zu einer Freiheitsstrafe verurtheilt worden ist.

Besondere Bestimmungen gelten für den Verkauf von Butter-, Käse- und Schmalz-Ersatzmitteln (R. Ges. vom 15. Juli 1897.) Neben der auf natürliche Weise aus der Milch gewonnenen Butter wird noch ein Ersatzmittel für diese („Margarine") in den Handel gebracht; ebenso als Ersatz für den gewöhnlichen Käse — „Margarinekäse" und für das Schmalz — „Kunstspeisefett". Um das kaufende Publikum vor Betrug zu schützen, sind für den Verkauf dieser Artikel besondere Vorschriften erlassen, die es unmöglich machen sollen, daß z. B. einer einkaufenden Küchenfee anstatt Butter Margarine in die Hand gesteckt wird. Daher ist in diesen Geschäften ein entsprechendes Plakat anzubringen, die Fässer, Umhüllungen, ja event. die verkauften Stücke selbst müssen die Aufschrift bezw. die Einprägung „Margarine" 2c. enthalten.

Fabrikanten, die Margarine 2c. herstellen wollen, haben von dem beabsichtigten Betriebe der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten und sind verpflichtet, revidirenden Polizeibeamten Auskunft über das Verfahren 2c. zu geben.

1) Wegen Verletzung der Amtsverschwiegenheit in diesen Angelegenheiten droht das Gesetz eine besondere Strafe an.

Die Polizeibeamten können die Fabrikationsräume jederzeit revidiren, die Aufbewahrungs-, Verpackungs- und Feilhaltungsräume jedoch nur während der Geschäftszeit. Ueber die Entnahme von Proben gilt das, was oben gesagt ist.

Bezüglich des Schlachtens ist zu bemerken, daß fast allgemein Schlachthauszwang besteht; jedenfalls ist das Fleisch stets gleich nach der Schlachtung von einem Fleischbeschauer zu untersuchen.

2) Fleischbeschauer haben eine Prüfung abzulegen und werden dann durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

E. Ansteckende Krankheiten sind von dem Familienhaupte, dem Hauswirth und dem Arzt sofort bei der Polizeibehörde anzuzeigen; der Revierbeamte hat das genau zu kontrolliren und den etwa in solchem Haushalte vorhandenen Schulkindern unverzüglich den Schulbesuch zu untersagen. Weitere Vorbeugungsmaßregeln trifft die Verwaltung nach gehöriger Berathung mit dem Kreisphysikus: event. werden die Schulen geschlossen, Märkte aufgehoben, die Abhaltung des Gottesdienstes untersagt, Versammlungen verboten 2c.

§ 15. Die Veterinärpolizei.

Die Veterinärpolizei macht den Schutz der Thiere zum Gegenstand ihrer Thätigkeit, insbesondere den Schutz gegen Seuchengefahr, und wird

deshalb auch „Viehseuchenpolizei“ genannt. Auf diesem Gebiete kann man deutlich die in § 4, S. 16 besprochene Trennung der Polizei und der Wohlfahrtspflege wahrnehmen. Der Schutz der Thiere, die nur abwehrende Thätigkeit ist Aufgabe der Polizei, die Förderung z. B. der Pferdezucht durch Halten von Deckhengsten ꝛc. seitens des Staates dagegen Sache der Wohlfahrtspflege.

Der Schutz der Thiere gegen Mißhandlung und sonstige Ueberanstrengung wurde S. 121, § 12. H. erörtert, hier handelt es sich darum, die eigentliche Veterinärpolizei zu betrachten, d. h. diejenigen Maßregeln, die der Staat ergreift, um dem Ausbruch von Seuchen unter dem Viehstande vorzubeugen und um die gleichwohl entstandenen zu beseitigen und vor Allem an weiterem Umsichgreifen zu hindern.

Ausbrechende Seuchen sind sofort zu melden; die Polizeibehörde veranlaßt thierärztliche Untersuchung, läßt das erkrankte Vieh erforderlichenfalls tödten (meist gegen Entschädigung des Besitzers), achtet auf eine gehörige Desinfektion der von dem seuchenkranken Thiere benutzten Stallungen, Futtergeräthschaften ꝛc. und verhängt über den ganzen Polizeibezirk die Sperre für alles gleichartige Vieh, d. h. Thiere, die der Ansteckungsgefahr ausgesetzt sind, dürfen nicht durch den Seuchenort getrieben werden, da sich nur durch diese Absperrung eine Verbreitung der Seuche vermeiden läßt. Durch ein Schild an dem Orte wird die Sperrung bekanntgegeben. (R. Ges. vom 1. Mai 1894.)

§ 16. Die Armenpolizei.

Die scharfe Trennung der Polizei und Wohlfahrtspflege findet sich auch auf dem Gebiete des Armenrechts: die Fürsorge für Arme, die Unterstützung der Schwachen, Wittwen und Waisen ist Aufgabe der Wohlfahrtspflege; die Polizei beugt dem Ausbruch der Armuth vor durch Bestrafung der Trunksucht und des Landstreichens und verhindert ihr allzu scharfes Hervortreten in die Oeffentlichkeit durch Verbot des Bettelns.

Kein Deutscher soll hungern oder frieren; daher ist die Gemeinde, in der er bisher gelebt, der er vielleicht in seinen guten Tagen Steuern gezahlt hat, verpflichtet, ihn und seine Angehörigen in Zeiten der Noth und im Alter zu unterstützen, sofern er einer Beihülfe bedarf. Solange keine Freizügigkeit bestand, solange der Staatsunterthan bis zu seinem Tode an dem Orte verweilte, an dem er geboren war, da konnte kein Zweifel über die Unterstützungspflicht bestehen: die Heimathsgemeinde hatte eben die erforderliche Beihülfe zu leisten. Heute herrscht aber Freizügigkeit, heute kann ein Jeder seinen Wohnsitz verlegen, so oft und wohin es ihm gefällt. Wollte man nun die Heimathsgemeinde zur Unterstützung verpflichten, dann könnte der Fall eintreten, daß eine Gemeinde für Jemand zahlen muß, der sich kaum in ihr aufgehalten, der nie zu ihren Lasten beigetragen hat. Andererseits wäre es aber auch

unbillig, wollte man die Unterstützungspflicht ohne Weiteres der Gemeinde aufbürden, in welcher der Betreffende gerade unterstützungsbedürftig wird; dann könnte es leicht passiren, daß einzelne Städte, die eine gesunde Lage haben, unverhältnißmäßig hohe Armenlasten zu tragen haben würden, während andere mit ungünstigeren Lebensverhältnissen gänzlich frei blieben. Daher hat man den besonderen Begriff eines „Unterstützungswohnsitzes" ausgebildet: Jeder wird in der Gemeinde unterstützt, in der er zwei Jahre lang ununterbrochen gewohnt hat. Tritt die Hülfsbedürftigkeit ein, bevor der Betreffende sich zwei Jahre in einem Orte aufhält, dann hat eben die frühere Aufenthaltsgemeinde einzutreten. Aber auch diese wird ihrerseits befreit durch zweijährige Abwesenheit des nunmehr Verarmten; geschieht es nun, daß Jemand an vier Orten je ein halbes Jahr gewohnt, also keinen neuen Unterstützungswohnsitz erworben, wohl aber seinen alten verloren hat, dann würde hiernach keine Gemeinde zur Hülfe verpflichtet sein. In diesen Fällen tritt die Provinz ein, der Arme ist ein „Landarmer" und wird von dieser unterstützt. (R. Ges. vom 6. Juni 1870 und 12. März 1894.)

Da es für den Verarmten selbst aber darauf ankommt, sofort bei Eintritt seiner Hülfsbedürftigkeit unterstützt zu werden und nicht erst lange warten zu müssen, bis die Gemeinde, in der er seinen Unterstützungswohnsitz hat, ihm Unterstützung zukommen läßt, so ist jede Gemeinde, in der Jemand hülfsbedürftig wird, auch wenn er dort nicht seinen „Unterstützungswohnsitz" hat, verpflichtet, einstweilen die erforderliche Unterstützung zu gewähren, vorbehaltlich ihrer späteren Abrechnung mit der eigentlich Verpflichteten.

Auf die Bedeutung eines guten Meldeamtes für den Nachweis des zweijährigen Aufenthaltes oder der zweijährigen Abwesenheit, also für Erwerb oder Verlust des Unterstützungswohnsitzes, sei hier nochmals hingewiesen.

Die Polizei beschränkt sich in folgender Weise:

1. sie bringt Obdachlose zunächst unter,
2. sie beugt der Nothwendigkeit einer Armenunterstützung vor, indem sie
   a) das Landstreichen, d. h. das Umherziehen im Lande als arbeits- und mittelloser Wanderer, verbietet (wer landstreicht, arbeitet nicht, verdient also nicht und muß event. unterstützt werden);
   b) denjenigen mit Strafe bedroht, der sich dem Spiel, Trunk oder Müßiggang hingiebt, insofern dies in einer Weise geschieht, daß zu seinem oder seiner Familie Unterhalt die Armenpflege in Anspruch genommen werden muß;
   c) denjenigen, der an und für sich in der Lage ist, seine Angehörigen zu unterhalten, bestraft, wenn er das trotz einer

an ihn ergangenen Aufforderung der Behörde nicht thut, sofern aus diesem Grunde die Armenpflege eingreifen muß;

d) denjenigen, der sein bisheriges Unterkommen augenblicklich verloren hat, zwingt, sich schnellstens ein neues zu verschaffen;

3. sie sichert der unterstützenden Behörde die Möglichkeit, den Armen zur geeigneten Arbeit heranzuziehen, diesen dadurch, wenn er durch Trägheit arm geworden ist, zugleich wieder an Beschäftigung gewöhnend,*)

indem sie denjenigen bestraft, der aus öffentlichen Armenmitteln unterstützt wird und sich gleichwohl aus Arbeitsscheu weigert, die ihm von der Behörde angewiesene, seinen Kräften angemessene Arbeit zu verrichten;

4. sie schützt die Oeffentlichkeit vor den Gefahren, die ihr durch die Armuth drohen,

indem sie demjenigen Strafe in Aussicht stellt, der entweder selbst bettelt oder Kinder zum Betteln ausschickt oder es unterläßt, diejenigen Personen vom Betteln abzuhalten, die, wie z. B. Mündel, seiner Gewalt und Aufsicht untergeben sind oder die, wie z. B. alte Eltern, zu seiner Hausgenossenschaft gehören.

Mit Ausnahme von 2 c kann neben der Strafe Ueberweisung an die Landespolizeibehörde eintreten und daher die Untersuchungshaft an sich verhängt werden. Der Polizeibeamte hat demgemäß eine Person, die derartige Uebertretungen begangen hat, zunächst „vorläufig festzunehmen"; der vorgesetzte Polizeioffizier wird zu prüfen haben, ob thatsächlich der Fluchtverdacht, der auch bei diesen Uebertretungen besonders nachzuweisen ist, in den Verhältnissen des Angeschuldigten begründet ist, und wird danach über die Fortdauer der Festnahme entscheiden. (§§ 361, 3 bis 8 und 10, 362 St. G. B.)

Der Fluchtverdacht wäre z. B. begründet, wenn der Angeschuldigte arbeits- oder stellenlos ist, aber nicht ohne Weiteres dadurch, daß Ueberweisung erfolgen kann. Diese Möglichkeit läßt nur die Untersuchungshaft ausnahmsweise wegen einer Uebertretung zu, ersetzt aber nicht den Beweis des Fluchtverdachts: so wird ein ortsangesessener Krüppel, der gebettelt hat, selten fluchtverdächtig sein und hat daher in der Regel auf freiem Fuße zu bleiben.

§ 17. Die Gewerbepolizei.

In früheren Jahrhunderten und theilweise noch bis zur Mitte des 19. war der Gewerbebetrieb zahlreichen Beschränkungen unter-

*) Dieses Ziel verfolgt namentlich die Unterbringung in ein Arbeitshaus. (Vergl. S. 114, § 10. B.)

worfen: in vielen Fällen war zum Betriebe eines Gewerbes eine besondere obrigkeitliche Genehmigung (Konzession) erforderlich, nicht selten war zudem die selbständige Ausübung eines Gewerbes nur möglich bei Zugehörigkeit zur Innung (Zunft), Landbewohner und Frauen waren so gut wie gänzlich vom Gewerbebetriebe ausgeschlossen, einzelne Personen, z. B. Abdecker, hatten besondere Vorrechte (Privilegien), die es Anderen unmöglich machten, den gleichen Gewerbebetrieb in derselben Stadt auszuüben, und die das Publikum (zuweilen auch nur die Hausbesitzer) verpflichteten, ausschließlich von ihnen zu kaufen oder — im Falle der Abdecker — das gefallene Vieh nur ihnen zu überlassen („Zwangs- und Bannrechte") ec.

Alle diese Beschränkungen der großen Masse der Bürger sowie dementsprechend auf der anderen Seite die Bevorzugungen einzelner Personen vertragen sich nicht mit dem Grundsatze der „Gleichberechtigung" aller Bürger und sind daher beseitigt — in ihren letzten Resten durch die Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund, die heutige Reichs-Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869. Diese stellte den Grundsatz der „Gewerbefreiheit" auf, d. h. Jeder kann — ohne Unterschied des Geschlechtes, ohne Unterscheidung von Stadt- und Landbewohnern — dasjenige Gewerbe betreiben, zu dessen Ausübung er gerade Neigung hat, er kann kaufen und verkaufen, von wem und an wen es ihm gerade gefällt.

Nur in gewissem Grade bestehen auch heute noch Beschränkungen, die im Folgenden zu erörtern sind; sie sind jedoch nicht mehr, wie in früheren Zeiten, im Interesse einzelner Personen oder einer größeren Klasse von Personen (Innungen, Zünfte) aufgerichtet, sondern lediglich zum Schutze der Gesammtheit der Staatsbürger.

A. Der Gewerbebetrieb im Umherziehen. Wer mit seinen Waaren zu allen möglichen Leuten geht, um diesen davon zu **verkaufen**, und wer bei allen möglichen Menschen vorfragt, ob er von ihnen nicht etwas **kaufen** könne, der betreibt ein „Geschäft" und zwar „im Umherziehen". War der Betreffende jedoch vorher bestellt, dann liefert er im ersten Falle nur eine bestellte Waare ab und holt im zweiten lediglich etwas ein, das ihm bereits verkauft oder wenigstens zum Kaufe angeboten war; jedenfalls liegt in beiden Fällen, da ein Aufsuchen einer ganz bestimmten Person ausschließlich in Frage kommt, kein „Umherziehen" vor. Dem Anbieten von Waaren zum Kaufe ist naturgemäß auch das Anbieten gewerblicher Leistungen (z. B. einen Kessel flicken zu wollen) und das Darbieten von theatralischen Vorstellungen (z. B. ein gewöhnliches Kasperletheater) gleichzustellen, da auch hier, genau wie bei dem Waarenverkaufe, ein Austausch von Leistung und Gegenleistung stattfindet.

Die R. G. O. nennt einen solchen Geschäftsbetrieb „Gewerbebetrieb im Umherziehen" (Hausirhandel) und versteht darunter im

Sinne obiger Erörterungen: einmal das Feilbieten von Waaren oder auch nur das Aufsuchen von Waarenbestellungen (als Vorläufer künftiger Waarenlieferung) und dann das Aufkaufen von Waaren bei anderen Personen als bei Kaufleuten oder an anderen Orten als in offenen Verkaufsstellen, sofern Beides außerhalb des Wohnortes des Händlers und ohne vorgängige Bestellung erfolgt und insoweit das Aufkaufen der Waaren zum Wiederverkauf (nicht für eigenen Bedarf) geschieht.

1) Wer bei Kaufleuten Waaren aufkauft, selbst in fremden Städten, übt lediglich eine Thätigkeit aus, für die der Kaufmann sein Geschäft ja eingerichtet hat; ein Dienstmädchen „zieht nicht umher," selbst wenn sie von sämmtlichen Geschäftsleuten einer benachbarten Stadt etwas kauft. Würde sie dagegen bei zahlreichen Privatpersonen anfragen, ob sie ihr nicht ein paar junge Hähne verkaufen wollten, dann würde sie einen „Gewerbebetrieb im Umherziehen" ausüben, sofern sie die Hähne anderweit zu verkaufen gedenkt; will sie dieselben aber lediglich zu ihrem eigenen oder auch ihrer Herrschaft Bedarf, dann würde selbst im letzteren Falle kein „Gewerbebetrieb im Umherziehen" vorliegen. — Also zum „Umherziehen" gehört das Vorsprechen bei beliebigen Personen; zum „Gewerbebetrieb" unbedingt das Verkaufen, das Aufkaufen (Einkaufen) jedoch nur, wenn es in der Absicht des Weiterverkaufs erfolgt; wer nur für eigenen Bedarf kauft, treibt kein Gewerbe.

Das Darbieten von Musikaufführungen, theatralischen Vorstellungen ꝛc. in diesen Formen sieht die R. G. O. jedoch nur dann als „Gewerbebetrieb im Umherziehen" an, wenn kein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft dabei obwaltet: so ist eine Konzertreise einer berühmten Sängerin kein „Gewerbebetrieb im Umherziehen", wohl aber die „musikalische" Thätigkeit eines Leierkastenspielers, selbst wenn dieser die neuesten und bedeutendsten Opern oder Operetten seinem Kasten entlockt. — Also Aufkaufen zum Weiterverkauf und andererseits Verkaufen sammt dem Bestellungsuchen außerhalb des Wohnortes und ohne vorherige Bestellung (d. h. auf gut Glück): diese Voraussetzungen gehören zum Begriff des „Gewerbebetriebes im Umherziehen."

Wer ein solches Gewerbe im Umherziehen ausüben will, bedarf dazu eines „Wandergewerbescheines", der aber aus gewissen Gründen versagt werden kann (vergl. R. G. O. §§ 57, 57 a und b). Bei Ausübung des Gewerbes dürfen den Inhaber des Wandergewerbescheines nur solche Personen unterstützen, die als „Begleiter" in den Wandergewerbeschein eingetragen sind. Für den Wandergewerbeschein sind in der Regel jährlich 48 Mark Steuern zu entrichten, die vereinzelt bis auf 6 Mark ermäßigt werden können.

Gewisse Waaren, wie geistige Getränke, gebrauchte Kleider, Gold- und Silberwaaren ꝛc. (vergl. §§ 56, 56 a, b, c R. G. O.) sind gänzlich vom Gewerbebetrieb im Umherziehen ausgeschlossen, da der Vertrieb dieser Artikel zu große Gefahren für das kaufende Publikum in sich schließen würde (Krankheit, Betrug ꝛc.).

Andererseits ist auch der Gewerbebetrieb im Umherziehen unter bestimmten Voraussetzungen freigegeben: wer selbstgewonnene oder rohe Erzeugnisse der Land- und Forstwirthschaft, wer in der Umgegend seines Wohnortes bis zu 15 km selbstverfertigte Waaren, die zu den Gegenständen des Wochenmarktverkehrs gehören, feilbieten will ꝛc. (vergl. § 59 R. G. O.) bedarf keines Wandergewerbescheines.

Der Wandergewerbeschein berechtigt zur Ausübung des betreffenden Gewerbes im ganzen Lande. Wer jedoch von Haus zu Haus, auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten Musikaufführungen, Schaustellungen, theatralische Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten darbieten will, bedarf der vorgängigen Erlaubniß der Polizeiverwaltung. Bei solchen Darbietungen ist außerdem der Wandergewerbeschein gemäß § 55, Ziffer 4 R. G. O. nur für den Verwaltungsbezirk gültig, von dessen Behörde er ausgestellt wurde. Auch tritt hier insofern eine Beschränkung ein, als Wandergewerbescheine dieser Art nur ertheilt werden, so lange das Bedürfniß nach solchen noch nicht befriedigt ist.

Der Kolporteur, d. i. derjenige, der Druckschriften ꝛc. im Umherziehen feilbietet, darf nur diejenigen Bücher bei sich führen, deren Mitnahme der Bezirksausschuß gestattet hat. Diese Bücher werden in ein besonderes Verzeichniß eingetragen, das der Kolportagehändler außer dem Wandergewerbeschein stets bei sich zu tragen hat. Der Kolportagehandel ist von den Polizeibeamten besonders zu kontrolliren, da namentlich diese Händler vielfach unsittliche Schriften und Bilder der gemeinsten Art mit sich führen.

2) Der Kolporteur vertreibt seine Druckschriften außerhalb seines Wohnsitzes im Umherziehen und bedarf daher, abgesehen von dem Bücherverzeichniß, eines Wandergewerbescheines, der ihm in gewissen Fällen versagt werden muß, in anderen versagt werden kann. (§§ 57, 57a, 57b R. G. O.) Der Vertrieb von Druckschriften außerhalb des Wohnortes kann ferner durch Reisende erfolgen (Vergl. S. 135, B.)

Wer innerhalb seines Wohnsitzes an öffentlichen Orten gewerbsmäßig, d. h. so, daß er für seine Person daraus Gewinn erzielt, Druckschriften vertreiben will, bedarf der Erlaubniß und eines Legitimationsscheines, der ihm nur versagt werden kann aus Gründen der §§ 57, Ziffer 1, 2 und 4, 57a, 57b, Ziffer 1 und 2 R. G. O. (§ 43 R. G. O.) Wer den gleichen Betrieb vornehmen will, aber nicht gewerbsmäßig, bedarf ebenfalls der Erlaubniß und eines Legitimationsscheines, aber nicht auf Grund der R. G. O., sondern nach dem preußischen Preßgesetz vom 12. Mai 1851. Wer endlich innerhalb seines Wohnsitzes an geschlossenen Orten, also in Häusern — in öffentlichen (Wirthshäuser) und in privaten — Druckschriften vertreiben will, bedarf keiner Erlaubniß, sofern er diese Thätigkeit nicht gewerbsmäßig, d. h. unentgeltlich, ausübt; andernfalls ist ein Legitimationsschein erforderlich. (Vergl. S. 78, § 9. B.)

Findet der Gewerbebetrieb im Umherziehen in der Weise statt, daß in den einzelnen Orten von einer festen Verkaufsstelle aus das Feilbieten der Waare erfolgt, wie das insbesondere bei den „Wanderlagern“ der Fall ist, dann muß an derselben ein Aushang angebracht

werden, der in einer für Jedermann erkennbaren Weise den Namen und Wohnort des Gewerbetreibenden angiebt. Wanderlager sind besonders zu versteuern.

Das Hausiren am Sonntage ist verboten.

B. Der stehende Gewerbebetrieb. In den meisten Fällen wird der Handel von einer festen Stelle aus betrieben: der Kaufmann macht einen Laden auf und wartet, bis die Kauflustigen zu ihm kommen und ihm die Waaren, die er feilbietet, abkaufen; der Fabrikbesitzer stellt seine Produkte in einer festen Werkstatt her; bringt sie in einen Lagerraum und schickt sie von da an seine Abnehmer. Würde er seine Erzeugnisse, die er verkaufen will, „unter den Arm nehmen", an allen Orten vorzeigen und auf diese Weise sehen, sie los zu werden, dann würde er einen Gewerbebetrieb im Umherziehen ausüben, anderenfalls aber treibt er nach der Bezeichnung der R. G. O. einen „stehenden Gewerbebetrieb".

3) Unter diesem Gewerbebetriebe wird sowohl das Herstellen von Waaren (z. B. eine Puppenfabrik) als auch der Handel, also der Umsatz der fertigen Waaren (z. B. ein Puppenladen) und das Anbieten gewerblicher Leistungen (z. B. Stellenvermittelung für das Gesinde, persönliche Dienstleistungen — Stiefelputzer, Dienstmann 2c. —) verstanden. Vielfach greifen diese einzelnen Arten des Gewerbebetriebes in einander über, indem z. B. die Fabrik auch einen offenen Laden hält oder umgekehrt der „Laden" auch selbst Puppen anfertigt. Die Fabriken faßt man zusammen unter der Bezeichnung „Industrie", den Vertrieb der fertigen Waaren unter dem Namen „Handelsgewerbe". Die Thätigkeit des Handelsgewerbes bewegt sich im Wesentlichen nach den beiden Seiten des Aufkaufens (von den Verfertigern — der Industrie —) und des Verkaufens (an die schließlichen Verzehrer oder Gebraucher). Die „Industrie" kauft die erforderlichen Rohmaterialien ein, stellt aus diesen das fertige Produkt, ihr Fabrikat, her und verkauft dieses dann entweder an einen Zwischenhändler, an das „Handelsgewerbe", oder direkt an Denjenigen, der dieses Fabrikat, z. B. die Nähmaschine, zu gebrauchen beabsichtigt.

Kann nun zwar der kleine Kaufmann, der sein Schaufenster hat, ruhig auf Kauflustige warten, so könnte das doch nicht der Großkaufmann und noch viel weniger der Maschinenfabrikant, da in beiden Fällen häufig gar nicht äußerlich bemerkt werden kann, daß hier eine Verkaufsstelle sei. Da aber diese Personen auch ihre Waaren absetzen wollen, müssen sie eben die Leute besonders auf sich aufmerksam machen, müssen sie in anderer Form Bestellungen auf ihre Waaren suchen. Und andererseits muß auch in allen Fällen für das „stehende Geschäft" die erforderliche Menge von Waaren (Arbeitsmaterial, Rohprodukte) eingekauft werden.

Hat der Geschäftsmann schon seine festen Lieferanten und seine Abnehmer, dann wird er von jenen kaufen und an diese liefern, hat er aber, wie z. B. der Anfänger, solche noch nicht, dann bleibt ihm eben nichts Anderes übrig, als im Lande „herumzuziehen" und nach Personen zu suchen, von denen er vortheilhaft einkaufen kann, und nach Kunden, die für seine Fabrikate und Waaren Verwendung haben und diese ihm

abzunehmen bereit sind. Diese beiden Thätigkeiten, das Aufsuchen von Bestellungen auf Waaren und das Einkaufen von Waaren für die Zwecke des Betriebes, gehören sonach ohne Weiteres zu den Geschäften eines „stehenden Gewerbebetriebes".

Auf diesem Standpunkte steht auch die Reichs-Gewerbeordnung; sie gestattet Demjenigen, der ein stehendes Gewerbe betreibt, persönlich oder auch durch in seinem Dienste stehende Reisende, auch außerhalb seines Wohnsitzes (bezw. des Ortes, in dem das Geschäft sich befindet) für die Zwecke seines Gewerbebetriebes Waaren aufzukaufen und Bestellungen auf Waaren zu suchen. Jedoch darf — und hierin liegt der Unterschied gegenüber dem Gewerbebetriebe im Umherziehen — das Aufkaufen nur bei Kaufleuten oder solchen Personen, welche die betreffenden Waaren produziren, oder in offenen Verkaufsstellen erfolgen.*)

Ebenso darf das Aufsuchen von Waarenbestellungen, um unmäßige Belästigungen des Publikums durch Ueberlaufenwerden von Seiten dickfelliger Reisender zu verhindern, ohne vorgängige ausdrückliche Aufforderung nur bei Kaufleuten geschehen, die mit den angepriesenen Waaren handeln, und bei solchen Personen, in deren Geschäftsbetriebe die betreffenden Waaren Verwendung finden. Nur diejenigen Reisenden, die mit Druckschriften, anderen Schriften und Bildwerken (vergl. jedoch § 56, Abs. 3 R. G. O.), mit Erzeugnissen der Leinen- und Wäschefabrikation und mit Nähmaschinen handeln sowie Weinhändler dürfen mit Rücksicht auf die allgemeine Verwerthbarkeit ihrer Artikel unbeschränkt Bestellungen auf ihre Waaren suchen, also auch ohne daß sie vorher, wie sonst nöthig, besonders aufgefordert worden sind, zu Privatleuten gehen.

4) Ein Reisender, der in weitergehender Weise thätig zu sein beabsichtigt, insonderheit mit anderen als den vorerwähnten Artikeln auch ohne vorgängige Aufforderung zu Nichtkaufleuten gehen will, muß eben einen Wandergewerbeschein führen.

Kein Reisender darf seine Waaren mit sich führen, wie das beim Hausirhandel geschieht; jedoch kann er die aufgekauften Waaren gleich mit sich nehmen, aber nur, um sie nach ihrem Bestimmungsorte zu schaffen; auch kann er von den Waaren, auf die er Bestellungen suchen will, Proben und Muster mitführen. Ausschließlich die Gold- und Silberwaaren-Fabrikanten und -Großhändler bezw. deren Reisende dürfen die zu verkaufenden Waaren selbst mit sich herumtragen, aber nur, um sie Personen zum Kaufe anzubieten, die selbst mit diesen Sachen Handel treiben, und nur sofern Absetzung derselben in Stücken an diese Personen (die Wiederverkäufer) üblich ist.

---

*) Ein Vorsprechen bei beliebigen anderen Leuten, ein Nachfragen von Haus zu Haus, würde ein Hausirhandel sein und erforderte nach A. einen Wandergewerbeschein. (Vergl. S. 133, Anm. 1.)

Dieselbe Berechtigung haben unter denselben Bedingungen Taschenuhren-, Bijouterie- und Schildpattwaaren-Fabrikanten und -Großhändler, sowie sämmtliche Gewerbetreibende, die mit Edelsteinen, Perlen, Kameen und Korallen Großhandel treiben.

Wer in dieser Form für einen stehenden Gewerbebetrieb thätig sein will, bedarf einer besonderen „Legitimationskarte", die er stets bei sich zu führen hat; gleichgültig ist, ob der Inhaber des Geschäfts persönlich oder für seine Rechnung Reisende diese Thätigkeit entfalten. Diese Legitimationskarte kann ebenfalls aus gewissen Gründen versagt werden. (Vergl. § 44 a R. G. O.) —

Zurückblickend stellen wir also fest, daß es einen **„Gewerbebetrieb im Umherziehen"** und ein **„stehendes Gewerbe"** giebt; ersteres ist der Hausirhandel außerhalb des Wohnortes, letzteres der Handel einer „gewerblich angesessenen" Person innerhalb der Stadt. Dieser „stehende" Gewerbebetrieb kann sich einerseits auf andere Ortschaften ausdehnen (Reisende) und kann andererseits innerhalb der Stadt in den Formen des Hausirhandels auftreten: diejenige Person, die eine gewerbliche Niederlassung besitzt, kann nämlich in ihrer Heimathsstadt auch von Haus zu Haus gehen, ihre Waaren mit sich führen (oder auch nur Proben davon) und auch dritte Personen in dieser Art verwenden (Kolporteure, Gipsfigurenhändler); kurz und gut, sie kann, in der Stadt „umherziehend", kaufen und verkaufen bei wem und an wen es ihr gefällt. Nur ist auch innerhalb des eigenen Wohnbezirkes zum hausirmäßigen Vertriebe von Druck- und sonstigen Schriften und Bildwerken sowie zum gewerbsmäßigen öffentlichen Ausrufen, Anheften oder Anschlagen derselben — nicht aber für Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken während der Wahlzeit — polizeiliche Erlaubniß (Legitimationsschein!) erforderlich, und es dürfen von Haus zu Haus, auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen und an anderen öffentlichen Orten, auch innerhalb des Wohnortes, diejenigen Gegenstände nicht feilgeboten oder zum Weiterverkaufe angekauft werden, welche nach §§ 56, 56 a bis c R. G. O. vom Feilbieten und Ankauf im Umherziehen überhaupt ausgeschlossen sind. Ausgenommen hiervon und mithin freigegeben auch zum Vertriebe von Haus zu Haus ꝛc. innerhalb des Gemeindebezirks ist jedoch der Handel mit Bier und Wein in Fässern und Flaschen.

5) Uebrigens gewährt die R. G. O. in § 42 b der Behörde die Möglichkeit, auch diesen „Hausirhandel" innerhalb der Heimathsstadt von einer Erlaubniß abhängig zu machen. — Kinder unter 14 Jahren sollen auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten und ohne vorgängige Bestellung von Haus zu Haus Gegenstände nicht feilbieten.

So der Betrieb innerhalb der Gemeinde; für den Betrieb außerhalb der Wohnsitzgemeinde wird dann getrennt, wie mehrfach erörtert:

Hausirgewerbe	Stehender Gewerbebetrieb (Reisende)
ohne vorgängige Bestellung:	ohne vorgängige Bestellung:
Feilbieten an Jedermann,	Feilbieten nur an Kaufleute (Ausnahmen!),
Aufkaufen bei Jedermann,	Aufkaufen nur bei Kaufleuten,
Wandergewerbeschein,	Legitimationskarte,
Mitführen event. aller zu verkaufenden Waaren (ausgeschlossene Waaren!).	Mitführen nur von Proben (Ausnahmen!).

Der Polizeibeamte lasse sich also von jedem ihm begegnenden Händler den Wandergewerbeschein und von jedem Reisenden die Legitimationskarte zeigen; nur Personen, die in der Stadt selbst wohnen, bedürfen solcher Papiere nicht, abgesehen vom Verkauf von Druckschriften (Erlaubnißschein gemäß § 10 des Preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 bezw. Legitimationsschein gemäß § 43 R. G. O. Vergl. S. 134, Anm. 2.)

1. **Der Beginn des stehenden Gewerbes** ist im Allgemeinen frei, muß jedoch der Gemeindebehörde (Magistrat 2c.) behufs Veranlagung zur Gewerbesteuer angezeigt werden. Feuerversicherungs-Agenten, Buch- und Steindrucker, Buch- und Kunsthändler, Antiquare, Leihbibliothekare, Inhaber von Lesekabinetten, Verkäufer von Druckschriften, Zeitungen und Bildern haben außerdem der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten, da gerade in diesen Zweigen die Möglichkeit besonderer polizeilicher Aufsicht gesichert sein muß, z. B. erscheint die Anmeldepflicht der Drucker, Buchhändler, Bibliothekare und der anderen Personen, die mit Preßerzeugnissen handeln, als nothwendige Voraussetzung für eine ausreichende Handhabung der Preßpolizei. Die Polizeibehörde muß ganz genau wissen, an welchen Orten sie die Befolgung des Preßgesetzes besonders zu kontrolliren hat, sie muß namentlich für den Fall einer nothwendig werdenden Beschlagnahme über die Orte unterrichtet sein, an denen die Hersteller und Vertreiber des zu beschlagnahmenden Druckerzeugnisses ihren Geschäftsbetrieb unterhalten. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den anderen oben erwähnten Gewerbetreibenden (§ 14 R. G. O.). Die erfolgte Anmeldung ist von der Behörde zu bescheinigen (§ 15 R. G. O.).

6) Firmenschilder müssen vom 1. Januar 1900 ab neben dem Familiennamen mindestens einen ausgeschriebenen Vornamen enthalten. (H. G. B. vom 10. Mai 1897.)

Zur Errichtung von Anlagen, die, wie Fabriken, eine Benachtheiligung der Anwohner im Gefolge haben können, ist eine besondere Konzession erforderlich; hierzu gehören Schießpulverfabriken, Anlagen zur Feuerwerkerei und zur Bereitung von Zündstoffen aller Art, Gas-

bereitungsanstalten, chemische Fabriken ꝛc. ꝛc. (vergl. § 16 R. G. O.) Gleiches gilt für die Anlage von Dampfkesseln.

Einzelne Gewerbetreibende, die, wie Aerzte,*) Apotheker ꝛc., einer besonderen Vorbildung für ihren Beruf bedürfen, sind zu dessen Ausübung erst befugt, nachdem sie eine Approbation erhalten haben. (Vergl. § 29 R. G. O.) — Auch der Betrieb des Hufbeschlaggewerbes ist von dem Bestehen einer besonderen Berufsprüfung abhängig gemacht, ebenso die Thätigkeit als Hebamme und Fleischbeschauer.

Für den Betrieb solcher Gewerbe, die bei dem Ausübenden eine besondere Zuverlässigkeit wünschenswerth erscheinen lassen, ist eine besondere Erlaubniß erforderlich: so für Schauspielunternehmer, Pfandleiher, für den Betrieb eines „Tingeltangel" und für Gastwirthe.**)

Bezüglich der Letzteren ist zu bemerken, daß derjenige, der Gastwirthschaft, Schankwirthschaft ꝛc. oder auch nur den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreiben will, der Erlaubniß bedarf, die jedoch zu versagen ist, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß der Nachsuchende das Gewerbe zur Förderung der Völlerei, des verbotenen Spiels, der Hehlerei oder der Unsittlichkeit mißbrauchen werde, oder wenn das zum Betriebe bestimmte Lokal wegen seiner Beschaffenheit oder Lage den polizeilichen Anforderungen nicht genügt. (Vergl. S. 124, § 13.)

Außerdem kann in bestimmten Grenzen die Ertheilung der Konzession von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig gemacht werden.

Endlich ist in gewissen Fällen zum Beginne des Gewerbes zwar keine besondere Genehmigung erforderlich, aber die Fortsetzung kann untersagt werden, sobald sich die Unzuverlässigkeit des Unternehmers herausgestellt hat; das gilt für Turn-, Tanz- und Schwimmlehrer, für den Trödelhandel, für Gesindevermiether und Stellenvermittler ꝛc. (vergl. § 35 R. G. O.). Auch der Kleinhandel mit Bier (Flaschenbierhandel) kann untersagt werden, wenn der Gewerbetreibende wiederholt wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des § 33 R. G. O. bestraft ist.

Auswanderungs-Unternehmer und -Agenten bedürfen der Konzession. —

7) Hier ist zu erwähnen, daß Hauslehrer, Kindergärtnerinnen ꝛc. eines Erlaubnißscheines der Regierung bedürfen (A. L. R. II. 12 §§ 3 ff.) Der Polizeibeamte übe eine entsprechende Kontrolle aus.

2. Die Ausübung des einmal begonnenen Betriebes ist im Allgemeinen dem Gutdünken des Unternehmers überlassen. Wer einer Konzession bedurfte, hat sich natürlich an etwa aufgestellte Bedingungen

---

*) An sich ist die Ausübung der Heilkunde Jedermann gestattet; aber als „Arzt" darf sich nur bezeichnen, wer als solcher approbirt ist.

**) Eine bloße „Speisewirthschaft" kann ohne Weiteres betrieben werden, wird aber auch Bier ꝛc. ausgeschänkt, dann ist Konzession erforderlich.

zu halten. Außerdem müssen Pfandleiher, Feuerversicherungs-Agenten, Gesindevermiether, Auswanderungs-Agenten ꝛc. bestimmte fortlaufende Register über ihre Geschäftsthätigkeit führen, die der Polizeibeamte von Zeit zu Zeit einer Revision zu unterziehen hat.

Die für die Allgemeinheit der Staatsbürger erlassenen Gebote und Verbote gelten natürlich auch für Gewerbetreibende.

Zu erwähnen ist hier das Verbot, von einem zum Dienststande gehörenden Unteroffizier oder Gemeinen des Heeres und der Marine Montirungs- oder Armaturstücke zu kaufen oder zum Pfande zu nehmen, ohne die schriftliche Erlaubniß des vorgesetzten Kompagnie- ꝛc. Chefs.

Schlosser dürfen ohne Genehmigung des Inhabers einer Wohnung oder ohne obrigkeitliche Anweisung zu Zimmern oder Behältnissen in der Wohnung weder Schlüssel anfertigen, noch Schlösser an denselben öffnen; zur Anfertigung eines Hausschlüssels bedarf es der Genehmigung des Hausbesitzers bezw. dessen Vertreters, zur Verabfolgung von Nachschlüsseln oder Dietrichen der Erlaubniß der Polizeibehörde. (§ 369, 1 R. St. G. B.)

Gewerbetreibende ꝛc., die in Feuer arbeiten, haben die besonderen polizeilichen Bestimmungen scharf zu beachten; für Herstellung, Vertrieb und Besitz von Sprengstoffen bestehen besondere Einschränkungen (§ 369, 3 R. St. G. B.). (Sprengstoffgesetz vom 9. Juni 1884.)

Die Unterhaltung des öffentlichen Verkehrs innerhalb einer Stadt durch Wagen aller Art (Droschken), durch Gondeln, Sänften, Pferde und andere Transportmittel sowie das Gewerbe derjenigen Personen, die auf öffentlichen Straßen oder Plätzen ꝛc. ihre Dienste anbieten (Dienstmänner, Stiefelputzer ꝛc.) wird von der Polizei besonders geregelt. —

Die Festsetzung des Preises zwischen Gewerbetreibenden und dessen Abnehmer ist grundsätzlich der freien Vereinbarung überlassen; nur für gewisse Gewerbe, so für Gastwirthschaften, Bäckereien und Droschkenbetrieb ꝛc. kann die Polizei „Taxen“ aufstellen, nach denen sich alsdann der Preis berechnet.

3. Gewerbliches Hülfspersonal. Jeder Gewerbetreibende kann sein Gewerbe durch Stellvertreter ausüben lassen, die jedoch den Anforderungen genügen müssen, welche an den Unternehmer selbst zu stellen sind. Bedurfte dieser, wie z. B. der Gastwirth, einer Konzession, dann ist für den Stellvertreter eine solche jedoch nicht mehr erforderlich. Ebenso kann für Wittwen und minderjährige Waisen das Geschäft fortgeführt werden, ohne daß eine Neukonzessionirung nachzusuchen wäre.

Außerdem ist jeder Unternehmer befugt, so viele andere Personen als Arbeiter, Gehülfen, Gesellen, Lehrlinge in seinem Betriebe zu verwenden, als er für gut befindet. Dieses Recht wird jedoch, wie folgt, beschränkt:

Allgemein dürfen nur solche Personen beschäftigt werden, die nicht mehr zum Schulbesuche verpflichtet sind; bis zur Großjährigkeit (dem 21. Lebensjahre) haben sie ein Arbeitsbuch zu führen.

Lehrlinge annehmen und Arbeiter unter 18 Jahren anleiten darf nur Jemand, der im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist; außerdem kann die Befugniß zum Halten von Lehrlingen von der Behörde unter gewissen Voraussetzungen entzogen werden. Im Handwerksbetriebe (z. B. Klempnerei) sind nur diejenigen Personen zum „Lehrlingehalten" berechtigt, die das 24. Jahr vollendet und in dem Gewerbe, in dem der Lehrling ausgebildet werden soll, entweder nach Zurücklegung einer vorgeschriebenen Lehrzeit die Gesellenprüfung bestanden haben oder aber fünf Jahre persönlich das Handwerk als selbständiger Geschäftsmann, als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung ausgeübt haben. (R. Ges. vom 26. Juli 1897.)

8) Vor der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Fabriken ist allgemein anzuzeigen, daß Derartiges beabsichtigt wird. In den Arbeitsräumen dieser Personen ist ein Aushang anzubringen, der die gesetzlichen Bestimmungen über ihre Beschäftigung enthält; für die jugendlichen Arbeiter außerdem ein Namensverzeichniß. — Die Beschäftigung von erwachsenen männlichen Personen ist in keiner Weise beschränkt, abgesehen von der Sonntagsruhe. Ueber die Versicherungen gegen Krankheit, Alter, Unfall 2c. vergl. S. 5, § 1 Anm. 3.

Die Sonntagsarbeit ist besonders geregelt, wie unter Ziffer 4, S. 143, ausgeführt ist.

Die Arbeitszeit wird für die Fabriken, wie folgt, beschränkt;

a) Kinder unter 14 Jahren dürfen nicht länger als sechs Stunden,

b) junge Leute zwischen 14 bis 16 Jahren nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden, und zwar nicht vor 5½ Uhr morgens und nicht über 8½ Uhr abends hinaus:

c) Arbeiterinnen über 16 Jahre dürfen nicht länger als elf Stunden, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage nicht länger als zehn Stunden arbeiten, und zwar nicht vor 5½ Uhr morgens und nicht nach 8½ Uhr abends. Wöchnerinnen sind vier Wochen nach der Entbindung überhaupt von der Arbeit ausgeschlossen und weitere zwei Wochen nur auf Grund ärztlichen Attestes zugelassen.

d) Die Pausen zwischen den Arbeitsstunden sind besonders festgelegt: für jugendliche Arbeiter, die nur sechs Stunden arbeiten, eine halbe Stunde, für die anderen mittags eine Stunde, vormittags und nachmittags je eine halbe Stunde; für Arbeiterinnen über 16 Jahre: mittags eine Stunde; wenn sie ein eigenes Hauswesen zu besorgen haben 1½ Stunden, sofern eine solche Verlängerung beantragt wird.

9) Die besondere Regelung der Arbeitszeit für jugendliche und weibliche Arbeiter durch das Gesetz hat ihren Grund darin, daß gerade diese der Ausbeutung durch die Unternehmer besonders preisgegeben sind: einmal wegen ihres jugendlichen Alters bezw. wegen der nur geringen Selbständigkeit der Frauen-

stellung im Allgemeinen und der daraus hervorgehenden besonderen Nachgiebigkeit gegen jedwede Anordnung des Arbeitgebers; dann aber ist gerade diesen Personen — im Gegensatz zu den erwachsenen männlichen Arbeitern — die Möglichkeit erschwert, sich zu verbinden (Koalition) und nun vereint event. bessere Arbeitsbedingungen vom Unternehmer zu fordern. Außerdem sind diese Personen aus Gesundheitsrücksichten wegen ihrer unvollendeten Körperentwickelung bezw. wegen ihrer schwächeren Körperverfassung besonderen gesundheitlichen Nachtheilen (Ueberanstrengung!) ausgesetzt, die der Staat nach Kräften zu beseitigen suchen muß.

Vereinzelt sind Frauen und jugendliche Arbeiter überhaupt von der Beschäftigung ausgeschlossen, insbesondere auch aus Gründen der Sittlichkeit.

Ziegeleien und Chamottefabriken dürfen diese Personen in gewissen, besonders anstrengenden Betriebszweigen nicht verwenden. — Andererseits bestehen für Konservenfabriken wieder einige Erleichterungen. (Bekanntmachung des Bundesraths vom 11. März 1898.)

Diese Bestimmungen, die an und für sich nur für Fabriken gelten, sind vereinzelt auf Handwerk und Hausindustrie ausgedehnt:

In Bäckereien und Konditoreien ist die Arbeitszeit allgemein auf 12 Stunden beschränkt, für Lehrlinge im 1. und 2. Jahre auf 10 bezw. 11 Stunden. (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 4. März 1896.)

10) Vergl. Beyendorff, die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien. (Tabellarische Zusammenstellung; Preis 15 Pfg. Selbstverlag Staßfurt.)

Die Beschränkungen der R. G. O. gelten im Wesentlichen auch für die Kleider- und Wäschekonfektion. (Kaiserliche Verordnung vom 31. Mai 1897.)

Im Uebrigen ist die Festsetzung der Beschäftigungszeit dem Unternehmer überlassen.

Die Beobachtung dieser Vorschriften wird durch besondere Revisionen („Fabrikrevision") kontrollirt.

Der Beamte, der mit Vornahme einer Fabrikrevision beauftragt ist, hat sich zunächst an den Besitzer oder an einen oberen Beamten der Fabrik zu wenden, ihm von der beabsichtigten Revision Mittheilung zu machen und einen Führer durch die Fabrikräume zu erbitten. Zunächst lasse sich der Beamte zu der Stelle führen, an der die erforderlichen Aushänge (Arbeitsordnung, Auszüge aus den Bestimmungen über Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter und ein namentliches Verzeichniß der ersteren) angebracht sind; er stelle fest, ob diese Aushänge in ordnungsmäßigem Zustande sind, namentlich ob ihr Druck leserlich und der Aushängeplatz ein besonders in die Augen fallender ist, und notire sich die Namen der auf dem Verzeichniß angegebenen jugendlichen Arbeiter. Sodann lasse er sich zu der Stelle geleiten, an der jugendliche Personen arbeiten; er befrage diese nach Namen, Alter, Dauer (Beginn und Ende) ihrer Arbeitszeit, nach den Arbeitspausen und nach etwa ver-

richteter Sonntags- und Nachtarbeit; einzelne Personen nehme er beiseite und befrage sie, ob sie irgend einen Anlaß zu besonderen Klagen haben; über alle Wahrnehmungen mache er sich entsprechende Notizen. Nachdem er in dieser Weise alle in der Nachweisung angegebenen jugendlichen Arbeiter befragt hat, begebe er sich zu der Stätte der Frauenarbeit. Die Frauen sind zu befragen nach der Dauer (Anfang und Ende) der Arbeitszeit und der Pausen, namentlich für die Vorabende der Sonn- und Festtage, dann, ob die Betreffende auf ihren Antrag die verlängerte Mittagspause erhält, ob sie in letzter Zeit geboren hat und die für diesen Fall bestehenden Gesetzesvorschriften beachtet sind. Endlich suche der Beamte durch Nachfrage die Zahl der Minderjährigen d. h. der unter 21 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen zu ermitteln; er halte zu diesem Behufe alle ihm begegnenden Personen jugendlichen Aussehens an, um ihr Alter festzustellen, und richte an jede Gruppe von Arbeitern, an der er vorübergeht, eine entsprechende Anfrage — übrigens ein Verfahren, durch das zugleich die Richtigkeit des aushängenden Namensverzeichnisses geprüft werden kann. Mit diesen thatsächlichen Feststellungen begebe er sich dann in die Geschäftsräume der Fabrik und lasse sich aus der Lohnliste, dem Mitgliederverzeichniß der Krankenkasse oder ähnlichen Zusammenstellungen die Gesammtzahl der Arbeiter überhaupt angeben, danach die der Minderjährigen und von diesen wiederum die der jugendlichen, d. h. unter 16 Jahre alten — stets nach Geschlechtern getrennt. Mit diesen Mittheilungen vergleiche er seine eigenen Feststellungen und bringe etwaige Differenzen zur Sprache. Schließlich lasse er sich die Arbeitsbücher vorzeigen; er prüfe, ob für jeden Minderjährigen ein solches vorhanden und ob die vorgeschriebene Eintragung über Beginn der Beschäftigung bewirkt ist; beim Antreffen unbrauchbar gewordener Arbeitsbücher ordne er deren Umtausch an. Je nach Befehl des Vorgesetzten ist über die Revision mehr oder weniger eingehend Bericht zu erstatten; festgestellte Uebertretungen seitens des Fabrikbesitzers oder seiner Beamten sind zur Strafanzeige zu bringen.

4. Die Sonntagsruhe will auch dem Arbeiter und den anderen Angestellten in Industrie und Handel einen regelmäßigen Ruhetag sichern. Für Menschen, die fortgesetzt angestrengt arbeiten müssen, ist schon aus Gesundheitsrücksichten ein regelmäßiger Ruhetag unbedingt erforderlich. Vereinzelte Versuche, namentlich in der französischen Revolution, die allgemeine Ruhe für einen späteren Termin als den heute üblichen einzuführen, sind fortgesetzt gescheitert, man hat sich immer wieder genöthigt gesehen, zu der alten Einrichtung der mosaischen Gesetzgebung zurückzukehren, die in richtiger Würdigung menschlicher Arbeitsfähigkeit jeden siebenten Tag als Ruhetag bestimmte. Diese Eintheilung hat sich durchaus bewährt — nur war gerade für die arbeitenden Klassen bis vor nicht zu ferner Zeit selten von einer regelmäßigen Ruhe

am siebenten Tage, am Sonntage, die Rede. Die Unternehmer verlangten in rücksichtsloser Ausbeutung vielfach auch eine Arbeit am Sonntage, ohne aber in der Woche einen entsprechenden Ausgleich eintreten zu lassen.

Auch aus sittlichen Erwägungen muß man eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitsruhe für den Arbeiter fordern, da der Arbeiter ohne diese vollständig abstumpfen, zur reinen Maschine werden würde und vor allen Dingen so gut wie gar keine Gelegenheit hätte, sich seiner Familie zu widmen. Der Arbeiter, der abends nach 12stündiger Abwesenheit in sein Hauswesen zurückkehrt, sehnt sich nach körperlicher Ruhe und ist nur selten geneigt, sich der Erziehung seiner Kinder zu widmen, überhaupt innigere Beziehungen zu seiner Familie zu pflegen. Für einen solchen Mann aber wenigstens alle sieben Tage einen freien Tag zu verlangen, an dem er zunächst einmal körperlich ausruhen, sich erholen kann, sodann aber auch Zeit und Muße findet, seinen Pflichten als Familienhaupt nachzukommen, ist doch wahrlich eine Forderung die sich in sehr bescheidenen Grenzen hält. Im Grunde muß sonach unbedingte Sonntagsruhe verlangt werden. Freilich würde diese vielfach gewaltigen Schaden anrichten, da in gewissen Betrieben eine Unterbrechung der Arbeit wegen Verderbens von Rohstoffen 2c. ganz unmöglich ist. Deshalb wird ausnahmsweise auch eine Sonntagsbeschäftigung zuzulassen sein, aber mit der Maßgabe, daß die am Sonntage Arbeitenden an einem Wochentage frei bleiben, dann aber unter allen Umständen am nächsten, längstens aber am übernächsten Sonntage Ruhe haben. Endlich ist zu bemerken, daß eine gesetzliche Regelung dieser Verhältnisse erforderlich ist, da der Arbeiter allein, schon um leben zu können, den Anforderungen des Fabrikanten sich fügen müßte, insonderheit aus eigener Kraft keinen erfolgreichen Widerstand gegen die Anordnung der Sonntagsarbeit leisten könnte. Zu beachten schließlich ist, daß der Unternehmer für seine Person natürlich arbeiten kann, soviel er mag.

Die Sonntagsruhe ist verschieden geregelt in Industrie und Handelsgewerbe. (Vergl. S. 145, Anm. 11 dieses Paragraphen.)

a) Industrie. Jugendliche Arbeiter dürfen an Sonn- und Festtagen überhaupt nicht beschäftigt werden. Auch für die erwachsenen Arbeiter gilt grundsätzlich das Verbot der Sonntagsarbeit: ihnen ist für jeden Sonn- und Festtag eine Ruhe von mindestens 24, für wei aufeinander folgende Sonn- und Festtage von 36 und für das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest von 48 Stunden zu gewähren. Ausnahmsweise kann hiervon abgegangen werden in dringenden Fällen (vergl. § 105. c R. G. O.); für bestimmte Gewerbe, denen die Unterbrechung der Arbeit einen unverhältnißmäßigen Nachtheil am Sonntag z. B. Verderben von Rohstoffen bringen würde, können die oberen Behörden eine beschränkte Thätigkeit zulassen. (Vergl. Bekanntmachung des Reichs-

kanzlers vom 5. Februar 1895, des Ministers vom 11. März 1895.) In allen diesen Fällen sind aber die am Sonntage Beschäftigten in anderer Weise zu entschädigen. (Vergl. § 105 b bis f R. G. O.)

b) Handelsgewerbe. Hier ist nicht gänzliche Ruhe für den Sonntag vorgeschrieben, sondern man hat sich darauf beschränkt, die Beschäftigungszeit erheblich zu kürzen. In derselben Zeit, in der hiernach Gesellen, Lehrlinge 2c. nicht beschäftigt werden dürfen, darf auch in offenen Verkaufsstellen kein Verkauf stattfinden.

Am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage darf eine Beschäftigung überhaupt nicht,*) an allen anderen Sonn- und Festtagen nur auf die Dauer von fünf Stunden stattfinden; eine Ausdehnung bis zu zehn Stunden kann die Polizei zulassen für die Sonntage in den letzten vier Wochen vor Weihnachten und für einzelne Sonn- und Festtage, an denen örtliche Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsbetrieb erforderlich machen.

Diese fünf Stunden sind verschieden festgesetzt, je nach den örtlichen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der Eigenart der einzelnen Gewerbebetriebe; stets ist aber daran festzuhalten, daß die Gesammtdauer der zugelassenen Beschäftigungszeit nicht über fünf Stunden hinausgehen darf und daß stets die Zeit für den Hauptgottesdienst (meist zwei Stunden) frei zu lassen ist.

Im Allgemeinen ist die Zeit für Beschäftigung der Gehülfen 2c. und demgemäß für den Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen auf 7 bis 2 Uhr festgesetzt; diese Zeit wird unterbrochen durch eine Pause für den Gottesdienst, die von der Ortspolizeibehörde nach den örtlichen Kirchenverhältnissen festgesetzt wird und zwei Stunden beträgt (meist von 9 bis 11). Für die Zeitungsspeditionen werden diese fünf Stunden mit Rücksicht auf die eigenartigen Verhältnisse dieses Gewerbebetriebes auf 4 bis 9 Uhr morgens festgesetzt; aus denselben Gründen können für den Handel mit Blumen und Kränzen die fünf Stunden so gelegt werden, daß spätestens nachmittags um 4 Uhr zu schließen ist, und in Badeorten und anderen Städten mit starkem Touristenverkehr kann der gesammte Verkehr derart geregelt werden, daß die Beschäftigung und dementsprechend der Verkauf bis spätestens 5 Uhr nachmittags zugelassen wird; die Gesammtzeit darf natürlich auch in allen diesen Fällen nur fünf Stunden betragen.

11) Die genauere Festlegung dieser Stunden erfolgt durch Polizeiverordnungen.

Diese fünf Stunden, die allgemein die Regel bilden, können für Gewerbe, deren vollständige oder theilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, schlechtweg durch den Regierungspräsidenten ausgedehnt werden: so ist der Handel

*) Ausnahmen siehe unten.

mit Backwaaren, Konditorwaaren, mit Milch außer den sonstigen fünf Stunden schon von 5 Uhr morgens ab und eventuell noch während einer Nachmittagsstunde (vielfach von 3 bis 4) zugelassen.

12) Die in dieser Weise beschäftigten Personen sind dafür an Wochentagen entsprechend freizulassen.

Endlich ist von dem grundsätzlichen Verbot der Beschäftigung und des Verkaufes am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertage insofern eine Ausnahme zugelassen, als der Handel mit denjenigen Waaren, wenn auch nur für beschränkte Zeit, allgemein zugelassen wird, die für die menschliche Bedürfnißbefriedigung nicht gut zu entbehren sind. Freigegeben ist auch für diese Tage:

1. die Zeitungsexpedition wie sonst, also von 4 bis 9 Uhr morgens;

2. das Hausiren mit Milch von 5 bis 9 Uhr morgens;

3. der Handel mit Backwaaren, Konditorwaaren, Fleisch, Wurst, Vorkost und Milch von 5 bis 12 Uhr vormittags unter Freilassung von zwei Stunden für den Gottesdienst (z. B. 5 bis 9 und 11 bis 12);

4. der Handel mit Kolonialwaaren, Blumen, Tabak, Cigarren, Bier und Wein für zwei Stunden, jedoch nicht während des Gottesdienstes und nicht nach 12 Uhr (z. B. 8 bis 9 und 11 bis 12). —

Besonders zu erwähnen ist, daß Automaten den offenen Verkaufsstellen gleich geachtet werden, daher während der verbotenen Stunden nicht ausgestellt werden dürfen.

Zu erinnern ist nochmals daran, daß der Hausirhandel am Sonntage gänzlich verboten ist.

Ueber die verschiedene Natur dieser Vorschriften und der in § 12. D, S. 119 erörterten vergl. die dortigen Ausführungen.

§ 18. Die Versicherungspolizei.

Eine „Versicherung" ist ein Vertrag zwischen zwei Parteien — in der Regel zwischen einer Person und einer Versicherungsgesellschaft — in welchem die eine sich zur Zahlung gewisser „Prämien" verpflichtet und die andere als Entgelt dafür diejenigen Nachtheile oder besonderen Geldausgaben auf sich übernimmt, die dem Versicherten bezw. dessen Erben aus gewissen Ereignissen entstehen können: so giebt es Lebens-, Hagel-, Militär-, Ausstattungs- 2c. Versicherungen. Wer derartige Versicherungsanstalten gründen will, bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidenten. (Vergl. § 360, 9 St. G. B.) Im Uebrigen ist der Inhalt dieser Verträge zwischen den betheiligten Personen festzustellen.

Abgesehen von den auf S. 5, § 1 Anm. 3 bereits erörterten Versicherungen, greift die Polizei nur ein auf dem Gebiete der Feuerversicherung. Jeder Agent und Unteragent hat die Uebernahme der Agentur

der Polizei anzuzeigen und seine Geschäftsbücher auf Erfordern zur Einsicht vorzulegen. Ueber die Mitwirkung der Polizei bei Abschluß der Versicherungen und bei Auszahlung von Brandentschädigungsgeldern vergl. S. 64, § 7. A. 1; ehe die Polizei ihre Erklärung nicht abgegeben hat, darf weder die Versicherungspolice ausgehändigt, noch dürfen Brandentschädigungsgelder gezahlt werden.

§ 19. Die Marktpolizei.

Der Verkauf der Waaren findet häufig in der Weise statt, daß die Händler ihre Produkte in größerer Menge auf einen größeren Platz zusammenbringen, auf dem sich dann die Käufer einfinden und nun erwerben, was ihnen gerade gefällt. Einen derartigen Umsatz nennt man „Markt" — ein Wort, mit dem man aber auch den Platz bezeichnet, auf dem der Markt abgehalten wird (Marktplatz)*). Diese Märkte treten auf als Wochen- und Jahrmärkte und als Messen, deren Zahl von der Behörde festgesetzt wird.

Der Verkauf auf dem Markte ist Jedermann freigegeben; für den Platz, den der Einzelne angewiesen erhält, hat er dem Besitzer (meist der Stadt) eine Platzgebühr zu entrichten.

Auf dem Wochenmarkt dürfen nur feilgehalten werden:**)

1. rohe Naturerzeugnisse mit Ausschluß des größeren Viehs;

2. Fabrikate, deren Erzeugung mit der Land- und Forstwirthschaft, dem Garten- und Obstbau oder der Fischerei in unmittelbarer Verbindung steht, oder zu den Nebenbeschäftigungen der Landleute der Gegend gehört, oder durch Tagelöhnerarbeit bewirkt wird, mit Ausschluß der geistigen Getränke;

3. frische Lebensmittel aller Art.

Weitere Gegenstände können von der Behörde für den Wochenmarktverkehr freigegeben werden.

Für Jahrmärkte kommt außerdem hinzu das Feilhalten von Verzehrungsgegenständen und Fabrikaten aller Art; für den Verkauf von geistigen Getränken zum Genuß auf der Stelle bedarf es jedoch der besonderen Genehmigung der Ortspolizeibehörde.

Alle weiteren Verhältnisse werden nach den örtlichen Bedürfnissen von der Polizeiverwaltung durch besondere „Marktordnungen" geregelt.

Für statistische Nachweisungen (vergl. S. 64, § 7. A. 1 und Anm 5. ebenda) hat der Marktmeister (meist ein Polizeibeamter) den ver-

*) In größeren Städten sind für den Wochenmarktsverkehr besondere „Markthallen" errichtet.

**) Diese Beschränkungen liegen im Interesse der Stadtbewohner, die ein „stehendes Gewerbe" betreiben.

langten und den thatsächlich gezahlten Preis für die verschiedensten Waaren zu notiren. Diese Feststellungen sind namentlich zu Beginn, gegen Mitte und gegen Ende des Marktes vorzunehmen.

§ 20. Die Maß- und Gewichtspolizei.

An und für sich kann Jemand kaufen, wie er es für gut befindet: er kann Gerste nach Körben, nach Kisten ꝛc., er kann Bier in Flaschen, Fässern und Gläsern kaufen; kurz es kann Jeder bei einem Kaufgeschäft ein Maß oder Gewicht zu Grunde legen, welches ihm am besten paßt. Durch Nachwiegen nach Empfang der Waare stellt er fest, ob den aufgestellten Bedingungen entsprechend geliefert ist.

Für den öffentlichen Verkehr aber ist es von großer Wichtigkeit, wenn, ähnlich den Münzen (vergl. S. 88, II. 1. b § 10. A.) ein Maß und ein Gewicht feststeht, nach dem jeder einzelne Mensch ohne Weiteres kaufen kann. In diesem Sinne haben wir als Maßeinheit für Längenmaße das Meter (m). für Flächenmaße das Quadratmeter (qm), für Körper- und Hohlmaße das Liter (l) und als Gewichtseinheit das Kilogramm (kg). Auf diese Einheiten sind sämmtliche Maße und Gewichte im öffentlichen Verkehr zurückzuführen (halbe, viertel ꝛc. Liter und Kilogramme); ihr Verhältniß zur Grundeinheit wird von einem Aichamt festgestellt und auf das Gewicht bezw. Maß durch Stempelung eingetragen. Solche Maße und Gewichte nennt man „geaichte".

Zum Zumessen und Zuwägen im öffentlichen Verkehr müssen ausschließlich geaichte Maße und Gewichte verwendet werden: so darf eine Marktfrau Kirschen nur unter Benutzung eines geaichten Litermaßes verkaufen.

Außer auf die Maße, Gewichte und Wagen erstreckt sich der Aichzwang u. A. auf die Fässer, in denen Wein zum Verkauf kommt, und auf die Gasmesser, nach denen die Vergütung für den Verbrauch von Leuchtgas bestimmt wird. (Maß- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868 mit ihren Ergänzungen durch R. Ges. vom 10. März 1870, 7. Dezember 1873, 11. Juli 1884 und 26. April 1893.)

Gast- und Schankwirthe sind verpflichtet, bei Verabfolgung von Wein, Obstwein, Most und Bier in ihren Wirthschaften nur solche Schankgefäße zu benutzen, die den Rauminhalt durch einen Füllstrich nach Litermaß richtig bezeichnen, so daß also ein $^4/_{10}$ Glas thatsächlich bis zu seinem Strich $^4/_{10}$ Liter fassen muß. Für diese Bezeichnung sind auch nur solche Maßgrößen zu verwenden, die vom Liter aufwärts durch Stufen von $^1/_2$ Liter (also $1^1/_2$, 2, $2^1/_2$ l ꝛc.), vom Liter abwärts durch Stufen von Zehntheilen des Liters gebildet werden (also 0,3, 0,5, 0,8 ꝛc. l) oder auch solche, die gleich einem viertel Liter ($^1/_4$ l) sind.*) Diese Gläser selbst brauchen zwar nicht geaicht zu sein

*) Beträgt der Inhalt des Glases 1 oder $^1/_2$ Liter, dann ist der Füllstrich, nicht nothwendig.

jedoch muß der Wirth in seinem Lokal ein Maß bereit halten, das geaicht ist; durch Nachmessen kann sich dann jeder Gast von der Richtigkeit des Füllstriches überzeugen. (R. Ges. vom 20. Juli 1881.)

Gewerbetreibende, bei denen unrichtige Maße, Gewichte oder Wagen oder solche vorgefunden werden, die zum Gebrauch in ihrem Gewerbe geeignet, aber mit Aichungsstempel nicht versehen sind, oder die in anderer Weise die Vorschriften der Maß- und Gewichtspolizei verletzen, werden bestraft. Die falschen Gegenstände werden außerdem eingezogen: so wird der Gastwirth, dessen Gläser einen unrichtigen Füllstrich führen, nicht nur bestraft, sondern die Gläser, auch etwaige Stammseidel, werden außerdem noch beschlagnahmt; gleichgültig ist, ob das Glas mehr oder ob es weniger faßt, als der Füllstrich angiebt. (Vergl. § 369, 2 St. G. B.)

Die Kontrolle findet durch regelmäßige polizeiliche Maß- und Gewichtsrevisionen statt.

§ 21. Die Landwirthschaftspolizei.

Die eigentliche Förderung der Landwirthschaft z. B. durch Anlage von Samenkulturen, Halten von Zuchtbullen,. Deckhengsten ꝛc. ist Sache der Wohlfahrtspflege; die Polizei hält nur Schädigungen fern.

Wie die Polizei den Viehbestand des Landwirths schützt, ist bereits § 15 erörtert; hier sind einige Vorschriften zu erwähnen, die besonders das landwirthschaftliche Grundstück, Saaten, Ernte ꝛc. schützen.

Wer unbefugt ein fremdes Grundstück, einen öffentlichen oder Privatweg oder einen Grenzrain durch Abgraben oder Abpflügen verringert; wer unbefugt von öffentlichen oder Privatwegen Erde, Steine oder Rasen oder aus fremden Grundstücken Erde, Lehm, Sand, Grand oder Mergel gräbt, Plaggen oder Bülten haut, Rasen, Steine oder ähnliche Gegenstände wegnimmt; wer die zum Schutze der Dünen und der Fluß- und Meeresufer, sowie der auf denselben vorhandenen Anpflanzungen und Anlagen erlassenen Polizeiverordnungen übertritt; wer den polizeilichen Anordnungen über die Schließung der Weinberge zuwiderhandelt; wer das durch gesetzliche oder polizeiliche Anordnung gebotene Raupen unterläßt; wer unbefugt über Gärten oder Weinberge oder vor beendeter Ernte über Wiesen oder bestellte Aecker oder über solche Aecker, Wiesen, Weiden oder Schonungen, welche mit einer Einfriedigung versehen sind, oder deren Betreten durch Warnungszeichen untersagt ist, oder wer schlechtweg auf einem durch Warnungszeichen geschlossenen Privatwege geht, fährt, reitet oder Vieh treibt: der wird bestraft. (§§ 366a, 368, 1, 2, 9, 370, 1, 2 St. G. B.)

An dieser Stelle ist ganz kurz das Pfändungsrecht der Landwirthe zu erörtern: der Feldhüter und der Geschädigte sind zu einer Pfändung berechtigt, wenn sie Jemanden unbefugt auf einem landwirth-

schaftlichen Grundstücke antreffen, um sich den Ersatz des Schadens zu sichern, den der Betroffene auf dem Grundstücke angerichtet hat. Insbesondere kann auch Vieh, das auf einem fremden Grundstücke weidend betroffen wird und ein Gespann bei unbefugtem Fahren über fremde Grundstücke — mit Ausnahme von Postfuhrwerken — gepfändet werden und zwar, außer durch die oben genannten Personen, auch durch die Aufsichts-, Dienst- und Arbeitsleute, sowie durch die Familienangehörigen des Geschädigten. Widerstand gegen diese Personen wird bestraft. (Preußisches Feld- und Forstpolizei-Gesetz vom 1. April 1880. Vergl. auch § 117 St. G. B.)

§ 22. Die Jagd- und Fischereipolizei.

Um der gänzlichen Vernichtung des Wildes und der Fische vorzubeugen, ist die Ausübung der Jagd und des Fischfanges beschränkt.

Bezüglich der Jagd ist zu bemerken, daß für jedes Wild eine bestimmte Schonzeit festgesetzt ist, während deren es nicht geschossen werden darf. Im Uebrigen kann auf § 10 Anm. 21, S. 110 verwiesen werden; hier ist nur zu erwähnen, daß auch schon derjenige bestraft wird, der ohne Genehmigung des Jagdberechtigten auf einem fremden Jagdgebiete außerhalb des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges, wenn auch nicht jagend, so doch zur Jagd ausgerüstet betroffen wird. Gleichfalls wird bestraft, wer unbefugt Eier oder Junge von jagdbarem Federwild oder von Singvögeln ausnimmt. (§ 368, 10 und 11 St. G. B.)

Ebenso ist die Fischerei beschränkt; berechtigt ist in der Regel die Gemeinde, die aber wieder verpachtet. Wer den Fischfang ausüben will, ohne persönlich „berechtigt" zu sein, bedarf eines Erlaubnißscheines der Polizei, den er stets bei sich zu führen hat.*)

Wer unberechtigt fischt oder krebst, wird bestraft; die Strafe erhöht sich, wenn das zur Nachtzeit, bei Fackellicht oder unter Anwendung schädlicher oder explodirender Stoffe geschehen ist. (§§ 370, 4, 296 St. G. B.) Ebenso werden Ausländer bestraft, die in deutschen Küstengewässern unbefugt fischen.

§ 23. Die Wegepolizei.

Die Wegepolizei hat für ordnungsmäßige Unterhaltung der Wege zu sorgen und denjenigen, der dazu verpflichtet ist (meist die Gemeinde), anzuhalten, etwaige Schäden schleunigst ausbessern zu lassen. Diese Aufforderung erfolgt jedoch durch die Behörde; der Beamte hat sich darauf zu beschränken, Anzeige zu erstatten.

*) Die Fischerei-Berechtigung einer Privatperson kann abgelöst werden.

§ 24. Rückblick und Schlußbetrachtung.

Zum Schluß sei nochmals Wesen und Aufgabe der Polizei in ihrer unendlichen Verzweigung und Mannigfaltigkeit in kurzem Rückblick beleuchtet; das kann nicht besser und treffender geschehen als mit den Worten Adolf Lassons:*)

„Das Gebiet der Polizei ist so unendlich wie die Mannigfaltigkeit der in Natur und Menschenleben zur Erscheinung kommenden Kräfte und der von diesen drohenden Gefährdungen. Die Polizei entfaltet innerhalb der durch Verfassung und Gesetz gezogenen Schranken eine bis in die intimsten Einzelheiten des Lebens eindringende rechtsbildende Thätigkeit: theils beaufsichtigend, theils verhütend, theils wiederherstellend: behufs der Erfüllung ihrer Aufgaben steht ihr eine eigenthümliche Art der Strafandrohung und Strafvollziehung zu.

Die Ausübung der Polizei ist diejenige Aeußerung der Herrschgewalt, die sich am lästigsten in alle Lebensäußerungen der Personen eindrängt und mit der sich die Staatshoheit am stetigsten in der Form eines unentfliehbaren Zwanges Allen gleichmäßig fühlbar macht. Der Thätigkeit der Polizei ist nichts entzogen, weder das, was im hellsten Lichte der Oeffentlichkeit erscheint, noch was sich im tiefsten Dunkel des Privatlebens verbirgt. Sie hat ihre Hand in Allem, und vergebliche Mühe wäre es, ihr irgend etwas entziehen zu wollen. Das Zwangsrecht des Staates bricht gerade in der Ausübung der Polizei am häufigsten alles Recht der Person, auch das scheinbar selbstverständlichste und unveräußerlichste. Ich darf nicht schlafen, nicht spazieren gehen, nicht auf der Straße stehen, wenn die Polizei es nicht erlaubt; ich muß mich und meine Kinder impfen lassen, eine Laterne an meinem Wagen anzünden, mein Signalement bei mir führen, weil die Polizei es so befiehlt. Aber so schwer und fühlbar diese Last ist, aufgelegt wird sie im Dienste des Rechtes; jede polizeiliche Einschränkung meines Rechtes geschieht um des Rechtes der Anderen oder des Staates willen, und keine polizeiliche Maßregel hat einen anderen Sinn als den, **Verletzungen des Rechtes zu verhüten.**

Weil die Polizei die überall und in Alles eingreifende Macht ist, und weil sie zugleich das Momentane, Flüchtige, Wechselnde, wie es die einzelnen Erscheinungen des Lebens bieten, nach persönlicher Einsicht und Urtheilskraft (nämlich ihrer Beamten) ordnet: so ist hier am meisten Gefahr, daß über der Beherrschung der Einzelheit (über dem Bestreben, ein sich darbietendes Lebensverhältniß möglichst zweckmäßig zu ordnen) der allgemeine Rechtssatz ganz verloren gehe, der diese

*) Rechtsphilosophie, Seite 680 ff. Des besseren Verständnisses halber sind einige Zusammenfassungen vorgenommen, auch vielfach Ausdrücke durch allgemein verständlichere ersetzt worden.

Beherrschung erst zur rechtlichen macht." (Ohne das Bewußtsein von der rechtlichen Grundlage, von dem Rechtssatze, der ihn zum Handeln ermächtigt, ist, wie bereits des Oefteren hervorgehoben, der Polizeibeamte nicht befähigt, den Willen des Staates auszuüben; er handelt ohne diese Kenntniß nicht im Sinne des Staates, nicht als Organ desselben, sondern als ein Mensch, der sich anmaßt, daß die Anordnungen, die gerade er trifft, gut und zweckmäßig seien und sich in Uebereinstimmung mit dem Willen des Staates befänden — was in manchen Fällen, keineswegs aber immer zutreffen wird. Ein Beamter kann eben den Willen des Staates nur ausführen, wenn er diesen Willen kennt, und dieser Wille ist allein das Gesetz.) „Darum ist gerade hier", fährt Lasson fort, „das Gegengewicht von besonderer Wichtigkeit, das (in Gesetz und Verfassung) die freie Verfügungsmacht (der Polizei) beim Rechte festhält (indem ungesetzliche Anordnungen der Behörde für ungültig erklärt werden) und sie davor bewahrt, in Willkür auszuarten." (Es muß daher eine Gesetzesschranke für die Polizei errichtet werden, die, wie § 10. II. 17 A. L. R.*) ihre Thätigkeit genau umgrenzt und bei deren Verletzung seitens der Polizei die Verbindlichkeit zum Gehorsam gegen deren Anordnungen aufhört.) „Das Gebiet der Polizei freilich läßt sich nicht einengen; es umfaßt nichts weniger als Alles: aber ihre Thätigkeit auf allen Gebieten nimmt eine immer weniger aufdringliche Form an. Die wachsame Fürsorge bleibt wohl bestehen, aber erst in zweiter Linie; in erster Linie soll die eigene Fürsorge der Bürger und ihrer Vereinigungen thätig sein (z. B. Feuerwehren). Die Polizei beschränkt sich mehr und mehr auf eine bloß kontrollirende Thätigkeit, je mehr die Menschen lernen, die nöthige »Polizei« selbst an sich und ihren Verhältnissen zu üben. Damit wird der ausdrückliche Eingriff der Polizei auf den Nothfall beschränkt; sie macht sich hier zwar energischer, aber dafür im Allgemeinen auch seltener geltend.

So sorgt denn die Polizei zunächst für die Sicherheit des Staates selber als hohe, politische Polizei (hier »Staatssicherheitspolizei« genannt). Sie spürt die Gefahren auf, die den Staat bedrohen könnten; sie hindert das Komplot und den Aufruhr: sie beaufsichtigt die Vereine, Verbindungen und Versammlungen, die Presse und das gesprochene Wort, und wo es nöthig wird, greift sie zu den schärfsten Mitteln der Vorbeugung und der Sühne mit Standrecht und Belagerungszustand. Die Polizei sorgt zweitens für die Sicherheit der Einzelnen innerhalb des Staates (»niedere Polizei«). Sie verhütet das Verbrechen und Vergehen, bewacht, wo keine Wachsamkeit des Einzelnen ausreicht, Leben, Freiheit und Eigenthum Aller; sie beseitigt die Hemmnisse des Verkehrs, den Schmutz und den gefallenen Schnee, wendet die Gefahren ab, die von den Elementen (Wasser, Feuer ꝛc.)

*) Vergl. S. 18, § 4. B.

wie von Werken der Menschenhand (Häuser ꝛc.) drohen, beaufsichtigt den Bau von Häusern, Brücken, Schiffen und untersagt die Anfertigung und den Gebrauch von Giften, Waffen, explosiven Stoffen, wo sie Anderen verderblich werden könnten. Sie schützt durch Preistaxen und Gewerbeordnungen, gewerbliche Konzessionen und Verbote, gegen Betrug und Unrecht, überwacht die Flur und den Wald, die Landstraße und die Eisenbahn, den Strom und den Kanal und jeglichen Betrieb auf denselben. Sie schafft den Anblick des Widerwärtigen, Rohen und Gemeinen, des Unsittlichen und Häßlichen aus unserem Wege und verpönt störenden Lärm, Unzucht und Trunkenheit. Zur Pflege der Gesundheit beaufsichtigt sie Aerzte, Apotheker und Hebeammen, regelt die Fabrik, die Werkstätte und den Schulraum, den Stubenofen und die Dampfmaschine, prüft die Lebensmittel im Verkehr, die Wohnräume und die Kleidungsstücke und wendet Epidemien und Viehseuchen von unseren Grenzen ab oder sucht sie in möglichster Schnelligkeit zu ersticken. Sie tritt ein für die Schwachen und Schutzlosen, die Säuglinge und die Waisen, die Kranken und die Irren, im Dienste der Rechtspflege geht sie dem Verbrechen und dem Verbrecher nach, bereitet die gerichtliche Untersuchung vor durch Aufspürung von Thatsachen, durch Verhaftung (richtiger: vorläufige Festnahme) und Beschlagnahme. Um ihre Aufgaben lösen zu können, hat sie Jeden und Jedes in ihren Registern, verfolgt sie, wer und was sie interessirt, bis in die geheimsten Schlupfwinkel und erhält sich mit Paß- und Meldewesen, mit offenkundigem und geheimem Dienst auf dem Laufenden. Kurz, sie ist überall gegenwärtig in rastloser Thätigkeit, mit weitem Blick und kräftigem Willen, und wenn sie Jedem lästig fällt, so sichert sie doch Jedem erst die Möglichkeit, sich ungestört seiner Arbeit wie seinem Vergnügen zu widmen, sich wohl zu fühlen und seine höchsten wie seine niedrigsten Zwecke zu erreichen.

In dem Inbegriffe der Staatsthätigkeit nimmt die Polizei daher einen gewaltigen Raum ein."

Fast beängstigend wirkt Lassons scharfsinnige Zergliederung der Polizei, diese stattliche Aufzählung aller ihrer unerschöpflichen Aufgaben, und doch wird der Leser nicht mehr zurückschrecken; die frühere eingehende Besprechung polizeilicher Thätigkeit versetzt ihn in die Lage, sich bei jedem einzelnen Worte dieser vorzüglichen Betrachtung etwas ganz Bestimmtes zu denken, jedes einzelne Wort ruft in ihm Erinnerungen wach an früher Gelesenes und diese Schlußbemerkungen breiten in ihrer Zusammenfassung die ganze Polizeithätigkeit vor ihm wie ein ungeheures Panorama aus, das in seiner Vielseitigkeit, in seiner bunten Farbenpracht einen besonderen Reiz auf ihn ausübt.

Und bringen diese Schlußbetrachtungen den Beamten dahin, wieder und wieder dieses Buch zu lesen, bis er ganz eingedrungen ist in das innerste Wesen der Polizei, regen sie ihn an

zu weiterer persönlicher Arbeit und zu inniger Antheilnahme am ganzen Staatsleben, bringen sie ihm klar und deutlich zum Bewußtsein, daß er als Glied eines großen Ganzen nur den Willen dieses Ganzen, des Staates, auszuführen hat: erst dann haben sie ihren Zweck voll und ganz erfüllt.

Daß dies geschehen wird, ist nicht zu bezweifeln. Der Diensteifer unserer Polizeibeamten, die vom Regiment mitgebrachte unermüdliche Pflichttreue, das Bewußtsein, unserem Könige einen Diensteid geleistet und in demselben Erfüllung der übernommenen Dienstpflichten gelobt zu haben, wird jeden ehrliebenden und pflichtgetreuen Polizeibeamten veranlassen, sich genau zu unterrichten über das Wesen und die Art seines Amtes, über die Natur der Pflichten, deren Erfüllung ihm nunmehr obliegt.

Nur wer dieses Streben hat, ist ein brauchbarer Polizeibeamter; nur wer jederzeit unermüdlich in der Verrichtung seiner Dienstobliegenheiten ist, nur wer die hervorragende Treue, die er seinem Könige im Fahneneid und zum zweiten Male im Diensteid gelobt hat, auch thatsächlich dadurch bethätigt, daß er sich bemüht, den Willen des Königs, wie er im Gesetze zum Ausdruck kommt, zu erkennen und dann gewissenhaft auszuführen, nur der ist werth des Königs Beamter — mittelbar oder unmittelbar — zu sein, nur der ist würdig der Worte, die Seine Majestät am Jubelfeste der Berliner Schutzmannschaft sprach und dieser als Helminschrift verlieh — Worte, welche die Berliner Schutzleute gewissermaßen für alle Polizeibeamten tragen und die allen Deutschen, insonderheit aber den deutschen Beamten auf ihrem Dienstwege voranleuchten sollten:

„In Treue fest!“

III. Schriftverkehr.

§ 25. Meldungen, Berichte.

Berichte, Meldungen ꝛc. haben stets durch die Hand des nächsten Vorgesetzten zu gehen; in dienstlichen Angelegenheiten mit anderen Behörden (z. B. dem Magistrate) unmittelbar zu verkehren, ist der Polizeibeamte nicht befugt. Wird ein derartiger Verkehr nöthig, dann ist er durch die Vorgesetzten zu vermitteln. Nur Beschwerdeschriften sind unmittelbar bei demjenigen Vorgesetzten anzubringen, an den sie gerichtet sind, vorbehaltlich besonderer örtlicher Dienstvorschriften. —

Berichte, Meldungen und Anzeigen sollen erschöpfend sein. Der Beamte werde sich zunächst klar, was der Vorgesetzte wissen will, was für den Thatbestand von Bedeutung ist; danach schreibe er Alles in natürlicher Weise genau so, wie er spricht, bezw. wie er in wohlgesetzten Worten sprechen müßte, nieder. Unnöthige Redensarten hat der Beamte zu vermeiden, er soll nur berichten, aber keine Romane schreiben.

Ein Bericht lautet nicht: „Der Hochlöblichen Polizeiverwaltung (oder dem Herrn Polizei-Leutnant) berichte ich zufolge geehrten Befehls vom 3. d. Mts. ganz gehorsamst, daß das Haus des Schneidermeisters Jakob abgeputzt ist"; sondern der Beamte hat ganz einfach unter die betreffende Verfügung des Vorgesetzten zu schreiben: „Das Haus ist abgeputzt." Daß der Bericht für den Vorgesetzten bestimmt ist, weiß dieser, auch ohne daß der Beamte ihm das sagt; ebenso sieht er aus der Verfügung sofort, daß das Haus des Jakob gemeint ist, eine besondere Hervorhebung dieses Umstandes war sonach gänzlich überflüssig. Im Uebrigen sei bemerkt, daß ein Unterbeamter ebenso wenig „gehorsamst" zu berichten ꝛc. hat, wie er das als Unteroffizier bei der Truppe that.

Jedes Schriftstück ist mit dem Namen unter Angabe des Dienstgrades und der Dienstnummer zu unterzeichen, also: „Brettschneider, Polizeisergeant (Schutzmann) Nr. 25." — Einzelne Muster für Berichte enthält Theil IV. Ueber Strafanzeigen vergl. S. 111, § 10. A. III.

IV. Anlagen.

Muſter 1.

Die angeordnete Hausſuchung bei dem Kaufmann Schmidt wurde am 6. d. Mts., nachmittags 415 in Gegenwart

1. des Schneidergeſellen Müller und
2. des Fuhrmanns Henſchel

vorgenommen.

Der 24jährige Sohn des Schmidt wohnte der Hausſuchung bei, da dieſer ſelbſt nicht angetroffen wurde.

Folgende Sachen wurden beſchlagnahmt und in die Aſſervatenliſte eingetragen:

1. ein blaugeſtreifter Unterrock 2c. . . Nr. 102,
2. 2c. 2c. . . Nr. 103,
3. 2c. 2c. . . Nr. 104.

Zwei Briefe wurden in Gegenwart des Schmidt jun. verſiegelt und ſind hier angeſchloſſen.

Gegen die Beſchlagnahme wurde kein Widerſpruch erhoben.

Pömmelte, 10. Dezember 1899.

Lehmann,
Polizeiſergeant Nr. 3.

Muſter 2.

Den Herrn Bürgermeiſter bitte ich, mich für fünf Tage und zwar vom 3. bis einſchl. 7. d. Mts. nach Hameln, zur Theilnahme an der Hochzeit meines Bruders, zu beurlauben.

Gerichtliche Termine habe ich während dieſer Zeit nicht wahrzunehmen.

Kroſſen, 8. November 1899.

Schulze III,
Polizeiſergeant Nr. 26.

Muſter 3.

Der Barbiergehülfe Jahns iſt noch nicht beſtraft; auch ſonſt iſt nichts Nachtheiliges über ihn zur polizeilichen Kenntniß gelangt.

Ober:

Die Frau Schlicke geb. Weber iſt nicht beſtraft, erfreut ſich eines guten Rufes und hat, ſoweit feſtzuſtellen war, bisher nicht außerehelich geboren.

Altona, 2. Januar 1900.

Widmer,
Polizeiſergeant Nr. 18.

Berichte über andere Fragen ſind in ähnlicher Form abzufaſſen; die S. 61, § 7. A. 1 erwähnten Punkte ſind ſtets beſonders zu erörtern.

Muſter 4.

(Gebrochener Bogen.)

(Links.)

Bericht

über die am 10. d. Mts. im Schneiderſchen Lokale abends 8 Uhr ſtattgehabte Volksverſammlung.

Einberufer: Bürgerverein hierſelbſt.
Referent: Reichstagsabgeordneter X., Coblenz.

Tagesordnung:
Die Aufgaben des deutſchen Mittelſtandes.

Vorſtand:
Vorſitzender: Reſtaurateur Schmidt.
Leiter: Gärtner Hamm.
Beiſitzer: Sekretär Schünemann, Händler Münnich.
Schriftführer: Aſſiſtent Lehmann.

Zahl der Anweſenden: Etwa 180 Perſonen.
150 Männer,
30 Frauen.

Zu Muster 4.

(Gebrochener Bogen.)

(Rechts.)

Die Versammlung wurde 8¹⁵ eröffnet. Das Wort erhielt:

Abgeordneter X.

Derselbe führte aus: ꝛc.

Alsdann trat 9²⁰ eine Pause ein; die Versammlung wurde 9⁴⁵ fortgesetzt.

ꝛc. ꝛc.

Die Versammlung wurde 10⁵⁰ geschlossen.

Anlaß zu polizeilichem Einschreiten wurde nicht gegeben. —

Begleiter war:
Polizeisergeant Steffen (Nr. 27).

Dortmund, 9. Dezember 1899.

Wahnschaffe,
Polizeiwachtmeister.

Muster 5.

Hannover, 3. Januar 1900.

Der Kaufmann Jacobsohn von hier, Windmühlenberg 3 a, erklärt:

Gestern Abend gegen 9 Uhr ist mir aus meinem Hausflure ein Winterüberzieher im Werthe von 80 Mark gestohlen worden. Der Ueberzieher war noch wenig getragen, hatte braune Farbe, zwei Reihen Knöpfe ꝛc.; auf der Brusttasche befindet sich mein Monogramm A. J.

Der Dieb muß sich durch die offene Entreethür eingeschlichen haben; einen Verdacht habe ich gegen Niemand.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

(gez.) Jacobsohn.

Geschehen wie oben:

(gez.) Lampe
Schutzmann Nr. 12.

Muster 6.

Der Kaufmann Jacobsohn, Windmühlenberg 3 a, hat mir heute angezeigt, daß ihm ꝛc. . . . gestohlen sei.

ꝛc. ꝛc.

Hannover, 3. Januar 1900.

Lampe,
Schutzmann Nr. 12.

Muster 7.

Ich stelle Strafantrag gegen den Knecht Otto Daniel von hier, wegen Körperverletzung meines 6jährigen Sohnes Gustav.

Danzig, 18. Januar 1900.

Kinne, Fuhrherr.

Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn.
Berlin SW12, Kochstraße 68—71.

Schriften
über
Anstellung, Ausbildung und Versorgung von Angehörigen des Reichsheeres.

Alberts Grenz-, Steuer- und Revisionsaufseher. Handbuch für civilversorgungsberechtigte Militärpersonen, die sich dem Steuerfache zu widmen beabsichtigen, sowie für Grenz-, Steuer- und Revisionsaufseher. Zweite Auflage, umgearbeitet von T. Hopp. M. 1,—.

Anstellung, Die, von Militäranwärtern im Bereiche der Post- und Telegraphenverwaltung. Dritte, verbesserte Auflage. 40 Pf.

Anstellung, Die, im Subaltern- (Büreau-) und Unterbeamten-Dienste der Militärverwaltung. Mit einem Anhange, enthaltend die Dienstlaufbahn des Zeug- und Feuerwerks-Personals. 75 Pf.

Anstellungen, Die, im Eisenbahn-Dienst. Prüfungsordnung für die mittleren und unteren Beamten der Staatseisenbahnverwaltung. M. 1,—.

Anstellungen, Die, der Unteroffiziere im Civildienst und in der Gendarmerie. Von einem älteren Offizier. M. 1,40.

Bartel, P. (Provinzial-Steuer-Sekretär), Unterrichtsbuch für Grenz- und Steuer-Aufseher. Zum Selbstunterricht für die aus dem Militäranwärterstande hervorgegangenen Grenz- und Steuer-Aufseher, sowie zu deren Vorbereitung für die Prüfung zum Hauptamts-Assistenten bezw. Einnehmer I. Klasse, nach allgemein zugänglichen amtlichen Quellen bearbeitet. Zweite, durchgesehene und vermehrte Auflage. M. 8,—, geb. M. 9,25.

Bestimmungen, betreffend die Kommandirung bezw. Beurlaubung der im aktiven Militärdienst befindlichen Militäranwärter im Interesse ihrer Civilversorgung. 15 Pf.

Buhrke (Rechnungsrath), Bestimmungen über die Versorgung der Hinterbliebenen von Angehörigen des Reichsheeres. Mit Genehmigung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums unter Benutzung der Akten desselben zusammengestellt. M. 4,—, geb. M. 4,60.

— —, Kurze gemeinverständliche Darstellung der Bestimmungen über die Versorgung der Hinterbliebenen von Angehörigen des Reichsheeres und der Familien der zum Dienst einberufenen Mannschaften aus dem Reserve- und Landwehrverhältniß. Mit Genehmigung Sr. Exzellenz des Königlich Preußischen Herrn Kriegsministers. 60 Pf.

Hahn, H. (Hauptmann) und **Nienaber, H.** (Geh. exped. Sekretär), Die Anstellungsgrundsätze. I. Theil. Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern. Mit Genehmigung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums unter Benutzung amtlicher Quellen. 1899. M. 3,50, in Ganzleinwandband M. 4,—.

Der II. Theil, der die besonderen Vorschriften für die einzelnen Dienstlaufbahnen (Annahmebedingungen, Prüfungsvorschriften 2c.) behandelt, ist in Vorbereitung.

Winkelmann (Oberstleutn.), Der Schutzmann. Handbuch für Unteroffiziere, die in die Königliche Schutzmannschaft einzutreten beabsichtigen. 50 Pf.

— —, Der Gendarmeriedienst. Hülfsbuch für die Vorbildung auf denselben und für die Probedienstzeit. Vierte, berichtigte Auflage. M. 1,—.

— —, Der Gendarmerie-Probist. Anleitung zum praktischen Dienstbetrieb und Vorbereitung zum Examen, durch Ausarbeitung der in demselben zu lösenden Aufgaben. Fünfte, nach den neuesten Bestimmungen berichtigte Auflage. M. 1,—.

Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW12, Kochstr. 68–71.